

# Teilhabeplanung

für Menschen  
mit wesentlich geistiger und  
mehrfacher Behinderung  
im Landkreis Heilbronn



# Impressum

## Herausgeber

Landratsamt Heilbronn  
Lerchenstraße 40  
74072 Heilbronn

E-Mail: [info@landkreis-heilbronn.de](mailto:info@landkreis-heilbronn.de)  
Internet: [www.landkreis-heilbronn.de](http://www.landkreis-heilbronn.de)

## Bearbeitung

Barbara Milsch	Kommunalverband für Jugend und Soziales
Christian Gerle	Baden-Württemberg, Referat Sozialplanung, Investive Förderung

Heike Wenninger	Landratsamt Heilbronn, Sozialplanung
-----------------	--------------------------------------

## Ansprechpartnerin bei Fragen und Anregungen zum Teilhabeplan

Dezernat für Jugend und Soziales  
Heike Wenninger  
Tel. 07131 994-285  
E-Mail: [heike.wenninger@landratsamt-heilbronn.de](mailto:heike.wenninger@landratsamt-heilbronn.de)

## Titelseite

Bilder von Schülern der Kaywaldschule Lauffen

Fotos und Bilder wurden dankenswerterweise auch von der Astrid-Lindgren-Schule Neckarsulm, der Evangelischen Stiftung Lichtenstern, der Beschützenden Werkstätte Heilbronn und den Offenen Hilfen Heilbronn gGmbH zur Verfügung gestellt.

## Internetverfügbarkeit

Diese Broschüre kann im Internet heruntergeladen werden:  
[www.landkreis-heilbronn.de](http://www.landkreis-heilbronn.de)

Stand: März 2016



Die farbenfrohen Bilder auf der Titelseite des Teilhabeplans zeigen anschaulich die Lebensbereiche, die für alle Menschen wichtig sind: Wohnen, Gemeinschaft, Arbeit, Mobilität. Auch Menschen mit Behinderung sollen daran gleichberechtigt teilhaben, um selbstbestimmt in ihrem gewohnten sozialen Umfeld leben, lernen und arbeiten zu können. Der nun vorliegende Teilhabeplan ist Wegbegleiter und Orientierungshilfe zugleich, um dieses Ziel im Landkreis Heilbronn zu erreichen.

Es war ein lebendiger Entwicklungsprozess, der diesem Grundlagenwerk für die Teilhabe von Menschen mit wesentlich geistiger und mehrfacher Behinderung vorausgegangen ist. Erkenntnisse aus Workshops und Fachgesprächen sind eingeflossen und ergänzen die umfangreiche Bestandsaufnahme sowie die Vorausschätzung, wie sich der Bedarf bei den Leistungen der Eingliederungshilfe des Landkreises bis 2023 voraussichtlich entwickeln wird.

Zahlreiche Mitwirkende haben zum Gelingen des Teilhabeplans beigetragen. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) hat uns bei der Erstellung fachlich unterstützt. Ebenso waren die Mitglieder des Begleitkreises Teilhabeplanung in den Entstehungsprozess eingebunden und haben zusätzlich an den Fachforen teilgenommen. Ihre fachliche Sicht brachten Vertreter von Einrichtungen, Schulen und Kostenträgern ein und Betroffene, Angehörige und ehrenamtlich Engagierte bereicherten den Planungsprozess durch ihre persönlichen Erfahrungen und Wünsche.

Allen, die zur Teilhabeplanung für den Landkreis Heilbronn beigetragen haben, danke ich ganz herzlich. Durch ihren Einsatz sind wir unserem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe von behinderten Menschen im Landkreis Heilbronn ein Stück nähergekommen. Besonders hervorheben möchte ich, dass wir diesen Bericht zusätzlich in einer einfacheren, leichter verständlichen Sprache verfasst haben.

Möge der Teilhabeplan wichtige Entwicklungen anstoßen und viele interessierte und aufgeschlossene Leser finden.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Detlef Piepenburg'.

Detlef Piepenburg  
Landrat





<b>1</b>	<b>Teilhabeplanung in der Behindertenhilfe</b>	<b>7</b>
	1.1 Aktuelle Entwicklungen	7
	1.2 Personenkreis	8
	1.3 Kreise als Leistungs- und Planungsträger	12
	1.4 Planungssystematik	13
	1.5 Planungsverständnis	14
<b>2</b>	<b>Die Ausgangssituation im Landkreis Heilbronn</b>	<b>15</b>
	2.1 Einwohnerstruktur	15
	2.2 Verwaltungsstruktur	15
	2.3 Einrichtungen der Eingliederungshilfe	16
	2.4 Leistungsempfänger des Kreises	17
	2.5 Der Landkreis im Vergleich	20
<b>3</b>	<b>Der Planungsprozess im Landkreis Heilbronn</b>	<b>23</b>
	3.1 Auftrag und Zielsetzung des Teilhabeplans	23
	3.2 Qualitatives Vorgehen	24
	3.3 Quantitative Vorgehen	26
<b>4</b>	<b>Unterstützung im Kindes- und Jugendalter</b>	<b>31</b>
	4.1 Frühförderung	31
	4.2 Kindertagesbetreuung	40
	4.3 Schule	44
<b>5</b>	<b>Ambulante, offene Hilfen und familienentlastende Dienste</b>	<b>55</b>
	5.1 Familienentlastende Dienste	55
	5.2 Offene Hilfen Heilbronn gGmbH	57
<b>6</b>	<b>Wohnen</b>	<b>60</b>
	6.1 Wohnformen	60
	6.2 Wohnen im Landkreis Heilbronn	65
	6.2.1 Privates Wohnen	66
	6.2.2 Betreutes Wohnen	69
	6.2.3 Stationäres Wohnen	72
	6.3 Wohnleistungen des Landkreises Heilbronn	78
	6.3.1 Privates Wohnen	80
	6.3.2 Ambulant betreutes Wohnen	80
	6.3.3 Stationäres Wohnen	81
<b>7</b>	<b>Arbeit, Beschäftigung und Tagesbetreuung</b>	<b>84</b>
	7.1 Tagesstrukturformen	84
	7.2 Tagesstrukturleistungen im Landkreis Heilbronn	93
	7.2.1 Werkstätten	93
	7.2.2 Förder- und Betreuungsbereich	99
	7.2.3 Tages-/Seniorenbetreuung	104
	7.3 Tagesstrukturleistungen des Landkreises Heilbronn	107
	7.3.1 Werkstätten	109
	7.3.2 Förder- und Betreuungsbereich	111
	7.3.3 Tages-/Seniorenbetreuung	113

# Inhaltsverzeichnis

<b>8</b>	<b>Themen und Impulse aus Gesprächen</b>	<b>115</b>
	8.1 Einrichtungen. Vor-Ort-Gespräche	115
	8.2 Älter werden	122
	8.3 Selbsthilfe	126
	8.4 Inklusion	129
<b>9</b>	<b>Bedarfsvorausschätzung</b>	<b>135</b>
	9.1 Annahmen und methodische Schritte	135
	9.2 Wohnen	139
	9.3 Tagesstruktur	145
<b>10</b>	<b>Handlungsempfehlungen</b>	<b>156</b>
	 <b>Anhang</b>	 <b>163</b>

## Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Bericht nur die männliche Form verwendet. Gemeint ist stets sowohl die weibliche als auch die männliche Form.

## 1 Teilhabeplanung in der Behindertenhilfe

### 1.1 Aktuelle Entwicklungen

Es ist vor allem die in Deutschland am 26.03.2009 in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention – kurz UN-BRK<sup>2</sup>, die grundlegende Diskussionen und Änderungsprozesse in Gang gesetzt hat und auf Umsetzung drängt. Nicht nur die Schule ist betroffen und nicht nur die Eingliederungshilfe. Ziel der Konvention ist es, Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und zu verwirklichen. Die Förderung von „Selbstbestimmung und gleichberechtigter Teilhabe am Leben in der Gesellschaft“ wird durch das Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) bereits seit 2001 gesetzlich untermauert. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention, den Zusätzen im Grundgesetz und dem Sozialgesetzbuch haben gesellschaftliche Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Deutschland eine rechtliche Verbindlichkeit. Es geht um nichts weniger als das Recht auf Selbstbestimmung, Partizipation und umfassenden Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderung und eine barrierefreie und inklusive Gesellschaft.

#### Inklusion – was bedeutet das?

#### Inklusion bedeutet Dazugehören

*Alle Menschen sollen selbstbestimmt und gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben können, ganz gleich, wie unterschiedlich sie sind.<sup>1</sup>*

Weiterentwicklung ist erforderlich:

- vom Konzept der Integration zum weitreichenderen Konzept der Inklusion,
- von der Fürsorge zur Selbstbestimmung,
- vom Objekt staatlicher Fürsorge zum Subjekt,
- von der Patientin, dem Patient, zur Bürgerin oder zum Bürger,
- vom Hilfeempfänger zum Träger von Rechten und Pflichten.

In der Behindertenrechtskonvention werden die bestehenden Menschenrechte hinsichtlich ihrer Lebenssituationen konkretisiert. Sie ist keine Sozialrechts- oder Sozialleistungsrechtskonvention, aus der sich ein unmittelbarer Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen ableiten ließe, weder das Recht, eine bestimmte Schule besuchen zu können, noch das Recht auf Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Jedoch haben sich Bund und Länder durch die Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention rechtlich verpflichtet,

- die Menschenrechte von Menschen mit Behinderung sicherzustellen,
- Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu verhindern,
- geeignete Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstige Maßnahmen zu treffen, damit die Vorgaben, der Konvention realisiert werden.

Seit Ratifizierung der Konvention sind in Deutschland etliche inklusive Entwicklungen angestoßen worden. Dennoch überwiegt in den „Abschließenden Bemerkungen“ zur weiteren Umsetzung der UN-BRK in Deutschland (Erste Staatenprüfung) vom April 2015 die Kritik<sup>3</sup>. Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen kritisiert zum Beispiel einen defizitorientierten Behinderungsbegriff. Er wünscht sich mehr Programme gegen die Diskriminierung von Mädchen und Frauen mit Behinderung sowie

<sup>1</sup> <http://www.inklusion-duichwir.de/inklusion/> Internetseite zur Öffentlichkeitskampagne Inklusion in Baden-Württemberg

<sup>2</sup> Herausgeber: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Stand: Dezember 2011

<sup>3</sup> Abschließende Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands. Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Dreizehnte Tagung 25. März -17. April 2015

mehr Alternativen zum Wohnen im Heim. Außerdem registriert er mit Sorge, dass Teilhabeleistungen einkommensorientiert gewährt werden. Auch fehle es in Deutschland an einer inklusiven Arbeits- und Bildungswelt. Zu viele Betroffene lernten und arbeiteten in Parallelsystemen wie Sonderschulen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung, so die Sorge des Fachausschusses.

Bewegung in der Eingliederungshilfe sollte das von langer Hand geplante Bundesteilhabegesetz bringen. Das Gesetz soll – so sieht es der Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode vor – dem gesellschaftlichen Verständnis einer inklusiven Gesellschaft Rechnung tragen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht entwickeln. Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden. Leistungen sollen nicht länger institutionszentriert, sondern personenzentriert bereitgestellt werden. Dabei soll die Einführung eines Bundesteilhabegeldes geprüft werden. Mit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes wollte der Bund die Ausgaben der Kommunen in der Eingliederungshilfe in Höhe von 5 Mrd. Euro pro Jahr entlasten. Insbesondere die Verteilung der Bundesmittel hatte für viele Diskussionen gesorgt. Nach insgesamt 9. Sitzungen der Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz mit Vertretern von Behindertenverbänden, Leistungsträgern, Bund, Ländern und Kommunen wurde ein Abschlussbericht erstellt und im Juli 2015 veröffentlicht. Das Gesetz sollte bis Mitte 2016 verabschiedet werden. Mittlerweile (Stand Oktober 2015) wurde dieser Plan bis auf weiteres verschoben.

Bewegung gibt es auch auf Landesebene. Eine breite Diskussion über inklusive Beschulung und die Erprobung in verschiedenen Modellkreisen in Baden-Württemberg hat zur Aufhebung der Sonderschulpflicht für Schüler mit sonderpädagogischen Bedarf geführt. Die Änderung des Schulgesetzes ist zum August 2015 erfolgt. Auch im Bereich der allgemeinen Kindertageseinrichtungen hat das Thema Inklusion eine große Bedeutung bekommen. In der Behindertenhilfe hat die „Landesheimbauverordnung“ bereits 2009 Weichen für inklusive Strukturveränderungen in der Einrichtungslandschaft und zur Verbesserung des Standards in Richtung des Normalitätsprinzips gestellt. Erste Ergebnisse einer Debatte über um den Umbau der Strukturen in der Behindertenhilfe und die Konversion von Komplexeinrichtungen wurden 2012 in einem „Impulspapier Inklusion“ zusammengefasst und werden seitdem auf vielen Ebenen engagiert weiter verfolgt. Seit Januar 2015 gibt es das neue Landesbehindertengleichstellungsgesetz, das Stadt- und Landkreise verpflichtet, haupt- oder ehrenamtliche Behindertenbeauftragte zu bestellen<sup>4</sup>. Vorschläge für Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen hat auch der Landes-Behindertenbeirat Baden-Württemberg erarbeitet. Sie sind in den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vom Juni 2015<sup>5</sup> eingeflossen.

## 1.2 Personenkreis

Der vorliegende Teilhabeplan befasst sich mit der Zielgruppe der Menschen mit wesentlich geistiger und mehrfacher Behinderung. „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ So lautet das im Grundgesetz in Artikel 3, Absatz 3 verankerte Benachteiligungsverbot. Eine allgemein gültige Definition von „Behinderung“ gibt es nicht. Die Feststellung, wer der Gruppe der Menschen mit Behinderungen zugerechnet wird bzw. was man unter Behinderung versteht, wandelt sich im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen und historisch bedingten Veränderungen. So ging etwa die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1980 veröffentlichte ICDH (International Classification of Impairments, Disabilities and Handicaps) von einer Dreigliederung aus:

<sup>4</sup> Im Landkreis Heilbronn gibt es seit 1. Januar 2016 eine hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte.  
<sup>5</sup> Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg. Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg. Juni 2015.

Schädigung, Beeinträchtigung und Behinderung. Zugrunde lag ein lineares Krankheitsfolgenmodell mit der Annahme, dass eine Schädigung geistiger oder körperlicher Art die Möglichkeiten des Menschen in seiner persönlichen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt, was letztlich zur Behinderung führt. Mittlerweile wurde das Modell weiterentwickelt und versucht nun, den komplexen Wechselwirkungen und gegenseitigen Beeinflussungen aus personenbezogenen Faktoren sowie sozialen und Umweltbedingungen gerecht zu werden.<sup>6</sup> In ihrem 2011 erschienenen World Report on Disability charakterisiert die WHO den Begriff „Behinderung“ insgesamt als komplex, dynamisch, multidimensional und umstritten<sup>7</sup>. Weitere Ausführungen zur Entwicklung des Begriffs „geistige Behinderung“ finden sich im Abschlussbericht zum Forschungsprojekt des KVJS „Alter erleben“.<sup>8</sup> In der Lebensbiografie von betroffenen Menschen sind die Grenzen zwischen chronischer Erkrankung und Behinderung fließend. Eine Beeinträchtigung wird häufig erst dann zum offiziellen Status „Behinderung“, wenn es um eine Weichenstellung geht (z.B. Einschulung) und wenn eine Leistung beantragt wird (z.B. Schwerbehindertenausweis, Eingliederungshilfe).

Die sozialrechtliche Definition des Begriffs „Behinderung“ findet sich im Sozialgesetzbuch neuntes Buch (SGB IX) „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“. Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Wenn Menschen durch eine Behinderung im Sinne von SGB IX **wesentlich** in ihrer Teilhabefähigkeit eingeschränkt bzw. davon bedroht sind, haben Sie Anspruch auf Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch zwölftes Buch (SGB XII) „Sozialhilfe“. Der Begriff der wesentlichen Behinderung wird in der Eingliederungshilfe-Verordnung (EGH-VO) näher bestimmt. Dort werden die körperlichen Gebrechen (§ 1), Einschränkungen infolge einer Schwäche der geistigen Kräfte (§ 2) und seelischen Störungen (§ 3) benannt, die zu einer wesentlichen Behinderung führen können. Eingliederungshilfe soll dazu beitragen, eine drohende Behinderung zu verhüten bzw. deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern. Sie soll Menschen mit Behinderung die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen Tätigkeit ermöglichen.

## Im Überblick

### Eingliederungshilfe - Rechtliche Grundlagen

- Behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen erhalten Leistungen nach diesem Buch ..., um ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken. (**§ 1 SGB IX**)
- Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist. (**§ 2 SGB IX**)

<sup>6</sup> Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF), Herausgegeben vom Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI), 2005

<sup>7</sup> World Health Organization (2011a): World report on disability.

<sup>8</sup> KVJS. Alter erleben. Lebensqualität und Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung im Alter. Juni 2013. S. 13

- Personen, die durch eine Behinderung ... wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe, wenn und solange nach der Besonderheit des Einzelfalles, insbesondere nach Art oder Schwere der Behinderung, Aussicht besteht, dass die Aufgabe der Eingliederungshilfe erfüllt werden kann. ... (§ 53 Abs. 1 SGB XII)
- Von einer Behinderung bedroht sind Personen, bei denen der Eintritt der Behinderung nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. ... (§ 53 Abs. 2 SGB XII)
- Besondere Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört insbesondere, den behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihnen die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen oder sie so weit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen. (§ 53 Abs. 3 SGB XII)
- Geistig wesentlich behindert im Sinne des § 53 Abs. 1 Satz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sind Personen, die infolge einer Schwäche ihrer geistigen Kräfte in erheblichem Umfang in ihrer Fähigkeit zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft eingeschränkt sind. (§ 2 Verordnung nach § 60 SGB XII - Eingliederungshilfe-Verordnung)<sup>9</sup>

## Lebenserwartung und Überlebenswahrscheinlichkeiten

Internationale Studien belegen, was in Deutschland lange nur vermutet wurde: Die Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung ist in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. Das vom KVJS beauftragte Forschungsvorhaben „Alter erleben“<sup>10</sup> ist der Vermutung empirisch nachgegangen und hat die Lebenserwartung von Männern und Frauen mit geistiger Behinderung und Leistungen der Eingliederungshilfe im Wohnen in zwei Bundesländern untersucht. Das Ergebnis wurde im Juni 2013 vorgelegt: Schon heute hat ein Teil der Menschen mit geistiger Behinderung, die Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen, eine ähnlich hohe Lebenserwartung wie die Gesamtbevölkerung. Bei Menschen mit Down-Syndrom und mit sehr schweren Behinderungen liegt sie jedoch erheblich darunter. Für Baden-Württemberg hat sich auf der Grundlage der Befragung von 12 großen Trägern der Behindertenhilfe mit Wohnangeboten eine durchschnittliche Lebenserwartung von 65 Jahren für Männer und von 70 Jahren für Frauen ergeben. Damit liegt die Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung immer noch deutlich niedriger als die der Gesamtbevölkerung. Das KVJS-Forschungsvorhaben hat außerdem für jedes Lebensalter nach Männern und Frauen getrennt, spezifische Überlebenswahrscheinlichkeiten berechnet. Ergebnis der Berechnungen sind Tabellen mit Sterbe- bzw. Überlebenswahrscheinlichkeiten, die in Aufbau und Struktur den allgemeinen Sterbetafeln

<sup>9</sup> Die Paragraphen 1 (Körperlich wesentlich behinderte Menschen) und 3 (Seelisch wesentlich behinderte Menschen) werden nicht hier nicht zitiert, da es im vorliegenden Bericht um Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung geht.

<sup>10</sup> KVJS. Alter erleben. Lebensqualität und Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung im Alter. Juni 2013



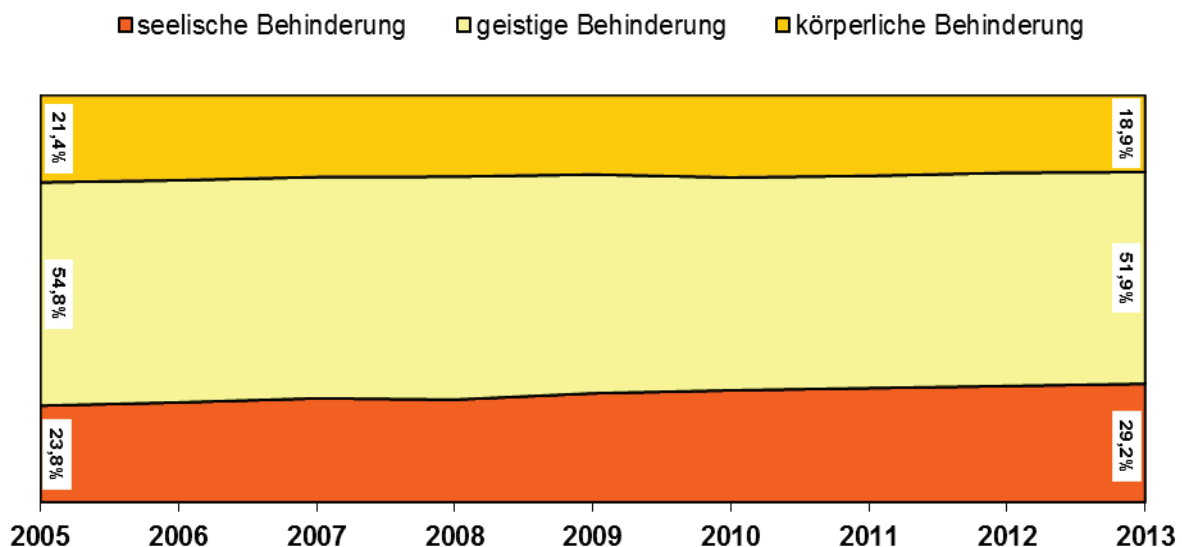
des Statistischen Bundesamtes entsprechen. Die Berechnungen zu den Bedarfsvorausschätzungen des KVJS erfolgen mittlerweile auf dieser Grundlage.<sup>11</sup>

## Verteilung der Behinderungsarten in Baden-Württemberg

Unter den Empfängern von Leistungen der Eingliederungshilfe bilden die Menschen mit geistiger Behinderung die größte Gruppe. In Baden-Württemberg waren es am 31.12.2013 51,9 Prozent. Der Anteil der Leistungsempfänger mit seelischer Behinderung nimmt seit Jahren überproportional zu. Er liegt mittlerweile bei 29,2 Prozent (2005: 23,8 Prozent).

Bei Menschen mit mehrfachen Behinderungen lässt sich oft nicht eindeutig feststellen, welche (wesentliche) Behinderungsart im Vordergrund steht. Die Zuordnung durch den Leistungsträger erfolgt im Einzelfall, die Kriterien können von Kreis zu Kreis variieren. Bei der Darstellung der Behinderungsarten ist daher strukturell bedingt von einer gewissen Unschärfe auszugehen.

## Leistungsempfänger von Eingliederungshilfe nach SGB XII in Baden-Württemberg nach Behinderungsarten: 2005 – 2013 (jeweils zum 31.12.)



© KVJS; N (B.-W) 2013 = 57.444

Grafik: KVJS 2014. Datenbasis: Jährliche Erhebungen bei den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg<sup>12</sup>

Zunehmend werden motorische und mentale Beeinträchtigungen diagnostiziert, oft in Kombination mit Verhaltensauffälligkeiten, von denen jede für sich noch keine wesentliche Behinderung darstellt. In diesen Fällen muss der Sozialhilfeträger im Einzelfall entscheiden, ob die Teilhabefähigkeit so weit eingeschränkt ist, dass die betreffende Person wesentlich behindert ist.

<sup>11</sup> Aussagen zur Lebensqualität aus dem Bericht siehe in Kapitel 8

<sup>12</sup> KVJS 2014: Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII 2013. Nicht berücksichtigt sind die „sonstigen“ Leistungsempfänger im stationären, ambulanten und privaten Wohnen, bei denen nicht nach der Art der Behinderung differenziert werden konnte, die ambulante Integration von Kindern und Jugendlichen und das Persönliche Budget (2013: insgesamt 7.513 Leistungen).

Leistungen der Eingliederungshilfe erhielten am 31.12.2013 in Baden-Württemberg insgesamt 64.957 Personen<sup>13</sup>. Deutlich zu unterscheiden und wesentlich größer (und älter) ist die Gruppe der **schwerbehinderten** Menschen mit 981.538 Personen<sup>14</sup>. Menschen sind nach § 2 Absatz 2 SGB IX schwerbehindert, wenn bei ihnen ein Grad der Behinderung (GdB) von wenigstens 50 vorliegt. Sie erhalten einen Schwerbehindertenausweis, der von den Versorgungsämtern ausgestellt wird. Die häufigste Ursache für eine Schwerbehinderung sind allgemeine Erkrankungen, die mit körperlichen Einschränkungen einhergehen. Mit dem Alter steigt das Risiko einer Schwerbehinderung kontinuierlich an. Bei Kindern und Jugendlichen ist nur jede 80. Person schwerbehindert, bei den über 65-Jährigen hingegen jede vierte Person. Lediglich 3,5 Prozent der Schwerbehinderungen sind angeboren.<sup>15</sup> Nur 4,1 Prozent aller Menschen mit gültigem Schwerbehindertenausweis haben „Störungen der geistigen Entwicklung“ (einschließlich Lernbehinderung), davon sind etwas weniger als die Hälfte angeboren.

**In der Teilhabeplanung geht es um Menschen, die im Sinne des SGB XII durch ihre Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe beeinträchtigt sind und Eingliederungshilfe erhalten.**

## 1.3 Kreise als Leistungs- und Planungsträger

Im Zuge der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg wurden den Stadt- und Landkreisen die Aufgaben der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII vollständig übertragen. Seit die Kreise am 01.01.2005 die zuvor von den Landeswohlfahrtsverbänden in Württemberg-Hohenzollern und Baden wahrgenommenen Aufgaben übernommen haben, sind sie Leistungsträger für alle Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII und dem SGB XII. Sie haben aber nicht nur die Rolle als Leistungsträger, sondern stehen darüber hinaus als zuständige Planungsträger in der Verantwortung dafür, dass ausreichende Angebote der Eingliederungshilfe vorhanden sind bzw. geschaffen werden können. Die Planungsverantwortung umfasst neben dem Bedarf der Kreisbewohner auch den Bedarf von Personen in Leistungsträgerschaft anderer Kreise, die in einem Angebot im Landkreis Heilbronn versorgt werden.

### Im Überblick

#### Rechtliche Grundlagen für einen Planungsauftrag

- Die Leistungsträger sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass
  1. jeder Leistungsberechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen in zeitgemäßer Weise, umfassend und zügig erhält,
  2. die zur Ausführung von Sozialleistungen erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. (**§ 17 SGB I Abs. 1**)
- Die Leistungsträger, ihre Verbände und die in diesem Gesetzbuch genannten öffentlich-rechtlichen Vereinigungen sind verpflichtet, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetzbuch eng zusammenzuarbeiten. (**§ 86 SGB X**)
- Die in § 86 genannten Stellen sollen
  1. Planungen, die auch für die Willensbildung und Durchführung von Aufgaben der

<sup>13</sup> a.a.O.

<sup>14</sup> Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stichtag 31.12.2013

<sup>15</sup> a.a.O.

anderen von Bedeutung sind, im Benehmen miteinander abstimmen sowie 2. gemeinsame örtliche und überörtliche Pläne in ihrem Aufgabenbereich über soziale Dienste und Einrichtungen, insbesondere deren Bereitstellung und Inanspruchnahme, anstreben. Die jeweiligen Gebietskörperschaften sowie die gemeinnützigen und freien Einrichtungen und Organisationen sollen insbesondere hinsichtlich der Bedarfsermittlung beteiligt werden. (§ 95 SGB X Abs.1)

**Die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg sind sowohl Leistungs- als auch Planungsträger der Eingliederungshilfe für ihre Kreisbürger mit wesentlich geistiger, körperlicher und seelischer Behinderung.**

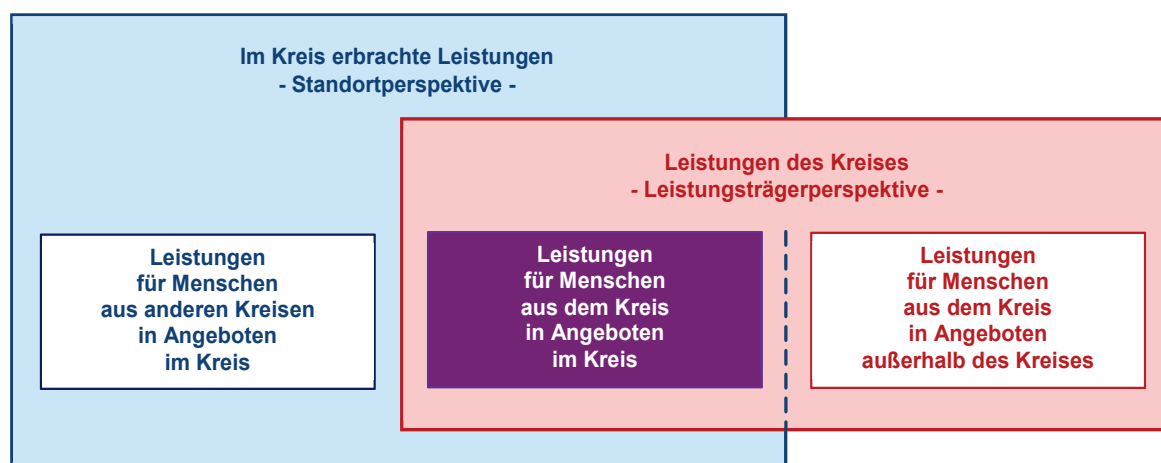
## 1.4 Planungssystematik

In der Teilhabeplanung wird der Doppelrolle aus Leistungs- und Planungsträgerschaft von Kreisen durch zwei verschiedene Sichtweisen Rechnung getragen.

- Bei der **Standortperspektive** stehen diejenigen Leistungen im Fokus der Betrachtung, die in den Einrichtungen im Kreisgebiet erbracht werden. Dabei sind Leistungen für Menschen aus anderen Herkunftskreisen eingeschlossen.
- Bei der **Leistungsträgerperspektive** geht es um Bürger des Kreises mit Behinderung und Eingliederungshilfebedarf. Ihre Leistungen finanziert der Kreis als zuständiger Sozialhilfeträger – unabhängig davon, wo die Hilfe erbracht wird.

Die beiden Sichtweisen sind deutlich zu unterscheiden, zusammen betrachtet ergeben sie ein Gesamtbild.

### Schaubild: Standort- und Leistungsträgerperspektive im Überblick



Grafik: KVJS

Für die quantitative Bestandsaufnahme aus der Standortperspektive werden Daten der Angebotserbringer im Kreis benötigt. Datenbasis für die Leistungsträgerperspektive ist die Statistik des Landkreises über die Leistungen in der Eingliederungshilfe für Menschen mit wesentlicher geistiger und mehrfacher Behinderung. Von zentraler Bedeutung sind die Fragen, warum stationär und warum außerhalb der Kreisgrenzen untergebracht wurde. Aus der Entwicklung der Neuzugänge seit Zuständigkeit der Stadt- und Landkreise lassen sich Rückschlüsse auf Angebotslücken im eigenen Kreis ableiten. Es kann gemeinsam erörtert werden, ob fehlende Angebote vor Ort geschaffen oder bestehende Einrichtungen

umgestaltet werden sollten, oder ob es sich um Spezialbedarfe handelt, die nur anderswo gedeckt werden können.

## 1.5 Planungsverständnis

Wenn es um die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben geht, um die Gestaltung des Miteinanders, kann Planung nur im Dialog und als Prozess von professionellen und ehrenamtlichen Experten gestaltet werden. Der Kreis als Planungsverantwortlicher prüft, in welchem Rahmen und zu welchem Zeitpunkt jetzige und zukünftige Leistungserbringer, andere Leistungsträger, politische Vertreter, Angehörige und natürlich die betroffenen Menschen als Experten in eigener Sache einbezogen werden. Echte Beteiligung beginnt frühzeitig und stimmt die entscheidenden Grundannahmen und Teilergebnisse in jeder Phase mit den in Frage kommenden Akteuren ab. So werden die Gesamtergebnisse von allen Beteiligten getragen und können eher umgesetzt werden.

### Leit-Gedanke



**Planung ist ein gemeinsamer  
Prozess aller Beteiligten**

**Am Anfang steht das  
Wissen übereinander.**

Auf der Grundlage einer umfassenden Bestandserhebung mit soliden Daten und Fakten folgt im Planungsprozess eine Bedarfsvorausschätzung als Entscheidungsgrundlage für die qualitative und quantitative Weiterentwicklung der Angebote im Kreis. Ergebnis von Teilhabeplanung kann immer nur ein Orientierungsrahmen sein. Der Blick geht in eine Zukunft, wie sie sein kann, aber nicht zwangsläufig sein wird. Soziale, rechtliche und andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen können sich ändern und auf die Bedarfsvorausschätzung auswirken. Planungsdaten müssen von Zeit zu Zeit mit der tatsächlichen Entwicklung abgeglichen werden. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Fortschreibung mit der Notwendigkeit, Ergebnisse zu aktualisieren, Vereinbarungen zu reflektieren und Ziele neu zu formulieren, ist planungsimmanent.

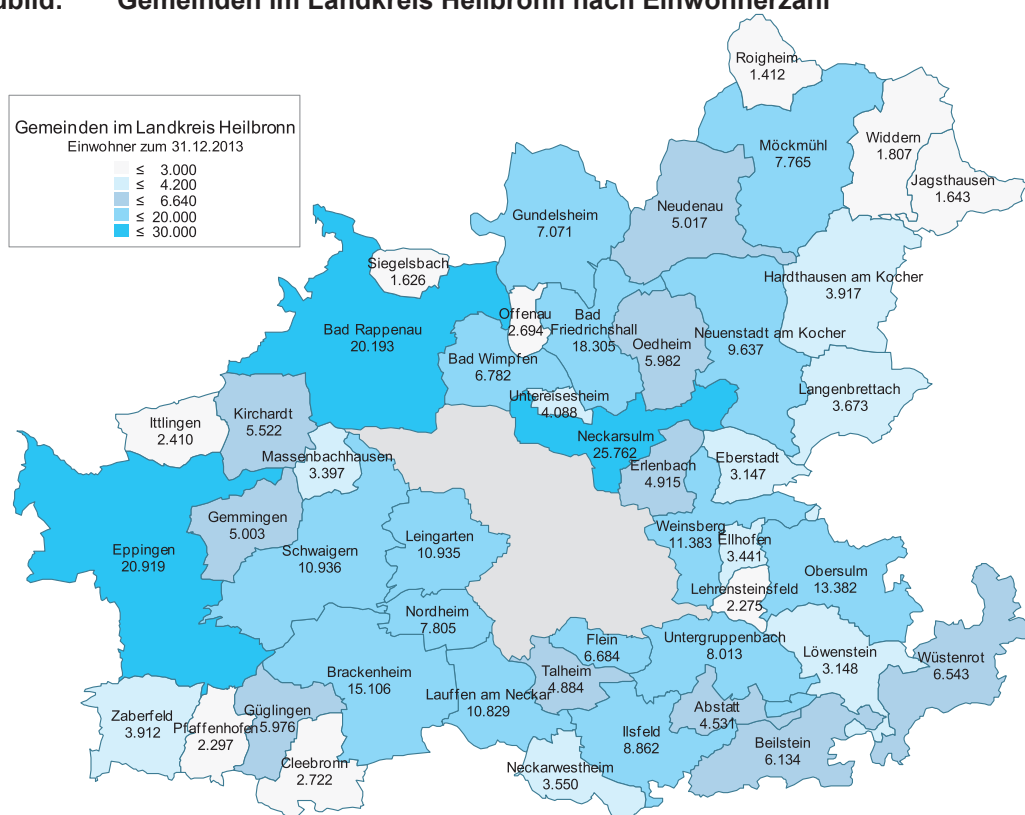
**Teilhabeplanung ist beteiligungsorientiert. Die Ergebnisse können als Orientierungsrahmen dienen, der auf dem Hintergrund aktueller Entwicklungen kontinuierlich fortgeschrieben werden muss.**

## 2 Die Ausgangssituation im Landkreis Heilbronn

### 2.1 Einwohnerstruktur

Der Landkreis Heilbronn umfasst 46 Gemeinden, in denen am 31.12.2013 insgesamt 326.035 Einwohner lebten<sup>16</sup>. Mit 296 Einwohnern pro Quadratkilometer gehört er zu den Kreisen in Baden-Württemberg mit mittlerer Bevölkerungsdichte (Landesdurchschnitt einschließlich Stadtkreise: 296). Der besondere Charakter als „Kragenkreis“, der die kreisfreie Stadt Heilbronn vollständig umschließt, wirkt sich auch auf die Angebots- und Belegungsstruktur in der Behindertenhilfe aus. Landkreisbürger mit Behinderung werden (wohnortnah) in der Stadt versorgt und umgekehrt.

**Schaubild: Gemeinden im Landkreis Heilbronn nach Einwohnerzahl**



Karte: KVJS. Datenbasis: Statistisches Landesamt, Bevölkerung am 31.12.2013

### 2.2 Verwaltungsstruktur

Für die Aufgaben nach dem SGB XII ist beim Landratsamt Heilbronn das Sozial- und Versorgungsamt im Dezernat Jugend und Soziales zuständig. Unter die Leistungen nach SGB XII fallen insbesondere die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und die Hilfe zur Pflege. Beim Sachgebiet „Eingliederungshilfe“ berät und unterstützt ein pädagogisches Fallmanagement Menschen mit einer wesentlichen geistigen und/oder körperlichen Behinderung<sup>17</sup>. Die Mitarbeiterinnen des Fallmanagements entwickeln gemeinsam mit den Klienten einen auf den persönlichen Hilfebedarf und die Lebenssituation abgestimmten individuellen Hilfeplan. Dabei binden sie das soziale Umfeld und Fachleute anderer Organisationen ein.

<sup>16</sup> Fortgeschriebene amtliche Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

<sup>17</sup> Nähere Informationen zum Fallmanagement unter [www.landkreis-heilbronn.de](http://www.landkreis-heilbronn.de)

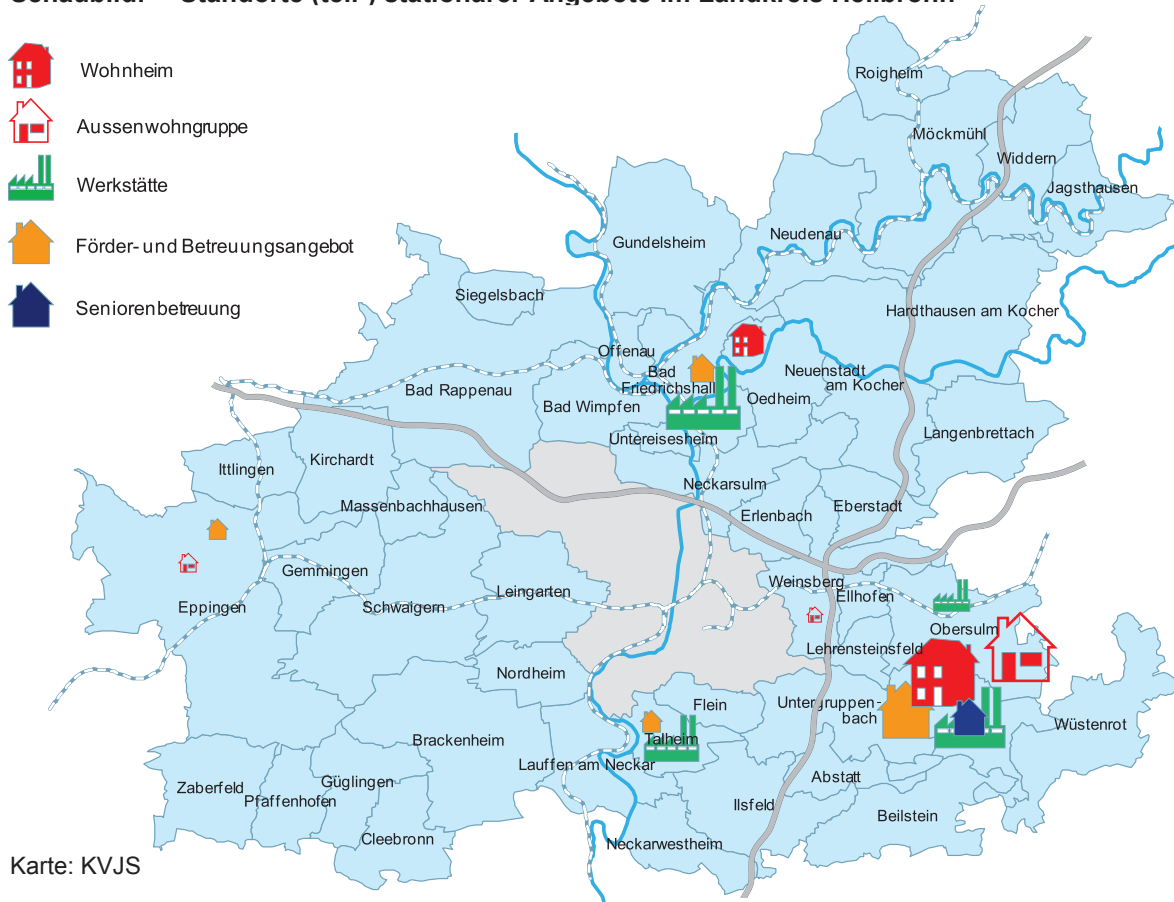
### 2.3 Einrichtungen der Eingliederungshilfe

Im Landkreis Heilbronn sind sämtliche Angebote der Grundversorgung für Menschen mit wesentlicher geistiger und mehrfacher Behinderung von der Frühförderung über Beratung und Familienunterstützung, Kindergarten/Schule bis hin zum Arbeiten und Wohnen vorhanden. Die Angebote verteilen sich über verschiedene Standorte und werden im Wesentlichen von drei Trägern vorgehalten:

- Die **Evangelische Stiftung Lichtenstern** mit Stammeinrichtung in Löwenstein und den Bereichen Schulkindergarten, Schule, stationäres und ambulant betreutes Wohnen, Familienpflege, Werkstätten sowie Förder- und Betreuungsbereich und Tagesbetreuung für Senioren, unterhält das größte stationäre Wohnangebot im Landkreis. Ebenso gibt es eine rein inklusiv geführte Grundschule und ein Senioren- und Pflegeheim nach SGB XI.
- Die **Beschützende Werkstätte Heilbronn** hat ihren Zentralstandort in der Stadt Heilbronn und stellt im Landkreis Angebote in den Bereichen stationäres und ambulant betreutes Wohnen, Werkstätten für behinderte Menschen, Förder- und Betreuungsbereich und Tagesstruktur für Senioren zur Verfügung.
- Die **Offene Hilfen Heilbronn** bieten in der Stadt und im Landkreis Heilbronn ambulant betreutes Wohnen, familienentlastende Dienste und integrative Hilfen in Kindertagesstätten an.

Die Einrichtungen im Landkreis Heilbronn sehen sich in regionaler Versorgungsverantwortung.

**Schaubild: Standorte (teil-) stationärer Angebote im Landkreis Heilbronn**





**Wohnheime** gibt es in Löwenstein und auf dem Friedrichshof in Obersulm (Stiftung Lichtenstern) sowie in Bad Friedrichshall (Beschützende Werkstätte Heilbronn). **Außenwohngruppen** der Evangelischen Stiftung Lichtenstern stehen in Eppingen, Obersulm und Weinsberg zur Verfügung. Die **Werkstatt** der Evangelischen Stiftung Lichtenstern befindet sich auf dem Zentralgelände in Löwenstein, die neue Zweigwerkstatt in Obersulm-Willsbach. Die Beschützende Werkstätte Heilbronn unterhält im Landkreis ebenfalls zwei Werkstätten, eine in Bad Friedrichshall und eine in Talheim. An den Werkstätten sind Plätze im **Förder- und Betreuungsbereich** angegliedert. Darüber hinaus hält die Evangelische Stiftung Lichtenstern Tagesstruktur im Zusammenhang mit Wohnangeboten in Löwenstein und Obersulm sowie in Eppingen vor.<sup>18</sup>

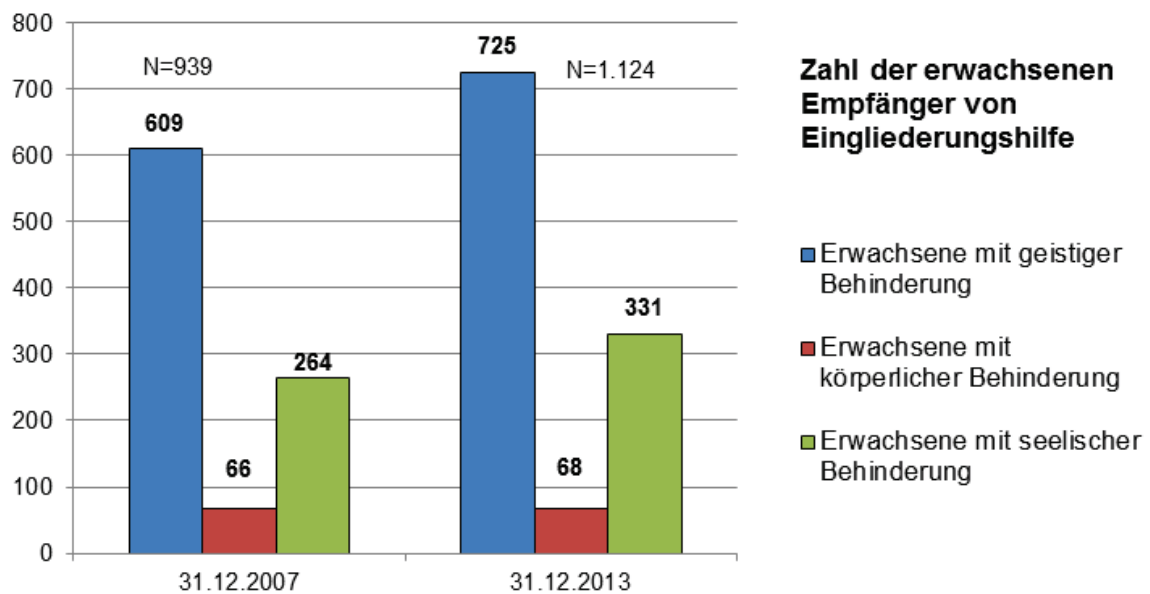
## 2.4 Leistungsempfänger des Kreises

Am Stichtag 31.12.2013 erhielten insgesamt **1.381 Menschen mit einer wesentlichen Behinderung** Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB XII durch den Landkreis Heilbronn. Davon erhielten 210 Kinder und Jugendliche mit einer geistigen oder körperlichen Behinderung eine Förderung in Form des Besuchs eines (Sonder-) Schulkindergartens, einer Sonderschule (ohne kreiseigene Sonderschulen für Geistig- und Körperbehinderte) oder der Integration in einen Regelkindergarten bzw. eine Regelschule. 37 Personen erhielten zum Stichtag ein Persönliches Budget, 10 Personen eine sonstige ambulante Eingliederungshilfe.

Die Zahl der erwachsenen Leistungsempfänger lag am 31.12.2013 bei insgesamt 1.124 Personen. Davon hatten 725 Erwachsene eine geistige Behinderung (64,5 %), 68 Erwachsene eine körperliche Behinderung (6,0 %) und 331 Erwachsene eine seelische Behinderung (29,5 %).

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht den Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger innerhalb von 6 Jahren um insgesamt 19,7 Prozent. Während die Zahl der erwachsenen Leistungsempfänger mit einer körperlichen Behinderung nahezu gleich geblieben ist, **stieg die Zahl der Leistungsempfänger mit einer wesentlich geistigen Behinderung in diesem Zeitraum deutlich um 116 Personen (19 %)**, die Zahl der Leistungsempfänger mit einer seelischen Behinderung um 67 Personen (25,4 %).

<sup>18</sup> Siehe auch Kapitel 7.2 und Kapitel 8.1



Grafik: Landkreis Heilbronn. Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

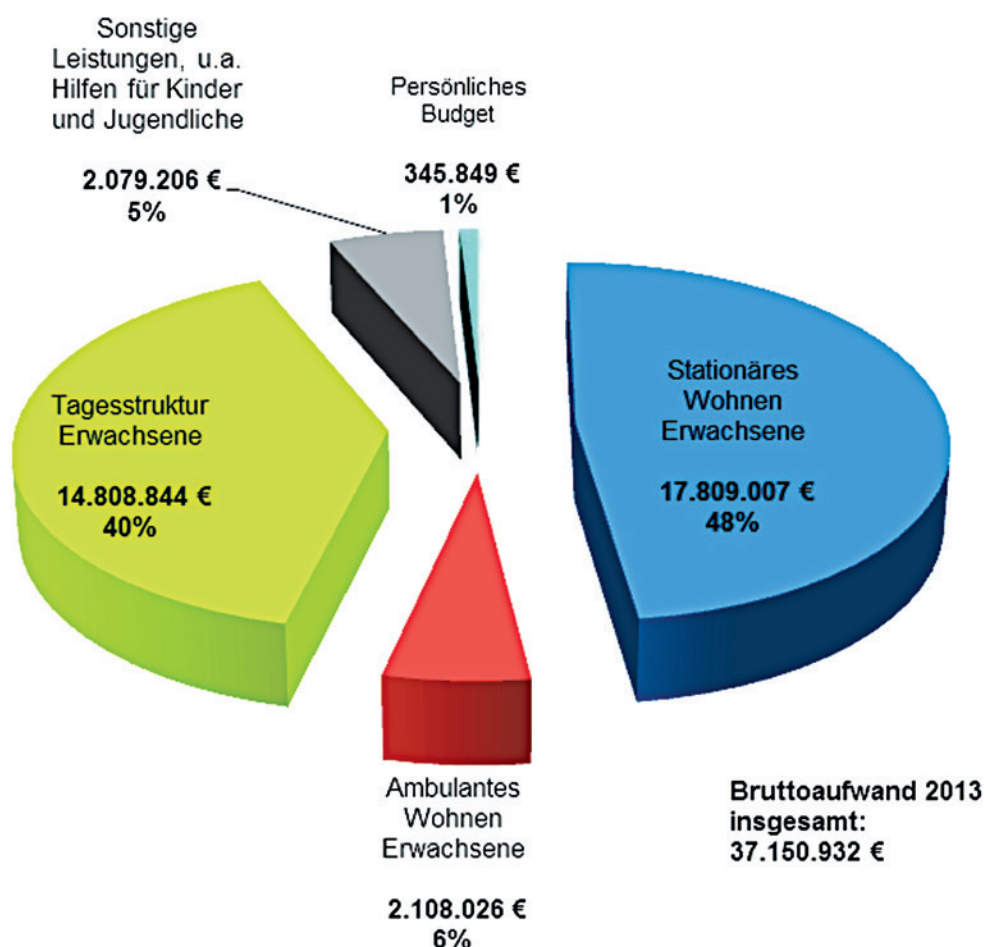
Die Zahl der erwachsenen Leistungsempfänger mit einer wesentlich geistigen Behinderung, der Zielgruppe dieser Teilhabeplanung, hat dabei kontinuierlich zugenommen:

31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013
609	643	654	669	700	716	725

In den Kapiteln „Wohnen“ und „Tagesstruktur“ wird näher auf die Verteilung der Leistungsempfänger auf die einzelnen Wohnformen und tagesstrukturierenden Angebote eingegangen.

Mit **Gesamtausgaben in Höhe von rund 37 Millionen Euro im Jahr 2013** ist die Eingliederungshilfe nach dem SGB XII der größte Posten im Sozialhaushalt des Landkreises Heilbronn. Zu beachten ist, dass bei den Gesamtausgaben nicht nach Behinderungsarten unterschieden wird, d.h. es sind Leistungen für Menschen mit geistiger, körperlicher und seelischer Behinderung enthalten.

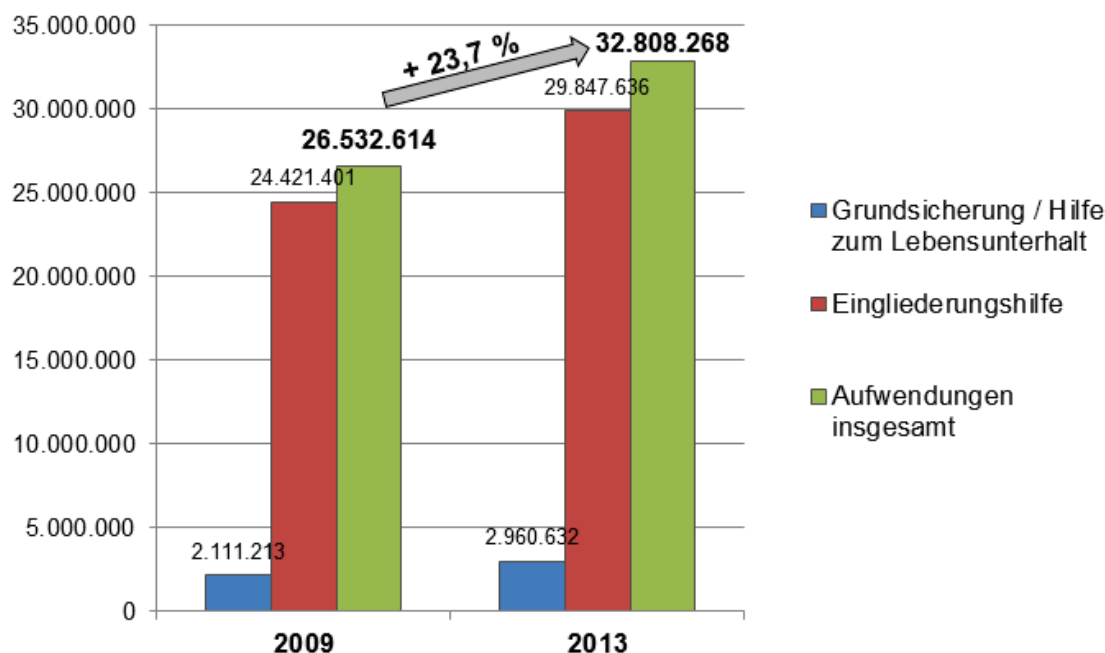
**Schaubild: Bruttoausgaben 2013 in der Eingliederungshilfe nach SGB XII nach Leistungsbereichen (alle Behinderungsarten)**



Datenbasis: Controllingbericht 2013 (Landkreis Heilbronn)

Fast die Hälfte der Aufwendungen (48 %), ca. 18 Millionen Euro, entfallen auf das stationäre Wohnen für erwachsene Menschen mit einer wesentlichen Behinderung. Mit einem Anteil von 40 Prozent werden mit Ausgaben von fast 15 Millionen Euro Leistungen der Tagesstruktur für Erwachsene (Werkstätten für behinderte Menschen, Förder- und Betreuungsbereich sowie Tagesbetreuung für Erwachsene/Senioren) finanziert. Zu den ambulanten Wohnformen gehören das Ambulant betreute Wohnen (ABW) sowie das Betreute Wohnen in Familien (BWF). Die Ausgaben für diese Wohnformen von ca. 2,1 Millionen Euro entsprechen einem Anteil von 6 Prozent. In den so genannten „Sonstigen Leistungen“ mit einem Anteil von 5 Prozent sind neben Leistungen für Kinder und Jugendliche (z.B. ambulante Integrationshilfen, teilstationäre Leistungen in Schulkindergarten oder Sonderschule) auch Aufwendungen für Kurzzeitunterbringung enthalten. Ein geringer Anteil von einem Prozent entfällt auf das Persönliche Budget (ca. 350.000 Euro). Es handelt sich dabei um einen dem individuellen Hilfebedarf entsprechenden Geldbetrag, mit dem Menschen mit Behinderung selbst die für sie erforderlichen Unterstützungsleistungen auswählen und einkaufen können.

**Schaubild:** Nettoaufwendungen in der Eingliederungshilfe in den Jahren 2009 und 2013 für alle Leistungsberechtigten des Landkreises Heilbronn in Euro (einschl. Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt)



Grafik: Landkreis Heilbronn. Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII zum 31.12.. (KVJS-Statistik)

Die Nettoaufgaben für diesen Bereich sind im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2009 um 6.275.654 Euro gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 23,7 Prozent gegenüber dem Basisjahr 2009 und einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 5,5 Prozent<sup>19</sup>. Steigende Nettoaufgaben gibt es in allen 44 Kreisen in Baden-Württemberg. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Leistungsempfänger von 1.233 Personen (31.12.2009) auf 1.381 Personen (31.12.2013) erhöht. Neben der Zunahme der Zahl der Leistungsberechtigten um 12 Prozent trägt die Erhöhung der Leistungsentgelte zur Entwicklung der Ausgabensituation bei.

## 2.5 Der Landkreis im Vergleich

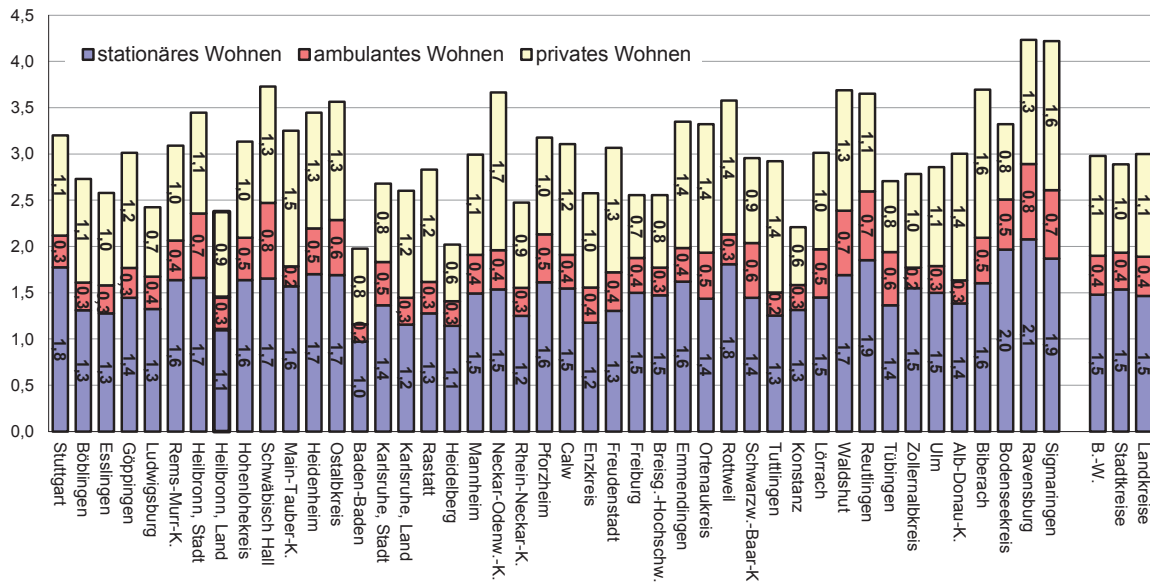
Eine kontinuierliche vergleichende Betrachtung der Eingliederungsleistungen der Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg (aus **Leistungsträgerperspektive**) ist für den Zeitraum seit 2005 möglich. Seitdem stellen die örtlichen Sozialhilfeträger ihre Leistungsdaten zur Verfügung, die vom KVJS in einem jährlichen landesweiten Bericht zusammengefasst und veröffentlicht werden. Im Landkreis Heilbronn sind die Fallzahlen in der Eingliederungshilfe wie in der überwiegenden Mehrzahl der Stadt- und Landkreise gestiegen<sup>20</sup>.

Neben Zeitreihen, die Erkenntnissen über Entwicklungen ermöglichen, werden in der Berichterstattung Kreisvergleiche dargestellt. Diese ermöglichen den Leistungsträgern vor Ort eine erste Standortbestimmung. Bei der Interpretation sind die Besonderheiten des jeweiligen Kreises zu berücksichtigen. Dies können Besonderheiten der sozialen Infrastruktur sein, die historisch gewachsen sind und von den Kreisen nur bedingt und nur langfristig beeinflusst werden können.

<sup>19</sup> Datenbasis: Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII 2013, S.6

<sup>20</sup> Verteilung nach Behinderungsarten siehe Kapitel 1; vertiefte Informationen in KVJS: Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII 2013, Oktober 2014

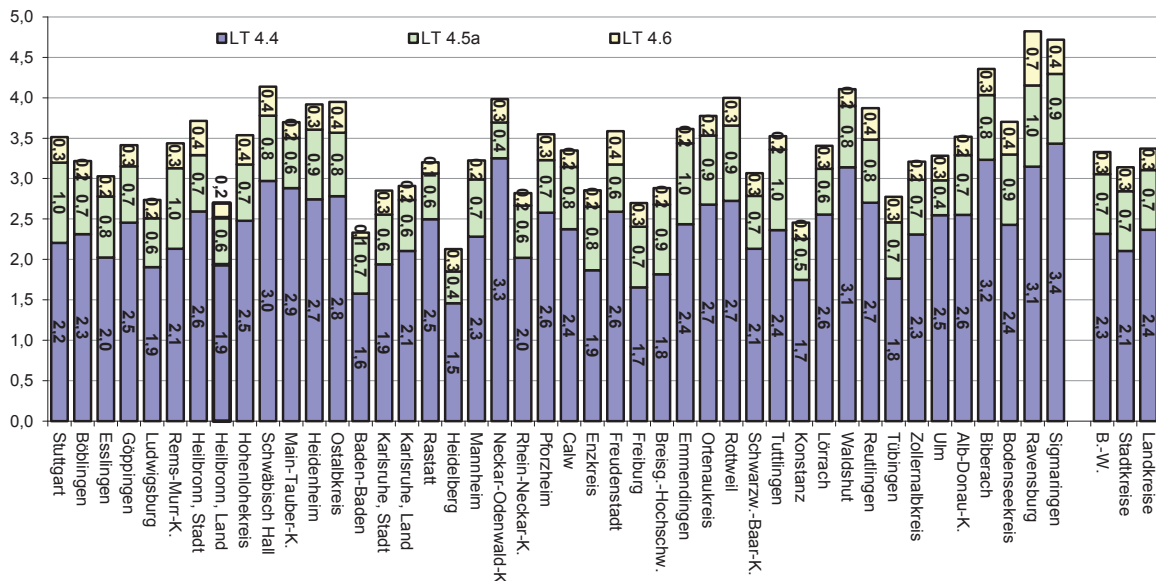
**Schaubild: Erwachsene Leistungsempfänger mit einer geistigen und körperlichen Behinderung nach Wohnform pro 1000 Einwohner am 31.12.2013**



Grafik: KVJS 2014. Datenbasis: Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII 2013

Die Grafik bildet Kennzahlen ab, das heißt die Zahl der Leistungen korreliert mit der Bevölkerungsdichte. Von 1000 Einwohnern des Landkreises Heilbronn erhielten 1,1 erwachsene Personen eine Leistung mit stationärer Wohnversorgung, 0,3 erhielten eine betreute Wohnleistung (ambulant einschließlich einer Betreuung in Familien). Zusammen mit den privat Wohnenden, (die eine Tagesstrukturleistung erhielten) waren es 2,3 Leistungsempfänger. Lediglich in drei anderen Kreisen war diese Kennzahl niedriger. Der Wert liegt unterhalb des errechneten Landkreisdurchschnitts in Höhe von 3 Leistungsempfängern insgesamt pro 1000 Einwohner. Hohe Kennzahlen finden sich häufig bei Standortkreisen von Komplexträgern, insbesondere in Verbindung mit einer geringen Bevölkerungsdichte.

**Schaubild: Tagesstrukturleistungen für erwachsene Personen mit geistiger und körperlicher Behinderung nach Leistungstyp pro 1000 Einwohner am 31.12.2013**



Grafik: KVJS 2014. Datenbasis: Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII 2013

Wie im Bereich Wohnen finden sich auch bei den Tagesstrukturleistungen des Landkreises Heilbronn vergleichsweise niedrige Kennzahlen. Noch geringer bzw. gleich waren die Zahlen lediglich in vier anderen Kreisen. Die Verteilung der Leistungen nach den Leistungstypen 4.4 (Werkstatt), 4.5a (Förder- und Betreuungsbereich) und 4.6 (Tagesbetreuung / Senioren) entspricht in etwa dem Durchschnitt der Landkreise.

Ein statistisch zulässiger Vergleich der Leistungen, die im Landkreis Heilbronn durchgeführt werden (**Standortperspektive**) mit anderen Stadt- und Landkreisen wird möglich sein, wenn die Ergebnisse der vom KVJS 2015 durchgeführten landesweiten Situationsanalyse<sup>21</sup> vorliegen. Die Situationsanalyse soll den aktuellen Stand der Sozial- und Teilhabepflege in allen 44 Stadt- und Landkreisen ermitteln und einen Gesamtüberblick für Baden-Württemberg geben. Die Erhebung bezieht die Einrichtungsträger der Eingliederungshilfe ein, so dass auch vergleichbare Daten zur Belegung in den Kreisen am Stichtag 31.12.2014 vorliegen werden.

**Der Landkreis Heilbronn ist ein Flächenkreis mit mittlerer Bevölkerungsdichte, der als Kragenkreis die Stadt Heilbronn umschließt. Im Wesentlichen stehen alle Angebote für die Grundversorgung von Menschen mit wesentlicher geistiger und mehrfacher Behinderung im Landkreis- oder im Stadtgebiet zur Verfügung. Die Träger im Landkreis Heilbronn sehen sich als regionale Versorgungseinrichtungen. Einrichtungen, die schwerpunktmäßig auf Spezialbedarfe ausgerichtet sind, gibt es nicht<sup>22</sup>.**

**Die Zahl der Leistungsempfänger des Landkreises Heilbronn mit einer wesentlich geistigen Behinderung ist zwischen 2007 und 2013 um 19 Prozent gestiegen. Im landesweiten Kreisvergleich lagen die Kennzahlen für Leistungen der Eingliederungshilfe des Landkreises bezogen auf seine Bevölkerungsdichte Ende 2013 eher im niedrigen Bereich. Wie bei allen 44 Kreisen in Baden-Württemberg sind die Nettoaussgaben des Landkreises Heilbronn für Leistungen nach SGB XII gestiegen.**

<sup>21</sup> Situationsanalyse zum aktuellen Stand der Sozial- und Teilhabepflege in Baden-Württemberg für Menschen mit geistiger Behinderung und psychischer Erkrankung – Konzeption – Stand: 24.03.2015

<sup>22</sup> Die Evangelische Stiftung Lichtenstern bietet als anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe prinzipiell auch Plätze für Kinder und Jugendliche mit schwerer Behinderung an. Das Angebot kann jederzeit wieder aufgenommen werden, wenn eine entsprechende Nachfrage besteht; eine gewisse Anzahl ist als „Startgröße“ zur Wiederaufnahme jedoch erforderlich.



## 3 Der Planungsprozess im Landkreis Heilbronn

Der Landkreis Heilbronn hat mit der aktuellen Teilhabeplanung nicht bei „Null“ angefangen, sondern an eine ausgeprägte Planungskultur angeknüpft. Bereits 2006 wurde eine „Rahmenkonzeption für die Behindertenhilfeplanung des Landkreises Heilbronn“ erstellt und von den Kreisgremien verabschiedet. Die gemeinsam von einer Planungsgruppe Behindertenhilfe formulierten Grundsätze kommen dem Inklusionsgedanken sehr nah: „Menschen mit Behinderungen bereichern mit ihrer Einzigartigkeit und ihrer unverwechselbaren Persönlichkeit unsere Gesellschaft. Menschen mit Behinderungen unterscheiden sich in ihren Lebensvorstellungen, Ansprüchen und Wünschen nicht von Menschen ohne Behinderungen.... Lebensfeldorientierte Angebote ermöglichen den Verbleib der behinderten Menschen in ihren bisherigen Bezügen.“ Die im Hinblick auf die künftige Angebotsstruktur im Kreis vereinbarten Prinzipien „ambulant vor stationär“, „flexible Hilfen“, „regionale Ausrichtung der Hilfen“ und „Trägervielfalt“ sind ebenfalls nach wie vor aktuell. Eine Planungsgruppe Behindertenhilfe trifft sich seitdem zwei bis dreimal jährlich in der Zusammensetzung, wie sie in der Konzeption vereinbart wurde. Kreistagsmitglieder, Einrichtungen, Betroffene und Angehörige haben bisher zusammen mit der Sozialverwaltung des Landratsamtes über Themen wie Lohnkostenzuschuss, betreute Wohnformen, Inklusion diskutiert. Die Planungsgruppe konnte insofern organisch die Funktion eines Begleitkreises im Teilhabeprozess übernehmen.

### 3.1 Auftrag und Zielsetzung des Teilhabeplans

Die Zielsetzung des Teilhabeplans wurde im Angebot des KVJS an den Landkreis Heilbronn wie folgt formuliert:

„Der Landkreis Heilbronn sieht sich in der Verantwortung für die Versorgung der Bürger mit Behinderung aus seinem Kreis und für die Steuerung der Angebotsstruktur in seinem Kreisgebiet. Bestehende Angebote sollen weiterentwickelt und dem zukünftigen Bedarf des Kreises gerecht werden. In einem ersten Schritt ist die Erstellung eines Teilhabeplans für den Personenkreis der erwachsenen Menschen mit wesentlich geistiger und mehrfacher Behinderung geplant. In einem Planungsprozess unter Beteiligung der relevanten Akteure soll das vorhandene Unterstützungssystem analysiert und der künftige Bedarf qualitativ und quantitativ eingeschätzt werden. Gemeinsam sollen Empfehlungen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Angebote erarbeitet werden. Es geht um einen tragfähigen Orientierungsrahmen für die weitere Zusammenarbeit vor Ort. Der Teilhabeplan kann Politik und Verwaltung als Entscheidungsgrundlage dienen.“

#### Ziele der Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung



- **Überblick** über die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung im Landkreis
- **Bedarfsgerechte** Weiterentwicklung der Angebotsstruktur im Landkreis/Planungsraum
- **Sicherheit** für Bedarfsaussagen und Investitionsentscheidungen
- Identifikation von **steuerungsrelevanten** Bereichen
- Initiierung eines **kontinuierlichen Planungsprozesses** mit allen Beteiligten
- Entwicklung eines abgestimmten **träger- und angebotsübergreifenden Hilfesystems**

Der Planungsprozess soll in enger Kooperation zwischen dem Landratsamt Heilbronn und dem KVJS konzipiert und durchgeführt werden. Die Ergebnisse der bisherigen Sozialplanung im Kreis werden einbezogen. Die in der „Rahmenkonzeption für die Behindertenhilfe des Landkreises Heilbronn“ 2006 abgestimmten Anforderungen an künftige Angebotsstrukturen wie „ambulant vor stationär“, „flexible Hilfen“ und „regionale Ausrichtung der Hilfen“ werden aufgegriffen und weiterentwickelt.“

Der Landkreis Heilbronn verfährt seit der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe 2005 – wie andere Kreise in Baden-Württemberg auch – nach dem Beheimatungsprinzip. Dieses im allgemein humanen Denken begründete und dem Wunsch- und Wahlrecht entsprechende Grundprinzip gilt in zwei Richtungen:

- Erwachsene Menschen mit Behinderung aus anderen Herkunftskreisen, die bereits eine Leistung im Standortkreis erhalten, sind willkommen und können bleiben.
- Der Landkreis als Leistungsträger führt keine systematischen „Rückholaktionen“ von außerhalb des Kreises lebenden erwachsenen Leistungsempfängern durch.

Im Rahmen der Teilhabeplanung wurde ausdrücklich bekräftigt, dass sich an dieser Praxis auch künftig nichts ändern soll.

### 3.2 Qualitatives Vorgehen

Die qualitative Bestandsaufnahme sollte dazu dienen, differenzierte Informationen und Einschätzungen über die aktuelle Angebotsstruktur der Eingliederungshilfe und ihr Umfeld zu erhalten, Stärken und mögliche Lücken zu beschreiben und zukünftige Veränderungen und Herausforderungen zu erkennen, um daraus konstruktive Vorschläge für die Weiterentwicklung abzuleiten. Hierzu wurden die Fachkompetenzen und Erfahrungen von professionellen, ehrenamtlichen und betroffenen Experten genutzt.

#### Beteiligungsformen

Entsprechend eines partizipativen Grundverständnisses waren die am Planungsprozess im Landkreis Heilbronn Mitwirkenden frühzeitig an allen Planungsschritten beteiligt, umfassend über die jeweiligen Zwischenergebnisse informiert und in die abschließende Bewertung der quantitativen und qualitativen Ergebnisse einbezogen. Die Beteiligung erfolgte neben dem Begleitkreis auch in Workshops zu einzelnen Themenschwerpunkten, im Rahmen von Fachgesprächen sowie bei den Gesprächen in den Einrichtungen. Ein zentrales Anliegen bestand darin, die Erfahrungen und das Wissen von Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen aufzunehmen und geeignete Formen von Betroffenenbeteiligung zu entwickeln. Die Teilnahme an den Sitzungen der Planungsgruppe Behinderung und ein Protokoll in leichter Sprache hatten bereits eine gute Tradition, an die sich die Arbeit des Begleitkreises nahtlos anschließen konnte. Im Verlauf des Prozesses wurden zusätzlich Frauen und Männer mit Behinderung eingeladen und haben offen und anschaulich zum Teil in Form von Interviews über ihre Situation, ihre Erwartungen und Wünsche gesprochen. In den Workshops wurden immer auch Praxisbeispiele präsentiert und damit konkrete Einblicke aus der Sicht von Akteuren ermöglicht.

#### Begleitkreis

Die zentrale Steuerungsfunktion im Planungsprozess lag beim Begleitkreis (Planungsgruppe)<sup>23</sup>. Neben Sozialverwaltung und Trägern waren die Fraktionen des Kreistags ebenso beteiligt wie Betroffene und Angehörige. Im Prozessverlauf wurden darüber hinaus Vertreter von Gemeinden und des Gemeindetags einbezogen. Die Federführung lag beim Sozialdezernat des Landkreises. Der KVJS hat die Sitzungen fachlich begleitet.

- Der erste Begleitkreis fand als Auftaktveranstaltung am 30. September 2013 statt. Es wurden Leitgedanken, Ziele und Methoden eines Teilhabeplans vorgestellt und Absprachen zum weiteren Vorgehen getroffen.

<sup>23</sup> Mitglieder im Anhang

- Der zweite Begleitkreis am 2. April 2014 erfolgte als Zwischenbilanz. Vorgestellt und diskutiert wurden Eindrücke und erste Erkenntnisse aus den Fachgesprächen und Einrichtungsbesuchen. Eine Auswertung der Leistungserhebung konnte nicht präsentiert werden, da die Daten noch nicht vollständig vorlagen.
- Beim dritten Begleitkreis am 21. Juli 2015 wurden die Ergebnisse der Bedarfsvorausschätzung vorgestellt und eine Bilanz des bisherigen Prozesses als Grundlage für den Teilhabebericht gezogen.
- Beim Abschlussbegleitkreis am 27. Januar 2016 wurde der Berichtsentwurf mit den darin enthaltenen Handlungsempfehlungen besprochen.

### Workshops und Fachgespräche

In vier Workshops ging es um Schwerpunktbereiche der Teilhabeplanung mit der Möglichkeit zur vertieften fachlichen Diskussion. Es wurden die Ergebnisse der Datenerhebung vorgestellt – soweit sie zum jeweiligen Zeitpunkt vorlagen – und gemeinsam eingeschätzt. Es wurden Annahmen für die Bedarfsvorausschätzung diskutiert und vereinbart. Darüber hinaus wurden weitere Akteure eingeladen und um Beiträge aus der Sicht ihres jeweiligen Arbeitsfeldes gebeten. Präsentiert wurden Fallbeispiele, Einschätzungen zur Ausgangssituation und Erwartungen an künftige Entwicklungen.

- Workshop „Behinderung und Alter / Behinderung und Pflege“ (8. Juli 2014)
- Workshop „Wohnen“ (11. März 2015)
- Workshop „Inklusion“ (7. Mai 2015)
- Workshop „Arbeit / Tagesstruktur“ (25. Juni 2015)

Bei den Fachgesprächen haben sich Experten mit Informationen aus ihrem Bereich eingebracht und mit Vertretern des Landkreises und dem KVJS über zukünftige Bedarfe aus ihrer Sicht diskutiert.

- Fachgespräch „Frühförderung“ (3. Dezember 2013)
- Fachgespräch „Selbsthilfe-orientierte Gruppen / engagierte Betroffene und Angehörige“ (10. Dezember 2013)
- Fachgespräch „Schulen“ (28. Januar 2014)
- Fachgespräch „Körperbehinderte Menschen“ (6. Februar 2014)

### Gespräche in Einrichtungen

Parallel zu den Sitzungen des Begleitkreises und den Workshops haben Sozialdezernat und KVJS die Einrichtungen im Landkreis Heilbronn besucht. Ziel war es, die Angebotsformen exemplarisch vor Ort in Augenschein zu nehmen und näher kennenzulernen. Darüber hinaus sollte die Chance genutzt werden, das bisherige Profil von Trägern und Einrichtungen, geplante konzeptionelle Weiterentwicklungen und fachliche Optionen ohne konkreten Handlungs- und Entscheidungsdruck zu besprechen. Ein wesentliches Anliegen bestand auch darin, mit Betroffenen im Rahmen ihres gewohnten Umfelds ins Gespräch zu kommen.

- Offene Hilfen Heilbronn (18. Februar 2014)
- Beschützende Werkstätte Heilbronn (25. Februar 2014)
- Evangelische Stiftung Lichtenstern (9. April 2014)

## Entwicklung von Empfehlungen

Die am Ende formulierten Handlungsempfehlungen spiegeln die vielfältigen Anregungen und Impulse aus dem Planungsprozess wieder und wurden mit den Beteiligten abgestimmt. Sie können Weichen stellen für den weiteren kontinuierlichen Prozess und die anstehenden sozialpolitischen Entscheidungen im Landkreis Heilbronn.

### 3.3 Quantitatives Vorgehen

Im quantitativen Teil der Teilhabeplanung sollte die Inanspruchnahme von Angeboten im Kreis abgebildet werden, um auf dieser Grundlage eine Schätzung zukünftiger Bedarfswahlen zu ermöglichen.

#### Bestandsaufnahme

Ein zentraler Baustein im Sinne einer differenzierten Bestandsaufnahme war die Erhebung von Daten über die Platzzahl und die Belegung der Einrichtungen mit Standort im Landkreis Heilbronn (Standortperspektive). Die Befragung erfolgte bei den jeweiligen Trägern direkt und auf freiwilliger Basis. Nur auf diesem Wege kann ein vollständiger Überblick über die Belegungsstruktur, der auch die Leistungen für Menschen aus anderen

**Stichtag**

---

Das ist ein komisches Wort.  
Wir werden das Wort  
noch oft benutzen.

Google sagt:  
**Stichtag** ist eine amerikanische Film-Komödie aus  
dem Jahr 2010

Wir sagen:  
**Stichtag** ist ein bestimmter Tag. Wir bestimmen,  
wann dieser Tag ist. Wir fragen, welche Hilfen gibt  
es genau an diesem Tag im Landkreis Heilbronn.



Herkunftskreisen umfasst, gelingen. Dazu wurde ein vom KVJS entwickeltes zweistufiges Erhebungsinstrument eingesetzt, das auf die Situation im Landkreis Heilbronn angepasst wurde. Die drei Leistungserbringer im Kreis wurden zunächst gebäudebezogen nach ihren Platz- und Belegungszahlen gefragt und darauf aufbauend, nach Leistungen in den jeweiligen Gebäuden. Einbezogen wurden diejenigen Angebote, in denen Leistungen der Eingliederungshilfe für erwachsene Menschen mit geistig wesentlicher Behinderung erbracht werden. Dazu gehören

Wohn- und Tagesstrukturleistungen. Stichtag für die Gebäude- und die Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn war der 31. Dezember 2013.

Bei der Leistungserhebung wurde für jede Leistung nach Geburtsjahr, Geschlecht, Leistungsart und Leistungsträger gefragt und außerdem die jeweils ergänzende Leistung bzw. Situation (zum Beispiel privates Wohnen) erhoben. Bei der Belegung der Werkstatt wurden auch Leistungen im Berufsbildungsbereich einbezogen (Leistungsträger ist die zuständige Agentur für Arbeit bzw. die Rentenversicherung).

Die Erhebung bezieht sich auf Leistungen. Es gibt Personen, die nur eine Tagesstrukturleistung erhalten (z. B. als Werkstattbeschäftigte) und Personen, die sowohl eine Tagesstruktur- als auch eine Wohnleistung erhalten (z. B. in einer Werkstatt und im Wohnheim).

Die Daten wurden anonym erhoben, der Datenschutz wurde ausdrücklich zugesichert und gewährleistet. Ergebnisse wurden im Verlauf des Planungsprozesses in aggregierter Form präsentiert, die Auswertungen wurden von den Trägern zur Veröffentlichung im Teilhabebericht freigegeben.

## KVJS-Leistungsbogen, Beispiel stationäres Wohnen

Teilhabeplan für Menschen mit geistiger, körperlicher, Behinderung im Landkreis Heilbronn Leistungserhebung - stationäres Wohnen									
Stichtag: <b>31.12.2013</b>					E-Mail:				
Gebäude-Name:					Gebäude-Nummer:				
Bitte für jede <b>Leistung</b> , die im Gebäude erbracht wird, eine Zeile ausfüllen.									
Ifd. Nr.	Geburts- jahr	Ge- schlecht	Leistungs- art		Leistungs- träger	ergänzende Tagesstruktur (Arbeit und Beschäftigung) ja=1			
			Typ LT I.2.1, 2.2 SGB XI,	Stufe Hilfe- bedarfs- gruppe 1 bis 5		Art			
	Schreib- weise: 1970	m oder w			Stadt/Landkreis (Name des Kreises), Agentur für Arbeit, sonstige	WfbM einschl. BBB	Tagesstruktur und Förderung LT I.4.5a	Tages- struktur LT I.4.6	sonstige ja=1 und zwar (bitte beschreiben)

## Bedarfsvorausschätzung

Hinreichend zuverlässige Vorausschätzungen lassen sich aus Sicht des KVJS für einen Zeitraum von 10 Jahren erstellen. Die quantitative Vorausschätzung umfasst den Bedarf an Plätzen für erwachsene Menschen in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe im Landkreis (Standortperspektive).

Grundlage sind zum einen die Daten aus der Leistungserhebung in Einrichtungen im Kreis, die fortgeschrieben werden. Dabei wird eine durchgängige Alterung und der damit ggf. verbundene Wechsel in eine andere Angebotsform berechnet. Es werden Wahrscheinlichkeiten in Bezug auf die Lebenserwartung der jeweiligen Altersjahrgänge berücksichtigt. Zum anderen, d. h. zusätzlich zur Fortschreibung der am Stichtag erhobenen Leistungen, wird die Zahl der neu zu erwartenden Leistungen eingeschätzt und hinzugerechnet. Zugänge ins Leistungssystem ergeben sich durch folgende Personengruppen:

- erwachsene Personen, die bisher privat wohnen (ohne Eingliederungshilfe-unterstützte Wohnform) und die aufgrund ihres eigenen Alters oder das ihrer Angehörigen voraussichtlich eine Unterstützung beim Wohnen benötigen werden. Die Zahl und das Alter gehen aus der Stichtagserhebung hervor, soweit diese Personengruppe Leistungen der Tagesstruktur erhält.
- Schüler, die in den nächsten 10 Jahren erwachsen werden und voraussichtlich Eingliederungshilfe benötigen. Bei der Einschätzung von Neuzugängen aus Schulen werden Schulabgänger aus den Sonderschulen für geistig Behinderte und den Bildungsgängen für geistig Behinderte an Sonderschulen für körperlich und sinnesbehinderte Kinder berücksichtigt.

### Bedarfs-Vorausschätzung



**Bedarf** heißt:

Welche Hilfe brauchen Menschen im Landkreis Heilbronn

- beim Wohnen
- beim Arbeiten?

**Vorausschätzung** heißt nach vorne schauen und fragen:  
 Welche Hilfen brauchen die Menschen in 10 Jahren?  
 Wir können es nicht genau wissen. Wir können sagen:  
 So wird es wahrscheinlich sein.

**Annahmen**

Die Berechnung des zukünftigen Bedarfes im Landkreis Heilbronn erfolgte unter bestimmten allgemeinen Grundannahmen. Dazu gehörte insbesondere das Beheimatungsprinzip für alle bisherigen Leistungsempfänger unabhängig davon, aus welchem Herkunftskreis sie kommen. Die Zahl der Heim- und Rückkehrer, die aus unterschiedlichen Gründen auf eigenen Wunsch zurück in den Landkreis Heilbronn wechseln, gleicht sich mit denjenigen aus, die in einen anderen Kreis ziehen, so lautete eine weitere methodische Annahme (Ausgleichsannahme bei individuellen Zu- und Abgängen). Im Weiteren wurde wie bei anderen Teilhabeplanungen davon ausgegangen, dass sich die Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung an die allgemeine Lebenserwartung annähert. Berechnungsgrundlage waren die spezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten für Menschen mit geistiger Behinderung, die im Rahmen des KVJS-Forschungsvorhabens „Alter erleben“<sup>24</sup> empirisch ermittelt und berechnet wurden.

Darüber hinaus wurden spezifische Annahmen auf der Basis der bisherigen Entwicklung im Kreis sowie unter Hinzuziehung allgemeiner Trends in vergleichbaren Kreisen getroffen. Bei der Inanspruchnahme unterstützter Wohnformen wurde insbesondere die Entwicklung der Relation von betreut (ambulant) zu stationär bei neuen Wohnleistungen eingeschätzt. Bei der Tagesstruktur war das künftige Verhältnis von Werkstatt und Förder- und Betreuungsbereich sowie das Alter für den Wechsel in eine Tagesstruktur für Senioren von Bedeutung<sup>25</sup>. Diese Annahmen sind zunächst einmal in quantitativer Hinsicht als Rechengrößen für die Bedarfsvorausschätzung relevant. Sie enthalten aber auch gemeinsam formulierte Zielvorstellungen, die in das zukünftige fachliche Handeln hinein wirken.

---

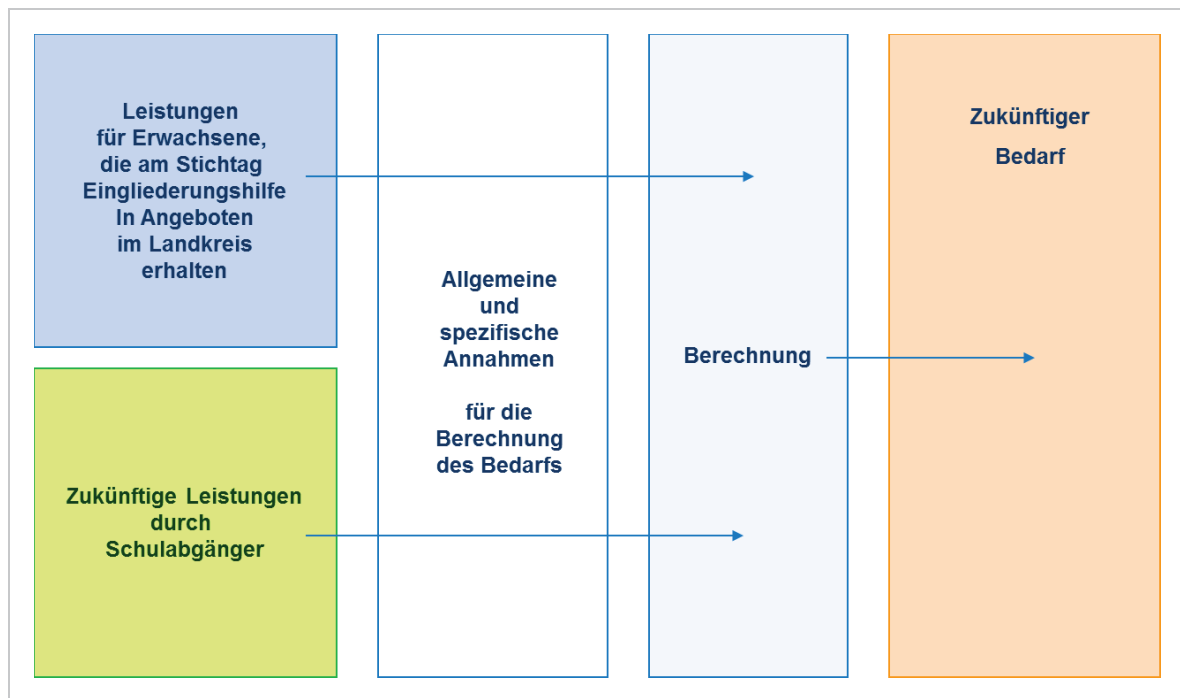
<sup>24</sup> KVJS. Alter erleben. Lebensqualität und Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung im Alter. Juni 2013. Seite 152

<sup>25</sup> Ausführliche Darstellung der spezifischen Annahmen siehe Kapitel Bedarfsvorausschätzung



Die folgende schematische Darstellung will die methodischen Schritte bei der Bedarfsvorausschätzung verdeutlichen. Rechengrundlage bilden zum einen die Bestandsdaten erwachsener Leistungsempfänger, die unter bestimmten Annahmen fortgeschrieben werden, zum anderen die erwarteten Zahlen neuer Leistungsempfänger und die Einschätzung ihrer voraussichtlichen Bedarfe.

**Schaubild: Methodisches Vorgehen bei der Bedarfsvorausschätzung**



Grafik: KVJS

## Bildung von Planungsräumen

Im Hinblick auf eine wohnortnahe Versorgung ist es in einem Flächenlandkreis sinnvoll, Planungsräume zu bilden und die Vorausschätzung entsprechend kleinräumig zu berechnen. Planungsräume können sich an der regionalen Gliederung in Verwaltungsräume orientieren, an den Versorgungsräumen innerhalb der Kreispflegeplanung oder an Einzugsbereichen von Sozialstationen. Im Landkreis Heilbronn wurden vier Planungsräume gebildet.<sup>26</sup> Die Aufteilung erfolgte analog zur bestehenden regionalen Gliederung in anderen Bereichen und entspricht den topografischen Gegebenheiten (z.B. Neckar, Heuchelberg, Löwensteiner Berge).

Neben der Bestandsaufnahme von Leistungen im Landkreis und der Bedarfsvorausschätzung für den zukünftigen Bedarf (Standortperspektive) wurde im Verlauf des Planungsprozesses regelmäßig auch die Situation aus Sicht des Landkreises beleuchtet (**Leistungsträgerperspektive**). Die Zahl der Leistungsempfänger des Landkreises ergibt sich aus der Eingliederungshilfestatistik des Sozialamts, die seit 2005 zum jährlichen Stichtag 31.12. ausgewertet wird. Die regelmäßige jährliche Erhebung der Fallzahlen über einen längeren Zeitraum ermöglicht es, - anders als bei der bisher einmaligen umfassenden Bestandsaufnahme von Leistungen im Kreis - Aussagen zu Entwicklungen und Verläufen zu machen. Die Datenlage wurde durch Erfahrungen und Einschätzungen aus der Praxis des Fallmanagements ergänzt.

<sup>26</sup> Siehe auch Kapitel Bedarfsvorausschätzung

Eingliederungshilfen für Menschen mit wesentlich geistiger und mehrfacher Behinderung beim Wohnen und bei der Tagesstruktur sind Teil eines umfassenden Unterstützungssystems. Die künftige Inanspruchnahme eingliederungshilfefinanzierter Wohn- und Tagesstrukturangebote hängt auch davon ab, welche offenen Hilfen und anderen sozialen Leistungen zur Verfügung stehen, ob Regelangebote inklusiv genutzt werden können und wie groß das Selbsthilfepotential ist. Die Teilhabeplanung im Landkreis Heilbronn hat neben der quantitativen Betrachtung des zukünftigen Wohn- und Tagesstrukturbedarfes im Landkreis auch das „umgebende“ Angebotsspektrum und seine vielfältigen Schnittstellen in den Blick genommen.

Ein zentraler Bestandteil und Voraussetzung zur Berechnung des im Landkreis zu erbringenden Leistungsbedarfes waren allgemeine und kreisspezifische Annahmen. Annahmen wie das Beheimatungsprinzip oder die Ambulantisierungsquote wirken sich rechnerisch aus, sind aber auch fachliche Grundsätze und Zielgrößen für gemeinsames Handeln.

Die am Planungsprozess im Landkreis Heilbronn Beteiligten haben an ihren bisherigen konzeptionellen Überlegungen angeknüpft und sich auf einen intensiven Planungsprozess mit vielen Beteiligten eingelassen. Ihnen war und ist bewusst, dass die Ergebnisse des Teilhabepplans keine Endprodukte sind und die Empfehlungen keine Rezepte darstellen, sondern aufgrund veränderter Rahmenbedingungen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

## 4 Unterstützung im Kindes- und Jugendalter

### 4.1 Frühförderung

Bei allen Kindern, ob mit oder ohne Behinderung, werden in den ersten Lebensmonaten und -jahren wesentliche Weichen für die künftige Entwicklung gestellt. Um Kinder mit besonderen Bedarfen möglichst früh fördern zu können, muss man Entwicklungsverzögerungen und Behinderungen rechtzeitig erkennen. Das erfordert große Kompetenz und Erfahrung, weil Diagnosen in den ersten Lebensjahren oft nicht eindeutig und abschließend gestellt werden können. Die Lebenssituation betroffener Eltern ist in der Zeit nach der Geburt bis zur Diagnose von großen emotionalen Schwankungen und Unsicherheiten geprägt. Liegt eine Diagnose vor, gilt es als nächstes, geeignete medizinische, therapeutische, heil- und sonderpädagogischen Angebote zu finden. Die Auswirkungen auf die gesamte Lebenssituation und -planung der Familie sind enorm. Die Wahl einer geeigneten Kindertagesstätte und der Schule bedeuten weitere Herausforderungen mit weitreichenden Konsequenzen. Die Entscheidungen und Übergänge sollten sorgfältig vorbereitet und begleitet werden. Nur wenn die einzelnen Unterstützungs- und Förderangebote eng miteinander verzahnt sind und den Eltern und Kindern verlässliche Wegbegleiter zur Seite stehen, lässt sich dem Gefühl der Verunsicherung („es wird viel herumprobiert“, „man wird von Pontius zu Pilatus geschickt“) entgegen wirken. Fachleute gehen davon aus, dass mindestens sechs Prozent aller Kinder im Vorschulalter ein Angebot der Frühförderung benötigen<sup>27</sup>. Dazu gehören neben Kindern mit Entwicklungsverzögerungen und Kindern mit einer Behinderung zum Beispiel auch Kinder mit herausforderndem Verhalten oder Kinder aus sozial belasteten Familien. Nur ein relativ kleiner Teil der Kinder mit Frühförderbedarf wird als Erwachsene zum Personenkreis der Menschen mit wesentlicher Behinderung gehören und Leistungen der Eingliederungshilfe benötigen.

**Zeitnah und räumlich gut erreichbare Stellen zur frühen Diagnose, Beratung und Förderung innerhalb des Gemeinwesens sind wesentliche Voraussetzungen für den gelingenden Start in ein inklusives Leben.**

Die bundesrechtlichen Grundlagen der Frühförderung finden sich im Neunten Buch Sozialgesetzbuch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - (SGB IX) und in der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder (Frühförderungsverordnung - FrühV). Mit der Einführung des SGB IX am 1. Juli 2001 hat der Gesetzgeber die Leistungen der Frühförderung als interdisziplinär zu erbringende Komplexleistung neu definiert. Die verschiedenen Leistungen der medizinischen Rehabilitation sollen mit den heilpädagogischen Leistungen konzeptionell und organisatorisch zusammengeführt werden. Die Frühförderverordnung vom 1. Juli 2003 sollte einen Impuls zur Vereinbarung von Landesrahmenempfehlungen in allen Bundesländern setzen und zu verbindlichen Qualitätskriterien und Leistungsprofilen von Einrichtungen und Diensten beitragen. Nach langjährigen Diskussionen und Verhandlungen von Sozialhilfeträgern, Krankenkassen, Ligaverbänden und Land insbesondere über Finanzierungsfragen wurde in Baden-Württemberg im Juni 2014 eine Landesrahmenvereinbarung verabschiedet.

<sup>27</sup> Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg: Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Baden-Württemberg. Rahmenkonzeption 1998, Stuttgart 1998, S. 7

## Frühförderung im Überblick

### Bundesrechtliche Grundlagen

- **Früherkennung und Frühförderung nach § 30 SGB IX**  
 (1) Die medizinischen Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder nach § 26 Abs. 2 Nr. 2 umfassen auch
  1. die medizinischen Leistungen der mit dieser Zielsetzung fachübergreifend arbeitenden Dienste und Einrichtungen,
  2. nichtärztliche sozialpädiatrische, psychologische, heilpädagogische, psychosoziale Leistungen und die Beratung der Erziehungsberechtigten, auch in fachübergreifend arbeitenden Diensten und Einrichtungen, wenn sie unter ärztlicher Verantwortung erbracht werden und erforderlich sind, um eine drohende oder bereits eingetretene Behinderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erkennen und einen individuellen Behandlungsplan aufzustellen.
 Leistungen nach Satz 1 werden als Komplexleistung in Verbindung mit heilpädagogischen Leistungen (§ 56) erbracht.
- **Frühförderungsverordnung (FrühV)**  
 Die Frühförderungsvereinbarung vom 24. Juni 2003 regelt:
  - die Abgrenzung der Leistungen (der medizinischen von den heilpädagogischen, geregelt in § 30 SGB IX)
  - die Übernahme und Teilung der Kosten zwischen den beteiligten Rehabilitationsträgern sowie
  - die Vereinbarung der Entgelte.
- **Sozialpädiatrische Zentren nach § 119 SGB V**  
 (1) Sozialpädiatrische Zentren, die fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Leitung stehen und die Gewähr für eine leistungsfähige und wirtschaftliche sozialpädiatrische Behandlung bieten, können vom Zulassungsausschuss (§ 96) zur ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung von Kindern ermächtigt werden. Die Ermächtigung ist zu erteilen, soweit und solange sie notwendig ist, um eine ausreichende sozialpädiatrische Behandlung sicherzustellen.  
 (2) Die Behandlung durch sozialpädiatrische Zentren ist auf diejenigen Kinder auszurichten, die wegen der Art, Schwere oder Dauer ihrer Krankheit oder einer drohenden Krankheit nicht von geeigneten Ärzten oder in geeigneten Frühförderstellen behandelt werden können. Die Zentren sollen mit den Ärzten und den Frühförderstellen eng zusammenarbeiten.

### Regelungen und Informationen aus Baden-Württemberg

- **Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Baden-Württemberg – Rahmenkonzeption 1998<sup>28</sup>:** Die Rahmenkonzeption als fachliche Grundlage baut wesentlich auf das enge Zusammenwirken medizinischer, psychologischer, pädagogischer und sozialer Dienste auf. Frühförderung soll danach ganzheitlich, familienorientiert, interdisziplinär, regional und koordinierend arbeiten. Einrichtungen der Frühförderung sollen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen überschaubare Gebiete versorgen, die Eltern und Kinder regelmäßig erreichen können.

<sup>28</sup> Rahmenkonzeption Frühförderung 1998, Stuttgart 1998

- **Wegweiser Frühförderung in Baden-Württemberg<sup>29</sup>**  
In Baden-Württemberg gibt es 36 Kliniken für Kinder- und Jugendmedizin in 29 Stadt- und Landkreisen. Die 18 Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ) sind meist an Kliniken für Kinder- und Jugendmedizin oder an entsprechenden Abteilungen in allgemeinen Kliniken angesiedelt. Neben den Sonderpädagogischen Beratungsstellen gibt es derzeit 38 Interdisziplinäre Frühförderstellen in freier oder kommunaler Trägerschaft.
- **Fördergrundsätze des Sozialministeriums für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung Interdisziplinären Frühförderstellen**  
Die Landesförderung ergänzt die Leistungen der gesetzlich zuständigen Rehabilitationsträger durch die Gewährung von Personalkostenzuschüssen für nicht fallbezogene Leistungen. Bis 2014 wurden die Fördergrundsätze vom 10.10.2008 angewendet. Für 2015 gelten neue Fördergrundsätze, die im Hinblick auf die neue Landesrahmenvereinbarung geregelt wurden<sup>30</sup>. Weitere Anpassungen sind geplant.
- **Landesrahmenvereinbarung (LRV-IFF)<sup>31</sup>**  
Die Landesrahmenvereinbarung vom 1. Juni 2014 regelt auf Grundlage der am 1. Juli 2003 in Kraft getretenen Frühförderungsverordnung das Zusammenwirken der zuständigen Leistungsträger, der Interdisziplinären Frühförderstellen und der Sozialpädiatrischen Zentren zur Früherkennung und Frühförderung. (Schwerpunkt Vernetzung)  
Die Förderung der interdisziplinären Frühförderstellen durch das Land erfolgt als Komplexleistung auf Grundlage der Fördergrundsätze und der Rahmenkonzeption, die weiterhin fachlich anerkannt ist. Die Leistungen können ambulant oder mobil erbracht werden. (Aufsuchende Unterstützung wurde in den Leistungskatalog aufgenommen, die Landesförderung bleibt erhalten.)

Das System der Frühförderung umspannt ein breites Netz fachübergreifender Leistungen, die von Einzelpersonen, Einrichtungen und Diensten auf Grundlage unterschiedlicher leistungsrechtlicher Systeme erbracht werden. Das Spektrum reicht vom medizinischen Bereich mit niedergelassenen Kinderärzten und sozialpädiatrischen Zentren als Bestandteil einer Klinik über den im schulischen Bereich angesiedelten Sonderpädagogischen Beratungsstellen bis zu den Interdisziplinären Frühförderstellen. Von zentraler Bedeutung sind die Prinzipien Niederschwelligkeit, Ganzheitlichkeit, Familienorientierung und Regionalisierung.

**Die medizinische Beratung, Diagnostik und Behandlung** wird von niedergelassenen Kinderärzten und Therapeuten, Kinderkliniken und Sozialpädiatrischen Zentren geleistet. Zu den Aufgaben der Kinderärzte gehören die gesetzlichen Früherkennungsuntersuchungen U1 bis J1. Dadurch sind Kinderärzte – nach den Hebammen – meist die ersten Ansprechpartner der Eltern und wichtige „Brückenbauer“. Sie verordnen geeignete Therapien (zum Beispiel Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie) und leiten Fördermaßnahmen anderer Anbieter ein, indem sie auf Hilfen durch Frühförderstellen oder anderer Beratungsstellen hinweisen. Gegebenenfalls sind sie auch bei der Kontaktaufnahme behilflich. Bei unklaren Diagnosen und schwierigen Rahmenbedingungen überweisen sie in der Regel an eine Klinik für Kinder- und Jugendmedizin oder ein Sozialpädiatrisches Zentrum. Die Behandlung von Kindern mit einer Entwicklungsverzögerung oder Behinderung, die

<sup>29</sup> Regierungspräsidium Stuttgart, Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg: Wegweiser Frühförderung in Baden-Württemberg, Stand November 2014

<sup>30</sup> Fördergrundsätze des Sozialministeriums für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung Interdisziplinärer Frühförderstellen im Jahre 2015 vom 11. Februar 2015 – Az.: 5122.3/3

<sup>31</sup> Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder (Frühförderungsverordnung – FrühV) in Baden-Württemberg vom 1. Juni 2014

Begleitung der Eltern und die notwendigen Vernetzungsaufgaben stellen besondere Anforderungen und sind zeitintensiv. Eine angemessene Vergütung ist immer wieder Thema.

**Sozialpädiatrische Zentren (SPZ)** sind klinische fachübergreifend arbeitende Einrichtungen, die unter ärztlicher Leitung stehen und im Rahmen der vertragsärztlichen Versorgung nach §119 SGB V tätig sind. Zielgruppe sind Kinder mit Entwicklungsstörungen, drohender oder bestehender Behinderung, Verhaltensauffälligkeiten sowie seelischen Störungen. Die Zentren können durch ihr interdisziplinäres Team und ihre spezialisierte Ausstattung eine besonders qualifizierte Diagnostik von Entwicklungsstörungen leisten. Die Arbeit erfolgt ausschließlich ambulant und in enger Zusammenarbeit mit dem behandelnden niedergelassenen Arzt sowie den Frühförderstellen.

Teil des medizinischen Beratungs- und Vermittlungsnetzwerkes sind auch die **Gesundheitsämter** der Stadt- und Landkreise. Sie beurteilen die Notwendigkeit und Dauer von Maßnahmen der Eingliederungshilfe aus amtsärztlicher Perspektive auf Grundlage der Gutachten der behandelnden Kinderärzte. In der Regel ist auch vor der Aufnahme in einen Schulkindergarten eine amtsärztliche Stellungnahme erforderlich.

Im nicht-medizinischen Frühfördersystem nehmen die **Sonderpädagogischen Beratungsstellen** eine zentrale Rolle ein. Sie sind in der Regel Bestandteil von Sonderschulen – haben jedoch einen eigenständigen Auftrag - und werden vom Land finanziert. Die Beratung, Diagnostik und Förderung wird von Lehrern mit sonderpädagogischer Qualifikation geleistet. Die Förderung erfolgt im Sinne einer ganzheitlichen Entwicklungsförderung. Förderung und Beratung erfolgen in der Beratungsstelle oder im Lebensumfeld der Kinder, wie zum Beispiel im Elternhaus (Hausfrühförderung) oder im allgemeinen Kindergarten (mobile Frühförderung). Teilweise werden Gruppenangebote gemacht. Es besteht landesweit ein flächendeckendes Netz an Sonderpädagogischen Beratungsstellen für Kinder mit einer Lernbehinderung, geistigen Behinderung, Sprachbehinderung und Bedarf an Erziehungshilfe. Sonderpädagogische Beratungsstellen für Kinder mit einer Körper-, Hör- oder Sehbehinderung haben aufgrund der geringen Größe der Zielgruppen in der Regel einen überregionalen Einzugsbereich. Sonderpädagogische Beratungsstellen sind ein niederschwelliges Angebot: Sie sind für die Familien kostenlos und es muss weder eine ärztliche Verordnung noch ein Nachweis über eine bestehende Behinderung vorgelegt werden. Dennoch kann es Eltern schwer fallen, eine Sonderpädagogische Beratungsstelle aufzusuchen, weil die Beratungsstellen vielfach noch räumlich in eine Sonderschule integriert sind und dadurch als „Sondereinrichtungen“ wahrgenommen werden. Um den Erziehungsberechtigten den Zugang zu erleichtern, kann eine Beratungsstelle räumlich getrennt von der Sonderschule eingerichtet werden. Dabei können sich die Erziehungsberechtigten an jede Sonderpädagogische Beratungsstelle wenden. Die Beratungsstellen in einem Schulamtsbezirk arbeiten eng zusammen, Beratungsstellen verschiedener Fachrichtungen sind möglichst an zentralen Orten räumlich zusammenzuführen. Die Zuweisung der Stundenkontingente für die Frühförderung in Sonderpädagogischen Beratungsstellen erfolgt durch das Kultusministerium.<sup>32</sup> Die Zuweisung orientiert sich an der jeweiligen Zahl der Kinder im Alter von 0 bis 6,5 Jahren unter Berücksichtigung der Anzahl der Kinder in Schulkindergärten.<sup>33</sup> Die Kreise sind an der Finanzierung insofern beteiligt, als sie als Schulträger z. B. die Raum- und Gebäudekosten mitfinanzieren.

Ein weiterer wichtiger Knotenpunkt im Frühfördersystem sind die **Interdisziplinären Frühförderstellen** in freier oder kommunaler Trägerschaft.<sup>34</sup> Hier können Kinder mit

<sup>32</sup> Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsorganisation im Schuljahr 2008/2009. Verwaltungsvorschrift vom 13. Februar 2008, Abschnitt 5.5

<sup>33</sup> Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Schreiben vom 19.04.2005 an die unteren Schulaufsichtsbehörden und die Regierungspräsidien

<sup>34</sup> Regierungspräsidium Stuttgart, Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg: Wegweiser Frühförderung in Baden-Württemberg, Stand November 2014



Komplexleistungsbedarf aus dem medizinisch-therapeutischen und dem pädagogischen Bereich Förderung, Behandlung und Unterstützung entsprechend ihrer individuellen Bedürfnissen und Stärken und unter Einbeziehung ihrer Familien erhalten. Die Frühförderstellen sind mit Fachkräften aus dem pädagogisch-psychologischen und dem medizinisch-therapeutischen Bereich besetzt und bieten dadurch eine ganzheitliche Förderung „unter einem Dach“.<sup>35</sup> Eltern müssen mit ihrem Kind nicht mehrere Stellen aufsuchen. Weil sich Interdisziplinäre Frühförderstellen darüber hinaus überwiegend an einem neutralen Ort befinden, fällt der Zugang häufig leichter als zu einer Sonderpädagogischen Beratungsstelle.<sup>36</sup> Zu den Aufgaben gehört neben der Förderung des Kindes das familienorientierte Arbeiten. Das bedeutet das Einbeziehen der Eltern in die Förderung unter Berücksichtigung des Familiensystems, sowie die Begleitung und die Beratung der Eltern oder anderer wichtiger Kontaktpersonen. Beratung und Fördermaßnahmen können ambulant in der Beratungsstelle, aber auch mobil vor Ort (zum Beispiel in Kindergärten) oder im Elternhaus erbracht werden. Auch diagnostische Leistungen werden auf Rezept durchgeführt und von den Kassen ersetzt.

Beratung, Diagnostik und Förderung sind für Eltern und Kinder kostenfrei. Interdisziplinäre Frühförderstellen finanzieren sich aus unterschiedlichen Quellen. Die Kosten des Erstgesprächs teilen sich je zur Hälfte die Krankenkasse und der Sozialhilfeträger. Die interdisziplinäre Diagnostik übernimmt die Krankenkasse. Für heilpädagogische Maßnahmen kommen die örtlichen Sozialhilfeträger (Eingliederungshilfe) auf. Die Kosten für medizinisch-therapeutische Maßnahmen wie zum Beispiel Ergotherapie und Logopädie werden nach Verordnung durch den Arzt von den Krankenkassen übernommen. Für den zeitlichen Aufwand, der nicht personenbezogen abgerechnet werden kann, erhalten die Interdisziplinären Frühförderstellen Fördermittel des Landes. Dazu gehören zum Beispiel offene niederschwellige Beratungsleistungen zu Beginn, die Beratung von Familien, die weder Anspruch auf Krankenkassenleistungen noch auf Eingliederungshilfe haben oder Netzwerkaktivitäten wie die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften. Meist werden zusätzlich Eigenmittel des Trägers bzw. der Träger eingesetzt.

---

<sup>35</sup> Rahmenkonzeption Frühförderung 1998, S. 35

<sup>36</sup> Rahmenkonzeption Frühförderung 1998, S. 34-36

**Schaubild: Gegenüberstellung von Interdisziplinärer Frühförderstelle (IFF) und Sozialpädiatrischem Zentrum (SPZ)**

IFF		SPZ
Freie und kommunale Träger	Träger	Klinik
Offenes niederschwelliges Beratungsangebot für Eltern; Diagnostik, Früherkennung, Behandlung und Förderung von Kindern; Interdisziplinäre familienorientierte Arbeitsweise mit ambulanten und mobilen (aufsuchenden) Leistungen;	Profil	Ambulant sozialpädiatrische Diagnostik und Behandlung von Kindern mit besonderem Bedarf wegen Art, Schwere oder Dauer der Behinderung; interdisziplinäre Arbeitsweise
Leistungserbringung auf Grundlage des SGB IX und der FrühV	Rechtsgrundlage	Ermächtigung nach §119 SGB V
Säuglinge und Kinder bis zur Einschulung	Personenkreis	Säuglinge, Vorschul- und Schulkinder bis zum 18. Lebensjahr, in besonderen Fällen mit spezieller Genehmigung der Krankenkasse bis zum 21. Lebensjahr
niederschwelliges Angebot ohne Überweisung	Zugänge	Zugang nur mit Überweisung durch niedergelassenen Facharzt (Kinder- und Jugendarzt)
Offene Beratungsleistungen: Landesförderung; Erstgespräche: anteilige Vergütung von Krankenkasse und Sozialhilfeträger; heilpädagogische Leistungen: Sozialhilfeträger; medizinisch-therapeutische Leistungen: Krankenkasse	Finanzierung	kassenfinanzierte Leistungen in Form einer Quartalspauschale, mit dem jeweiligen Sozialhilfeträger vereinbarte Pauschalleistungen pro Fall im Quartal
heilpädagogischer Bereich: Pädagogen, Psychologen; medizinisch-therapeutischer Bereich: Ergo-, Physiotherapeuten, Logopäden; Ärzte	Team	Ärzte, medizinisch-therapeutischer Bereich: Ergo-, Physiotherapeuten, Logopäden; pädagogischer Bereich: Heil- und Sozialpädagogen Psychologen; Leitung: Kinderarzt

Grafik: KVJS

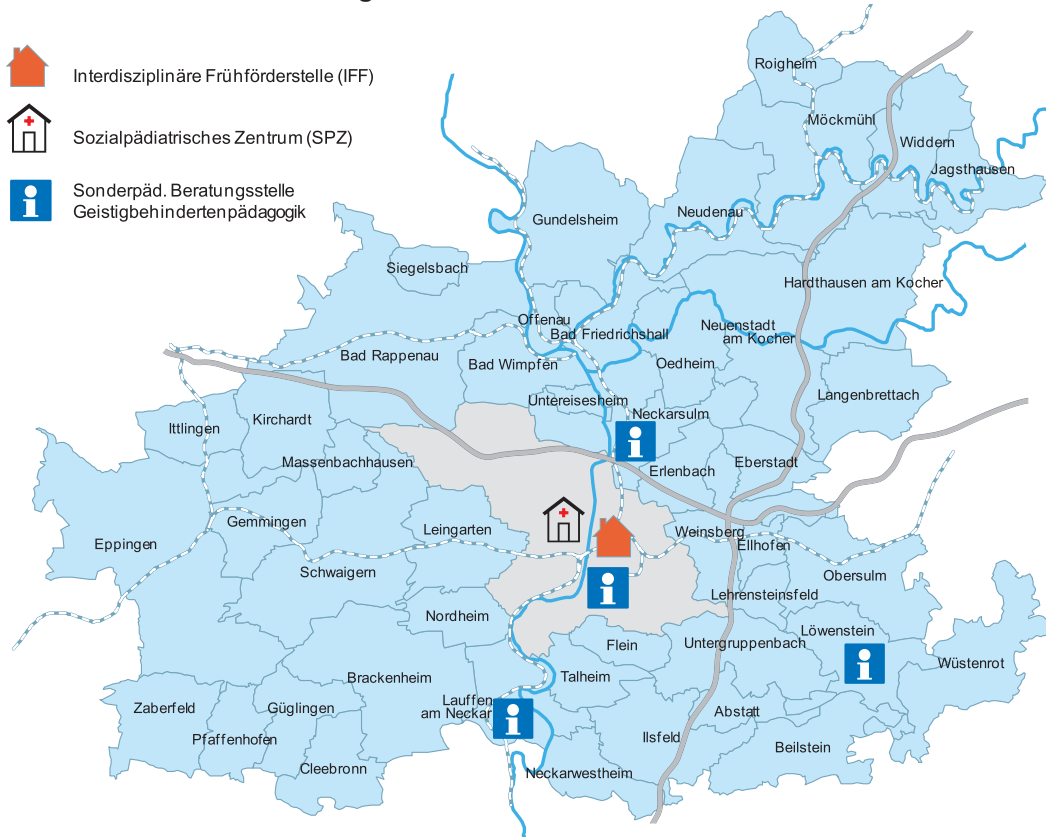
Die Kernkompetenz des SPZ liegt im Bereich der Diagnostik, der Empfehlung geeigneter Hilfen und in gewissem Umfang eigener medizinisch-therapeutischer Leistungen. Der Kompetenzbereich der Frühförderstellen liegt in der lebensweltbezogenen Beratung und Förderung durch Therapieangebote. Behandlungen in Sozialpädiatrischen Zentren und Interdisziplinären Frühförderstellen schließen sich nicht aus. Beide Einrichtungen arbeiten mit Säuglingen und Kindern bis zur Einschulung, die SPZ behandeln darüber hinaus

Schulkinder, in der Regel bis zur Volljährigkeit. Eine enge Zusammenarbeit ist insofern besonders bei der Zielgruppe der Klein- und Vorschulkinder sowie am Übergang zur Schule erforderlich.

## Landkreis Heilbronn

Für Landkreiskinder mit Behinderung oder drohender Behinderung und ihre Familien gibt es ein gut ausgebautes Frühförderangebot, das sich überwiegend in der Stadt Heilbronn befindet.

### Schaubild: Früherkennung und Frühe Hilfen im Landkreis Heilbronn



Karte: KVJS. Datenbasis: Wegweiser Frühförderung. Stand: November 2014

Die **Sonderpädagogischen Beratungsstellen** im Landkreis Heilbronn sind wie andersorts in Baden-Württemberg an Sonderschulen angegliedert und insofern auch an dezentralen Standorten im Landkreisgebiet vorhanden. In die Grafik wurden nur die Beratungsstellen mit dem Schwerpunkt geistige Behinderung aufgenommen. Die vollständige Auflistung der Sonderpädagogischen Beratungsstellen einschließlich der Schwerpunkte Pädagogik der Lernförderung, Sprachförderung, Erziehungshilfe und verschiedenen Sinnesbehinderungen ist im Wegweiser Frühförderung<sup>37</sup> zu finden.

Träger der **Interdisziplinären Frühberatungs- und Frühförderstelle Heilbronn gGmbH** sind die Evangelische Stiftung Lichtenstern, die Lebenshilfe Eppingen und die Lebenshilfe Heilbronn-Franken. Die zentrale Kontaktstelle befindet sich in der Stadt Heilbronn. Sie ist für Vorschulkinder mit Entwicklungsverzögerungen und -störungen, mit Behinderung und

<sup>37</sup> Regierungspräsidium Stuttgart, Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg: Wegweiser Frühförderung in Baden-Württemberg, Stand November 2014

von Behinderung bedrohte Kinder sowie deren Familien aus dem Stadt- und dem Landkreis Heilbronn zuständig. Mit Verabschiedung der Landesrahmenvereinbarung vom Juni 2014 haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Der Landkreis Heilbronn hat im Oktober 2014 zeitnah seinen Beitritt als Sozialhilfeträger erklärt. Damit kann zum Beispiel die Durchführung von Erstgesprächen<sup>38</sup>, die für Familien aus dem Landkreis bisher über Spendenaktionen gefördert wurde, vergütet werden. Die Zahl der Komplexleistungen ist gestiegen und wird nach Einschätzung der Leistungserbringer weiterhin kontinuierlich steigen.

**Das ambulante Sozialpädiatrische Zentrum (SPZ) an der Heilbronner Kinderklinik Gesundbrunnen** ist eine kinderärztlich geleitete Diagnose- und Fördereinrichtung für Kinder mit Behinderungen und Entwicklungsstörungen unterschiedlicher Art. Am SPZ werden kleine Frühgeborene unter 1500g Geburtsgewicht, falls möglich, bis zur Einschulung nachuntersucht. Es gibt logopädische Gruppenangebote, Elterntraining zur Sprachförderung, eine Elternfrühchengruppe sowie Spezialsprechstunden mit Kinderorthopäden, Humangenetikern und Orthopädie- und Reha-Technikern. Zum Einzugsgebiet des SPZ gehören neben Stadt- und Landkreis Heilbronn auch andere Nachbarkreise ohne eigenes SPZ. Das SPZ erhält von dem Kreis, aus dem das Kind kommt, pro Quartal eine Pauschale. Grundlage sind die Leistungsvereinbarungen mit dem jeweils zuständigen Sozialhilfeträger.

### Informationen und Impulse aus dem Fachgespräch Frühförderung

Beim Fachgespräch Frühförderung am 3. Dezember 2013 in Heilbronn haben die Vertreter von IFF und SPZ ihre Arbeit vorgestellt, statistische Entwicklungen präsentiert und ihre Erfahrungen eingebracht.

#### IFF:

- Aufgabenschwerpunkt ist der Bereich Förderung und Therapie als niederschwelliges Angebot. Auf diesen Bereich entfallen etwa 80 Prozent der Tätigkeiten. 20 Prozent lassen sich dem Bereich Diagnostik zuordnen.
- 96 Prozent der Klienten kommen aus dem Landkreis und der Stadt Heilbronn (61/35). Der Anteil anderer Herkunftskreise ist mit vier Prozent gering.
- Die durchschnittliche Wartezeit liegt bei drei Monaten.

#### SPZ:

- Zielgruppe sind Kinder mit Entwicklungsstörungen und Behinderungen, die einen besonderen diagnostischen Bedarf haben. Anschlussbehandlungen innerhalb des SPZ sind möglich. Der Therapieanteil ist im Verhältnis zur gesamten Aufgabenwahrnehmung gering.
- 86 Prozent der Patienten kommen aus dem Landkreis und der Stadt Heilbronn, 14 Prozent aus anderen Kreisen.
- Pro Jahr werden 1200 Säuglinge, Klein- und Schulkinder vorgestellt. Die Zahl der Überweisungen steigt kontinuierlich an. Die Steigerungsrate seit 2005 liegt bei etwa 45 Prozent.
- Die durchschnittliche Wartezeit beträgt bis zu acht Monate.

Die Vertreter beider Einrichtungen berichten von einer Zunahme komplexer Behinderungen oder Beeinträchtigungen bei den Kindern und von einer Abnahme sozialer Kompetenz bei den Familien. Die Arbeit mit sozial schwachen Familien sei erschwert, wenn Absprachen nicht eingehalten und Termine nicht wahrgenommen werden. Der Anteil von Familien mit Migrationshintergrund habe überproportional zugenommen. Den veränderten

<sup>38</sup> auch im Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ)

Anforderungen müsse durch die Weiterentwicklung therapeutischer Konzepte aber auch durch die Verbesserung personeller Ressourcen<sup>39</sup> begegnet werden. Es könne zum Beispiel viel erreicht werden, wenn eine Vertrauensperson Kinder und ihre Familien für die gesamte Dauer der Behandlung berät und begleitet.

Ein wesentliches Anliegen war den Gesprächsteilnehmern eine Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen Unterstützungssystemen. Die Vernetzung der beiden Frühförderinstitutionen untereinander funktioniere gut. Gute Kontakte bestünden auch zu den meisten niedergelassenen Ärzten. Die regelmäßigen Gespräche mit dem Landkreis und der Stadt Heilbronn sollten beibehalten werden.<sup>40</sup> Ausbaufähig sei die Zusammenarbeit mit Regelsystemen wie Kindertageseinrichtungen und Schule. Gewünscht wird eine Qualifizierung und Erweiterung der therapeutischen Kompetenz der dort Tätigen mit dem Ziel, ein gemeinsames Kommunikationssystem aller an früher Förderung beteiligter Fachdisziplinen auszubilden. Grundlage könne die von der WHO herausgebrachte Klassifikation ICF-CY (International Classification of Functioning, Disability and Health - children and youth) sein, die die besonderen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen berücksichtige und sich nicht an Defiziten sondern an Ressourcen orientiere.

**Die Frühförderangebote für den Landkreis Heilbronn sind gut ausgebaut. Die Verabschiedung der Rahmenvereinbarung im Juni 2014 hat die Grundlagen für eine kostendeckende Finanzierung verbessert. Zu prüfen wäre der Bedarf an Außenstellen der Interdisziplinären Frühförderung in den von der Stadt Heilbronn entfernten Kreisgebieten.**

**Eine regelmäßige, kreisweite Zusammenarbeit aller an der Frühförderung beteiligten Institutionen und Personen könnte dazu beitragen, die Ressourcen zu bündeln, das Unterstützungssystem breit miteinander zu vernetzen und gemeinsame Lösungen für sich verändernde Bedarfe zu entwickeln.**

<sup>39</sup> Zum Zeitpunkt des Fachgespräches war die Landesrahmenvereinbarung vom 1. Juni 2014 noch nicht in Kraft.

<sup>40</sup> Mittlerweile hat eine von den Frühen Hilfen organisierte Fortbildungsveranstaltung zum Thema ICF-CY stattgefunden, an der auch Fallmanager des Landkreises teilgenommen haben.

## 4.2 Kindertagesbetreuung

Nach Artikel 3 des Grundgesetzes darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Im achten Sozialgesetzbuch ist geregelt, dass Kinder mit und ohne Behinderung in Gruppen gemeinsam gefördert werden sollen. Nach SGB IX sollen Leistungen zur Teilhabe möglichst so geplant werden, dass behinderte Kinder nicht von ihrem sozialen Umfeld und von Kindern ohne Behinderung getrennt werden. Mit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention hat der Ausbau inklusiver Strukturen im Elementarbereich an Bedeutung gewonnen. Eine Ausgestaltung der bestehenden Gesetze auf Landesebene ist erforderlich. In einem zweiten Schritt sollen nach der Änderung des Schulgesetzes verstärkt die Rahmenbedingungen für eine inklusive frühkindliche Bildungslandschaft in Baden-Württemberg weiterentwickelt werden.<sup>41</sup>

### Im Überblick

#### Frühkindliche Bildung - Rechtliche Grundlagen

- Kinder mit und ohne Behinderung sollen, sofern der Hilfebedarf dies zulässt, in Gruppen gemeinsam gefördert werden. Zu diesem Zweck sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der Sozialhilfe bei der Planung, konzeptionellen Ausgestaltung und Finanzierung des Angebots zusammenarbeiten. (**§ 22a Abs. 4 SGB VIII**)
- Kinder, die auf Grund ihrer Behinderung einer zusätzlichen Betreuung bedürfen, sollen zusammen mit Kindern ohne Behinderung in Gruppen gemeinsam gefördert werden, sofern der Hilfebedarf dies zulässt. (**§ 2 Abs. 2 KiTaG**)
- In **§ 4 Absatz 3 SGB IX** (Leistungen zur Teilhabe) ist geregelt, dass Leistungen für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder so geplant und gestaltet [werden], dass nach Möglichkeit Kinder nicht von ihrem sozialen Umfeld getrennt und gemeinsam mit nicht behinderten Kindern betreut werden können. Dabei werden behinderte Kinder alters- und entwicklungsentsprechend an der Planung und Ausgestaltung der einzelnen Hilfen beteiligt und ihre Sorgeberechtigten intensiv in Planung und Gestaltung der Hilfen einbezogen.

In Baden-Württemberg ist die frühkindliche Bildung von Kindern mit einer Behinderung in Tagesbetreuung bisher zweigliedrig organisiert. Es gibt zum einen **allgemeine Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege** auf der Grundlage des achten Sozialgesetzbuches sowie des Kindertagesbetreuungsgesetzes für Baden-Württemberg und zum anderen **Schulkindergärten** als schulische Sondereinrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Landes (§ 20 Schulgesetz; Verwaltungsvorschrift zu den öffentlichen Schulkindergärten, zuletzt geändert 1991). In der Praxis haben sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Kooperationsformen zwischen allgemeinen Kindertageseinrichtungen und Schulkindergärten entwickelt.

Im Förderauftrag der **allgemeinen Kindertageseinrichtungen** ist die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung – wie bereits erwähnt – enthalten. In welchem Umfang und mit welcher Qualität diesem Auftrag in einer Regeleinrichtung entspro-

<sup>41</sup> Die Informationen in diesem Kapitel und weitere Ausführungen zum Thema finden sich in der vom KVJS herausgegebenen Orientierungshilfe für die Sozial- und Jugendhilfe. Inklusion in Kindertageseinrichtungen, Leistungen der Eingliederungshilfe. Stand: März 2015.



chen werden kann, hängt neben der sächlichen Ausstattung vor allem von Faktoren wie Personalschlüssel und Fachkompetenz ab. Der Mindestpersonalschlüssel für Kindertageseinrichtungen wird in Baden-Württemberg durch Rechtsverordnung (Kindertagesstättenverordnung – KiTaVO) geregelt. Ein eventueller zusätzlicher Betreuungsbedarf von Kindern mit Behinderung ist im Einzelfall zu ermitteln.<sup>42</sup>

Jede Gruppe kann integrativ im Sinne des § 1 Abs. 4 KiTaG geführt werden. Ob ein besonderer über dem Mindestpersonalschlüssel liegender Förderbedarf besteht und um welchen höheren Bedarf an Personal- und Sachaufwand es sich im Einzelfall handelt, ist vor Ort vom Träger und den Fachkräften der Einrichtungen in Kooperation mit Fachstellen (zum Beispiel Frühförderstelle, Psychologische Beratungsstelle, Sozialpädiatrische Zentrum) und gegebenenfalls mit dem Gesundheitsamt zu klären. Als Orientierung kann die Gruppenstärke pro Kind mit Behinderung um ein bis drei Plätze reduziert und eine Besetzung mit zwei Fachkräften während der gesamten Öffnungszeit angestrebt werden.<sup>43</sup>

Eine verbesserte Ausstattung in einer allgemeinen Kindertageseinrichtung ggf. in Verbindung mit externer fachlicher Begleitung kann für die Förderung eines Kindes mit Behinderung ausreichen. Wenn aufgrund von Art und Grad der Behinderung ein zusätzlicher individueller Förderbedarf besteht, kann die Gewährung einer Eingliederungshilfe als zusätzliche Maßnahme in Frage kommen.

Rechtsgrundlage für die Gewährung einer **Integrationshilfe in einer Kindertageseinrichtung** für Kinder mit einer geistigen, körperlichen oder mehrfachen Behinderung ist § 54 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 des zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII). Der Paragraph benennt als Leistungen der Eingliederungshilfe unter anderem „Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung, insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch der weiterführenden Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu“. Dies umfasst auch die frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen. Voraussetzung ist,

- dass das Kind aufgrund der Behinderung wesentlich in seiner Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt ist oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht ist und
- dass ein behinderungsbedingter zusätzlicher Bedarf besteht (vergleiche hierzu Rand-Nr. 53.07 und 53.08 Sozialhilferichtlinien).

„Maßnahmen der Eingliederungshilfe kommen in Betracht, wenn die tatsächlich vorhandenen Ressourcen der Schulbehörde und des Schulträgers / der Kindertageseinrichtung zur Abdeckung des individuellen zusätzlichen Hilfebedarfs nicht ausreichen. Ihre Grenzen findet die Gewährung von Maßnahmen der Eingliederungshilfe, wenn der individuelle zusätzliche behinderungsbedingte Hilfebedarf mit den zum Zeitpunkt der Entscheidung vorhandenen Personal- und Sachmitteln zuzüglich den Leistungen der Eingliederungshilfe nicht sicher gestellt werden kann bzw. wenn die Ziele nicht erreicht werden können und/oder die Belange anderer der Förderung entgegenstehen“.<sup>44</sup> Ein behinderungsbedingter zusätzlicher Bedarf kann nach den Sozialhilferichtlinien (SHR) als pädagogische Anleitung zur Teilnahme am Gruppengeschehen, als begleitende Assistenz bei Alltagshandlungen oder einer Kombination von pädagogischer und begleitender Hilfe bestehen. Für gruppen- oder einrichtungsübergreifende Dienste kommt alternativ die Gewährung von Eingliederungshilfe in Form einer Gruppenpauschale in Betracht.

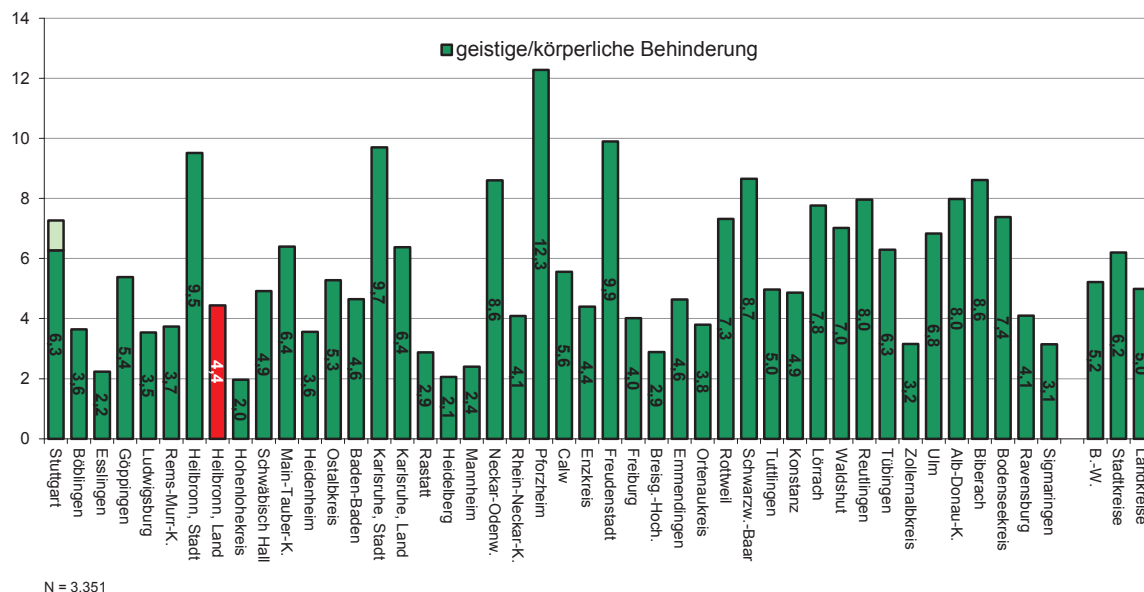
<sup>42</sup> Verordnung des Kultusministeriums über den Mindestpersonalschlüssel und die Personalfortbildung in Kindergärten und Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen (Kindertagesstättenverordnung – KiTaVO) vom 25. November 2010

<sup>43</sup> KVJS Landesjugendamt: Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen, Stuttgart.

<sup>44</sup> Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg. Ergebnis im Gesamtarbeitskreis am 30. April 2009. Integrationshilfen in Kindertageseinrichtungen und allgemeinen Schulen nach § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII.

Die Zahl der Eingliederungshilfen für Kinder mit einer (drohenden) Behinderung in Kindertageseinrichtungen ist in Baden-Württemberg zwischen 2007 und 2012 um rund 1.300 gestiegen. Das entspricht einer Steigerung von 29 Prozent in kurzer Zeit – trotz rückläufiger Gesamtpopulation.<sup>45</sup> Der überproportionale Anstieg hat sich seitdem nicht fortgesetzt.<sup>46</sup>

**Schaubild: Zahl der Integrationshilfen nach SGB XII in Kindertageseinrichtungen pro 1.000 Einwohner unter 7 Jahre am 31.12.2013**



Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII 2013. Planungs- und Steuerungsunterstützung für die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg. KVJS. Stuttgart 2014

Die Unterschiede zwischen den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg sind sowohl bezüglich der Leistungsdichte als auch in Bezug auf die Zusammensetzung nach Sozial- und Jugendhilfe beträchtlich. Die Kennzahl im Landkreis Heilbronn für Leistungen der Eingliederungshilfe liegt etwas unter dem Durchschnitt der Landkreise.

Der Landkreis Heilbronn gewährt als Träger der Eingliederungshilfe Pauschalen für pädagogische und begleitende Hilfen. Bei Bedarf werden beide Leistungen gleichzeitig gewährt. Wenn der Bedarf und somit der Leistungsanspruch geklärt sind, organisiert der Regelkindergarten, den das Kind besucht, eine Kraft (z.B. beim ASB Heilbronn-Franken), die das Kindergartenpersonal bei der Betreuung und Integration des Kindes mit Behinderung begleitet und unterstützt.

Nach einem kontinuierlichen Anstieg (vergleichbar mit der landesweiten Entwicklung) ging die Fallzahl der **Integrationshilfen des Landkreises Heilbronn** wieder zurück:

2008	2009	2010	2011	2012	2013
78	79	89	96	98	87

Mittelfristig wird mit einem Anstieg gerechnet.

<sup>45</sup> Hinweise auf mögliche Ursachen finden sich im „KVJS-Forschungsvorhaben: Inklusion von jungen Menschen mit einer Behinderung in allgemeine Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Schulen – eine Untersuchung zur Praxis der Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg unter Einbeziehung der strukturellen Rahmenbedingungen von Inklusion.“

<sup>46</sup> KVJS: Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII. Jährliche Erhebungen

**Schulkindergärten** sind ein subsidiäres Angebot für Kinder mit einem umfassenden sonderpädagogischen Förderbedarf, der in allgemeinen Einrichtungen auch mit zusätzlicher Unterstützung nicht abgedeckt werden kann. Die Grundlagen der Arbeit sind in § 20 des baden-württembergischen Schulgesetzes sowie in der Verwaltungsvorschrift Schulkindergärten geregelt. Laut Verwaltungsvorschrift werden Kinder „in den ihrer Behinderung entsprechenden Sonderschulkindergarten auf Grund eines sonderpädagogischen Gutachtens aufgenommen. In der Regel ist eine amtsärztliche Untersuchung zu veranlassen. Für die Zuweisung von Kindern mit mehrfacher Behinderung zu einem Sonderschulkindergarten ist entscheidend, in welchem Typ des Sonderschulkindergartens das Kind am besten gefördert werden kann. Über die Aufnahme, die auch während des Schuljahres erfolgen kann, entscheidet das Staatliche Schulamt“<sup>47</sup>.

Schulkindergärten sind nicht flächendeckend vorhanden. Zum Schuljahr 2013/14 gab es in Baden-Württemberg 122 öffentliche und 131 private Schulkindergärten, in denen 4.459 Kinder betreut wurden. Am häufigsten finden sich Schulkindergärten mit dem Förderschwerpunkt „geistige Behinderung“, gefolgt von den beiden Förderschwerpunkten „Sprachbehinderung“ und „körperliche Behinderung“. Eine Aufnahme in den Schulkindergarten ist ab dem vollendeten 3. Lebensjahr, im Förderschwerpunkt „körperliche Behinderung“ bereits ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr, möglich. Aktuelle politische Vorgabe ist, dass Schulkindergärten für Kinder mit Behinderungen unter 3 Jahren nicht weiter ausgebaut werden<sup>48</sup>. Ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einem Schulkindergarten besteht nicht. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz kann aber auch im Schulkindergarten eingelöst werden. Eine Aufnahme erfolgt nur mit Zustimmung der Eltern.

**Das gemeinsame Aufwachsen von Kindern mit und ohne Behinderung ist eine der Zukunftsaufgaben im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Ausgestaltung von inklusiver Kindertagesbetreuung, die den Bedarfen möglichst vieler Kinder gerecht wird, lässt sich nur im engen Zusammenwirken von allgemeinen Kindertageseinrichtungen, Eingliederungshilfe, Schule und anderen Partnern bewältigen. Vom Gelingen dieser Aufgabe wird es auch abhängen, wie und in welchem Umfang sich Eingliederungshilfeleistungen zum Ausgleich von Teilhabebeeinträchtigungen zukünftig entwickeln werden.**

<sup>47</sup> Öffentliche Schulkindergärten; Auszug aus der Verwaltungsvorschrift des KM vom 24. Juli 1984 (K.u.U. S. 479/1984); geändert am 16. August 1991 (K.u.U. S. 399/1991).

<sup>48</sup> Vgl. Teil II Nr. 2 der „Fortschreibung der Empfehlungen des Städtetags Baden-Württemberg zur Weiterentwicklung des Unterstützungssystems für Menschen mit Behinderung unter inklusiven Aspekten“; bekanntgemacht bei der Sitzung des Sozialausschusses am 12.11.2013 in Stuttgart

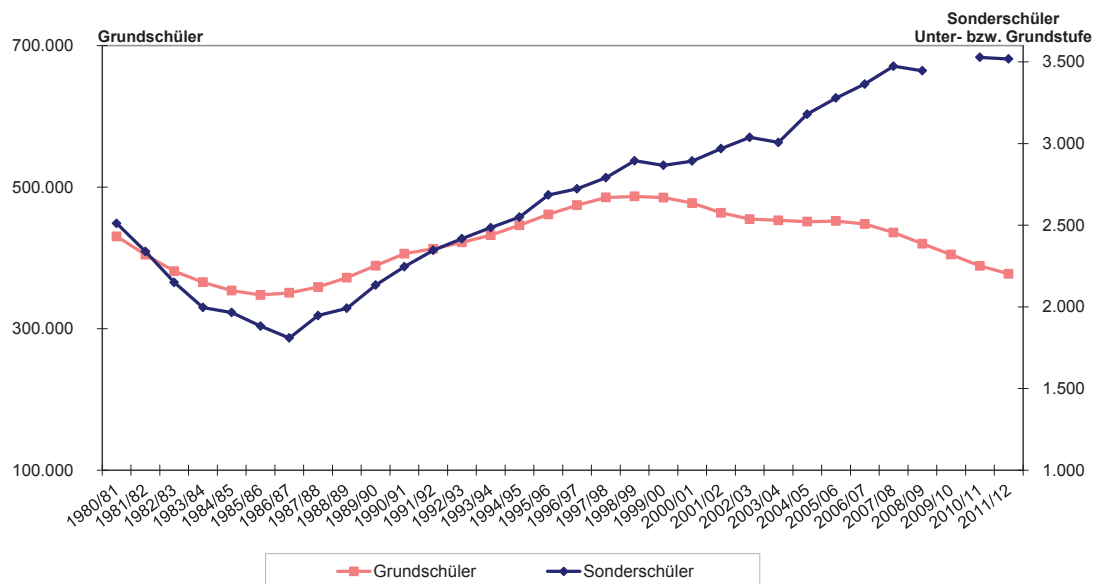
### 4.3 Schulen

Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung haben die Pflicht und das Recht, eine Schule zu besuchen. Selbst bei Kindern mit sehr schweren Behinderungen gibt es nur wenige Ausnahmen von der Schulpflicht. Dass Kinder mit Behinderung eine Schule besuchen (dürfen), erscheint aus heutiger Sicht selbstverständlich. Tatsächlich besteht die Schulpflicht für diesen Personenkreis aber erst seit 1965.

Das baden-württembergische Schulgesetz unterscheidet zwischen verschiedenen Schularten, zu denen zum Beispiel Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, Sonderschulen (neu: Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren<sup>49</sup>) sowie verschiedene Berufs- und Fachschulen zählen. Bisher konnten Schüler mit Behinderung eine allgemeine Schule nur dann besuchen, wenn sie die Ziele des jeweiligen Bildungsplans erreichen konnten. Für die meisten Kinder mit geistiger Behinderung war die Sonderschule Regelschule.

Die Zahl der Sonderschüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Behinderung ist in Baden-Württemberg seit den 90er Jahren – trotz abnehmender Jahrgangsstärken bei der entsprechenden Gesamtpopulation – kontinuierlich gestiegen, der Anteil pro Jahrgang ist überproportional gewachsen.

**Schaubild: Entwicklung der Zahl der Schüler an allgemeinen Grundschulen und in der Unter- bzw. Grundstufe mit dem Förderschwerpunkt geistige Behinderung an Sonderschulen in Baden-Württemberg vom Schuljahr 1980/1981 bis 2011/2012**



Grafik: KVJS. Datenbasis: Sonderauswertung Statistisches Landesamt. Schulstatistik. Berechnungen: KVJS.

Die Entwicklung könnte zum einen auf eine höhere Zahl von Kindern mit einer geistigen Behinderung zurückzuführen sein. Aufgrund des medizinischen Fortschritts haben früh geborene Kinder höhere Überlebenschancen, die aber oft mit sehr schwerer Behinderung einhergehen. Belastbare Daten zur Entwicklung der Geburtenrate von Kindern mit wesentlicher Behinderung liegen allerdings nicht vor und sind auf dem Hintergrund eines differenzierten, nicht nur medizinisch orientierten Verständnisses von Behinderung schwer

<sup>49</sup> Schulgesetz für Baden-Württemberg, zuletzt geändert am 21.07.2015, § 4, Abs. 1

zu erheben. Zum anderen dürfte sich in den gestiegenen Sonderschülerzahlen eine veränderte Diagnostik widerspiegeln. Die Zunahme schwieriger Bedingungen beim Aufwachsen und die gestiegenen Bildungsanforderungen könnten dazu beitragen, dass mehr Heranwachsende als behindert bzw. schneller als pädagogisch förderbedürftig eingestuft werden.<sup>50</sup>

Die hohe Zahl von Schülern an Sonderschulen steht – unabhängig von ihren Ursachen – im deutlichen Widerspruch zur UN-Konvention und der Entwicklung einer inklusiven Schullandschaft. Nach Artikel 24 der UN-Konvention dürfen Menschen mit Behinderung nicht aufgrund ihrer Behinderung vom „allgemeinen Bildungssystem“ ausgeschlossen werden. Sie sollen zur „Teilhabe an einer freien Gesellschaft“ befähigt werden und Zugang zu einem „integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht“ haben. Artikel 7 geht ausdrücklich auf die Personengruppe „Kinder mit Behinderungen“ ein. Danach sind Maßnahmen zu treffen, damit Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können. Diese Regelung steht auch in Übereinstimmung mit der UN-Konvention „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“.



Eine mehrjährige Debatte hat dazu geführt, dass das Thema Inklusion im Schulgesetz von Baden-Württemberg verankert wurde. Bereits 2010 hatte der Ministerrat auf Empfehlung eines Expertenrates ein Konzept verabschiedet, um systematische Erkenntnisse zur schulischen Bildung von jungen Menschen mit einer Behinderung zu sammeln und das sonderpädagogische Beratungs-, Unterstützungs- und Bildungsangebot weiterzuentwickeln. In fünf Erprobungsregionen wurden Schulversuche durchgeführt und 2013 in einem Endbericht<sup>51</sup> dokumentiert. Im Anschluss hat die Landesregierung Eckpunkte zur Änderung des Schulgesetzes beschlossen.

Die Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg vom 27.07.2015 ist am 1. August 2015 in Kraft getreten<sup>52</sup>. Zentrale Neuerung ist die Abschaffung der Pflicht zum Besuch einer Sonderschule und eine Stärkung des Elternwahlrechts. Eltern können seit dem Schuljahr 2015/2016 wählen, ob ihr Kind an einer allgemeinen Schule oder einer Sonderschule lernen soll. Die Aufgabe der Bildung, Erziehung und Ausbildung von Schülern mit einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot kommt nicht mehr allein den bisherigen Sonderschulen zu. Grundsätzlich sollen alle Schulen gemeinsames Lernen ermöglichen.

Weitere Neuerungen:

- Weiterentwicklung der Sonderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), die sich auch für Kinder ohne Behinderungen öffnen;

<sup>50</sup> Siehe auch das KVJS-Forschungsvorhaben: Inklusion von jungen Menschen mit einer Behinderung in allgemeine Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Schulen – eine Untersuchung zur Praxis der Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg unter Einbeziehung der strukturellen Rahmenbedingungen von Inklusion. April 2015

<sup>51</sup> Kultusministerium Baden-Württemberg: Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung, Endbericht zum Schulversuch, 1. Juli 2013

<sup>52</sup> Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Vorschriften vom 21. Juli 2015



- Stärkung der Steuerungsfunktion der Staatlichen Schulämter und der Bedeutung der Bildungswegekonferenzen;
- Anpassung der Zuschüsse an die Privatschulen mit inklusiven Bildungsangeboten im Privatschulgesetz.

### Allgemeine Schulen

Der Besuch einer allgemeinen Schule von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf war möglich (wenn sie dem Bildungsplan folgen konnten) und wurde durch **Sonderpädagogische Dienste** in Trägerschaft der Sonderschulen unterstützt. Daran hat sich nichts geändert. Neu ist, dass die jetzt als Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) bezeichneten Sonderschulen seit der Änderung des Schulgesetzes auch Kinder mit sonderpädagogischem Bildungsbedarf<sup>53</sup> an allgemeinen Schulen begleiten. Die Finanzierung erfolgt als schulische Leistung, das heißt durch das Land. Bei Bedarf können Schüler mit Behinderung ergänzend Leistungen der Eingliederungshilfe für begleitende Hilfen zum Schulbesuch nach SGB XII (**Schulbegleitung**) erhalten. Leistungsträger dafür sind weiterhin die Stadt- und Landkreise.

### Sonderpädagogische Dienste

Zu den Aufgaben der Sonderpädagogischen Dienste gehören Beratungs- und Gesprächsangebote, ambulanter Sprachheilunterricht, sonderpädagogische Unterstützung für Kinder mit Seh-, Hör- und Körperbehinderung sowie für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Lern-, Entwicklungs- und Verhaltensproblemen. Diese Dienste wurden in Baden-Württemberg kontinuierlich ausgebaut. So stieg die Zahl der Lehrerwochenstunden in diesem Bereich vom Schuljahr 2001/2002 bis zum Schuljahr 2010/2011 von 5.865 auf 7.579 (um rund 29 Prozent).

Im Schuljahr 2014/2015 wurden in Baden-Württemberg 20.241 Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf an allgemeinen Schulen durch Sonderpädagogische Dienste gefördert. Die Sonderpädagogischen Dienste wurden überwiegend an Grundschulen erbracht (70 Prozent der geförderten Schüler). Mehr als drei Viertel der sonderpädagogischen Unterstützung wurden von einer Sonderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen (52 Prozent) und dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung (26 Prozent) geleistet. Nur ein vergleichsweise geringer Anteil erfolgte durch Sonderpädagogische Dienste mit dem Förderschwerpunkt geistige und körperliche Behinderung (4,1 Prozent).<sup>54</sup>

### Schulbegleitung

Die Rechtsgrundlagen der Sozialhilfe für die Gewährung einer Integrationshilfe im schulischen Bereich sind die gleichen wie in einer Kindertageseinrichtung.<sup>55</sup> Voraussetzungen für die Leistungsgewährung sind eine wesentliche Beeinträchtigung der Teilhabe und ein behinderungsbedingter zusätzlicher Bedarf. Das zwölfte Sozialgesetzbuch nennt als Leistungen der Eingliederungshilfe in Schulen insbesondere:

- Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung, insbesondere im Rahmen der allgemeinen, Schulpflicht und zum Besuch der weiterführenden Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu sowie

<sup>53</sup> d.h. diejenigen, die das Bildungsziel der allgemeinen Schule nicht erreichen können

<sup>54</sup> Prozentangaben jeweils bezogen auf die Zahl der durch Sonderpädagogische Dienste geförderten Schüler

<sup>55</sup> Kapitel 4.2 Kindertagesbetreuung



- Hilfe zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf einschließlich des Besuchs einer Hochschule.

Integrationshilfe wird von **Inklusionsassistenten, Inklusionskräften oder Schulbegleitern** geleistet. Die Begriffe sind rechtlich nicht definiert oder festgeschrieben. Man bezeichnet damit schulfremde Personen, die behinderten Schülern mit einem besonderen Förderbedarf während der Schulzeit für bestimmte unterstützende Tätigkeiten zur Seite gestellt werden. Die jeweiligen Aufgabenfelder resultieren aus der Besonderheit der Behinderung im konkreten Einzelfall<sup>56</sup>. Die Unterstützung kann in Form von Begleitungs- und Orientierungshilfen auf dem Schulweg und in der Schule, als Assistenz und Beaufsichtigung während der Unterrichtszeiten, als Hilfestellung bei Toilettengängen oder bei der Verwendung von Arbeitsmaterialien erfolgen. Je nach Art der Behinderung braucht die Begleitperson zusätzliche spezielle Kompetenzen (z.B. bei Autismus-Spektrum-Störungen, bei Hör- und Sehschädigungen). Didaktische und pädagogisch-unterrichtliche Aufgaben sind hingegen dem Kernbereich der Schule zuzuordnen. In der Praxis sind die Aufgaben kaum voneinander abzugrenzen. Für Kinder mit seelischer Behinderung gibt es nach § 35a SBG VIII ebenfalls Formen der Schulassistenten.<sup>57</sup>

Die Datenbasis für Schulbegleitungen nach SGB XII (an allgemeinen und Sonderschulen) reicht bis zum Jahr 2007 zurück. Die Zahlen haben sich seitdem mehr als verdoppelt, was auf die hohe Entwicklungsdynamik in diesem Bereich und die damit verbundenen Herausforderungen für die Sozialhilfeträger in Baden-Württemberg hinweist.

Daten zur Gesamtzahl der Schüler mit geistiger Behinderung an allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg liegen nicht vor. Die Statistiken zur Inanspruchnahme von Sonderpädagogischen Diensten und von Eingliederungshilfe finanzierter Schulbegleitung können lediglich Hinweise geben, da nicht alle Kinder mit Behinderung in allgemeinen Schulen eine solche Unterstützung benötigen. Auf dem Hintergrund der UN-Konvention und der Schulgesetzänderung in Baden-Württemberg wird sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung, die eine allgemeine Schule besuchen, sicher deutlich erhöhen.

Auch die **Gemeinschaftsschulen** werden voraussichtlich zur Ausweitung inklusiver Beschulung beitragen. Die ersten Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg sind zum Schuljahr 2012/2013 an den Start gegangen.

## Sonderschulen (Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren)

Die bisher als Sonderschulen bezeichneten Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) dienen der Erziehung, Bildung und Ausbildung von Schülern, die in allgemeinen Schulen nicht ausreichend gefördert werden können.<sup>58</sup> Im Unterricht liegt neben der Wissensvermittlung und dem Wissenserwerb ein besonderer Schwerpunkt darauf, den Kindern und Jugendlichen gezielt die Fähigkeiten zu vermitteln, die sie benötigen, um sich mit ihrer Behinderung im Alltag zurecht zu finden.

Im Schuljahr 2010/2011 besuchten insgesamt 53.175 Schüler eine der 584 Sonderschulen in Baden-Württemberg.<sup>59</sup> Davon besuchten 17 Prozent eine Sonderschule mit dem einzigen Förderschwerpunkt geistige Behinderung. Wenn Schüler mit geistiger Behinderung eine Sonderschule besuchen, kann dies aber auch eine Sonderschule mit einem

<sup>56</sup> KVJS. Orientierungshilfe für die Sozial- und Jugendhilfe. Inklusion in Schulen. März 2015

<sup>57</sup> KVJS, Medizinisch-Pädagogischer Dienst, Helmut Bickel: Hilfspersonen im Rahmen schulischer Förderung. Karlsruhe, 22.03.2007

<sup>58</sup> Schulgesetz für Baden-Württemberg, zuletzt geändert am 21.07.2015, § 15 Abs. 1

<sup>59</sup> Das entsprach einem Anteil von 4,4 Prozent bezogen auf die Gesamtheit der Schüler.

anderen Förderschwerpunkt<sup>60</sup> und einem zusätzlichem Unterrichtsangebot für Schüler mit geistiger Behinderung sein. Insgesamt waren im Schuljahr 2010/2011 24 Prozent der Schüler an Sonderschulen in Baden-Württemberg geistig behindert. (Zum Vergleich: Mehr als ein Drittel aller Schüler der Sonderschulen besuchten eine Förderschule für Schüler mit Lernbehinderung.)

Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot können grundsätzlich alle Bildungsabschlüsse (Grund-, Haupt-, Werkreal-, Realschule und Gymnasium) erreichen. Soweit die Behinderung es erforderlich macht, sind auch spezifische Schulabschlüsse nach dem Bildungsplan der Förderschule oder der Sonderschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Behinderung (neu: geistige Entwicklung) möglich.

Sonderschulen (SBBZ) mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung sind nicht – wie die allgemeinen Schulen – in Klassenstufen organisiert, sondern seit dem Schuljahr 2009/2010 in Grundstufe, Hauptstufe und Berufsschulstufe<sup>61</sup> unterteilt. Für die Grundstufe wird eine Regelbesuchszeit von 4 Jahren angenommen, für die Hauptstufe von 5 Jahren und für die Berufsschulstufe von 3 Jahren. Die Dauer der Schulzeit beläuft sich in der Regel auf 12 Jahre, wobei Verlängerungen möglich sind. Der Wechsel auf eine allgemein bildende Schule ist grundsätzlich jederzeit möglich.



### Einzugsbereiche

Sonderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung gibt es in allen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs. Sonderschulen mit anderen Schwerpunkten zum Beispiel Sehen, Hören sowie körperliche und motorische Entwicklung stehen dagegen nicht in jedem Stadt- oder Landkreis zur Verfügung, weil die Zielgruppen relativ klein sind. Da Schulen eine gewisse Mindestgröße haben müssen, um fachlich und wirtschaftlich sinnvoll arbeiten zu können, haben diese Sonderschulen immer einen überregionalen Einzugsbereich.

Insgesamt ist die Sonderschullandschaft in Baden-Württemberg stark spezialisiert. Der Vorteil: Sonderpädagogische Fachkompetenz kann für sehr spezielle Bedarfslagen gebündelt und auf hohem Niveau vorgehalten werden. Für den Großteil der betroffenen Schüler ist die Konzentration allerdings mit einem Herausfallen aus dem sozialen Umfeld verbunden. Ist der Besuch einer weiter entfernt liegenden Schule erforderlich, muss ein Teil der Schüler entweder täglich lange Fahrzeiten in Kauf nehmen oder unter der Woche im Internat leben. Oder die ganze Familie muss umziehen. Die Diskussion des Themas Sonderpädagogische Spezialkompetenz versus Wohnortnähe wird auf dem Hintergrund inklusiver Beschulung an Bedeutung gewinnen.

### Außenklassen (neu: Kooperative Organisationsformen)

Sonderschulen konnten auch bisher schon Außenklassen an Grund-, Haupt-, Werkreal- und Realschulen sowie an Gymnasien einrichten. Der Unterricht erfolgt nach dem Bil-

<sup>60</sup> Seit der Schulgesetzänderung gibt es acht (vorher neun) Förderschwerpunkte an Sonderschulen (SBBZ): Lernen, geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, Sehen, Hören, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung und Schüler in längerer Krankenhausbehandlung

<sup>61</sup> Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums vom 03.08.2009. Zuvor galt eine vierstufige Aufteilung in Unter-, Mittel-, Ober- und Werkstufe mit einer Regelbesuchszeit von 4 Jahren.

dungsplan der jeweiligen Sonderschule. Je eine Klasse der allgemeinen Schule und der Sonderschule gehen dabei eine Kooperation ein. Außenklassen sollen dazu beitragen, Schüler mit Behinderung in das Schulleben und den Unterricht an allgemeinen Schulen zu integrieren. Dazu werden Lehrkräfte der Sonderschulen eingesetzt. Je nach Konzeption und Ausrichtung vor Ort werden Schüler der beiden Kooperationsklassen in mehr oder minder großem Umfang gemeinsam unterrichtet. Die Schüler von Außenklassen bleiben dabei zwar formal Schüler der Sonderschulen, Kinder mit und ohne Behinderung besuchen jedoch eine gemeinsame Schule, die sie und ihre Eltern nicht als Sondereinrichtung betrachten. Die Dezentralisierung von Sonderschulen über Außenklassen ist eine mögliche Form, um mehr Wohnortnähe und Normalität zu schaffen und stellt einen Zwischenschritt hin zu einer inklusiven Beschulung dar.

Die Zahl der Außenklassen ist in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren gestiegen. Im Schuljahr 2010/2011 gab es 376 Außenklassen. Insgesamt wurden 2.201 Kinder mit sonderpädagogischem Bildungsbedarf in Außenklassen unterrichtet.<sup>62</sup> Das waren 4,1 Prozent aller Schüler an Sonderschulen. Besonders hoch ist der Anteil der Schüler in Außenklassen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (14 Prozent).

Gemeinsamer Unterricht für Schüler mit und ohne Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot kann seit Inkrafttreten der Schulgesetzänderung auch an Sonderschulen (SBBZ) stattfinden<sup>63</sup>.

**Wenn die mit der neuen Schulgesetzänderung intendierten Ziele erreicht werden, wird sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung, die eine allgemeine Schule besuchen, in den kommenden Jahren deutlich erhöhen. Künftige Planungen müssen dieser Entwicklung in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt Rechnung tragen.**

**Mit dem vermehrten Besuch allgemeiner Schulen wird voraussichtlich auch der Bedarf an Schulbegleitung zunehmen, eine Herausforderung (nicht nur) für die Eingliederungshilfe.**

**Die Versorgung von Kindern mit Spezialbedarf in einer vom Wohnort fernen Sonderschule wird voraussichtlich weiterhin erforderlich sein. Alternative Lösungen wären in jedem Einzelfall zu prüfen und das Kriterium Wohnortnähe stark zu gewichten.**

## Situation im Landkreis

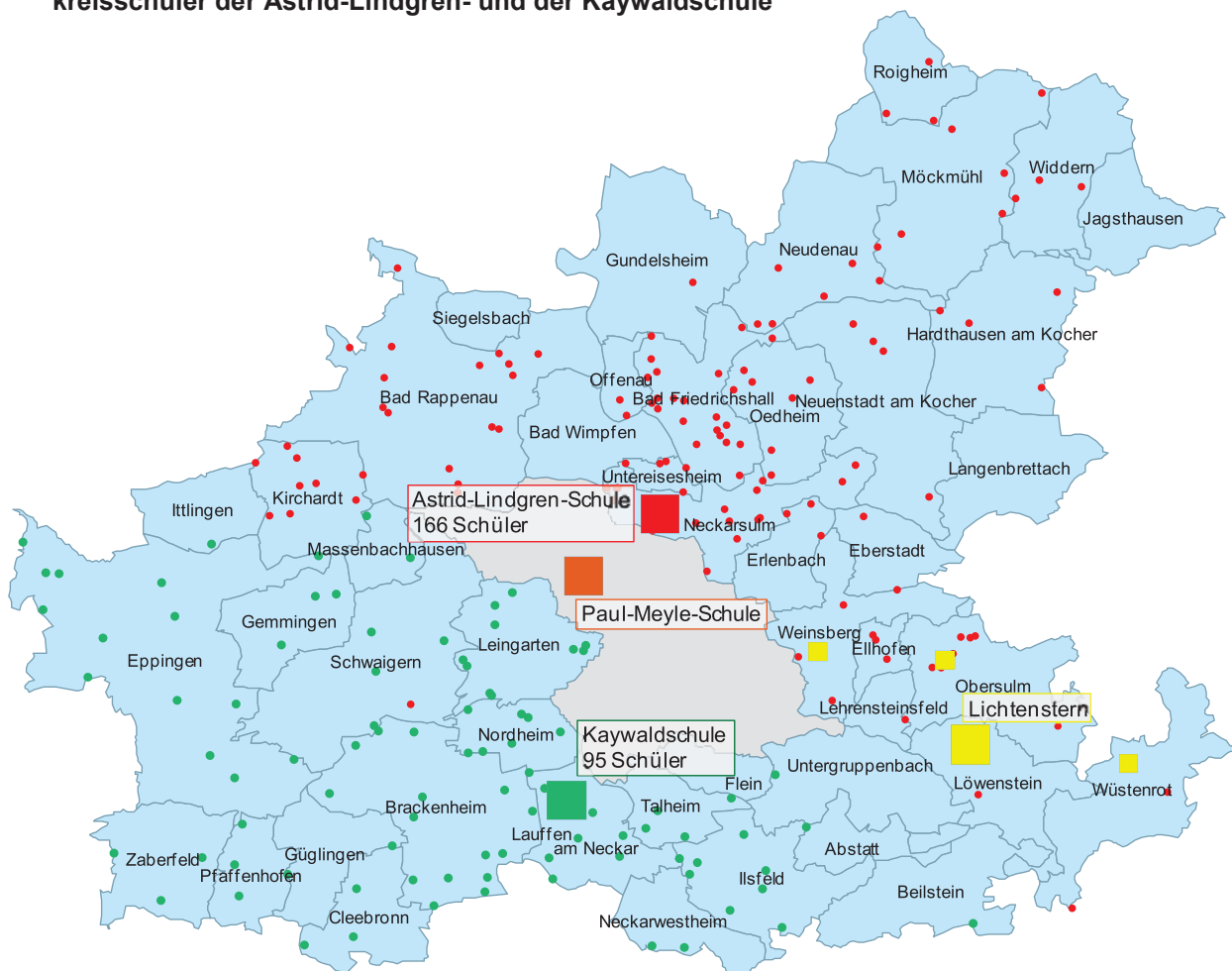
Im Oktober 2013 besuchten 195 Schüler mit geistiger Behinderung aus dem Landkreis Heilbronn eine öffentliche Sonderschule im Landkreis (Astrid-Lindgren-Schule in Neckarsulm und Kaywaldschule in Lauffen<sup>64</sup>) und wohnten bei ihren Familien. Ein weiterer Teil der Landkreisschüler besuchte die öffentliche Paul-Meyle-Schule in der Stadt Heilbronn. 21 Schüler besuchten die private Schule der Evangelischen Stiftung Lichtenstern (Stichtag Dezember 2013), die auch über drei Außenklassen verfügt.

<sup>62</sup> Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Schulstatistik 2010/2011

<sup>63</sup> Schulgesetz für Baden-Württemberg, zuletzt geändert am 27.07.2015, § 15 Abs. 5

<sup>64</sup> Für diese beiden Schulen lagen die Daten aus der Amtlichen Schulstatistik vor.

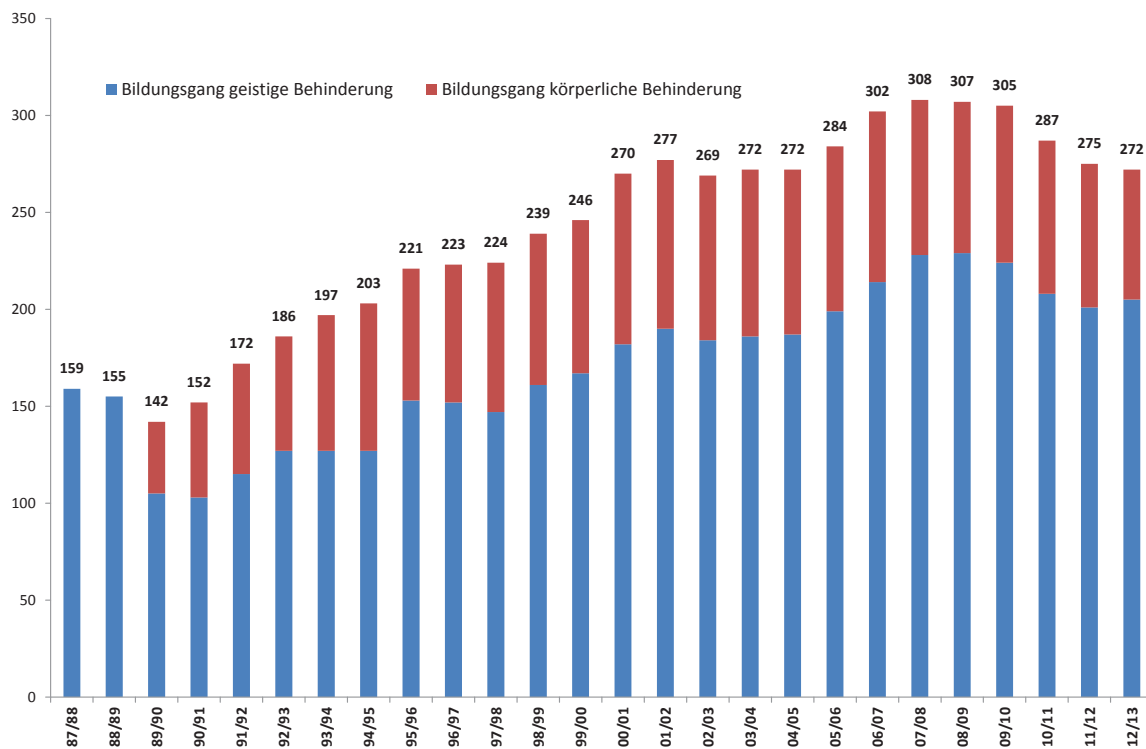
**Schaubild: Sonderschulen im Landkreis und in der Stadt Heilbronn, Wohnorte der Landkreisschüler der Astrid-Lindgren- und der Kaywaldschule**



Die Zahl der Schüler an öffentlichen Sonderschulen im Landkreis ist in den beiden Bildungsgängen geistige und körperliche Behinderung seit dem Schuljahr 2007/2008 leicht rückläufig, wie das folgende Schaubild zeigt<sup>65</sup>.

<sup>65</sup> Nach Einschätzung der Sonderschulen werden die Zahlen wieder ansteigen. Die Entwicklung folgt nicht der allgemeinen Entwicklung der Schülerzahlen (Vgl. Schaubild: Entwicklung der Zahl der Schüler an allgemeinen Grundschulen und in der Unter- bzw. Grundstufe mit dem Förderschwerpunkt geistige Behinderung an Sonderschulen in Baden-Württemberg vom Schuljahr 1980/1981 bis 2011/2012)

**Schaubild: Entwicklung der Schülerzahlen an öffentlichen Sonderschulen in den Bildungsgängen geistige und körperliche Behinderung im Landkreis Heilbronn**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, jährliche Erhebung vom Schuljahr 1987/1988 bis 2012/2013

## Sonderpädagogische Unterstützungssysteme im Landkreis

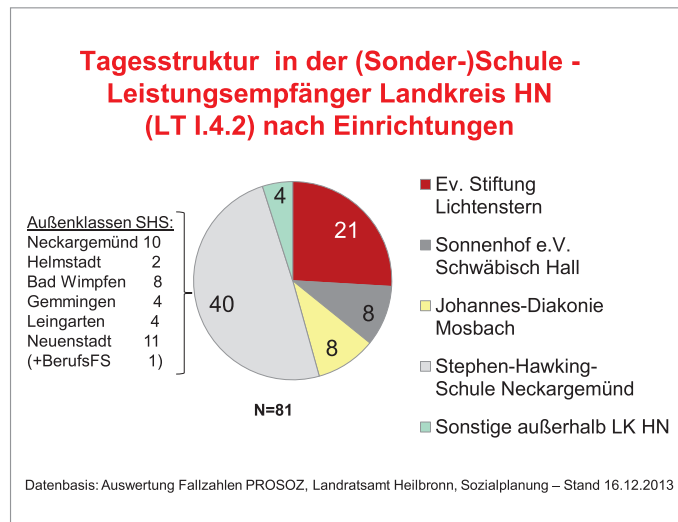
Das Staatliche Schulamt hält eine Arbeitsstelle Kooperation (ASKO) vor, welche die Zusammenarbeit von allgemeinen Schulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ, früher: Sonderschulen) sowie von Schulen und außerschulischen Partnern (z.B. Jugendhilfe, Sozialamt) koordiniert. Die Stelle ist mit Lehrkräften aus allen Schularten (einschließlich berufliche Schulen und Gymnasien) besetzt. Sie informiert, berät, vermittelt und vernetzt allgemeine Schulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren bei der Kooperation, bei Übergängen (auch ins Berufsleben) und in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern (z. B. Jugendhilfe, Sozialhilfe).

Ebenfalls beim Staatlichen Schulamt Heilbronn angesiedelt ist eine Begleitstelle Inklusion, die für den Stadt- und den Landkreis Heilbronn alle Prozesse der inklusiven Beschulung organisiert und Eltern mit Kindern, die einen sonderpädagogischen Bildungsanspruch haben und eine inklusive Beschulung wünschen, im weiteren Prozess berät.

## Leistungen des Kreises

Der Landkreis Heilbronn hat am 16.12.2013 für insgesamt 81 Kinder und Jugendliche mit Behinderung Tagesstrukturleistungen nach **Leistungstyp I.4.2** in privaten Sonderschulen gewährt. In dieser Zahl sind sowohl Schüler mit vorrangig geistiger als auch mit vorrangig körperlicher Behinderung enthalten. Etwa ein Viertel der Schüler (21) besuchte die Sonderschule der Evangelischen Stiftung Lichtenstern im Landkreis. Der Anteil der Stephen-Hawking-Schule in Neckargmünd lag mit 40 von 81 Schülern bei ca. 50 Prozent. Davon besuchten 27 eine der Außenklassen im Landkreis. Insgesamt erhielten 48 von 81 Son-





derschülern aus dem Landkreis Heilbronn, das heißt rund 60 Prozent, eine Eingliederungshilfeleistung im Landkreis.

23 Landkreisschüler besuchten eine Heimsonderschule<sup>66</sup> (Stephen-Hawking-Schule Neckargemünd: 8, Nikolauspflge Stuttgart: 5, Paulinenpflege Winnenden: 4).

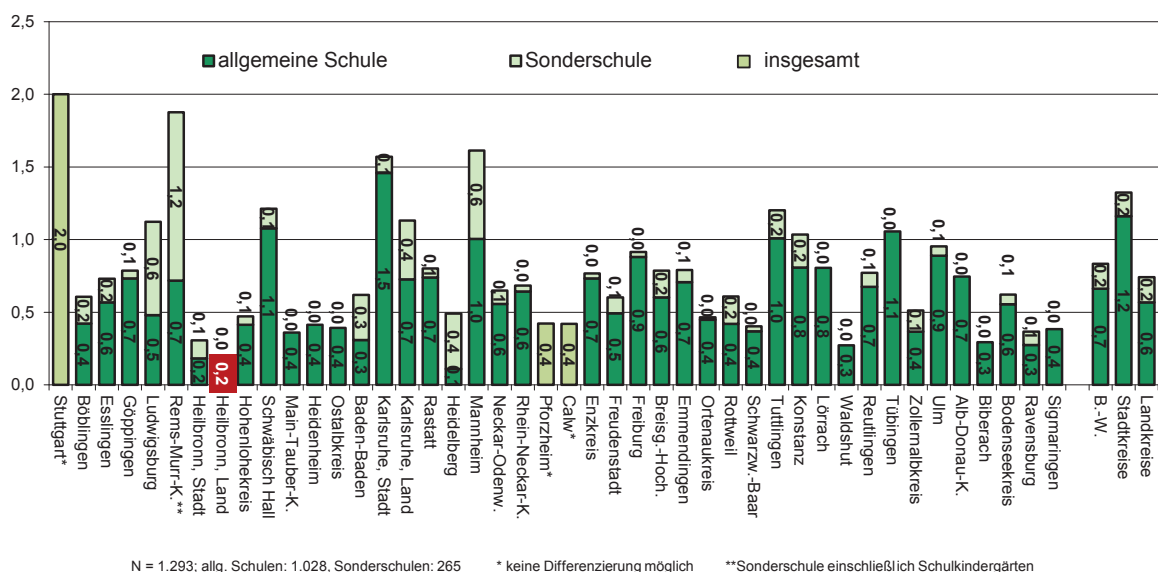
Insgesamt 17 Schüler erhielten eine stationäre Wohnleistung. Von den 13 nach **Leistungstyp I.1.1** stationär versorgten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit

einer geistigen und/oder mehrfachen Behinderung lebten 12 außerhalb des Landkreises. Die anderen vier hatten eine körperliche und/oder mehrfache Behinderung und wurden alle außerhalb nach **Leistungstyp I.1.2** versorgt.

Im Kennzahlenvergleich der Schüler mit stationären Wohnleistungen der Eingliederungshilfe nach SGB XII pro 1000 Einwohner lag der Landkreis Heilbronn am Stichtag 31.12.2013 mit einem Wert von 0,64 deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 1,07.

Einzelfallfinanzierte **Schulbegleitungen** gibt es nur für die Landkreisschüler an allgemeinen Schulen. An den kreiseigenen Sonderschulen finanziert der Landkreis Heilbronn stattdessen Personalkosten für der Schule zugeordnete betreuende Kräfte. Das folgende Schaubild weist daher für den Landkreis Heilbronn einen Null-Wert bei den Schulbegleitungen an Sonderschulen auf.

**Schaubild: Zahl der Schulbegleitungen nach SGB XII nach Schultyp (allgemeine oder Sonderschule) pro 1.000 Einwohner im Alter von 7 bis unter 21 Jahre am 31.12.2013**



Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII 2013. Planungs- und Steuerungsunterstützung für die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg. KVJS. Stuttgart 2014

<sup>66</sup> Begriff seit 1. August 2015: Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit Internat



Die Kennzahl für Schulbegleitungen des Landkreises Heilbronn an allgemeinen Schulen war mit 0,2 der niedrigste Wert im landesweiten Vergleich. Dies entsprach einer absoluten Zahl von 8 Schulbegleitungen in Leistungsträgerschaft des Landkreises.

Die folgende Tabelle gibt die **Schulbegleitungen des Landkreises Heilbronn ab 2008** wieder und zeigt, dass die Zahlen in den vorangegangenen Jahren noch niedriger waren.

2008	2009	2010	2011	2012	2013
6	3	5	6	6	8

Im Verlauf des Planungsprozesses haben Angehörige zum Ausdruck gebracht, dass sich die aus ihrer Sicht zufriedenstellende Unterstützung bei der Integration in Regel-Kitas in der allgemeinen Schule nicht in gleicher Weise fortsetze.<sup>67</sup> Der Kennzahlenbefund und die Wahrnehmung von Angehörigen könnten Anlass dafür sein, den Übergang zwischen Kita und Schule in den Blick zu nehmen.

## Einschätzungen und Hinweise aus dem Fachgespräch Schule

Beim Fachgespräch Schule am 28. Januar 2014 in Heilbronn haben die teilnehmenden Schulleitungen über allgemeine Entwicklungen im Sonderschulbereich und über ihre eigenen Erfahrungen berichtet<sup>68</sup>. Sie haben darauf hingewiesen,

- dass ihrer Wahrnehmung nach der Anteil von schwerer behinderten Schülern an Sonderschulen mit dem Bildungsgang geistige Behinderung deutlich zunehme. Der Besuch einer Förderschule werde von vielen Eltern bevorzugt und als weniger stigmatisierend empfunden. Es handle sich um eine Entwicklung, die sich nicht beziffern lasse. Die veränderte Zusammensetzung im Bildungsgang geistige Behinderung könne sich dahin gehend auswirken, dass der FuB-Anteil bei Schulabgängen künftig wachse. Vorgeschlagen wird, die bei der Teilhabepanung zugrunde gelegte Verteilung zwischen WfbM- und FuB-Bedarf nach fünf Jahren auf den Prüfstand zu stellen.
- dass die Mobilität gegenüber gleichaltrigen Schülern an allgemeinen Schulen erheblich eingeschränkt ist und es diesbezüglich einen hohen Unterstützungsbedarf bei der Wahrnehmung von Freizeitangeboten gebe.
- dass sich die Eltern untereinander kaum kennen, da das Einzugsgebiet von Sonderschulen relativ groß und somit die Bildung von Netzwerken zur gegenseitigen Unterstützung erschwert ist.
- dass aus ihrer Sicht die Zahl der Kinder mit Autismus-Spektrum-Störungen bzw. mit herausforderndem Verhalten („Systemsprenger“) zunimmt. In diesem Kontext sei vorrangig die Jugendhilfe in Kooperation mit der Schule gefragt, die Versorgung dieser Personenkreise nach der Schulzeit sei aber ebenfalls ein großes Thema. Eine frühzeitige Zusammenarbeit von Jugend- und Eingliederungshilfe wird auch von Seiten des Fallmanagements beim Landratsamt als fachlich notwendig angesehen. Handlungsbedarf im Einzelfall werde relativ früh bekannt und gemeinsam besprochen, Lösungen zu finden, sei dennoch nicht immer einfach.
- dass hörgeschädigte Schüler mit geistiger Behinderung die Lindenparkschule nur bis zur Hauptstufe besuchen können. Danach wechseln sie in der Regel in die Paulinenpflege Winnenden und seien somit außerhalb des Landkreises versorgt.

<sup>67</sup> Fachgespräch „Selbsthilfe“ am 10.12.2013

<sup>68</sup> Ergebnisse einer Schüler-Abfrage an der Kaywaldschule in Lauffen siehe Kapitel Wohnen

- dass sich die Netzwerkkonferenzen im Landkreis Heilbronn bewährt haben und weitergeführt und -entwickelt werden sollten.

**2013 und in den vorangegangenen Jahren war die Zahl Schulbegleitungen an allgemeinen Schulen relativ niedrig.**

**Der überwiegende Teil der Schüler mit geistiger Behinderung aus dem Landkreis Heilbronn besuchte 2013 eine öffentliche Sonderschule im Landkreis und wohnte bei den Eltern. Ein weiterer Teil der Schüler besuchte – ebenfalls von zu Hause aus – eine private Sonderschule bzw. eine Außenklasse im Landkreis oder die öffentliche Paul-Meyle-Schule in der Stadt Heilbronn.**

**Der Anteil der Schüler mit stationären Wohnleistungen der Eingliederungshilfe nach SGB XII war niedrig, die entsprechende Einwohner bezogene Kennzahl lag unter dem Landesdurchschnitt. Soweit eine stationäre Wohnversorgung erforderlich war, erfolgte sie weitgehend außerhalb des Landkreises.**

**Den Landkreisschülern mit Behinderung steht offensichtlich ein differenziertes sonderpädagogisches Schulangebot in Wohnortnähe zur Verfügung, das relativ vielen den Verbleib im Elternhaus ermöglicht.**

**Übergänge aus den Schulen werden im Rahmen von Netzwerkkonferenzen begleitet. Diese haben sich aus Sicht der Beteiligten bewährt.**

<b>Neue Begriffe im Zusammenhang mit der Änderung des Schulgesetzes (27.07.15)</b>	<b>Bisherige Bezeichnung</b>
Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ)	Sonderschule
Schule mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung	Schule für Geistigbehinderte
Kooperative Organisationsform	Außenklasse

## **5. Ambulante, offene Hilfen und familienentlastende Dienste**

Ambulante Hilfen, insbesondere die familienentlastenden Dienste (FED), sind ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein in der Behindertenhilfe. Die ambulanten, inklusionsorientierten Angebote fördern die selbstbestimmte gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Behinderung. Bereits in der „Rahmenkonzeption für die Behindertenhilfeplanung des Landkreises Heilbronn“ aus dem Jahr 2006 wurde zum Ausdruck gebracht, dass ambulante Hilfen für Menschen mit Behinderung grundsätzlich Vorrang vor stationären Hilfen haben. § 13 Abs. 1 S. 2 Sozialgesetzbuch XII regelt ebenfalls den Vorrang ambulanter Leistungen.

Die ambulanten Angebote im Bereich der Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen werden häufig als „offene Hilfen“ bezeichnet. In Stadt und Landkreis Heilbronn wurden diese ambulanten, offenen Angebote bei den „Offenen Hilfen Heilbronn gGmbH“ (OH) zusammengefasst. Gesellschafter der OH sind die Beschützende Werkstatt Heilbronn, die Evangelische Stiftung Lichtenstern sowie die Lebenshilfe Heilbronn-Franken und die Lebenshilfe Eppingen. Die OH sind als größter Anbieter ambulanter Dienste ein wichtiger Partner des Landkreises Heilbronn (s. Ziff. 5.3).

Das Spektrum der vielfältigen Angebote reicht von individuellen Begleitdiensten und stundenweiser Betreuung über Offene Treffs und Sportangebote bis hin zu Tagesausflügen, mehrtägigen Betreuungsmaßnahmen und Urlaubsreisen. Eine zunehmende Bedeutung hat die Erschließung von Freizeitangeboten von Partnern außerhalb der Behindertenhilfe.

### **5.1 Familienentlastende Dienste**

Die FED, auch familienunterstützende Dienste genannt, richten sich an Menschen mit Behinderung, die privat oder in einer betreuten Wohnform wohnen. Unter FED versteht man Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote, die in Form von Einzel- oder Gruppenbetreuungen durchgeführt werden. Die betroffenen Angehörigen, für die die Betreuung und Versorgung in aller Regel eine große physische und psychische Aufgabe bedeutet, werden mit Hilfe dieser Angebote unterstützt und zeitweise entlastet. Die Stärkung und Stabilisierung der Familiensituation trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen mit Behinderung weiterhin in ihrer vertrauten Umgebung wohnen können. Von besonderer Bedeutung ist dies bei Angehörigen mit einem hohen Unterstützungsbedarf (s. auch Ziff. 6.3.1). Mit den entsprechenden Betreuungs- und Unterstützungsangeboten kann es gelingen, eine stationäre Versorgung zu vermeiden oder zumindest aufzuschieben. Sie tragen zur Entwicklung der Persönlichkeit und zum Erlernen von Selbständigkeit bei. Dadurch erhalten und stärken sie die vorhandenen Selbsthilfekräfte. Dies kann dazu führen, dass dann eher eine ambulante als eine stationäre Wohnversorgung angestrebt wird, wenn eine Unterstützung im Wohnen erforderlich wird.

### **Finanzierung der Familienentlastenden Dienste**

Die FED finanzieren sich durch die Landesförderung, die kommunale Förderung, Teilnehmerentgelte, Leistungen der Pflegeversicherung (SGB XI), Zuwendungen Dritter (z.B. Aktion Mensch), Spenden und Eigenmittel.

Im Unterschied zu stationären oder teilstationären Angeboten gibt es keine verbindlichen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen (vgl. § 75 Sozialgesetzbuch XII). Dies stellt die Träger vor besondere Herausforderungen, da ein verbindliches und professionelles Angebot einer nur kurz- bis mittelfristig gesicherten Finanzierung gegenübersteht.

Die Höhe der **Landesförderung** richtet sich nach der „Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung Familienentlastender Dienste auf dem Gebiet der Hilfen für Menschen mit Behinderung (VwV FED) vom 5. Februar 2013. Ziel der Landesförderung ist der Erhalt und die Weiterentwicklung eines landesweiten, bedarfsgerechten Angebots an Diensten zur kurzzeitigen Betreuung von Menschen mit einer geistigen und bzw. oder körperlichen Behinderung, die alleine, mit dem Partner, in Familien, in privaten Wohngemeinschaften oder im Ambulant Betreuten Wohnen leben. Die Förderung inklusiver Angebote soll langfristig zum Abbau von Barrieren und zum Auf- und Ausbau eines inklusiven Sozialraums beitragen.

Förderfähig im Sinne der VwV FED sind folgende Maßnahmen:

1. stundenweise Einzelbetreuung von Menschen mit Behinderung,
2. Gruppenbetreuung mit Angeboten zur stundenweise Betreuung, Tagesbetreuung, Wochenendbetreuung und kurzzeitigen Betreuung (bis max. 3 Übernachtungen) sowie
3. Netzwerkarbeit

Die aktuelle VwV FED, die zum 01.01.2013 in Kraft getreten ist, ist bis 31.12.2019 gültig. In diesem Zeitraum ist keine Erhöhung der Höhe des Landeszuschusses vorgesehen. Somit ist z.B. auch keine Anpassung der Landesförderung bei Tarifsteigerungen möglich, zu deren Übernahme der Träger jedoch verpflichtet ist. Erschwerend kommt für die Träger eine fehlende Planungssicherheit hinzu, da nicht bekannt ist, in welchem Umfang bzw. unter welchen Voraussetzungen die FED nach dem Ende der Laufzeit der aktuellen Förderrichtlinien weiter gefördert werden.

Nach der VwV FED wird die Landesförderung nur dann gewährt, wenn eine komplementäre **kommunale Förderung** in entsprechender Höhe erfolgt.

Zur Deckung der laufenden Personal- und Sachausgaben haben die Dienste nach der VwV FED auch angemessene **Teilnehmerentgelte** von den Nutzern zu erheben. Bei der Bemessung der Teilnehmerentgelte sind die finanzielle Belastbarkeit des Einzelnen und der Umfang der Maßnahme zu berücksichtigen. Außerdem haben die Dienste darauf hinzuwirken, dass die Nutzer vorrangige Leistungen, z.B. Leistungen der **Pflegeversicherung**, in Anspruch nehmen. Zusätzlich sind die Träger verpflichtet in angemessenem Umfang, mindestens jedoch in Höhe von zehn Prozent der projektbezogenen Gesamtausgaben, **eigene Mittel** und Einnahmen aus zweckgebundenen freiwilligen Zuwendungen und Leistungen Dritter (z.B. Zuschüsse der Aktion Mensch oder von Stiftungen) einzusetzen.

### Antragsgemeinschaft FED in Stadt und Landkreis Heilbronn

In Stadt und Landkreis Heilbronn erfolgt die Grundversorgung der Einwohner durch die Offenen Hilfen Heilbronn gGmbH (OH), die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Heilbronn e.V. (AWO) sowie den Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Heilbronn-Franken (ASB). Die Träger bilden die „Antragsgemeinschaft Familienentlastende Dienste der Verbände der freien Wohlfahrtspflege in Stadt und Landkreis Heilbronn“. Sie stimmen ihre Angebote sowie ihren Anteil an den Fördermitteln untereinander und mit den Sozialplanungen der Stadt und des Landkreises ab. Es finden regelmäßig Abstimmungsgespräche zwischen der Antragsgemeinschaft und Vertretern von Stadt und Landkreis Heilbronn statt.

AWO und ASB bieten vorrangig Maßnahmen der Einzelbetreuung von Menschen mit Behinderung an. Die Offenen Hilfen haben neben Einzelbetreuungen auch zahlreiche Gruppenmaßnahmen im Angebot, die im folgenden Abschnitt näher erläutert werden.

## Einschätzung der weiteren Entwicklung der ambulanten, offenen Hilfen

Es gibt derzeit kein geeignetes Verfahren, um die weitere Entwicklung des Bedarfs bei den ambulanten Hilfen bzw. FED mit belastbaren Zahlen verlässlich zu ermitteln. Die Verfahren der Bedarfsvorausschätzungen wie beispielsweise in den Bereichen „Wohnen“ und „Tagesstruktur“ sind auf die ambulanten Hilfen nicht übertragbar. Da der Grundsatz „Ambulant vor stationär“ weiterhin Gültigkeit hat, wird auch ein weiterer Ausbau der ambulanten Hilfen angestrebt. Im Zusammenhang mit dem Ziel, dass Menschen mit Behinderung ermöglicht werden soll, in ihrem gewohnten sozialen Umfeld zu leben, zu lernen und zu arbeiten, werden die ambulanten Dienste noch an Bedeutung zunehmen. Bisher werden, bis auf den nördlichen Landkreis, die Angebote vorrangig vom Zentralstandort in Heilbronn aus koordiniert. Um vor Ort stärker als bisher passgenaue Angebote zu entwickeln, Kooperationspartner zu finden und diese fachlich und organisatorisch zu unterstützen, sollte ein flächendeckender Ausbau im Landkreis Heilbronn weiterhin angestrebt werden.

## 5.2 Offene Hilfen Heilbronn gGmbH

Die Offenen Hilfen (OH) sind der größte Anbieter offener und ambulanter Angebote. Für Menschen mit geistiger Behinderung aus dem Landkreis Heilbronn und ihre Angehörigen gibt es folgende offenen Angebote:

1. Familienunterstützender Dienst
2. Bildung, Freizeit und Kultur
3. Kolumbus-Reisen

Der Bereich „Assistenz beim Wohnen“ ist im Kapitel „Themen und Impulse“ in Kapitel 8.1 näher ausgeführt.

**Familienunterstützender Dienst** bedeutet die stundenweise Betreuung im häuslichen Umfeld. Möglich ist auch eine Begleitung in der individuellen Freizeitgestaltung. Damit soll den Angehörigen ermöglicht werden, neue Kräfte zu schöpfen, sowie Zeit für sich selbst und andere (z.B. den Partner oder ein nichtbehindertes Geschwisterchen) zu finden.

Im Bereich **Bildung, Freizeit und Kultur** werden folgende Aktivitäten angeboten:

- Offene Treffs
- Sport- und Bewegungsangebote (Fußball, Kegeln, Tanzen usw.)
- Therapeutische Angebote (z.B. Therapiereiten, Entspannung)
- Geselligkeit und Spaß (regelmäßige gemeinsame Unternehmungen)
- Bildungs- und Kreativitätsangebote (z.B. Malen, Kochen, Handarbeit, Computerkurse)
- Angebote für Familien (z.B. Geschwisterkinderkreis, Elternforum)
- Tagesausflüge (z.B. Besuch von Konzerten, Zoos, Freizeitparks, Schwimmbädern)

Offene Treffs gibt es inzwischen in 10 Städten und Gemeinden im Landkreis Heilbronn. Sie finden wöchentlich statt, einige davon in Jugendhäusern. Ein Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit mit dem Träger eines Jugendhauses ist der O!Mega-Treff im Kinder-Jugend-Kultur Zentrum Gleis 3 in Neckarsulm (s. auch Kapitel 8.4 „Themen und Impulse“ / Workshop „Inklusion – Ankommen in der Gemeinde“).

Die Reiseangebote haben die OH unter **Kolumbus-Reisen** zusammengefasst. Unter diese Angebote fallen, neben Reisen inner- und außerhalb Deutschlands, Wochenendfreizeiten in der näheren Umgebung, Stadtranderholungen und Ferienprogramme. Insbesondere die Stadtranderholungen und Ferienbetreuungen werden in einem Maße nachgefragt, dass viele Anmeldungen nicht berücksichtigt werden können und den Familien, die auf die Ferienangebote angewiesen sind, abgesagt werden muss. Die Bedeutung und Erforderlichkeit des Ausbaus der Ferien- und Nachmittagsbetreuung wurde im Teilhabeprozess an



mehreren Stellen genannt (s. auch Kapitel 8.3 „Themen und Impulse“, Fachgespräch „Selbsthilfe-orientierte Gruppen / engagierte Betroffene und Angehörige“).

Neben den eigenen Angeboten erschließen die OH zunehmend die Angebote von Kooperationspartnern. Die OH unterstützen diese fachlich bei der Öffnung ihrer Angebote für Teilnehmer mit einer geistigen Behinderung. Neben Vereinen und Jugendhäusern gehören u.a. der Stadt- und Kreisjugendring, der CVJM Neckarsulm und die Kinderfreizeit Hainern zu den Kooperationspartnern.

### Außenstelle Möckmühl

Zur besseren Koordinierung der Familienunterstützenden Angebote im nördlichen Landkreis Heilbronn haben die Offenen Hilfen Heilbronn im Jahr 2009 in Möckmühl eine Anlauf- und Beratungsstelle eingerichtet.



Im Jahr 2014 haben bereits 150 Familien die Angebote der Außenstelle Möckmühl genutzt. In nahezu jeder Gemeinde im nördlichen Landkreis Heilbronn gibt es Kunden der Außenstelle. Fast 100 ehrenamtliche Helfer konnten für die Mitarbeit gewonnen werden. Es bestehen vertraglich vereinbarte Kooperationen mit den Diakoniestationen Neuenstadt, Gundelsheim und Möckmühl.

Die Außenstelle Möckmühl plant einen weiteren Ausbau des Ambulant betreuten Wohnens im nördlichen Landkreis. Mit Hilfe der FED bzw. der Freizeitangebote werden Kontakte zu den Familien aufgebaut und eine Vertrauensbasis geschaffen, die Grundlage für die Entscheidung für eine spätere Wohnversorgung sein können.

Seit dem Jahr 2015 gewährt der Landkreis Heilbronn als weitere Förderung im Rahmen der Familienentlastenden Dienste einen jährlichen Zuschuss für die Außenstelle Möckmühl.

### „Satelliten“ im Landkreis Heilbronn

Um im flächenmäßig großen Landkreis möglichst nahe bei den Menschen zu sein, haben die OH in Eppingen, Brackenheim und Löwenstein so genannte „Satelliten“.

Es gibt dort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort, welche die Angebote koordinieren, neue Angebote aufbauen und die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleiten. Dies geschieht in enger Abstimmung mit der Hauptstelle in Heilbronn. Geplant ist, in Eppingen eine weitere Außenstelle einzurichten, um die Angebote im westlichen Landkreis besser koordinieren zu können.



## Projekte der Offenen Hilfen gGmbH

Die Angebote der OH werden immer wieder durch Projekte zu aktuellen Themen ergänzt. Mit Hilfe der Projektarbeit, die durch zusätzliche Fördermittel (z.B. Aktion Mensch) finanziert wird, befassen sich die OH intensiv mit Themen wie „Inklusion“ und „Angebote für Senioren“, um ihre Arbeit und ihre Angebote entsprechend weiterzuentwickeln<sup>69</sup>.

Beim **Inklusionsprojekt „Achtsam im Heilbronner Land“** (Anfang 2013 – Ende 2015) war der Landkreis Heilbronn, neben Stadt Heilbronn und Stadt- und Kreisjugendring Heilbronn e.V., als Kooperationspartner im Projekt-Begleitkreis beteiligt. Eines der Projektziele war der Ausbau eines Netzwerks mit Partnern in Stadt und Landkreis Heilbronn, das



auch dazu beitragen sollte, verstärkt Regelangebote für Menschen mit Handicap zu erschließen. Der Projekt-Beirat von Personen mit Handicap und Angehörigen hat sich regelmäßig getroffen und wichtige Beiträge zur Projektarbeit geleistet. Unter anderem hat der Projekt-Beirat erreicht, dass die OH nicht mehr von Behinderung, sondern von Handicap sprechen, da die Mitglieder des Beirats das Wort „Behinderung“ als Schimpfwort empfinden und sich „Handicap“ ihrer Ansicht nach respektvoller anhört<sup>70</sup>.

Über die Projektarbeit und Themen im Zusammenhang mit Inklusion wurde in der **CareWoche**, einem Magazin für Inklusion, regelmäßig informiert. Die sechs Ausgaben der CareWoche wurden auch in einer Hörversion zur Verfügung gestellt. Im Rahmen des Inklusionsprojekts ist außerdem die **Ausstellung „Wunschbilder“** entstanden. Unter dem Motto „Inklusion leben – Gemeinsamkeiten entdecken“ haben Frauen und Männer mit Handicap ihre Wünsche und Hoffnungen formuliert. Die Bilder waren zunächst in zahlreichen Schaufenstern in der Heilbronner Innenstadt zu sehen. Anschließend wurden die Wunschbilder im Landratsamt Heilbronn ausgestellt. Der **InklusionsCup**, ein inklusives Fußballturnier, wird künftig von den OH, Landkreis und Stadt Heilbronn sowie der Aufbaugilde Heilbronn gemeinsam organisiert.



**Ambulante, offene Hilfen sind das Fundament einer modernen Eingliederungshilfe, die einen möglichst selbstbestimmten und langen Verbleib in der häuslichen Umgebung und die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen will. Sie stellen ein unverzichtbares Unterstützungsnetz für Angehörige dar, die einen Menschen mit Behinderung zu Hause betreuen und pflegen.**

**Die Finanzierung durch freiwillige, nicht dauerhaft gesicherte Fördermittel, erschwert den Trägern der ambulanten Dienste eine verbindliche und zukunftsorientierte Planung.**

**Mehrfach wurde im Teilhabeprozess von Teilnehmern auf die Notwendigkeit des Ausbaus der Ferien- und Nachmittagsbetreuung hingewiesen. Gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die für Familien mit einem behinderten Angehörigen noch zusätzlich erschwert ist, kommt dieser Angebotsform eine besondere Bedeutung zu.**

<sup>69</sup> Vgl. auch Ausführungen in den Kapiteln 8.2 (Projekt „Hand in Hand zum Unruhestand“) und 8.4 (Inklusions-Projekte)

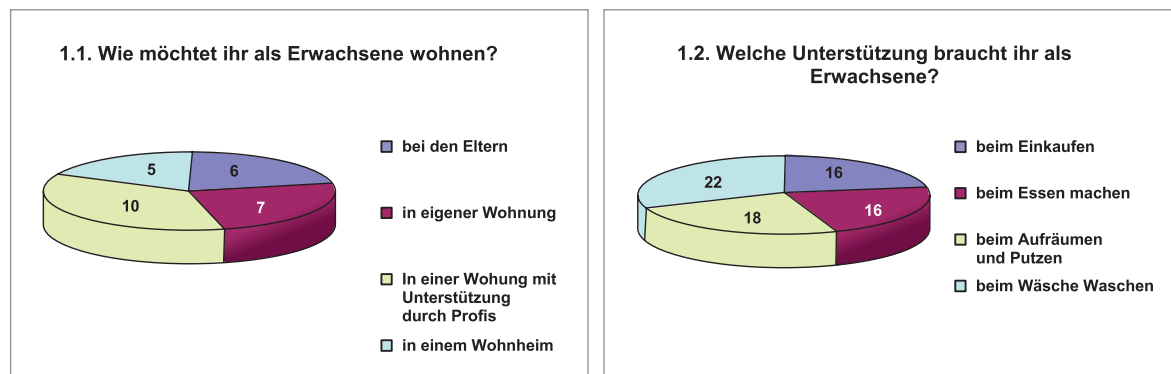
<sup>70</sup> Meinung und ausführliche Begründung des Projektbeirats unter [www.oh-heilbronn.de](http://www.oh-heilbronn.de)

## 6 Wohnen

### 6.1 Wohnformen

Fragt man Menschen mit Behinderung wie sie leben wollen, bekommt man nahezu die gleichen Antworten wie von Menschen ohne Behinderung. In einer wissenschaftlich begleiteten Umfrage unter jüngeren Erwachsenen mit Behinderung<sup>71</sup> wünschte sich fast die Hälfte der Befragten, mit einem Partner zusammenzuleben. Jeweils rund ein Fünftel der Befragten konnte sich vorstellen, entweder im ambulant betreuten Wohnen, bei Mitgliedern ihrer Familie oder mit Freunden in einer Wohngemeinschaft zu leben. 16 Prozent würden gerne allein wohnen. Nur 13 Prozent wünschten sich das Leben in einer Wohngruppe im Heim. Dagegen setzten die Angehörigen, in der Regel die Eltern, oft ganz andere Prioritäten und zogen ambulant und stationär unterstützte Wohnformen vor.

Auch die Schüler der Kaywald-Schule in Lauffen bekundeten bei einer Umfrage im Unterricht großes Interesse daran, zukünftig in einem Privathaushalt zu leben und schätzten ihren Unterstützungsbedarf dabei sehr realistisch ein.<sup>72</sup>



Nicht alle erwachsenen Menschen, die aufgrund einer geistigen Behinderung wesentlich in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt sind, benötigen professionelle Unterstützung beim Wohnen. Ein Teil erhält zwar Leistungen der Eingliederungshilfe bei der Tagesstruktur (siehe Kapitel 7), wohnt aber privat im eigenen oder im Haushalt der Eltern, Geschwister oder anderer Angehöriger. Wenn altersbedingt entweder die Angehörigen nicht mehr betreuen oder die Betroffenen nicht mehr zu Hause betreut werden können, wechseln auch privat Wohnende in eine unterstützte Wohnform.

### Leistungsrechtliche Aspekte

Wohnleistungen nach SGB XII werden in Baden-Württemberg bislang vor allem stationär im Wohnheim oder einer Außenwohngruppe, in ambulanter Form wie dem ambulant betreuten Wohnen oder im betreuten Wohnen in einer (Gast)Familie erbracht.

<sup>71</sup> Metzler, H./Rauscher, C.: Wohnen inklusiv. Wohn- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung in Zukunft, Projektbericht. Reutlingen 2004

<sup>72</sup> PowerPointPräsentation der Kaywaldschule beim Fachgespräch „Schulen“ am 28.01.2014 im Landratsamt Heilbronn. Unter 1.2 waren Mehrfachnennungen möglich.

## Im Überblick

### Wohnleistungen/Unterstützte Wohnformen in Baden-Württemberg

- **Ambulant betreutes Wohnen (ABW)** als Leistung der Eingliederungshilfe richtet sich an Menschen mit wesentlicher Behinderung, die alleine, zu zweit oder in einer Wohngemeinschaft leben können, wenn sie regelmäßig ein oder mehrmals in der Woche professionelle Unterstützung erhalten. Es geht um aufsuchende Betreuung, Beratung und Begleitung in der Wohnung der betreuten Person, um Unterstützung im Alltagsablauf und bei Sozialkontakten. Der Leistungsumfang ist in der Rahmenvereinbarung zum ambulant betreuten Wohnen festgelegt<sup>73</sup>. Durch die Bildung von drei Hilfebedarfsgruppen mit unterschiedlichen Pauschalen und Personalschlüsseln wird ein auf unterschiedliche Unterstützungsbedarfe abgestimmter Personaleinsatz ermöglicht. Etliche Kreise haben spezifische, über diese Regelung hinausgehende Leistungsbeschreibungen mit den Leistungserbringern vereinbart (z.B. Pauschalen für zusätzliche Hilfebedarfsgruppen oder Konzepte für bestimmte Zielgruppen). Art und Umfang der Hilfe wird im Rahmen der Hilfeplanung zeitlich befristet festgelegt und regelmäßig überprüft.
- **Betreutes Wohnen in Familien (BWF)** ist ein Angebot, bei dem Erwachsene mit wesentlicher Behinderung im Haushalt einer Gastfamilie leben. Oft verbringen sie dort auch den Tag. Die Person mit Behinderung und ihre Gastfamilie werden insbesondere bei der Vorbereitungs- und Kennenlernphase, in akuten Phasen und Krisensituationen, aber auch kontinuierlich professionell begleitet. Diese Aufgabe übernimmt ein BWF-Fachdienst. Die Gastfamilie erhält ein Betreuungsentgelt nach SGB XII. Das sehr enge Zusammenleben im privaten Rahmen setzt eine genaue Passung voraus. Das betreute Wohnen in Familien ist in Baden-Württemberg gut ausgebaut. In manchen Bundesländern gibt es diese Betreuungsform gar nicht.
- **Stationäres Wohnen** in Heimen und Außenwohngruppen der Eingliederungshilfe bietet eine umfassende Unterstützung und Begleitung beim Wohnen. Dazu gehören die individuelle Assistenz, hauswirtschaftliche Unterstützung und Angebote zur Freizeitgestaltung sowie Hilfen beim Umgang mit Krisen. Der Leistungsumfang ist im Landesrahmenvertrag nach § 79 Abs. 1 SGB XII<sup>74</sup> geregelt und im Leistungstyp I.2.1 „Stationäre Leistung für Menschen mit geistiger und/oder Mehrfachbehinderung“ beschrieben. Die stationäre Leistung wird als Wohnen ohne tagesstrukturierendes Angebot definiert; tagesstrukturierende Angebote werden zusätzlich (Leistungstypen I.4.4, I.4.5a und I.4.6) gewährt. Die Finanzierung der Grundpauschale, des Investitionsbetrags und der Maßnahmenpauschale übernimmt der örtliche Sozialhilfeträger. Der individuelle Hilfebedarf wird vom Medizinisch-Pädagogischen Dienst (MPD) des KVJS im Auftrag der örtlichen Sozialhilfeträger für jeden neu ins stationäre Wohnen aufzunehmenden Leistungsempfänger anhand von fünf Hilfebedarfsgruppen (HBG) ermittelt.

Neben den genannten klassischen Wohnformen im institutionell definierten Rahmen gibt es die Möglichkeit, (Wohn)Settings variabel zu gestalten und die erforderliche Unterstüt-

<sup>73</sup> Ambulant betreutes Wohnen für erwachsene Menschen mit wesentlicher Behinderung (ambulante Unterstützung in der eigenen Häuslichkeit) nach SGB XII - beschlossen von der Vertragskommission nach § 24 des Rahmenvertrages nach § 79 Abs. 1 SGB XII am 07.05.2012

<sup>74</sup> Rahmenvereinbarung nach § 79 SGB XII für vollstationäre und teilstationäre Einrichtungen vom 15.12.1998 in der aktualisierten Fassung Stand: 20.09.2006

zung als Geldleistung zu erhalten. Der Rechtsanspruch dazu besteht seit 2008 im Rahmen des Persönlichen Budgets<sup>75</sup>.

### Im Überblick

**Das trägerübergreifende Persönliche Budget** nach § 57 SGB XII ist eine Form der Leistungsgewährung, bei der anstelle einer Sachleistung ein monatlicher Geldbetrag ausgezahlt wird. Die betreffenden Leistungsempfänger können davon Dienste und Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft wie Selbstversorgung, Haushaltsführung und Freizeitgestaltung selber einkaufen.

Das Persönliche Budget bietet weitreichende Spielräume für einen selbstbestimmten Wohnalltag, stellt aber große Anforderungen an die Eigenverantwortung der Betroffenen. Wichtig ist daher, dass sich auch die klar abgegrenzten Wohnformen der Behindertenhilfe ausdifferenzieren und weiterentwickeln. Die Grenzen zwischen einer ambulant betreuten und einer stationären Wohngemeinschaft sind in der Praxis auch jetzt schon fließend, die Unterschiede sind – was die räumliche Ausstattung sowie das Zusammenleben der Bewohner betrifft – nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Darüber hinaus entstehen zunehmend Wohnprojekte, die leistungsrechtlich zwischen ambulant und stationär angesiedelt sind. Das neue **Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (WTPG)**<sup>76</sup> von 2014 will ganz bewusst die Entstehung innovativer Wohnformen in Baden-Württemberg fördern. Vorgesehen ist, dass ambulant betreute Wohnformen künftig als zusätzliche Säule neben dem Wohnen in den eigenen vier Wänden, trägerbetriebenen ambulanten Wohngemeinschaften und stationären Einrichtungen im Land etabliert werden. Konzept und Ablauf orientieren sich an der eigenen Häuslichkeit. Die Bewohner können ihre Unterstützungsleistungen frei wählen, eine Präsenzkraft ist anwesend. In einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft für Schutzbedürftige mit Behinderung leben bis zu acht Personen. Träger können auch Angehörigeninitiativen, Bürgervereine oder Kommunen sein.

### Pflegeplätze in Behindertenhilfeeinrichtungen mit Versorgungsvertrag nach SGB XI

Grundsätzlich werden Menschen mit wesentlicher Behinderung, die älter und pflegebedürftig werden, in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe begleitet. In einigen vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe in Baden-Württemberg gibt es jedoch für diesen Personenkreis spezielle Pflegeabteilungen. Die sogenannte Binnendifferenzierung wurde 1998 im württembergischen Landesteil durch eine Rahmenvereinbarung ermöglicht, im Landesteil Baden wurden binnendifferenzierte Versorgungsverträge mit identischen Konditionen abgeschlossen. Grundgedanke der Binnendifferenzierung ist, Leistungen der Eingliederungshilfe und Leistungen der Pflegeversicherung zusammen zu führen. Für die entsprechenden Abteilungen besteht ein Versorgungsvertrag, der die Erfordernisse einer Pflegeeinrichtung im Sinne des SGB XI, § 71 Abs. 2 SGB XI beinhaltet (z. B. ständige Verantwortung einer ausgebildeten Pflegekraft). Davon unabhängig erhalten dort alle Bewohner Leistungen der Eingliederungshilfe auf der Basis bestehender Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen nach §§ 75 ff. SGB XII (ohne tagesstrukturierende Maßnahmen). Im Landkreis Heilbronn bietet die Evangelische Stiftung Lichtenstern binnendifferenzierte Plätze auf dem Gelände der Stammeinrichtung in Löwenstein an.

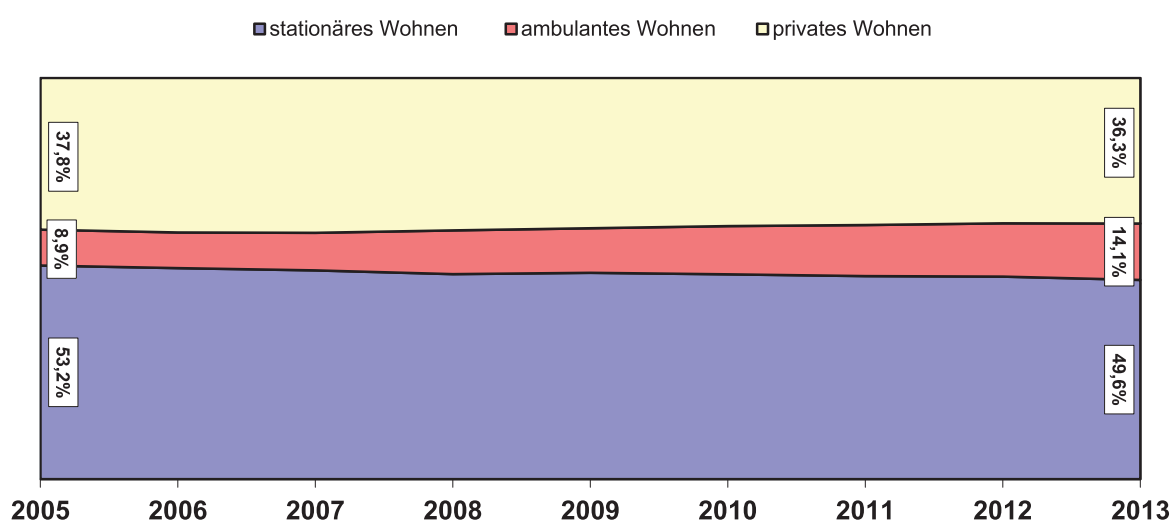
<sup>75</sup> Weitere Informationen: [www.kvjs.de/soziales/menschen-mit-behinderung/persoennesliches-budget.html](http://www.kvjs.de/soziales/menschen-mit-behinderung/persoennesliches-budget.html)

<sup>76</sup> Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz – WTPG) vom 20. Mai 2014

## Verteilung der Wohnformen landesweit

Von insgesamt 31.487 Erwachsenen mit geistiger und körperlicher Behinderung in Baden-Württemberg benötigten am Ende des Jahres 2013 15.633 Personen und damit weniger als die Hälfte eine stationäre Wohnform<sup>77</sup>. 3.808 Personen lebten im ambulant betreuten Wohnen und 619 im betreuten Wohnen in Familien. Diese werden in der KVJS-Berichterstattung zu den Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII unter der Rubrik „ambulantes Wohnen“ zusammengefasst. Privat, ohne eine Leistung der Eingliederungshilfe zum Wohnen lebten 11.427 Personen.

**Schaubild: Erwachsene Leistungsempfänger in Baden-Württemberg mit einer geistigen und körperlichen Behinderung nach Wohnform: 2005 – 2013 (jeweils zum 31.12.) in Prozent**



© KVJS

Grafik: KVJS 2014. Datenbasis: Jährliche Erhebungen bei den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg

Der Anteil stationärer Wohnversorgung hat gegenüber den Vorjahren weiter abgenommen, während der Anteil ambulanter Wohnformen gestiegen ist. Zusammen liegt der Anteil der Erwachsenen mit professionellem Unterstützungsbedarf beim Wohnen nunmehr bei 63,7 Prozent.

Obwohl seit 2008 ein Rechtsanspruch auf Persönliches Budget besteht und die Zahlen kontinuierlich steigen, beschränkt sich die Inanspruchnahme bei den meisten Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs nach wie vor auf wenige Einzelfälle. Leistungsempfänger mit einem Persönlichen Budget machten am 31.12.2013 lediglich 2,2 Prozent aller Leistungsempfänger in der Eingliederungshilfe aus. Von den insgesamt 1.415 Budgetnehmern in Baden-Württemberg hatten 635 eine geistige Behinderung.

<sup>77</sup> Nicht berücksichtigt sind in der Regel Leistungsempfänger, für die ein besonderes Entgelt (TWG, LIBW etc.) vereinbart wurde.



**Wohnleistungen nach SGB XII werden in Baden-Württemberg überwiegend im Rahmen der klassischen Wohnformen stationär, ambulant betreut oder betreut in Familien erbracht. Der Anteil stationärer Wohnformen hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen, der Anteil betreuter Wohnformen steigt. Die Inanspruchnahme des persönlichen Budgets zur Gestaltung variabler Wohnsettings beschränkt sich in den meisten Kreisen nach wie vor auf wenige Einzelfälle. Das 2014 in Kraft getretene Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (WTPG) will die Entstehung innovativer Wohnformen in Baden-Württemberg auch für Menschen mit Behinderung fördern.**

### Wohnerfahrungen im Landkreis Heilbronn

Das Thema Wohnen wurde in einem eigenen Workshop behandelt, aber auch in vielen anderen Zusammenhängen aufgegriffen, zum Beispiel in den Workshops Alter und Inklusion und bei den Einrichtungsbesuchen. Die Ergebnisse wurden nicht nur in diesem sondern auch in anderen Kapiteln des Berichts dokumentiert. An dieser Stelle werden lediglich die Erfahrungen und Einschätzungen von Angehörigen und Betroffenen aus dem Workshop Wohnen vom 11. März 2015 zusammengefasst.

Die Mutter eines jungen Mannes mit schwerem Handicap berichtete von den Erfahrungen, die mit dem Wechsel ihres Sohnes aus dem Elternhaus in eine AWG verbunden waren. Ihr Sohn habe den Entschluss von sich aus gefasst, was es den Eltern erleichtert habe, die Verselbständigung zu unterstützen. Wichtig seien feste Ansprechpersonen, damit der Aufbau einer vertrauensvollen, tragfähigen Beziehung gelingen könne. Mittlerweile bespreche ihr Sohn seine Lebensplanungen und -entscheidungen mit seinen AWG-Betreuern – was für die Eltern am Anfang eine große Umstellung bedeutet habe. Ebenso wichtig seien feste, verlässliche Abläufe und ein ausgewogenes Maß an Förderung („nicht zu viel, nicht zu wenig“). Der Wechsel in die AWG sei ein großer Schritt beim Erwachsenwerden ihres Sohnes gewesen und habe das Verhältnis zu den Eltern deutlich entspannt. Für Eltern in einer Entscheidungsphase könne der Kontakt im Rahmen eines Elternforums und der Austausch über Ängste und gelungene Erfahrungen sicher hilfreich sein.

*„In der AWG bin ich ein Mann. Bei euch bin ich ein Kind.“*

Verselbständigung – auf den Punkt gebracht

Eine junge Frau, die vorher stationär in einer Außenwohngruppe gelebt hat, schilderte den Workshop-Teilnehmern ihre jetzige Wohnsituation. Sie und ihr Partner werden in einer privat angemieteten Wohnung ambulant betreut. In dem Mehrfamilienhaus gebe es keine weiteren Menschen mit Behinderung. Die Betreuerin komme nicht jeden Tag. Sie unterstütze beim Einkaufen, bei Arztbesuchen und beim Verfassen von offiziellen Schreiben. Es gefalle ihr sehr gut, dass sie und ihr Partner sich an den Wochenenden selbständig versorgen, miteinander einkaufen und kochen können.

*„Das Wochenende im betreuten Wohnen ist schön, weil man seine Ruhe hat. Auch vor den Betreuern.“*

Selbständigkeit – auf den Punkt gebracht



## 6.2 Wohnen im Landkreis Heilbronn

Im Folgenden werden die Ergebnisse aus der Leistungserhebung bei den Einrichtungen im Kreis zum Stichtag 31.12.2013 im Bereich Wohnen dargestellt. Die Tabelle gibt einen Überblick über die verwendeten Begriffe.

	<b>Wohnformen</b>	
Wohnleistung (Unterstütztes Wohnen)	<b>Stationäres Wohnen</b> (Heim- oder Außenwohngruppe)	
	<b>Betreutes Wohnen</b>	
	Ambulant betreutes Wohnen (ABW)	Betreutes Wohnen in Familien (BWF)
ohne Wohnleistung (mit Tagesstrukturleistung)	<b>Privates Wohnen</b> (im eigenen Haushalt oder bei Angehörigen)	

Am Stichtag 31.12.2013 erhielten im Landkreis Heilbronn insgesamt 693 Erwachsene mit wesentlich geistiger und mehrfacher Behinderung eine Leistung der Eingliederungshilfe<sup>78</sup>. Von diesen Personen lebten

- 266 Menschen im privaten,
- 69 Menschen im betreuten und
- 358 Menschen im stationären Wohnen.

Der Anteil der Menschen mit Wohnleistungen (betreutes Wohnen + stationäres Wohnen = 427) liegt bei 61,6 Prozent gegenüber dem Anteil der privat wohnenden Menschen (266) mit 38,4 Prozent.

### Kennziffern

Von den insgesamt 266 privat wohnenden Erwachsenen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, die am 31.12.2013 eine Leistung (der Tagesstruktur) im Landkreis erhielten, wohnten 32 außerhalb und 234 Personen im Landkreis. Dies entspricht 7,2 Personen je 10.000 Einwohner. Im Vergleich mit anderen Stadt- und Landkreisen, für die dem KVJS Vergleichsdaten vorliegen, bewegt sich diese Kennziffer im Mittelfeld.

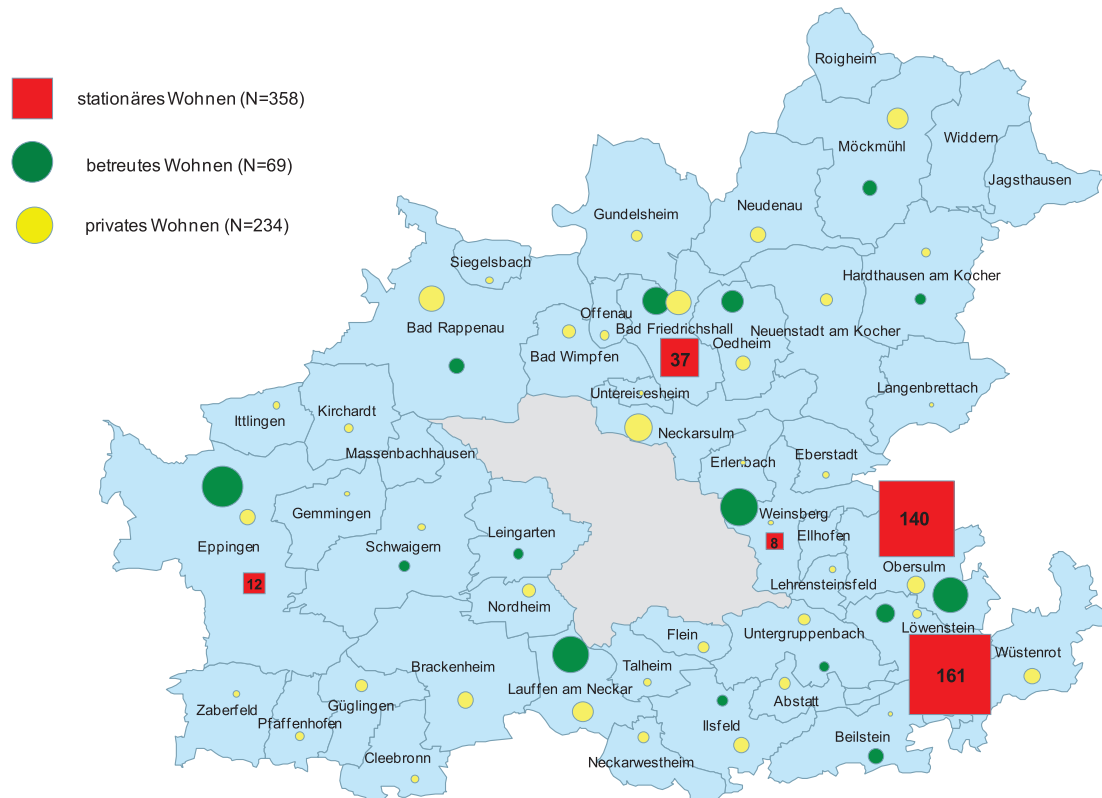
In den betreuten Wohnangeboten im Landkreis lebten am Stichtag 69 Erwachsene mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Dies entspricht 2,1 Personen je 10.000 Einwoh-

<sup>78</sup> Personen, die weder eine Leistung der Eingliederungshilfe zur Tagesstruktur noch zum Wohnen erhielten, sind nicht berücksichtigt, da es zu diesem Personenkreis keine verlässliche Datenquelle gibt. Ihre Zahl dürfte jedoch sehr gering sein.

ner. Die Kennziffern in den anderen Stadt- und Landkreisen weisen eine breite Streuung auf. Innerhalb dieser Streuung liegt die Kennziffer im Landkreis Heilbronn eher im unteren Bereich.

358 Erwachsene mit geistiger und mehrfacher Behinderung lebten im stationären Wohnen. Das sind 11 Personen je 10.000 Einwohner. Der Wert entspricht den Kennziffern in anderen vergleichbaren Landkreisen ohne Komplexeinrichtung.

#### Schaubild: Wohnformen im Landkreis Heilbronn nach Gemeinden



Karte: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

Auf der Karte werden nur die im Landkreisgebiet privat wohnenden Erwachsenen mit Tagesstrukturleistung berücksichtigt (234 von 266). Diese Privathaushalte verteilen sich über das gesamte Landkreisgebiet. Zusammen mit den Plätzen im Betreuten Wohnen leben in fast jeder Gemeinde Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Lediglich in den im äußersten Nordosten gelegenen Gemeinden ist dies nicht der Fall. Die stationären Wohnangebote ballen sich traditionell im südöstlichen Teil des Kreises. Hier wurden 201 von insgesamt 358 stationären Wohnleistungen erbracht. Träger war die Evangelische Stiftung Lichtenstern mit ihrer Stammeinrichtung in Löwenstein sowie dem Friedrichshof in Obersulm-Eichelberg und 7 Außenwohngruppen in zwei Gemeinden im Landkreis Heilbronn. Auch die Platzzahlen im Betreuten Wohnen sind hier höher. Bei der Bewertung der Verteilung der unterstützten Wohnangebote im Kreisgebiet müssen die Angebote in der Stadt Heilbronn sozialplanerisch einbezogen werden.

#### 6.2.1 Privates Wohnen

In diesem Kapitel werden die insgesamt 266 erwachsenen Personen mit geistiger Behinderung, die privat wohnten, nach verschiedenen Merkmalen (Alter, Geschlecht etc.) differenziert betrachtet. Diese Personen nahmen ein Angebot der Tagesstruktur im Landkreis in Anspruch, benötigten aber keine Leistung der Eingliederungshilfe zum Wohnen. Sie

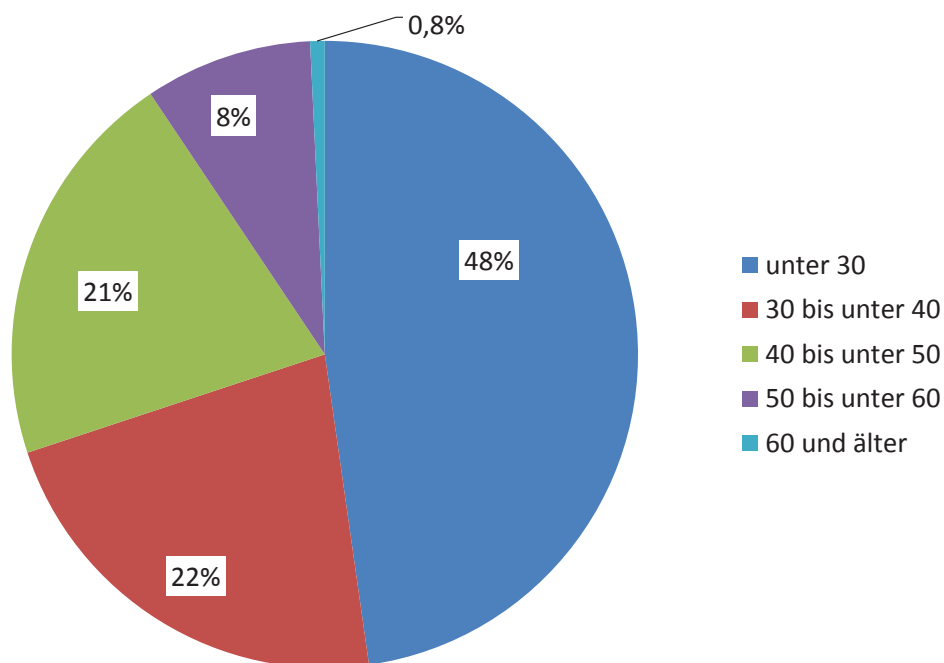
waren in einer Werkstatt (inklusive Berufsbildungsbereich) beschäftigt oder nutzten ein Angebot der Tagesbetreuung (Förder- und Betreuungsbereich, Tages-/ Seniorenbetreuung). Sie wohnten überwiegend, aber nicht ausschließlich im Landkreis (234/32), meist in ihrer Herkunftsfamilie.

### Alter und Geschlecht

Knapp die Hälfte der privat Wohnenden war am Stichtag 31.12.2013 unter 30 Jahre alt. Insgesamt waren fast 70 Prozent jünger als 40 Jahre. Bei den über 40-Jährigen ist davon auszugehen, dass das Unterstützungspotential der Eltern in den nächsten Jahren altersbedingt deutlich abnehmen wird. Aus dieser Altersgruppe, mit einem Anteil von etwa 30 Prozent ergeben sich beim Übergang in unterstützte Wohnformen rechnerisch bedeutsame und steigende Zuwächse.

Das Durchschnittsalter lag bei 33 Jahren und damit ähnlich hoch wie in anderen Stadt- und Landkreisen.

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im privaten Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Alter in Prozent**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013. N=266

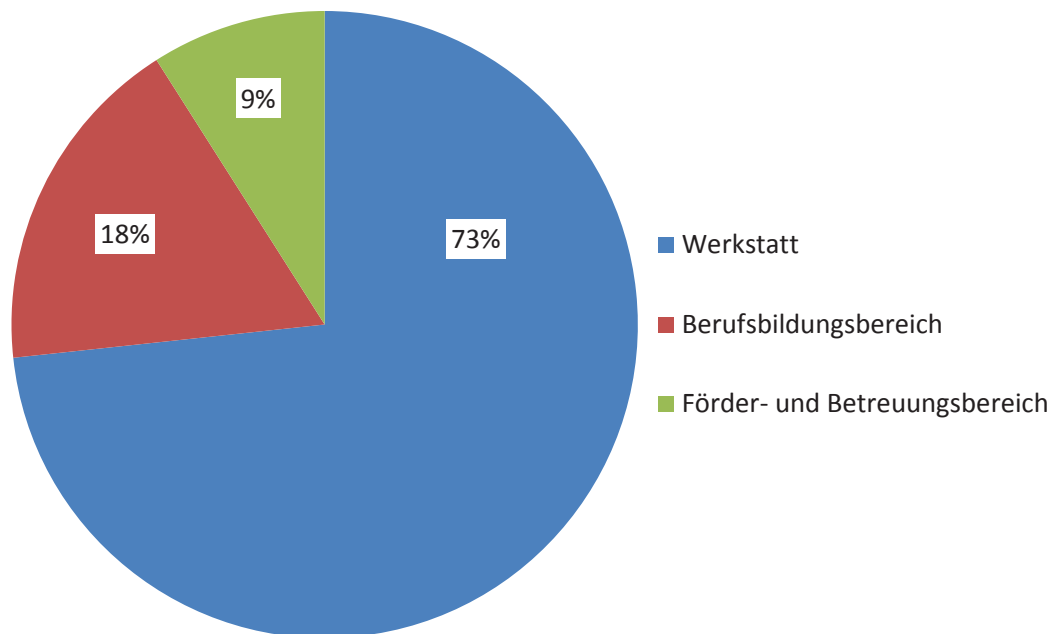
Am 31.12.2013 waren 63 Prozent der privat Wohnenden männlich und 37 Prozent weiblich (ohne Grafik). Der Männeranteil im privaten Wohnen überwiegt auch in den meisten anderen Kreisen, fällt dort aber geringer aus als im Landkreis Heilbronn.

### Ergänzende Tagesstruktur

Insgesamt 91 Prozent der privat Wohnenden waren in einer Werkstatt bzw. im Berufsbildungsbereich beschäftigt. Dies ist im Vergleich zu den Kennzahlen aus anderen Stadt-

und Landkreisen ein hoher Anteil gegenüber 9 Prozent mit ergänzender Tagesstruktur im Förder- und Betreuungsbereich.

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im privaten Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Tagesstruktur in Prozent**



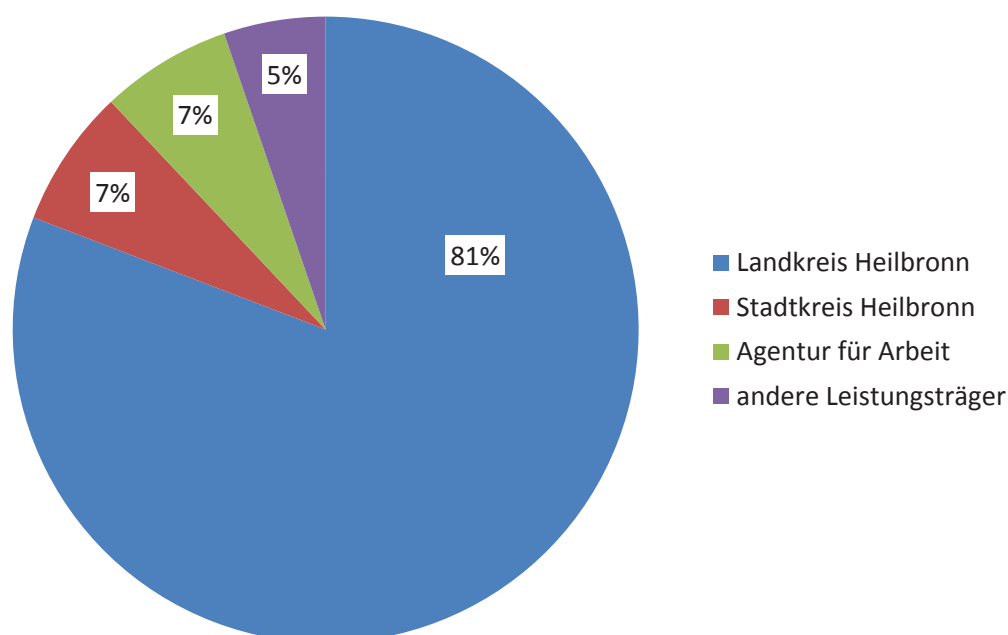
Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013. N=266

83 Prozent der Tagesstrukturleistungen von privat Wohnenden wurden bei der Beschützenden Werkstätte, die anderen 17 Prozent bei der Evangelischen Stiftung Lichtenstern durchgeführt (ohne Schaubild).

### Leistungsträger

Für 81 Prozent der privat Wohnenden (mit Tagesstrukturleistung im Kreis) war der Kreis auch zuständiger Leistungsträger. Sieben Prozent erhielten am Stichtag eine von der Agentur für Arbeit finanzierte Leistung im Berufsbildungsbereich, bei fünf Prozent waren es andere Leistungsträger. Sieben Prozent kamen als Pendler aus der Stadt Heilbronn.

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im privaten Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Leistungsträger in Prozent**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013. N=266

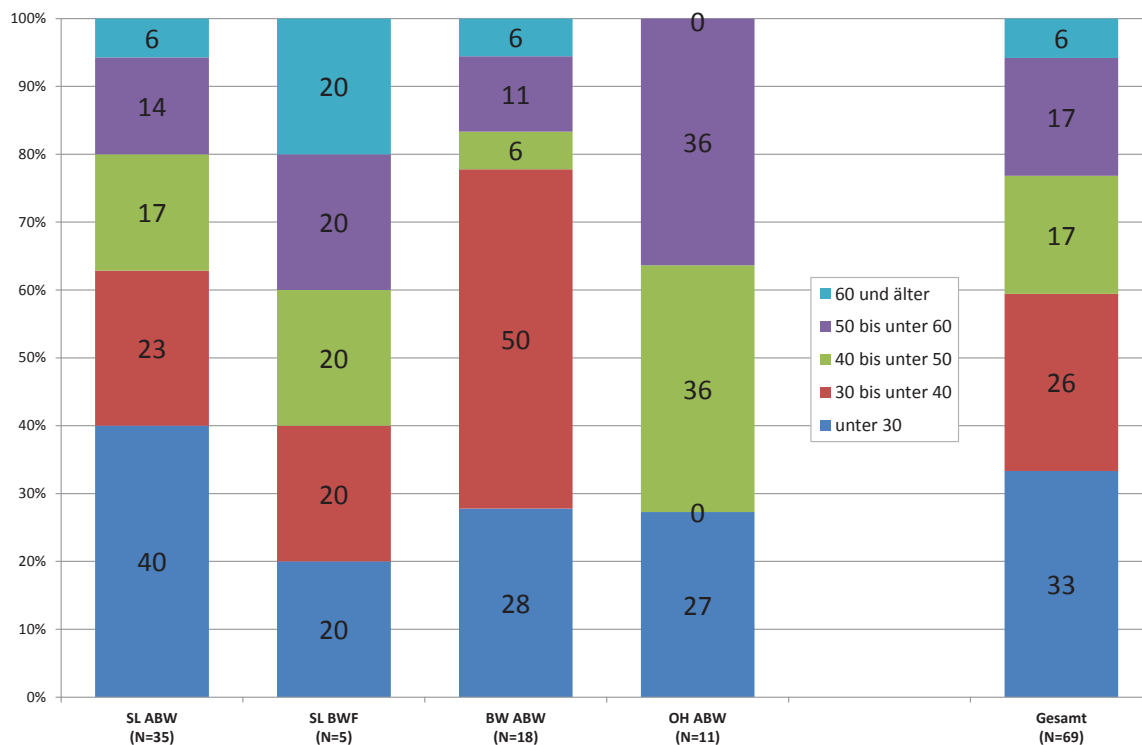
### 6.2.2 Betreutes Wohnen

In diesem Kapitel geht es um die insgesamt 69 Leistungen für erwachsene Personen mit geistiger Behinderung, die ein betreutes, nicht-stationäres Wohnangebot im Landkreis in Anspruch genommen haben. Darüber hinaus gab es Leistungsempfänger aus dem Landkreis, die in der Stadt Heilbronn ambulant betreut wohnten. Diese Gruppe wurde bei der Bedarfsvorausschätzung mit einbezogen. Der Begriff „betreutes Wohnen“ umfasst das ambulant betreute Wohnen und betreutes Wohnen in Familien. Es werden verschiedene Merkmale wie Alter, ergänzende Tagesstruktur, Leistungsträger nach Träger und Wohnform differenziert dargestellt.

#### Alter und Geschlecht

Insgesamt zeigt der Altersaufbau eine recht junge Klientel. Ein Drittel der betreut Wohnenden war am Stichtag unter 30 Jahre alt, fast 60 Prozent waren jünger als 40 Jahre. Lediglich 5,8 Prozent waren 60 Jahre und älter. Aus dieser Altersgruppe sind rechnerisch bedeutsame und steigende Übergänge in stationäres (barrierefreies, altersgerechtes) Wohnen zu erwarten. Im ambulant betreuten Wohnen der Evangelischen Stiftung Lichtenstern waren knapp zwei Drittel der Menschen unter 40 Jahre alt, bei der Beschützenden Werkstätte sogar über drei Viertel. Demgegenüber waren bei den Offenen Hilfen fast drei Viertel 40 bis unter 60 Jahre alt. Der relativ hohe Altersdurchschnitt ergibt sich hier aus der Tatsache, dass viele Personen seit Beginn betreut werden. Die neu Aufgenommenen sind eher jünger. Beim betreuten Wohnen in Familien sind alle Altersgruppen (mit jeweils einer Person) vertreten.

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im betreuten Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Alter in Prozent**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013. N=69

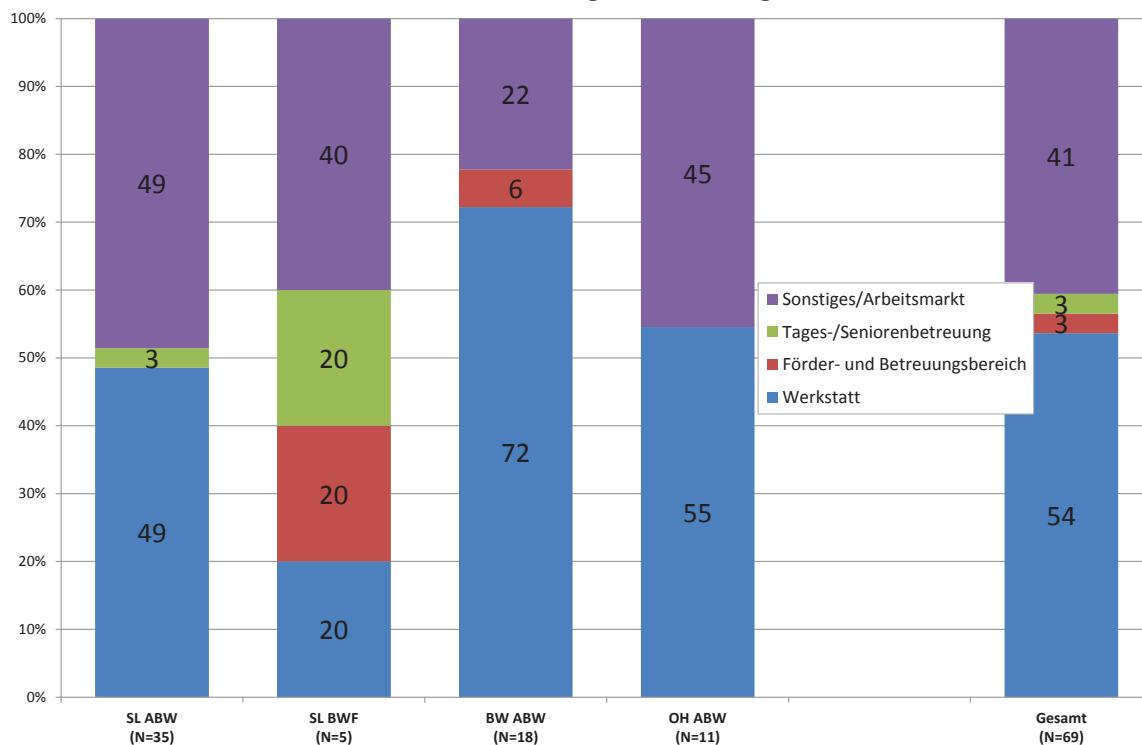
Das Durchschnittsalter beim betreuten Wohnen im Landkreis Heilbronn lag bei 37 Jahren und war damit niedrig im Vergleich zu anderen Stadt- und Landkreisen.

Am 31.12.2013 waren 49 Prozent der Personen im betreuten Wohnen männlich und 51 Prozent weiblich (ohne Schaubild). Eine ausgeglichene Verteilung gibt es auch in anderen Kreisen, in einigen überwiegt der Männeranteil, in anderen ist es umgekehrt.



## Ergänzende Tagesstruktur

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im betreuten Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach ergänzender Tagesstruktur in Prozent**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013. N=69

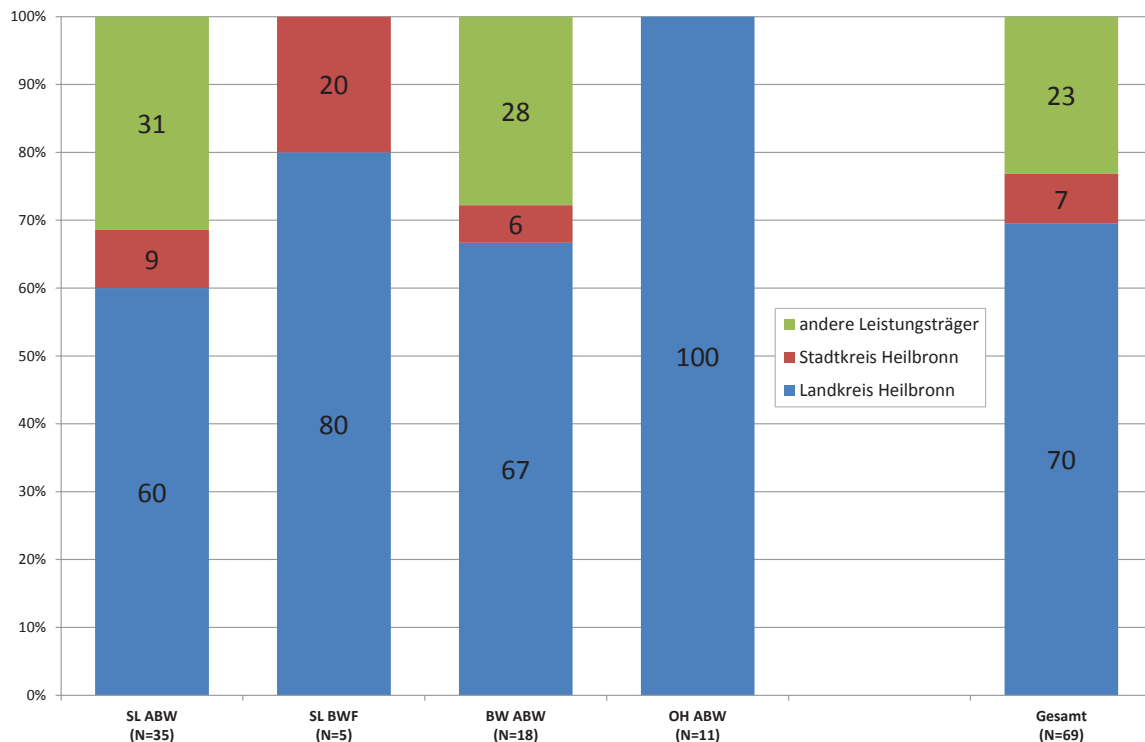
Über die Hälfte der Menschen im betreuten Wohnen waren in einer Werkstatt beschäftigt, lediglich 3 Prozent nahmen eine Leistung in einem Förder- und Betreuungsbereich, weitere 3 Prozent eine Tages-/Seniorenbetreuung in Anspruch. Der Anteil an sonstiger Tagesstruktur war mit 41 Prozent relativ hoch und umfasste Angaben wie allgemeiner Arbeitsmarkt, Schule am Heim, Arbeitssuche, Arbeitslosigkeit, keine Tagesstruktur. Der Anteil der Werkstattbeschäftigten war bei der Beschützenden Werkstätte am größten und im Betreuten Wohnen in Familien erwartungsgemäß mit einer von insgesamt 5 Personen gering.

## Leistungsträger

Das betreute Wohnen ist ein wohnortnahes Angebot, der Anteil der Leistungsempfänger aus Landkreis und Stadt Heilbronn zusammen war mit 77 Prozent entsprechend hoch. Soweit Menschen aus anderen Herkunftskreisen im Landkreis Heilbronn ambulant betreut wohnen, dürfte es sich um Wechsler aus dem stationären Wohnen der Stiftung Lichtenstern oder um Werkstattbeschäftigte der Beschützende Werkstätte in Nachbarkreisen handeln.

Der Anteil der Menschen aus dem eigenen Herkunftskreis überwiegt bei den meisten Kreisen, für die dem KVJS Kennzahlen vorliegen. Die Werte für den Landkreis Heilbronn liegen im Mittelfeld.

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im betreuten Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Leistungsträger in Prozent**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013. N=69

### 6.2.3 Stationäres Wohnen

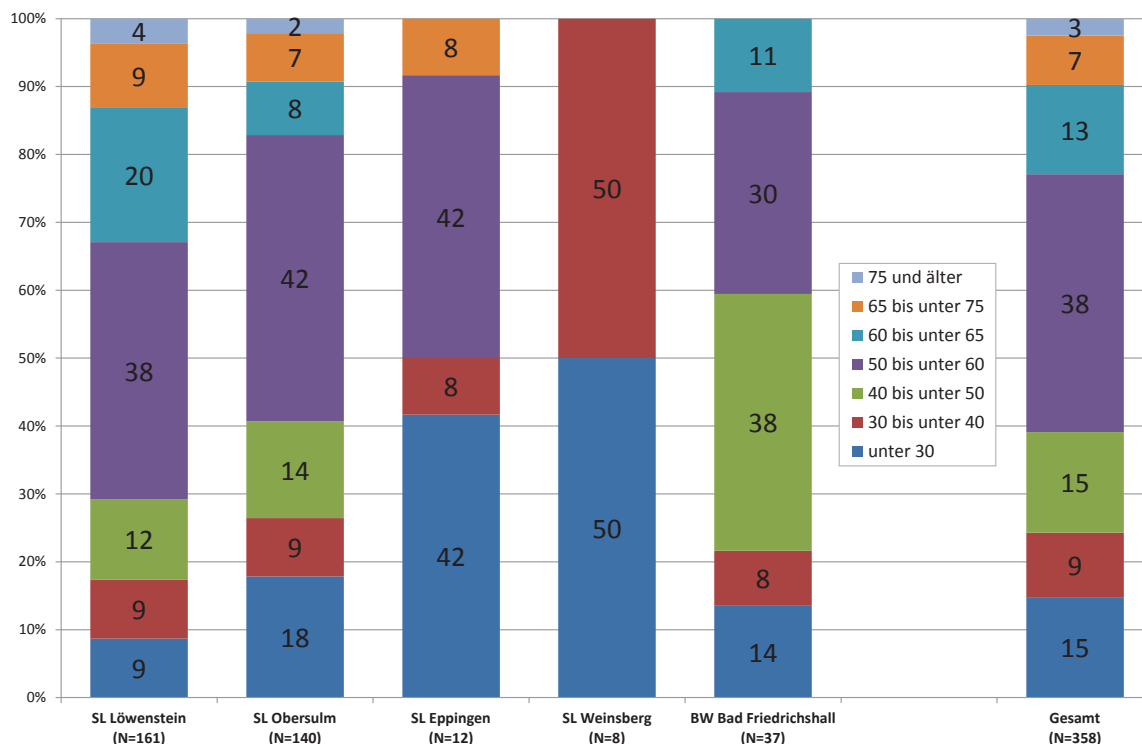
In diesem Kapitel geht es um die insgesamt 358 Leistungen für erwachsene Personen mit geistiger und mehrfacher Behinderung, die in einer stationären Wohnform leben. Es werden verschiedene Merkmale wie Alter, Hilfebedarfsgruppe, ergänzende Tagesstruktur, Leistungsträger jeweils nach Trägern und Standort differenziert dargestellt.

#### Alter und Geschlecht

15 Prozent der stationär im Landkreis Wohnenden waren am Stichtag jünger als 30 Jahre (privates Wohnen: 48 Prozent, betreutes Wohnen: 33 Prozent). 23 Prozent waren 60 Jahre und älter (privates Wohnen: 0,8 Prozent, betreutes Wohnen: 6 Prozent); das entspricht 82 Personen, bei denen in den nächsten Jahren ein zunehmender Pflegebedarf erwartet werden kann. Die Verteilung der Altersgruppen variiert je nach Träger und Standort. Am Zentralstandort Löwenstein der Evangelischen Stiftung Lichtenstern waren ein Drittel 60 Jahre und älter, das entspricht 53 Personen. Davon wurden 22 Personen im Luitgardhaus „binnendifferenziert“ gepflegt.<sup>79</sup> In den Wohngruppen in Obersulm waren 17 Prozent, also 24 Personen, 60 Jahre und älter. In der Außenwohngruppe in Eppingen war dies eine Person (8 Prozent), während diese Altersgruppe am Standort Weinsberg gar nicht vertreten war. In beiden Außenwohngruppen war der Anteil der unter 30-Jährigen mit 42 bzw. 50 Prozent besonders hoch. Im Wohnheim der Beschützenden Werkstatt in Bad Friedrichshall waren die Bewohner insgesamt jünger als 65 Jahre, davon 11 Prozent (4 Personen) 60 bis unter 65 Jahre. Dies steht sicherlich im Zusammenhang mit der Eröffnung des Hauses, die zum Stichtag noch keine 10 Jahre zurück lag.

<sup>79</sup> Ein zweites Haus für 22 Bewohner mit Pflegebedarf (Heglerhaus) wurde während des Planungsprozesses gebaut und im Herbst 2015 eröffnet.

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im stationären Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Alter in Prozent**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

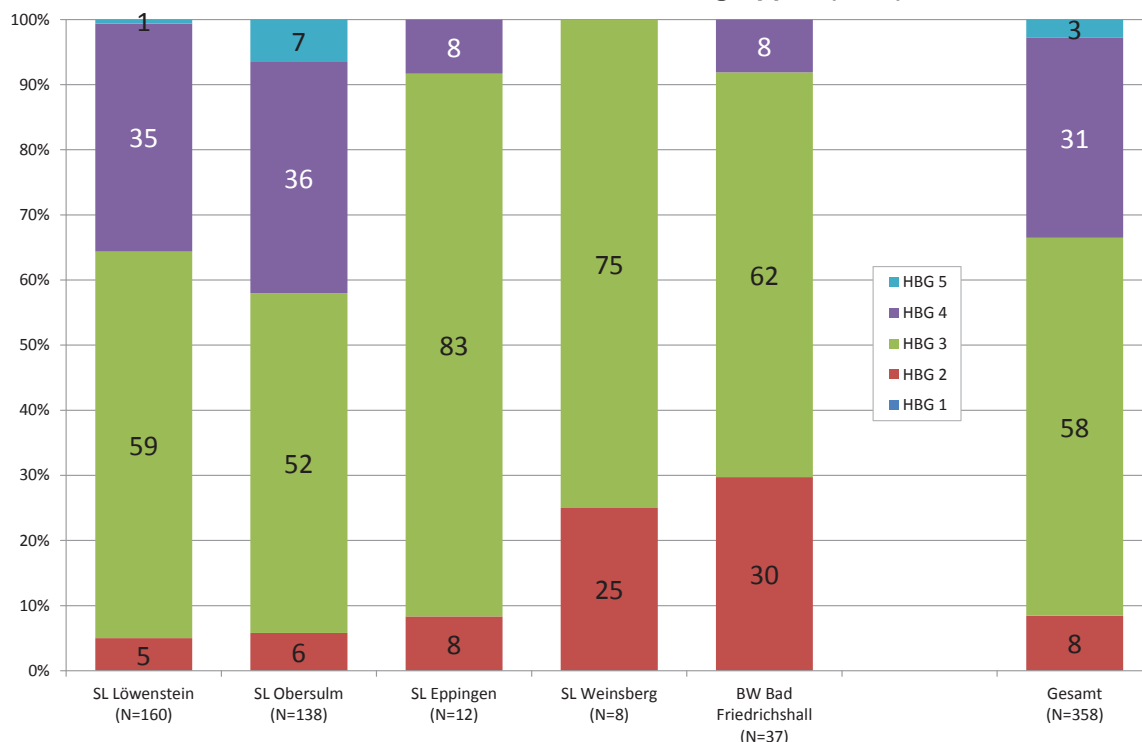
Das Durchschnittsalter lag bei 46,2 Jahren und bewegt sich damit im Mittelfeld gegenüber anderen Stadt- und Landkreisen mit Teilhabeplänen, die vom KVJS begleitet wurden.

Am 31.12.2013 waren 63 Prozent der stationär Wohnenden männlich und 37 Prozent weiblich (ohne Schaubild). Das entspricht exakt der Verteilung beim privaten Wohnen. Die geschlechterbezogene Verteilung in den Stadt- und Landkreisen pendelt in beide Richtungen um ein Verhältnis von 1:1. Der Männeranteil im Landkreis Heilbronn gehört im Vergleich zu den höchsten Werten.

### Hilfebedarfsgruppen

Wie im Überblick Wohnleistungen beschrieben, wird der Hilfebedarf für Leistungen im stationären Wohnen in Baden-Württemberg anhand eines 5-stufigen Systems ermittelt. Die Hilfebedarfsgruppe (HBG) 1 steht für einen niedrigen, die Hilfebedarfsgruppe 5 für einen umfassenden Unterstützungsbedarf. Im Landkreis Heilbronn gab es am Stichtag keine stationär Wohnenden in Hilfebedarfsgruppe 1. Im Landkreis Heilbronn ist es offensichtlich gelungen, Menschen mit niedrigem Hilfebedarf in betreuten Wohnangeboten zu unterstützen. Die Zahl künftiger Wechsler aus einem stationären Kontext in betreutes Wohnen dürfte entsprechend gering ausfallen. Menschen mit Hilfebedarfsgruppe 5 gab es in geringem Umfang und nur an den Standorten Löwenstein und Obersulm. Gegenüber anderen Stadt- und Landkreisen ergab sich eine geringere Streuung und stärkere Zentrierung auf die Hilfebedarfsgruppen 2 bis 4. Am häufigsten vertreten war die Hilfebedarfsgruppe 3 mit 58 Prozent.

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im stationären Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Hilfebedarfsgruppen (HBG) in Prozent**

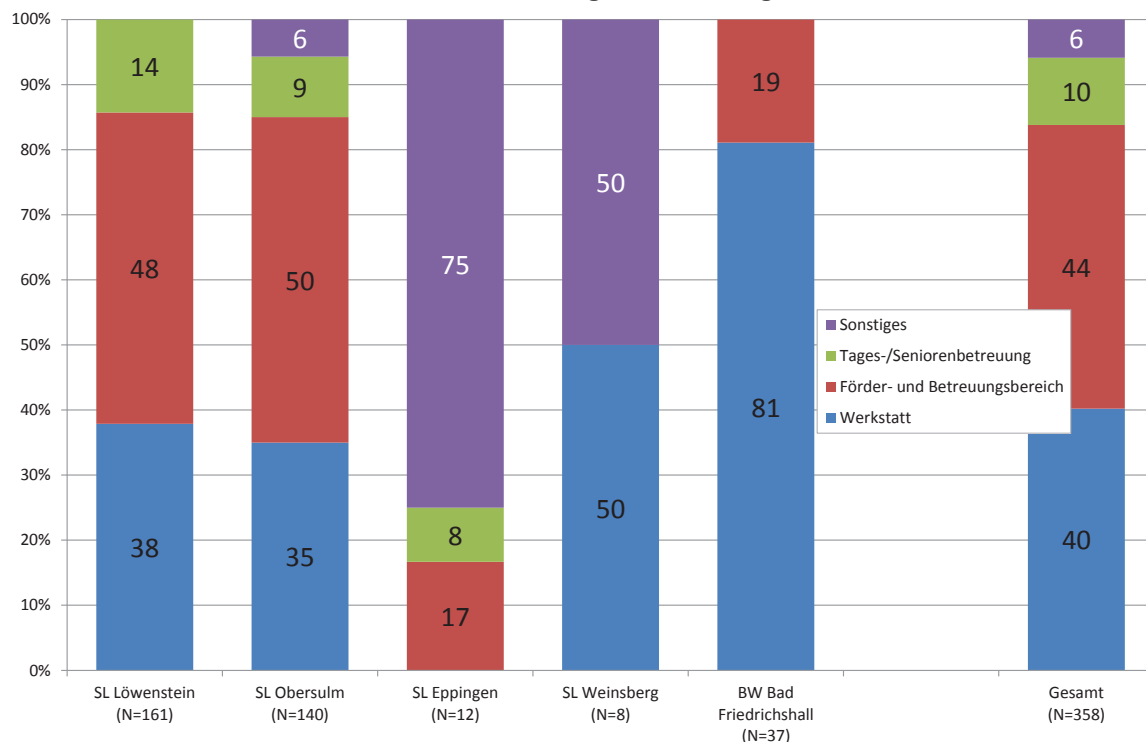


Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

### Ergänzende Tagesstruktur

Bei den stationär Wohnenden überwog der Anteil an FuB-Nutzern gegenüber den Werkstattbeschäftigten mit 44 zu 40 Prozent, wobei die Verteilung je nach Standort variiert. Knapp die Hälfte der Bewohner der Evangelischen Stiftung Lichtenstern an den Standorten Löwenstein und Obersulm besuchte einen Förder- und Betreuungsbereich. Der Anteil der Werkstattmitarbeiter lag bei einem Drittel. Ganz anders stellte sich die Situation bei der Beschützenden Werkstätte in Bad Friedrichshall dar. Dort überwog der Anteil an Werkstattbeschäftigten deutlich mit 81 Prozent. Der Anteil der Tages-/Seniorenbetreuung korrespondiert mit der Altersverteilung am jeweiligen Standort. In den Außenwohngruppen der Evangelischen Stiftung Lichtenstern in Eppingen und Weinsberg leben Personen, die in einer Werkstatt der Evangelischen Stiftung Lichtenstern, bei einem anderen Träger im Landkreis, in der Stadt Heilbronn oder in einem anderen Landkreis beschäftigt sind. Sie wurden in der Kategorie „Sonstige“ erfasst, die aufgrund der geringen Bewohnerzahl einen hohen prozentualen Anteil ergibt.

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im stationären Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach ergänzender Tagesstruktur in Prozent**



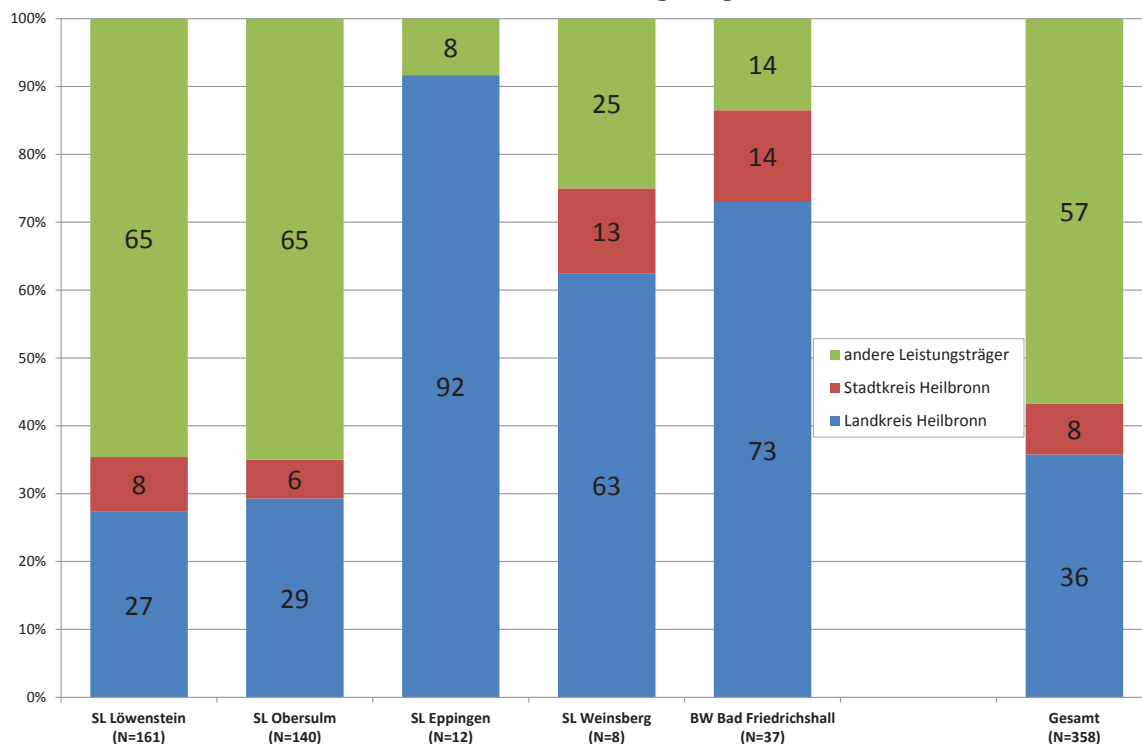
Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

## Leistungsträger

36 Prozent der im Landkreis Heilbronn stationär Wohnenden kamen am Stichtag aus dem eigenen Kreis, 8 Prozent aus der Stadt Heilbronn. 57 Prozent der Menschen erhielten ihre Leistung von einem anderen Kreis in Baden-Württemberg oder in einem anderen Bundesland oder von einem sonstigen Leistungsträger. Auch Selbstzahler waren enthalten.<sup>80</sup> Deutliche Unterschiede gab es bei den Belegungsprofilen der einzelnen Anbieter und Standorte. An den beiden großen Standorten der Evangelischen Stiftung Lichtenstern kamen jeweils knapp zwei Drittel nicht aus dem Landkreis oder der Stadt Heilbronn. Dies ist auf eine überregionale Belegungstradition zurückzuführen. Einige Plätze für spezifische Bedarfe (zum Beispiel LIBW) werden voraussichtlich auch zukünftig überregional belegt werden, da bei diesem Angebot nicht die Wohnortnähe im Vordergrund steht. In den beiden Wohngruppen machte der Anteil anderer Leistungsträger lediglich 25 Prozent (Weinsberg) bzw. 8 Prozent (Eppingen) aus. Das Wohnhaus der Beschützenden Werkstätte Heilbronn in Bad Friedrichshall war am Stichtag mit 73 Prozent aus dem eigenen Kreis belegt, zusammen mit der Stadt Heilbronn waren es 87 Prozent.

<sup>80</sup> Die Prozentzahlen mit Dezimalstelle ergeben zusammen 100 Prozent: Landkreis Heilbronn 38,5 Prozent, Stadt Heilbronn 7,5 Prozent, andere Leistungsträger 56,7 Prozent. Aufgrund der Rundungen ergibt die Summe der Prozentzahlen ohne Dezimalstelle 101 Prozent.

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im stationären Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Leistungsträger in Prozent**

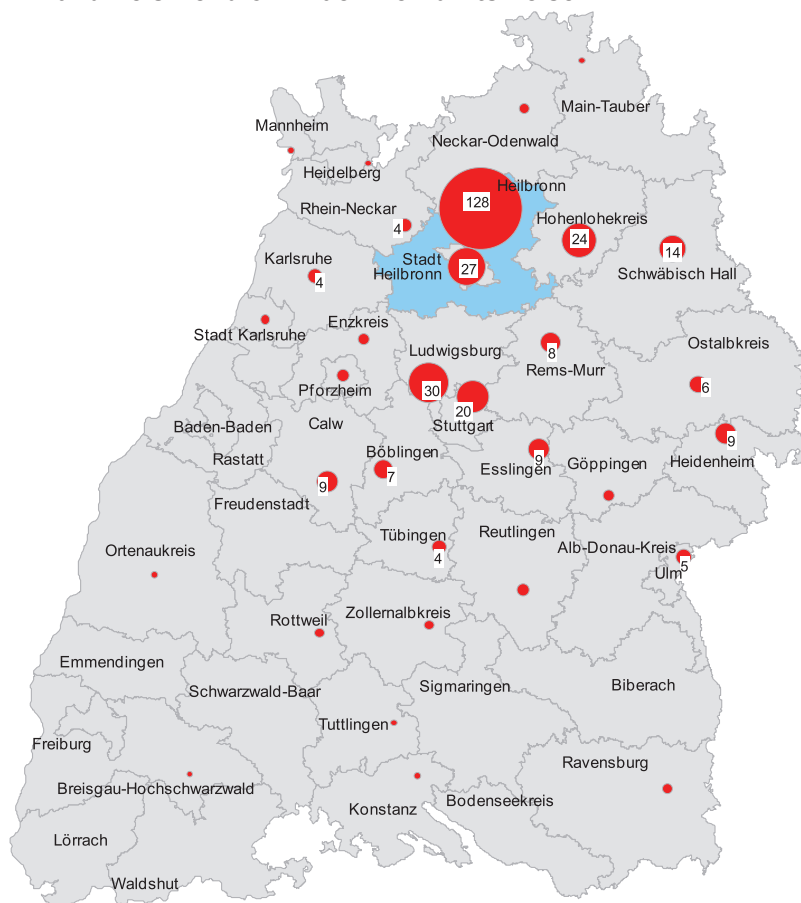


Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

Der Anteil stationär Wohnender aus anderen Kreisen außerhalb von Landkreis und Stadt Heilbronn überwiegt. Dies ist bei Standortkreisen von Einrichtungen mit langjähriger Tradition häufig der Fall und bei Kreisen mit Komplexeinrichtungen teilweise noch stärker ausgeprägt.



**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im stationären Wohnen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Herkunftskreisen**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013.

Stationäre Angebote im Landkreis Heilbronn waren schwerpunktmäßig aus dem eigenen Kreis, der Stadt Heilbronn sowie den umliegenden Kreisen belegt. Weitere 8 Leistungsempfänger kamen aus anderen Bundesländern, davon 3 aus Bayern. Im Vergleich zu anderen Kreisen in Baden-Württemberg ist dies ein relativ geringer Anteil.

**Die am Stichtag 31.12.2013 vorgefundenen Daten spiegeln eine Situation wieder, die größtenteils historisch gewachsen ist. Bei der Beschreibung geht es nicht um Bewertungen. Eine Steuerung ist allenfalls bei neuen Leistungsempfängern aus dem Landkreis möglich. Einschätzungen zur Situation der Behindertenhilfe im Landkreis Heilbronn müssen außerdem die Besonderheit eines Kragenkreises, das heißt die Wechselwirkung mit den Angeboten der Stadt Heilbronn einbeziehen.**

**In fast allen Gemeinden des Landkreises lebten am Stichtag 31.12.2013 Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung. Bei der Verteilung der stationären Plätze bestand ein erheblicher Überhang im südöstlichen Teil des Kreisgebietes.**

**Am Stichtag erhielten im Landkreis Heilbronn 358 Personen eine stationäre und 69 eine betreute Wohnleistung. Zu diesen insgesamt 427 Wohnleistungen kamen 266 privat Wohnende mit Tagesstrukturleistung hinzu, was einem Verhältnis von etwas über 60 Prozent mit Wohnleistung zu etwas unter 40 Prozent ohne Wohnleistung entspricht.**

30 Prozent der privat Wohnenden waren 40 Jahre und älter. Aus dieser Altersgruppe ergibt sich der rechnerisch bedeutsame Zuwachs in betreute Wohnformen.

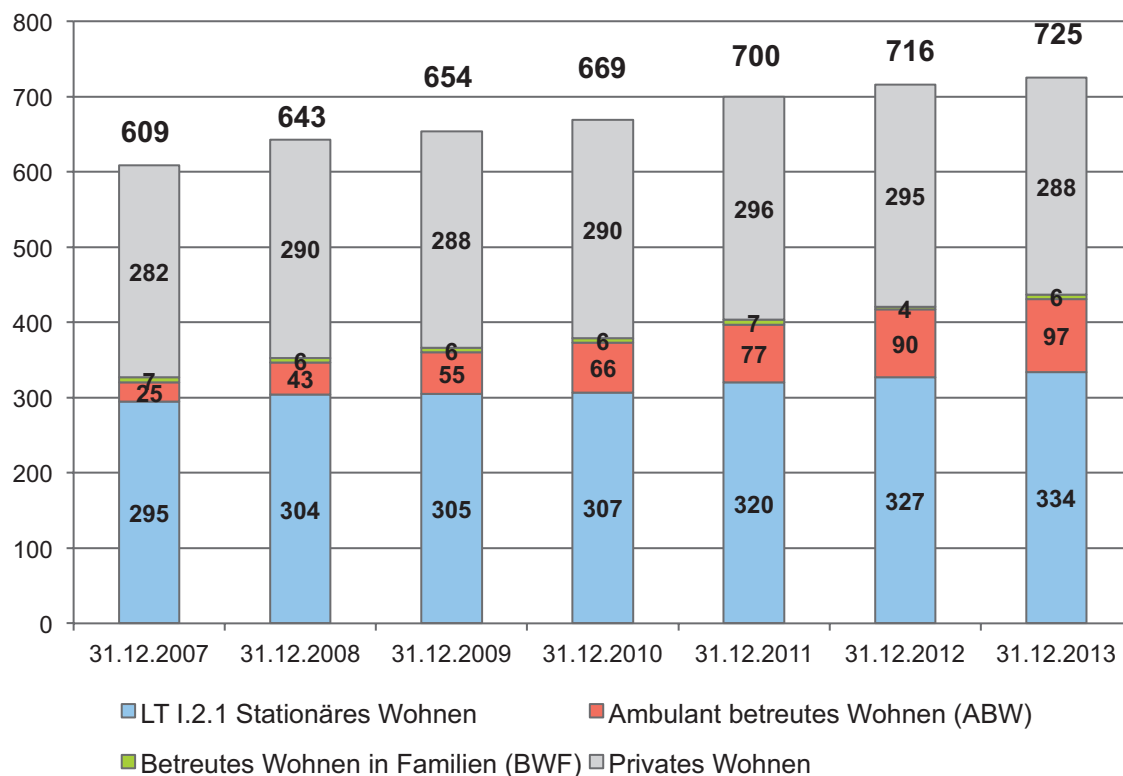
Betreutes Wohnen im Landkreis wurde mit mehr als drei Vierteln wohnortnah in Anspruch genommen, das heißt von Menschen aus dem Landkreis oder der Stadt Heilbronn. Bei den stationär Wohnenden kamen mehr als die Hälfte nicht aus dem Landkreis oder der Stadt Heilbronn, davon aber ein Großteil aus umliegenden Kreisen. Der Anteil der Menschen, die aus weiter entfernt liegenden Kreisen in Baden-Württemberg oder aus anderen Bundesländern kamen, war gering.

Im Landkreis Heilbronn ist es gelungen, Personen mit geringem Hilfebedarf außerhalb des stationären Wohnens zu betreuen. Am Stichtag gab es keine stationär wohnenden Leistungsempfänger in Hilfebedarfsgruppe 1.

### 6.3 Wohnleistungen des Landkreises Heilbronn

Am Stichtag 31.12.2013 haben 725 erwachsene Menschen mit einer wesentlichen geistigen Behinderung Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB XII vom Landkreis Heilbronn erhalten<sup>81</sup>. Davon erhielten 437 Personen (60 %) eine Unterstützungsleistung im Wohnen.

**Schaubild: Entwicklung der Zahl der erwachsenen Leistungsempfänger des Landkreises Heilbronn mit einer wesentlich geistigen Behinderung nach Wohnformen von 2007 bis 2013 (jeweils zum Stichtag 31.12.)**

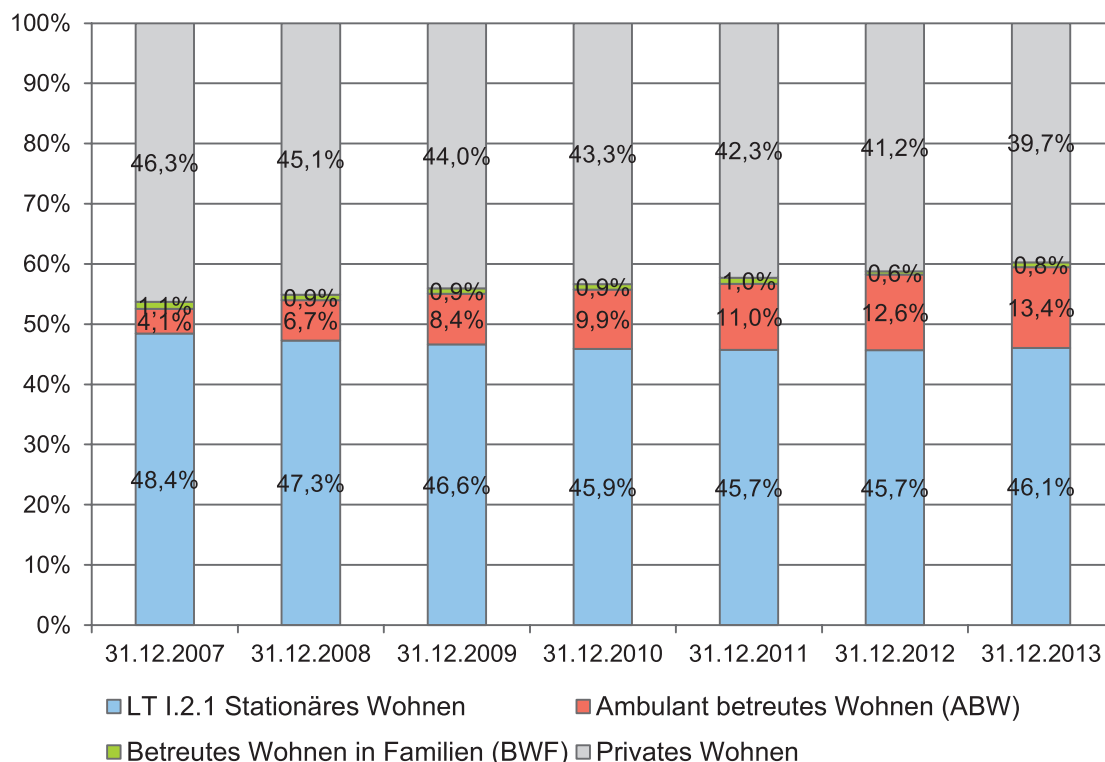


Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

<sup>81</sup> vgl. Ausführungen im Kapitel 2.4 „Leistungsempfänger des Kreises“

Der kontinuierliche Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger des Landkreises Heilbronn fällt in den einzelnen Wohnformen unterschiedlich aus. Während die jährlichen Fallzahlen zum Stichtag 31.12. beim Privaten Wohnen und beim Betreuten Wohnen in Familien (BWF) von 31.12.2007 bis 31.12.2013 nahezu unverändert sind, hat sich die Zahl im Stationären Wohnen (Leistungstyp I.2.1) im gleichen Zeitraum um 39 Personen (13 %) erhöht. Der größte Anstieg ist im Ambulant betreuten Wohnen (ABW) zu verzeichnen. Die Fallzahl hat sich von 25 ambulant betreuten Menschen mit einer wesentlichen geistigen Behinderung auf 97 Personen erhöht. Dies entspricht einer Zunahme um 72 Leistungen im ABW. Insgesamt ist die Zahl der Leistungen im Betreuten Wohnen (ABW + BWF) von 32 auf 103 Leistungen gestiegen (+ 71). Die Zahl dieser Wohnleistungen hat sich damit mehr als verdreifacht.

**Schaubild: Entwicklung der Anteile der Wohnformen bei erwachsenen Leistungsempfängern des Landkreises Heilbronn mit einer wesentlich geistigen Behinderung von 2007 bis 2013 (jeweils zum Stichtag 31.12.)**



Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

Noch deutlicher wird die Veränderung bei der Zahl der Wohnleistungen durch die Entwicklung der Anteile der Wohnformen. Obwohl die Zahl der Leistungen im stationären Wohnen angestiegen ist (+ 39), geht der Anteil dieser Wohnform im Verhältnis zur Gesamtzahl an Leistungsempfängern leicht zurück (-2,3 %). Auch die Anteile des privaten Wohnens gehen um 6,6 % zurück, obwohl die Fallzahlen nahezu gleichgeblieben sind. Ein starker anteiliger Anstieg ist beim betreuten Wohnen, insbesondere durch positive Veränderungen beim ABW, zu verzeichnen. Der Anteil des betreuten Wohnens hat sich von 5,2 Prozent auf 14,3 Prozent erhöht. Diese Entwicklung lässt sich vor allem auf das vom Landkreis Heilbronn ab 01.01.2010 erprobte 4-Stufen-Modell im ABW zurückführen. Die flexiblere Ausgestaltung mit gestaffelten Leistungspauschalen hat mehr Menschen mit einer geistigen Behinderung ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Bis dahin war lediglich eine einheitliche monatliche Leistungspauschale vorgesehen. Aufgrund der positiven Erfahrungen, insbesondere der Zufriedenheit der Projektteilnehmer, wurde das Modellprojekt ab dem 01.01.2013 in eine Regelleistung überführt.

Der Anteil der betreuten Wohnformen an den Wohnleistungen insgesamt, d.h. ohne privates Wohnen, hat sich wie folgt deutlich verändert („Ambulantisierungsquote“):

	31.12.2007		31.12.2013	
Wohnleistungen insgesamt	327	100 %	437	100 %
Stationäres Wohnen (LT I.2.1)	295	90,2 %	334	76,4 %
Betreutes Wohnen (ABW + BWF)	32	9,8 %	103	23,6 %

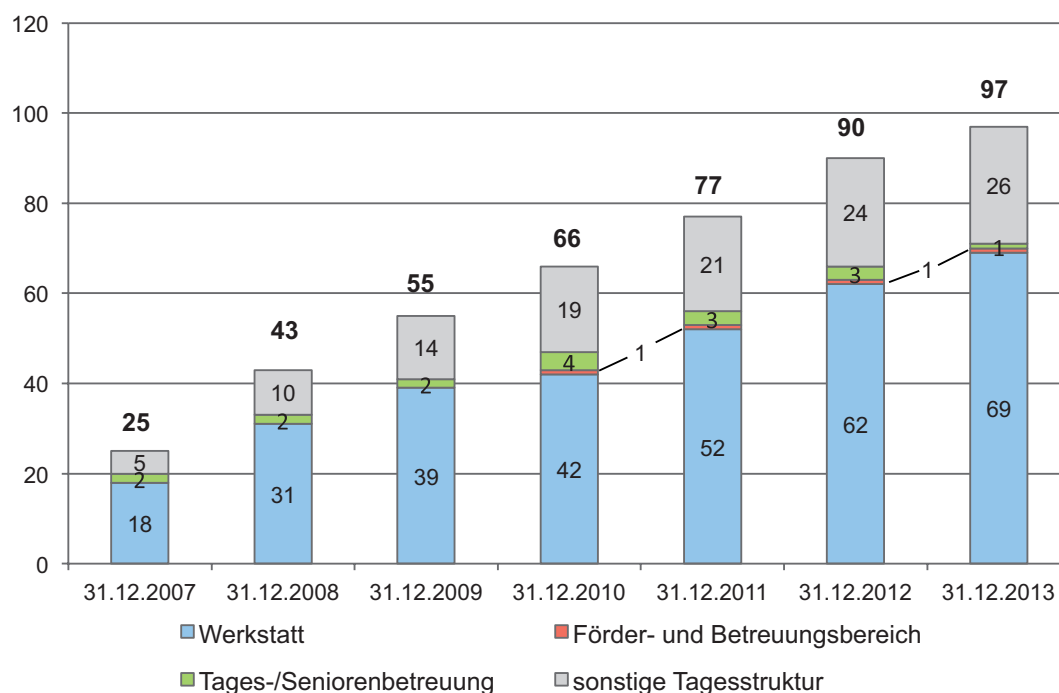
### 6.3.1 Privates Wohnen

Am Stichtag 31.12.2013 haben 288 Personen vom Landkreis Heilbronn Leistungen für eine Tagesstruktur erhalten, ohne eine Unterstützung im Wohnen in Anspruch zu nehmen. Von den 288 Personen waren am Stichtag 244 in einer Werkstatt beschäftigt (ca. 85 %), 44 Personen wurden im Förder- und Betreuungsbereich betreut (ca. 15 %). Die Zahl der privat Wohnenden, die eine Leistung der Tagesstruktur erhalten haben, sowie die Anteile der jeweiligen Tagesstrukturangebote sind seit 2007 nahezu unverändert. Insbesondere die Zahl der privat wohnenden Besucher des Förder- und Betreuungsbereichs zeigt, dass viele Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf noch zu Hause, z.B. bei den Eltern und Geschwistern wohnen. Die Angehörigen, das soziale Umfeld (z.B. Nachbarschaft) sowie die Familienentlastenden Dienste leisten hier einen großen Beitrag, um die Versorgung im privaten Bereich zu ermöglichen.

### 6.3.2 Ambulant betreutes Wohnen

Die Zahl der Menschen, die ambulant betreut wohnen, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Von 31.12.2007 bis 31.12.2013 hat sich die Zahl von 25 auf 97 Personen erhöht. Das Betreute Wohnen in Familien (BWF) ist dabei nicht mit eingerechnet.

**Schaubild: Entwicklung der Leistungen des Landkreises Heilbronn im Ambulant betreuten Wohnen nach ergänzender Tagesstruktur von 2007 bis 2013 (jeweils zum Stichtag 31.12.)**



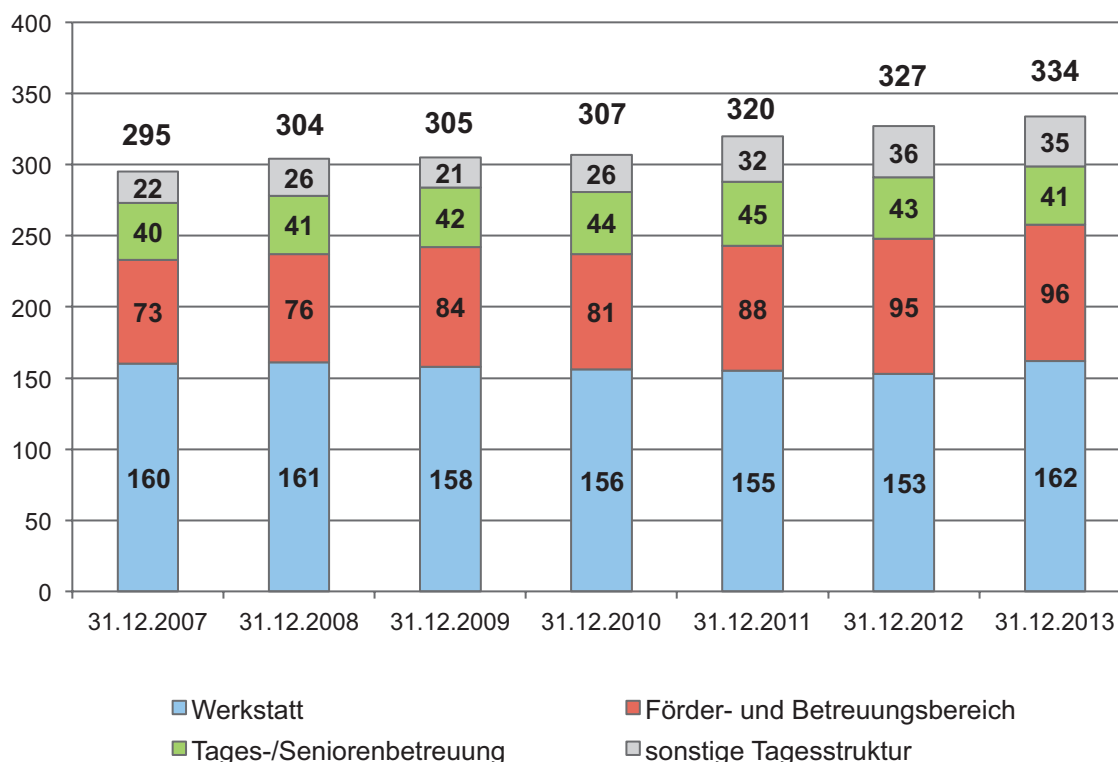
Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

Etwa 70 Prozent der erwachsenen Menschen mit einer geistigen Behinderung, die ambulant betreut wohnen, haben in einer Werkstatt gearbeitet. Der Anteil hat sich mit der Zunahme der Zahl der Leistungsempfänger nicht wesentlich verändert. Unter den Personen, die keine Leistungen für eine ergänzende Tagesstruktur erhielten („sonstige Tagesstruktur“) sind auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigte Menschen.

### 6.3.3 Stationäres Wohnen

Zum 31.12.2013 haben 334 erwachsene Personen mit geistiger Behinderung eine Leistung der Eingliederungshilfe im stationären Wohnen vom Landkreis Heilbronn erhalten. Die Zahl der Leistungen im stationären Wohnen hat sich seit dem 31.12.2007 kontinuierlich von 295 auf 334 erhöht. Dies entspricht einer Zunahme um 39 stationäre Wohnleistungen (13 %).

**Schaubild: Entwicklung der Leistungen des Landkreises Heilbronn im stationären Wohnen nach ergänzender Tagesstruktur von 2007 bis 2013 (jeweils zum Stichtag 31.12.)**



Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

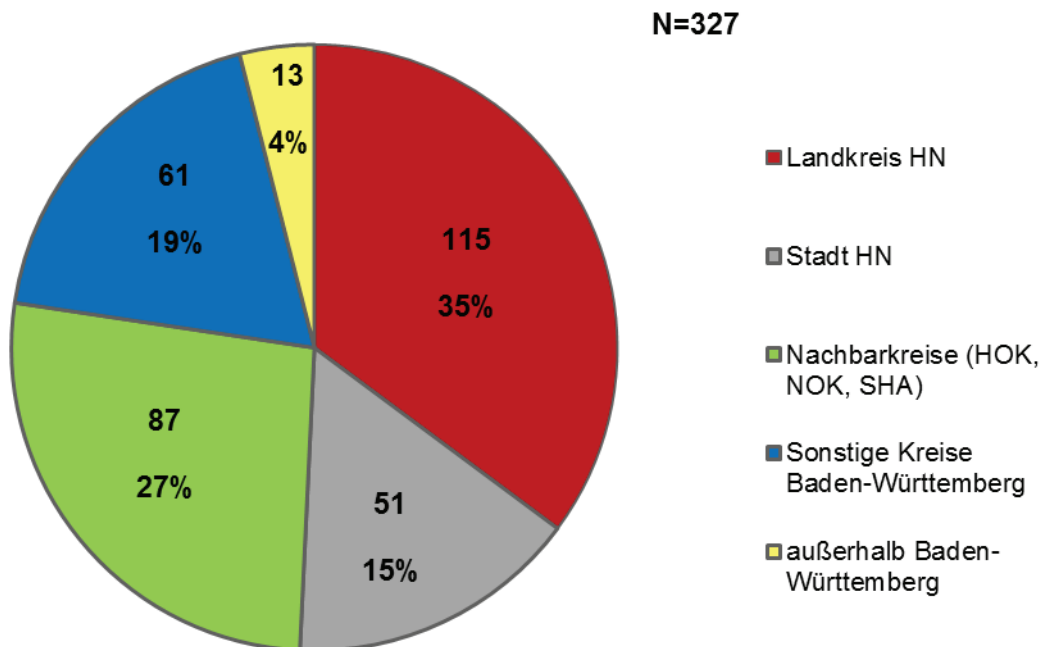
Nahezu die Hälfte der Menschen, die eine Leistung im stationären Wohnen erhalten, ist in einer Werkstatt beschäftigt. Die Zahl hat sich im Vergleichszeitraum kaum verändert und liegt im Schnitt bei etwa 160 Personen. Der Anteil hat sich aufgrund der gestiegenen Zahl der Leistungen im stationären Wohnen von 54,2 Prozent auf 48,5 Prozent verringert. Deutlich gestiegen ist dagegen die Zahl der Menschen im stationären Wohnen, die vom Landkreis Heilbronn eine Leistung in einem Förder- und Betreuungsbereich in Anspruch genommen haben. Die Zunahme um 23 Leistungen entspricht einer Erhöhung um anteilig 4 auf 28,7 Prozent zum 31.12.2013.

### Stationäres Wohnen nach Einrichtungsorten

115 der 327 Menschen mit geistiger Behinderung, die stationär gewohnt und vom Landkreis Heilbronn entsprechende Leistungen erhalten haben, wurden auch im Landkreis Heilbronn versorgt. Dies entspricht einem Anteil von 35 Prozent. Weitere 51 Leistungsempfänger (15 %) haben im Bereich der Stadt Heilbronn gewohnt. Somit wurden 50 Prozent der Menschen wohnortnah in Stadt und Landkreis Heilbronn versorgt. Etwa ein Viertel der Leistungsempfänger (87 Personen) erhielten Leistungen im stationären Wohnen in einem der Nachbarkreise (Hohenlohekreis, Neckar-Odenwald-Kreis, Landkreis Schwäbisch Hall). Die übrigen 23 Prozent der stationär Wohnenden befanden sich in Einrichtungen in den übrigen Kreisen in Baden-Württemberg (19 %) sowie außerhalb von Baden-Württemberg (4 %).



**Schaubild: Stationäre Wohnleistungen des Landkreises Heilbronn am 31.12.2013 nach Standortkreisen der Einrichtungen**



Datenbasis: Auswertung Fallzahlen PROSOZ, Landratsamt Heilbronn, Sozialplanung – Stand 16.12.2013

Die Belegung in anderen Kreisen in Baden-Württemberg hat zum großen Teil historische Gründe, da die Heimplätze vor dem 1.1.2005 von einer zentralen Stelle vermittelt wurden. Diese Menschen sind inzwischen in der jeweiligen Einrichtung bzw. dem Standortkreis beheimatet. Ein Umzug in den Landkreis Heilbronn ist grundsätzlich nicht vorgesehen, außer wenn dies von den betroffenen Personen gewünscht wird. Bei speziellen Bedarfen ist auch weiterhin noch eine Wohnversorgung außerhalb des Landkreises Heilbronn erforderlich.

**Die Zahl der Wohnleistungen des Landkreises Heilbronn hat sich seit 2007 mehr als verdreifacht. Der Anstieg fällt bei den Wohnformen unterschiedlich aus. Die Verteilung zeigt eine deutliche Verschiebung im Sinne des Grundsatzes „ambulant vor stationär“.**

**Etwa 70 Prozent der ambulant Wohnenden haben in einer Werkstatt gearbeitet. Der Anteil hat sich nicht wesentlich verändert. Gestiegen ist die Zahl der Menschen im stationären Wohnen, die eine Leistung in einem Förder- und Betreuungsbereich in Anspruch genommen haben.**

**Weniger als ein Viertel der Wohnleistungen erfolgten außerhalb der Region.**

## 7. Arbeit, Beschäftigung und Tagesbetreuung

### 7.1 Tagesstrukturformen

**Arbeit** dient der Sicherstellung der Lebensgrundlagen, schafft aber gleichzeitig wichtige soziale Kontakte und gibt dem Tag eine Struktur. Eine Arbeit zu haben, die von anderen anerkannt wird, stärkt das Selbstwertgefühl und ist eine wichtige Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Dies gilt in gleicher Weise für Menschen mit und ohne Behinderung. Ist Arbeit im Sinne einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung nicht (mehr) möglich, bedarf es einer alternativen sinnerfüllten und sinnstiftenden Tätigkeit. Denn jeder Mensch benötigt ein „gewisses Maß an sozialer Erdung“, das heißt „eine individuell unterschiedliche Tagesdosis an Bedeutung für Andere, um die übrige freie Zeit nicht fremd-, sondern selbstbestimmt genießen zu können.“<sup>82</sup>

Im Rahmen der Debatte um Inklusion diskutiert man heute vorrangig über Arbeitsplätze auf dem **allgemeinen Arbeitsmarkt**. Man misst der beruflichen Integration von Menschen mit geistiger Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zunehmend eine große Bedeutung bei. Deshalb wurden in den vergangenen Jahren hierfür zahlreiche Fördermöglichkeiten und Konzepte entwickelt. In der Praxis ist jedoch erst ein geringer Teil der Menschen mit geistiger Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt.

Als Alternative zum allgemeinen Arbeitsmarkt gibt es für Erwachsene mit geistiger Behinderung Möglichkeiten der Arbeit, Förderung, Beschäftigung und Betreuung. Diese Angebote werden überwiegend über die Eingliederungshilfe finanziert. Vorrangig sind dies die **Werkstätten** für Menschen mit Behinderung, die in den 1960-er Jahren flächendeckend aufgebaut wurden und für viele Menschen mit geistiger Behinderung den Lebensmittelpunkt im Alltag bilden. Am Ende des Jahres 2013 bezahlten die 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg für 20.262 Menschen mit geistiger Behinderung eine Leistung der Eingliederungshilfe für eine Beschäftigung im Arbeitsbereich einer Werkstatt (ohne Berufsbildungsbereich). Für diejenigen, die aufgrund der Schwere ihrer Beeinträchtigungen nicht in einer Werkstatt arbeiten können, waren dies 6.421 Leistungen, welche überwiegend in einer Förder- und Betreuungsgruppe erbracht werden. Für eine Tagesstruktur, die überwiegend von Seniorinnen und Senioren in Anspruch genommen wird, waren es 2.383 Leistungen.

Die Formen der Beschäftigung für Menschen mit geistiger Behinderung haben sich sowohl auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt als auch in den Werkstätten stark ausdifferenziert. So sind zum Beispiel Integrationsfirmen und ausgelagerte Arbeitsgruppen und Einzelarbeitsplätze von Werkstätten wichtige Bindeglieder an der Schnittstelle zwischen dem allgemeinen Arbeitsmarkt und den sogenannten Sondereinrichtungen geworden.

### Allgemeiner Arbeitsmarkt

Im Hinblick auf die Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung an der Gesellschaft und ihrer Integration in örtliche Strukturen sind Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ein besonders erfolversprechender Weg. Hierbei können sie ein hohes Maß an Leistungsfähigkeit entwickeln, sofern das Arbeitsumfeld individuell gestaltet wird und sie personell unterstützt werden. Für Menschen mit geistiger Behinderung ist es wichtig, individuelle Lösungen zu finden, die auf die einzelne Person zugeschnitten sind. Es ist

<sup>82</sup> Klaus Dörner: Leben und Sterben: die neue Bürgerhilfebewegung. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2008.

deshalb von großer Bedeutung, einen dafür geeigneten Arbeitsplatz zu finden und dieses Arrangement auf Dauer zu sichern. Die zukünftigen Arbeitnehmer benötigen dafür eine gezielte Vorbereitung und umfassende Unterstützung. Aber auch potentielle Arbeitgeber benötigen Unterstützung bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung.

Menschen mit geistiger Behinderung benötigen für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt – neben arbeitsrelevanten Kompetenzen – ein hohes Maß an Eigenmotivation. Sie sollten mobil, das heißt in der Lage sein, selbständig öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Zudem ist ein gewisses Maß an Absprachefähigkeit eine wichtige Voraussetzung. Vor allem aber müssen Firmen bereit sein, leistungsschwächere Menschen einzustellen. Erfreulich ist, dass mittlerweile etliche Betriebe ein geeignetes Arbeitsumfeld geschaffen haben.

Menschen mit geistiger Behinderung sind den Risiken einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in besonderer Weise ausgesetzt. Ändern sich die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz, kann dies zu deutlichen Einschränkungen der Leistungsfähigkeit des betroffenen Menschen führen – bis hin zum Scheitern des Arbeitsverhältnisses.

Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Angehörigen werden den Weg auf den allgemeinen Arbeitsmarkt eher versuchen, wenn sie die Sicherheit haben, dass eine Aufnahme oder Rückkehr in die Werkstatt gesichert ist, falls das Arbeitsverhältnis scheitern sollte. Einige Kreise in Baden-Württemberg sichern dies grundsätzlich zu und haben hierzu Leitlinien unter Beteiligung aller Akteure erstellt. Damit wird den betroffenen Menschen und ihren Angehörigen die Entscheidung erleichtert, diesen Weg zu versuchen. Trotzdem entscheiden sich einige aufgrund eines höheren und gesicherten Rentenanspruchs für die Beschäftigung in einer Werkstatt. Ein weiteres Hemmnis besteht in der fehlenden Anpassung des Arbeitsrechts für diesen Personenkreis.

Arbeitgebern werden aufgrund der Minderleistung bei der Beschäftigung von Menschen mit geistiger Behinderung verschiedene Ausgleichsleistungen angeboten. Dazu zählen die Leistungen der Agentur für Arbeit und des Integrationsamtes des KVJS in Form von Zuschüssen zur behindertengerechten Ausstattung eines Arbeitsplatzes sowie zu den Lohnkosten bei außergewöhnlichen Belastungen des Arbeitgebers. Zusätzlich kann das Integrationsamt eine aufstockende Integrationspauschale gewähren. Auch können Leistungen der Eingliederungshilfe in Form von ergänzenden Lohnkostenzuschüssen in Frage kommen. Damit können bereits mit Beginn des Beschäftigungsverhältnisses ergänzende Leistungen für bis zu fünf Jahre verbindlich in Aussicht gestellt werden. Dies erhöht die Planungssicherheit. Das Programm des Landes Baden-Württemberg, das aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert wird, wird seit dem Jahr 2007 unter Einbeziehung des Bundesprogramms „Job 4000“ erweitert und fortgesetzt.<sup>83</sup>

Erfolge bei der Integration setzen voraus, dass alle Akteure vor Ort eng zusammenarbeiten und ihre jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen bündeln. Zu den Akteuren gehören die Agentur für Arbeit, die Stadt- und Landkreise als Leistungsträger der Eingliederungshilfe, die Integrationsfachdienste, das Integrationsamt beim KVJS und andere Reha-Träger wie zum Beispiel die Rentenversicherung. Weiter gehören dazu die Menschen mit geistiger Behinderung selbst, ihre Eltern sowie eventuell Personen im Umfeld als potentielle „Unterstützer“, Kommunen, Schulverwaltung und Schulen, private und öffentliche Arbeitgeber vor Ort und deren Verbände sowie gegebenenfalls weitere Anbieter spezieller Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für Menschen mit geistiger Behinderung und die Werkstätten. Bei der Umsetzung an einem neuen Arbeitsplatz kann ein Jobcoach

<sup>83</sup> Aus Sicht der Träger ist die Frage noch ungelöst, wie die verschiedenen Leistungsträger, Schulen und Leistungserbringer die jeweils überschneidenden Zuständigkeitsbereiche so aufeinander abstimmen, dass gerade bei einem Scheitern von Arbeitsversuchen auf dem Arbeitsmarkt lange Antrags- und Bearbeitungszeiten vermieden werden können.

eingesetzt werden, der den Mensch mit geistiger Behinderung in Sinne eines speziellen Trainings für diesen Arbeitsplatz unterstützt.

### Netzwerk- und Berufswegekonferenzen

In den **Netzwerkkonferenzen** sind alle lokalen oder regionalen Institutionen und Akteure des Arbeitsmarktes vertreten, die zur beruflichen Integration der besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen beitragen können. Dazu zählen auch die Schulen und die Werkstätten für Menschen mit geistiger Behinderung. Sie treffen gemeinsam verbindliche Verfahrens- und Kooperationsabsprachen über erforderliche Leistungen zur beruflichen Bildung und Vorbereitung – wenn möglich unter Nutzung des allgemeinen Arbeitsmarktes. Diese Absprachen werden regelmäßig an die jeweiligen Erfordernisse vor Ort angepasst. Die Netzwerkkonferenzen sind in Baden-Württemberg mittlerweile flächendeckend eingeführt. Sie finden – in Abstimmung mit allen Leistungsträgern – in der Regel einmal jährlich in allen 44 Stadt- und Landkreisen statt.

In **Berufswegekonferenzen** werden gemeinsam Entscheidungen getroffen, die die berufliche Teilhabe eines einzelnen Schülers unterstützen. Sie werden von den SBBZ in Kooperation mit dem Integrationsfachdienst einberufen. Eine gezielte Vorbereitung findet bereits in der Schule statt.

### Netzwerkkonferenz (NWK) im Landkreis Heilbronn

Die Mitglieder der gemeinsamen Netzwerkkonferenz in Stadt und Landkreis Heilbronn haben eine verbindliche Zusammenarbeit vereinbart mit dem Ziel, größtmögliche Teilhabe am Arbeitsleben aller Menschen mit Behinderungen zu erreichen. Mitglieder der NWK sind:

- Sonderschulen für Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung in Stadt und Landkreis HN
- Werkstätten für Menschen mit geistiger Behinderung (Ev. Stiftung Lichtenstern und Beschützende Werkstätte)
- Agentur für Arbeit Heilbronn
- Landkreis Heilbronn
- Stadt Heilbronn
- Integrationsfachdienst Heilbronn-Franken
- Integrationsamt (KVJS)
- Staatl. Schulamt Heilbronn

Themenschwerpunkte der NWK sind der Wechsel aus der Schule in das Arbeitsleben sowie der Übergang aus einer WfbM auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, unterstützte Beschäftigung oder KoBV.

Die Aufgaben der NWK sind dabei:

- fachlicher Austausch zu allen Themen der Gestaltung der Übergänge
- Begleitung der Umsetzung der „Gemeinsamen Empfehlungen zur Förderung von Übergängen für wesentlich behinderte Menschen zum allgemeinen Arbeitsmarkt“ des Teilhabeausschusses Baden-Württemberg
- Begleitung der Umsetzung getroffener Absprachen
- Initiierung von Weiterentwicklungsprozessen

### Berufswegekonferenz (BWK) im Landkreis Heilbronn

Die Berufswegekonferenzen sind Teil der individuellen Berufswegeplanung. Die BWK erfolgt in der Regel mit dem zehnten Schuljahr, dem Eintritt der Schüler in die Berufsschulstufe. Die BWKs finden mindestens einmal im Jahr an den Sonderschulen für geistig Behinderte statt. Beteiligte an den BWKs sind:

- Schüler / Angehörige / Betreuer
- G-Schulen in Stadt und Landkreis HN<sup>84</sup>
- Werkstätten für Menschen mit geistiger Behinderung (Ev. Stiftung Lichtenstern und Beschützende Werkstätte)
- Agentur für Arbeit
- Stadt und Landkreis HN (Eingliederungshilfe)
- Integrationsfachdienst Heilbronn-Franken

Der in der BWK mit allen Beteiligten entwickelte Berufswegeplan ist auch eine Entscheidungsgrundlage für den Fachausschuss.

Aus der gemeinsamen Zusammenarbeit ist der **Markt der Möglichkeiten** entstanden, eine Informationsmesse über nachschulische Angebote für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Jugendliche mit Behinderung und ihre Eltern bzw. Angehörigen können sich bei der Veranstaltung zu den Themen Bildung und Arbeit, Wohnen, Förder- und Betreuungsbereich und Freizeit bei Anbietern und Kostenträgern aus der Region informieren. Die Infomesse findet meist alle drei Jahre statt.

### Integrationsfachdienst

Die Integrationsfachdienste<sup>85</sup> übernehmen beim Übergang aus der Schule oder Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt eine koordinierende Rolle. Sie beraten, begleiten und unterstützen arbeitsuchende und berufstätige Menschen mit Behinderung, die einen besonderen Unterstützungsbedarf bei der Teilhabe am Arbeitsleben haben. Dazu gehören

- Menschen, die schwerbehindert oder von der Agentur für Arbeit gleichgestellt sind
- Menschen mit Behinderung im Sinne der Eingliederungshilfe nach SGB XII sowie
- Menschen, die Leistungen eines anderen Rehabilitationsträgers erhalten.

Die Integrationsfachdienste richten sich mit ihren Angeboten an alle Menschen, auf die diese Kriterien zutreffen und werden auf Nachfrage der Menschen mit Behinderung oder auf „Zuweisung“ eines Leistungsträgers tätig. Die Dienste werden vom Integrationsamt finanziert und sind für die Menschen mit Behinderung kostenfrei. Die Integrationsfachdienste beraten und unterstützen zudem die Arbeitgeber. Am Ende des Jahres 2013 gab es in Baden-Württemberg 23 Integrationsfachdienste an 35 Standorten.<sup>86</sup> Sie arbeiten im Auftrag des KVJS.

Integrationsfachdienste werden tätig, wenn Menschen mit Behinderung einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle suchen. Sie begleiten zum Beispiel Werkstatt-Beschäftigte und Abgänger von Sonderschulen (SBBZ) auf dem Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Sie unterstützen bei der beruflichen Orientierung und leisten praktische Unterstützung bei der Bewerbung, bei der Suche nach geeigneten Praktikums- und Arbeitsstellen, bei der Arbeitsaufnahme und bei der Eingliederung in das berufliche Umfeld. Der Integrations-

<sup>84</sup> G-Schulen in Stadt und Landkreis Heilbronn: Kaywaldschule Lauffen, Astrid-Lindgren-Schule Neckarsulm, Schule Lichtenstern, Paul-Meyle-Schule Heilbronn, Johannesschulen Flein

<sup>85</sup> §§ 109 bis 115 SGB IX

<sup>86</sup> KVJS: Geschäftsbericht 2013/2014. Zahlen – Daten – Fakten zur Arbeit des Integrationsamtes. S. 30.



fachdienst wird auch tätig, um den Arbeitsplatz eines Menschen mit Behinderung zu sichern. Das kann zum Beispiel dann notwendig sein, wenn nach längerer Erkrankung die Rückkehr an den Arbeitsplatz ansteht. Weiterhin unterstützt der Integrationsfachdienst bei einer Belastungserprobung. Dabei wird die Einsetzbarkeit am alten Arbeitsplatz abgeklärt. Der Integrationsfachdienst unterstützt zudem bei der Wiederaufnahme der Arbeit, zum Beispiel bei der Einschätzung der Belastungsfähigkeit im Rahmen einer stufenweisen Wiedereingliederung. Er hilft bei der Suche nach Lösungen, wenn Konflikte am Arbeitsplatz auftreten und leistet Krisenintervention, auch bei Kündigungsverfahren.

Arbeitgeber berät der Integrationsfachdienst hinsichtlich des optimalen Einsatzes von Menschen mit Behinderung in ihrem Arbeitsumfeld, über finanzielle Fördermöglichkeiten und bei der Antragsstellung bei den jeweils zuständigen Leistungsträgern. Die Mitarbeiter des Integrationsfachdienstes stehen in engem Kontakt zu den Firmen in der Region. Sie sind – auch nach erfolgreicher Vermittlung – weiterhin Ansprechpartner der Firmen und Klienten. Die Integrationsfachdienste beraten zudem Einrichtungen und Dienste der schulischen oder beruflichen Bildung oder Rehabilitation mit ihren begleitenden Diensten und internen Integrationsfachkräften oder -diensten.<sup>87</sup>

Für den **Landkreis Heilbronn** ist der Integrationsfachdienst Heilbronn zuständig. Träger dieses Angebots ist der Weinsberger Hilfsverein e.V..

### Integrationsfirmen

Integrationsfirmen<sup>88</sup> sind juristisch und wirtschaftlich selbständige besondere Betriebe des allgemeinen Arbeitsmarktes. Oft sind sie ein wichtiges Brückenglied zwischen Werkstatt und allgemeinem Arbeitsmarkt. In Integrationsfirmen muss der Anteil der beschäftigten Menschen mit Schwerbehinderung (Schwerbehindertenausweis) mindestens bei 25 Prozent liegen, darf aber 50 Prozent nicht überschreiten. Die Beschäftigten sind überwiegend Personen, die wegen ihrer Behinderung und trotz Unterstützung durch die Integrationsfachdienste kaum eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt finden würden. Integrationsfirmen bieten diesen Personen Tätigkeiten mit arbeitsbegleitender Unterstützung und ermöglichen daher Teilhabe am Arbeitsleben. Die Beschäftigten arbeiten unter den üblichen vertragsrechtlichen Konditionen des allgemeinen Arbeitsmarktes, das heißt, sie erhalten einen Arbeitslohn und entrichten Sozialversicherungsbeiträge. Damit erwerben sie Anwartschaften zum Beispiel auf Renten und Arbeitslosengeld.

Integrationsfirmen sind markt- und erwerbswirtschaftlich orientierte Unternehmen, die den Gesetzen des Marktes unterliegen. Sie finanzieren sich nicht vorwiegend aus staatlichen Transferleistungen. Dies erfordert bei dem hohen Anteil an sogenannten besonders betroffenen Menschen mit Schwerbehinderung in der Belegschaft eine besondere Form der Aufbau- und Ablauforganisation. Weil die Kosten hierfür nicht ausschließlich über Marktpreise erwirtschaftet werden können, werden sie in der Form von Nachteilsausgleichen aus Mitteln der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe gefördert.

Im Jahr 2013 gab es in Baden-Württemberg 75 Integrationsunternehmen mit insgesamt 8.846 Beschäftigten, davon 1.276 Menschen mit einer Schwerbehinderung. Hierzu zählten 1.276 Personen zu den „besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen.“ Sie hätten ohne diese besondere Unternehmensform voraussichtlich keine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gefunden. Von den 1.276 Menschen mit Schwerbehinderung waren 1.089 als geistig oder körperlich behindert einzustufen.

<sup>87</sup> § 111 Abs. 3 SGB IX

<sup>88</sup> in § 132 SGB IX Integrationsprojekte genannt



Die Beschützende Werkstätte betreibt vom zentralen Standort in Heilbronn aus das Integrationsunternehmen „ChancenWerkstatt“. Das Unternehmen bietet Serviceleistungen in den Geschäftsfeldern ACheck<sup>89</sup>, Gebäudereinigung und Gastronomie.

## Lohnkostenzuschüsse

Zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung mit einer geringeren Leistungsfähigkeit und einem besonderen Unterstützungsbedarf, können Arbeitgeber Zuschüsse zu den Lohnkosten aus Mitteln der Ausgleichsabgabe erhalten.<sup>90</sup> Sie werden vom Integrationsamt beim KVJS gewährt und tragen nicht nur dazu bei, gefährdete Arbeitsverhältnisse zu sichern, sondern bieten auch einen Anreiz, neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Zuschüsse der Agentur für Arbeit können bis zu drei Jahre nach Beginn eines Arbeitsverhältnisses gewährt werden. Die Zuschüsse des Integrationsamtes beim KVJS aus Mitteln der Ausgleichsabgabe können diese ergänzen oder nach Zahlungsende an deren Stelle treten und bis zu 40 Prozent des Arbeitsentgeltes inklusive des Sozialversicherungsanteils des Arbeitgebers betragen.

In Einzelfällen reichen die Mittel der Agentur für Arbeit und des Integrationsamtes nicht aus, um einen solchen Arbeitsplatz zu sichern. Deshalb haben sich viele Stadt- und Landkreise bereit erklärt, Lohnkostenzuschüsse als Freiwilligkeitsleistung aus Mitteln der Eingliederungshilfe zu erbringen. Im Anschluss an die Förderung der Agentur für Arbeit kann somit – in begründeten Einzelfällen – eine Förderung von bis zu 70 Prozent für die nächsten fünf Jahre sichergestellt werden. Am Ende des Jahres 2014 hatten 37 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung zum ergänzenden Lohnkostenzuschuss abgeschlossen.<sup>91</sup>

## Ergänzender Lohnkostenzuschuss im Landkreis Heilbronn

Der Lohnkostenzuschuss ist, neben den Unterstützungsleistungen der Agentur für Arbeit und des Integrationsfachdienstes, ein weiteres Instrument zur Integration von Menschen mit einer wesentlichen Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Abhängig vom Leistungsgrad des jeweiligen Beschäftigten und der Dauer der Beschäftigung erhält der Arbeitgeber vom Landkreis Heilbronn eine finanzielle Förderung, um die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dauerhaft und nachhaltig zu sichern. Der Integrationsfachdienst koordiniert das Verfahren und erstellt einen Teilhabeplan. Die freiwillige Leistung des Landkreises Heilbronn ist zunächst für die Laufzeit des landesweiten Förderprogramms „Arbeit inklusiv“ des KVJS bis 31.12.2017 befristet.

*„Ich habe mich gut eingearbeitet und werde von allen unterstützt. Ich würde diesen Schritt auch anderen empfehlen.“*

Aussage einer jungen Frau, die über ergänzenden Lohnkostenzuschuss beim Landratsamt Heilbronn beschäftigt ist

beim Workshop Tagesstruktur am 25.06.2015

<sup>89</sup> Es werden die für Arbeitgeber verpflichtenden regelmäßigen Prüfungen ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel durchgeführt.

<sup>90</sup> Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung, § 27, Leistungen bei außergewöhnlichen Belastungen

<sup>91</sup> KVJS: Geschäftsbericht 2013/2014. Zahlen – Daten – Fakten zur Arbeit des Integrationsamtes. S. 5.

**Werkstätten**

Werkstätten sind Einrichtungen der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung. Ihr Angebot richtet sich an Personen, die wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung ohne besondere Unterstützung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können. Aufgabe der Werkstätten ist es, Menschen mit Behinderung berufliche Bildung zu vermitteln und eine Beschäftigung anzubieten. Die Tätigkeit in der Werkstatt soll Menschen mit Behinderung dazu verhelfen, ihre Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit zu erhalten, zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen. Sie soll sie dabei unterstützen, ihre Persönlichkeit weiter zu entwickeln.<sup>92</sup> Aufgabe der Werkstätten ist es auch, den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Viele Menschen mit geistiger Behinderung können jedoch nur mit besonderer Unterstützung am Arbeitsleben teilhaben, wie dies zum Beispiel in der Werkstatt möglich ist. Jede Werkstatt richtet einen Fachausschuss ein, in dem der Träger der Werkstatt, der Träger der Eingliederungshilfe, die Agentur für Arbeit und gegebenenfalls die Rentenversicherung vertreten sind.

**Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich**

In der Werkstatt durchlaufen Menschen mit Behinderung zunächst ein dreimonatiges Eingangsverfahren. Daran schließt sich in der Regel eine zweijährige berufliche Qualifizierung im Berufsbildungsbereich an. Die Maßnahmen im Berufsbildungsbereich sind darauf ausgerichtet, Menschen mit Behinderung mit unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern vertraut zu machen. Ziel des Berufsbildungsbereichs ist es, dem Menschen mit Behinderung in seiner Persönlichkeitsentwicklung und Leistungsfähigkeit zu fördern, sodass es ihm möglich wird, einer geeigneten Beschäftigung in der Werkstatt oder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachzugehen. Leistungsträger sind in der Regel die Agentur für Arbeit und die Rentenversicherung.

**Arbeitsbereich**

Die Leistungen im Arbeitsbereich der Werkstatt sind in der Regel Leistungen der Eingliederungshilfe und werden nach Abschluss des Berufsbildungsbereichs erbracht. Werkstatt-Beschäftigte unterliegen der Sozialversicherungspflicht und erwerben dadurch Rentenansprüche. Die Werkstatt-Beschäftigten erhalten darüber hinaus einen sogenannten „Werkstatt-Lohn“. Er liegt in der Regel deutlich unter 200 Euro im Monat. Dennoch liegt darin für viele Menschen mit Behinderung ein Anreiz, in einer Werkstatt zu arbeiten. Voraussetzung für die Aufnahme einer Tätigkeit im Arbeitsbereich einer Werkstatt ist „ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“<sup>93</sup>.

Werkstätten bieten nach Möglichkeit ein breites Spektrum an Tätigkeiten an, um den unterschiedlichen Wünschen und Fähigkeiten der Beschäftigten gerecht zu werden. Gleichzeitig müssen Werkstätten jedoch darauf achten, wirtschaftlich zu arbeiten. Sie stehen demnach in einem Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialpädagogischer Arbeit. Dies zeigt sich zum Beispiel beim Umgang mit besonders leistungsfähigen Werkstatt-Beschäftigten: Werden diese so weit gefördert, dass sie den Sprung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt oder in eine Integrationsfirma schaffen, verlieren die Werkstätten ihre leistungsstarken Beschäftigten.

<sup>92</sup> § 136 Abs. 1 SGB IX Begriff und Aufgaben der Werkstatt für behinderte Menschen.

<sup>93</sup> § 136 Abs. 2 SGB IX Begriff und Aufgaben der Werkstatt für behinderte Menschen.

## Haupt- und Zweigwerkstätten

Werkstätten sind meist Gebäude mit 100 bis 200 Plätzen. Als Orientierungsgröße für eine Hauptwerkstatt gelten 120 Plätze. Kleinere Standorte können als Zweigwerkstätten oder als betrieblich integrierte Arbeitsgruppen betrieben werden. Als Orientierungsgröße für eine Zweigwerkstatt gelten 60 Plätze, wobei auch kleinere Einheiten möglich sind. Neben der Lohn- und Auftragsfertigung für die Industrie erbringen viele Werkstätten Dienstleistungen. Zu den Lohn- und Auftragsarbeiten zählen zum Beispiel Montage, Verpackungsarbeiten und Konfektionierung. Einige Werkstätten haben eine sogenannte Eigenproduktion, in der sie selbstentwickelte Produkte herstellen und vermarkten, wie zum Beispiel Holzspielzeug oder Töpferwaren. Eine besondere Form der Eigenproduktion sind landwirtschaftliche Betriebe, oft Bio-Bauernhöfe.

## Betrieblich integrierte Arbeitsgruppen und Einzelarbeitsplätze, Praktika

Die Beschäftigung kann und soll im Sinne der Inklusion zunehmend auch außerhalb des eigentlichen Werkstatt-Gebäudes stattfinden („virtuelle Werkstatt“). Werkstätten lagern dazu Einzelarbeitsplätze oder ganze Arbeitsgruppen in Betriebe des ersten Arbeitsmarktes aus, zum Teil sogar komplette Produktionsbereiche. Dies bietet den Betrieben den Vorteil, dass der Materialtransport in die Werkstatt entfällt. Vor allem aber wird damit für Menschen mit Behinderung ein Stück Normalität geschaffen: Sie suchen nicht mehr täglich eine „Sondereinrichtung“ auf, sondern arbeiten wie die Kolleginnen und Kollegen ohne Behinderung in einem „richtigen“ Betrieb – auch wenn sie leistungsrechtlich immer noch Werkstatt-Beschäftigte sind. Die Arbeit in einem Betrieb leistet einen wesentlichen Beitrag zur Teilhabe und zur Stärkung des Selbstbewusstseins von Menschen mit Behinderung. Dies geht meist mit einer hohen Arbeitsmotivation einher. Mit betrieblich integrierten Arbeitsgruppen und Einzelarbeitsplätzen können neue Formen der Beschäftigung entstehen, die das Spektrum an Arbeitsfeldern erweitern. Dazu zählt die Mitarbeit im Handwerk, in der Industrie oder in Behörden sowie in Hotels und Gaststätten, in Kindergärten und Altenpflegeheimen oder im Einzelhandel.

Eine Variante der ausgelagerten Werkstatt-Beschäftigung findet in den sogenannten Regiebetrieben eines Werkstatt- und Wohnheim-Trägers statt, zum Beispiel in Küche, Wäscherei oder Hauswirtschaft. Im Sinne der Inklusion ergibt sich dadurch jedoch kaum eine Veränderung für die Werkstatt-Beschäftigten. Denn sie bleiben weiterhin unter sich. Viele Werkstätten haben deshalb Dienstleistungsgruppen – zum Beispiel für Gebäudereinigung oder Catering – eingerichtet, die ihre Leistungen Behörden, Betrieben und Privatpersonen anbieten. Eine besondere Form der Dienstleistung sind die sogenannten „grünen Gruppen“, die Grünflächen pflegen und die es heute an vielen Werkstätten gibt. Um den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern, spielen vor allem Praktika in Firmen des allgemeinen Arbeitsmarktes eine wichtige Rolle.

Dem Aufbau von betrieblich integrierten Arbeitsgruppen sollte immer der Vorrang vor dem Bau neuer oder der Erweiterung bestehender Werkstatt-Gebäude gegeben werden, da diese dem Prinzip der Normalität entsprechen und mehr Flexibilität bieten. Der Übergang zu einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder in eine Integrationsfirma fällt von hier aus leichter.

*„Das Kollegium ist nett. Die Schüler sind nett. Mein Chef ist nett. Das Geschäft ist abwechslungsreich. Also mir gefällt es dort.“*

Aussage eines jungen Mannes, der über einen Außenarbeitsplatz als Hausmeisterhelfer in einem Bildungszentrum beschäftigt ist

beim Workshop Tagesstruktur  
am 25.06.2015

### Förder- und Betreuungsbereich

Erwachsene mit geistiger und mehrfacher Behinderung, die nicht in der Werkstatt arbeiten, besuchen häufig eine Förder- und Betreuungsgruppe. Es handelt sich meist um Menschen mit sehr schweren Behinderungen oder mit zusätzlichen Beeinträchtigungen, die zur geistigen Behinderung hinzutreten. Dazu zählen zum Beispiel starke Seh- und Hörschädigungen, körperliche Beeinträchtigungen, psychische Erkrankungen und stark herausfordernde Verhaltensweisen. Förder- und Betreuungsgruppen richten sich an Menschen, die jünger als 65 Jahre sind.

Erwachsene mit geistiger und mehrfacher Behinderung finden in Förder- und Betreuungsgruppen einen zweiten Lebensbereich, der ihnen eine sinnstiftende Tätigkeit neben dem Wohnen in der Familie oder im stationären Kontext erschließt. Ziel der Förderung ist es, die Selbständigkeit und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Besucher zu fördern. Im Idealfall soweit, dass sie in einer Werkstatt arbeiten können. Förder- und Betreuungsgruppen arbeiten eng mit Werkstätten zusammen. Durch die organisatorische und räumliche Nähe können Besucher von Förder- und Betreuungsgruppen in die Werkstatt wechseln und umgekehrt. Förder- und Betreuungsbereiche können unter dem Dach der Werkstatt eingerichtet sein, an einen stationären Wohnbereich angegliedert werden oder für sich allein stehen.

Menschen mit geistiger Behinderung, die noch zu Hause wohnen, besuchen in der Regel einen Förder- und Betreuungsbereich unter dem Dach der Werkstatt. Das heißt, sie sind räumlich in die Werkstatt integriert. Für Menschen, die in einer unterstützten Wohnform leben, bilden sie einen zweiten Lebensbereich. Ein Wechsel in die Werkstatt fällt leichter, weil der tägliche Weg und das gewohnte Umfeld gleich bleiben. Die Besucherinnen und Besucher erleben den Tages- und Arbeitsablauf in der Werkstatt und lernen zukünftige Kolleginnen und Kollegen sowie Fachkräfte kennen. Ein Praktikum in der Werkstatt kann zudem, auch stundenweise, ohne großen Aufwand durchgeführt werden. In Baden-Württemberg haben inzwischen fast alle Werkstätten für Menschen mit geistiger Behinderung einen Förder- und Betreuungsbereich eingerichtet.

Die Förder- und Betreuungsgruppe am Wohnheim richtet sich an Bewohner, die sehr viel Unterstützung benötigen. Die Angliederung an den Wohnbereich hat zwar den Nachteil, dass der zweite Lebensbereich auf das unmittelbare Wohnumfeld beschränkt bleibt. Die tägliche Fahrt im Bus an einen anderen Ort kann jedoch für einzelne Menschen so strapaziös sein, dass sie diesen Weg nicht auf sich nehmen wollen. Weil immer mehr „fitt“ Werkstatt-Beschäftigte im ambulant betreuten Wohnen und in Außenwohngruppen leben, steigt der Anteil der schwer beeinträchtigten Menschen in den Wohnheimen.

Seltener sind solitäre Förder- und Betreuungsgruppen, sogenannte **Tagesförderstätten**. Diese wurden eingerichtet, weil eine Angliederung an eine Werkstatt oder ein Wohnheim nicht möglich war. Heute ist eine räumliche Anbindung an eine Werkstatt der Regelfall.

### Tages- /Seniorenbetreuung

Die Tages- oder Seniorenbetreuung richtet sich in der Regel an Personen, die das Rentenalter erreicht haben. Teilweise finden sich dort jedoch auch Menschen, die noch nicht 65 Jahre alt sind. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass auch Menschen mit Behinderung in den vorgezogenen Ruhestand gehen, wenn sie den Anforderungen der Werkstatt nicht mehr gewachsen sind. Zum anderen gibt es regionale Besonderheiten.

Senioren mit geistiger Behinderung bringen individuell unterschiedliche Voraussetzungen für ein gelingendes Altern mit. Wie auch Senioren ohne Behinderung unterscheiden sie

sich nach Lebenslagen und Gesundheitszustand. So gibt es rüstige ehemalige Werkstatt-Besucher, die sehr aktiv sind und gesund in den Ruhestand gehen. Es gibt aber auch Menschen mit sehr schweren Behinderungen, die einen hohen Pflegebedarf haben. Andere sind am Anfang noch rüstig, werden aber in höherem Alter pflegebedürftig. Wiederrum andere bleiben bis ins hohe Alter fit.<sup>94</sup>

Die Tages- oder Seniorenbetreuung ist häufig an Wohnheime angegliedert. Dafür werden oft die Aufenthaltsräume der Wohnheime mitgenutzt. Externe, die nicht im Wohnheim wohnen, können hier nicht immer aufgenommen werden. Teilweise werden diese Angebote jedoch auch nach außen geöffnet für privat oder ambulant betreut Wohnende. In größeren Einrichtungen werden oft Räume geschaffen, in denen die Bewohner aus mehreren Wohnhäusern zusammenkommen.

Vielerorts wurden für ehemalige Werkstatt-Beschäftigte Seniorengruppen unter dem Dach der Werkstatt eingerichtet. Das kann für eine Übergangszeit sinnvoll sein, weil die Werkstatt für Menschen mit geistiger Behinderung oft über Jahrzehnte den Lebensmittelpunkt gebildet hat. Hier haben die ehemals Werkstatt-Beschäftigten weiterhin Kontakt zu Kollegen und etwas für sie Sinnvolles zu tun. Solch ein fließender Übergang in den Ruhestand kann den Übergang ins Rentenalter erleichtern. Weil die Lebenserwartung steigt, werden heute für Menschen mit und ohne Behinderung Konzepte für eine sinnvolle berufliche Tätigkeit im Alter gesucht. Diese sollten aber nicht die Vollzeit-Berufstätigkeit fortsetzen. Auch Menschen mit geistiger Behinderung haben ein Recht auf Ruhestand, den Wunsch auszuschlafen oder auch einfach nur den Tag zu „vertrödeln“.

Zunehmend wohnen Senioren mit geistiger Behinderung in individuellen Wohnformen, zum Beispiel im ambulant betreuten Wohnen, bei Angehörigen und in stationären gemeindeintegrierten Wohngemeinschaften. Im Sinne der Inklusion sind hier individuelle sozialraumbezogene Arrangements zu schaffen. Entscheidend ist, dass die Menschen die für sie richtige Unterstützung und eine gute Begleitung in den Ruhestand bekommen.<sup>95</sup> Das setzt ein gutes fachliches Konzept und eine angemessene Vergütung voraus. Es gilt, die richtige Lösung vor Ort zu finden oder zu schaffen. Bestehende Angebote für Senioren vor Ort – wie zum Beispiel die Begegnungsstätten für Senioren – können sich auch für Menschen mit geistiger Behinderung öffnen.<sup>96</sup> Vor allem aber wird es darauf ankommen, Senioren mit geistiger Behinderung in nachbarschaftliche Aktivitäten und sonstige soziale Netzwerke am Wohnort dauerhaft einzubeziehen. Eine enge Zusammenarbeit von allen Beteiligten in den Städten und Gemeinden vor Ort und dem Know-how der Träger ist dafür unerlässlich. Den Kirchengemeinden, Vereinen und Nachbarschaftszentren kommt dabei eine besondere Rolle zu.

## 7.2 Tagesstrukturleistungen im Landkreis Heilbronn

### 7.2.1 Werkstätten

Im Folgenden werden die Ergebnisse aus der Leistungserhebung bei den Einrichtungen im Kreis zum Stichtag 31.12.2013 im Bereich der Werkstätten dargestellt. Im Landkreis Heilbronn gibt es zwei Träger von Werkstattangeboten. Zum Stichtag waren insgesamt 405 Menschen mit geistiger Behinderung im Landkreis Heilbronn beschäftigt, davon 31 im

<sup>94</sup> Frieder Dieckmann, Heidrun Metzler: Alter erleben. Lebensqualität und Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung im Alter. KVJS-Forschung. Stuttgart Juni 2013.

<sup>95</sup> Kommunalverband für Jugend und Soziales, Baden-Württemberg: Wie gestalte ich meinen Ruhestand? Fortbildung für Menschen mit Behinderung, die aus einer Werkstatt in den Ruhestand gehen und deren Angehörige. Ein neuer Baustein der Eingliederungshilfe. Stuttgart März 2011.

<sup>96</sup> Kommunalverband für Jugend und Soziales, Baden-Württemberg: Neue Bausteine in der Eingliederungshilfe. KVJS-spezial. Stuttgart November 2010. S. 9-11.



Berufsbildungsbereich. Dies entspricht insgesamt 12 Personen je 10.000 Einwohner. Im Vergleich mit anderen Stadt- und Landkreisen, für die dem KVJS Vergleichsdaten vorliegen, bewegt sich diese Kennziffer im unteren Mittelfeld.

### **Beschützende Werkstätte**

Die Beschützende Werkstätte ist mit zwei Werkstattstandorten im Landkreis Heilbronn vertreten. In Bad Friedrichshall arbeiten 147 und in Talheim 84 Menschen mit geistiger Behinderung. Hier werden Dienstleistungen für die regionale Wirtschaft in den Arbeitsfeldern Metall-, Holz- und Kunststoffverarbeitung, Industrie- und Elektromontage, Konfektionierung, Verpackung und Versand, Aktenvernichtung, Textilbearbeitung und Hauswirtschaft erbracht. Eine „grüne Gruppe“ übernimmt Garten- und Landschaftspflege. Neben den klassischen Angeboten und der Differenzierung in Außenarbeitsgruppen, ausgelagerten Einzelarbeitsplätzen und dem Job Coaching, erprobt die Beschützende Werkstätte in Talheim eine Arbeitsfördergruppe, die die Durchlässigkeit zwischen Werkstatt und Förder- und Betreuungsbereich verbessern soll. Weniger leistungsfähige Mitarbeiter der Werkstatt sind häufig überfordert, leistungsfähige Betreute im Förder- und Betreuungsbereich können unterfordert sein. Ziel des Projekts ist die Erprobung und kontinuierliche Weiterentwicklung der persönlichen Leistungsfähigkeit unter werkstattnahen Bedingungen.

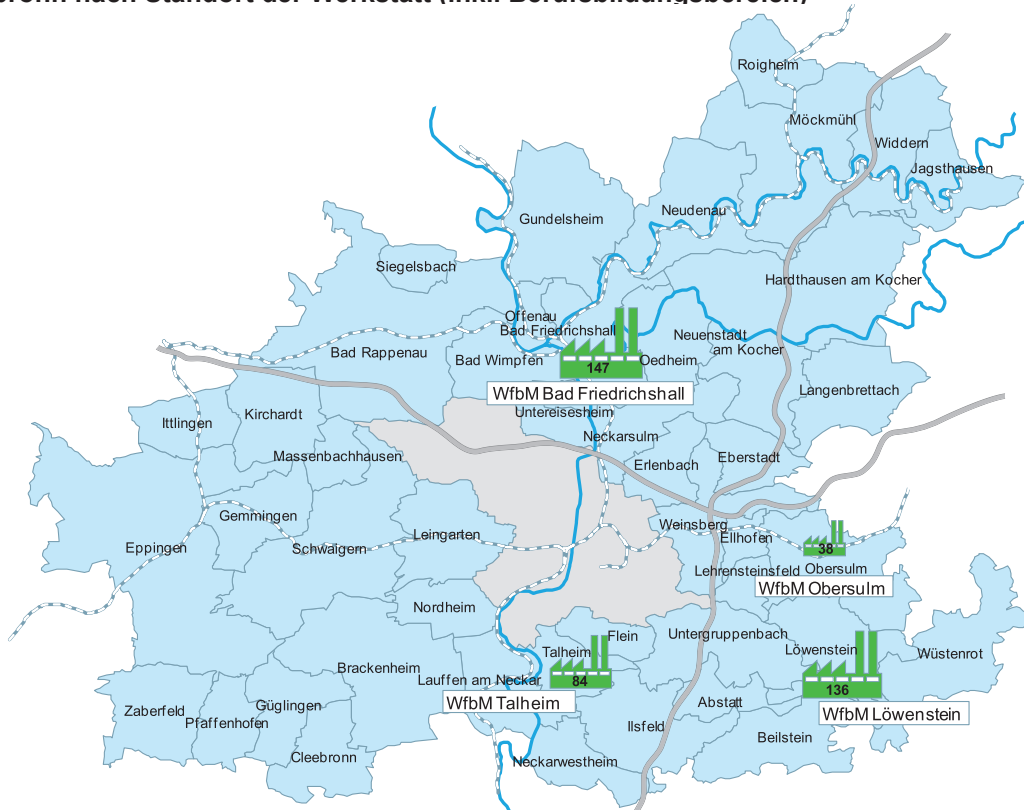
### **Evangelische Stiftung Lichtenstern**

Die Evangelische Stiftung Lichtenstern bietet in Löwenstein und Obersulm Arbeitsangebote in Werkstätten an. Auf dem Zentralgelände in Löwenstein arbeiteten zum Stichtag 136, in Obersulm-Weiler 38 Menschen mit geistiger Behinderung.<sup>97</sup> Tätigkeitsschwerpunkte sind Metallbearbeitung, Verpackung, Montage und Palettenfertigung. Eine „grüne Gruppe“ pflegt die Grünanlagen in Lichtenstern, aber auch Außenanlagen in umliegenden Ortschaften. Im Radladen in Obersulm-Weiler werden im Rahmen der Werkstatttätigkeit Fahrräder verkauft, verliehen und repariert, in der Sternboutique in Obersulm-Weiler werden Secondhand-Kleidung und Neuwaren verkauft.

<sup>97</sup> Die Werkstatt in Obersulm-Willsbach wurde im Oktober 2014 nach dem Stichtag der Leistungserhebung mit 72 Plätzen eröffnet. Bei der Auswertung der Werkstattleistungen steht der Standort Obersulm für Obersulm-Weiler.



**Schaubild: Werkstatt-Beschäftigte mit geistiger Behinderung am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Standort der Werkstatt (inkl. Berufsbildungsbereich)**

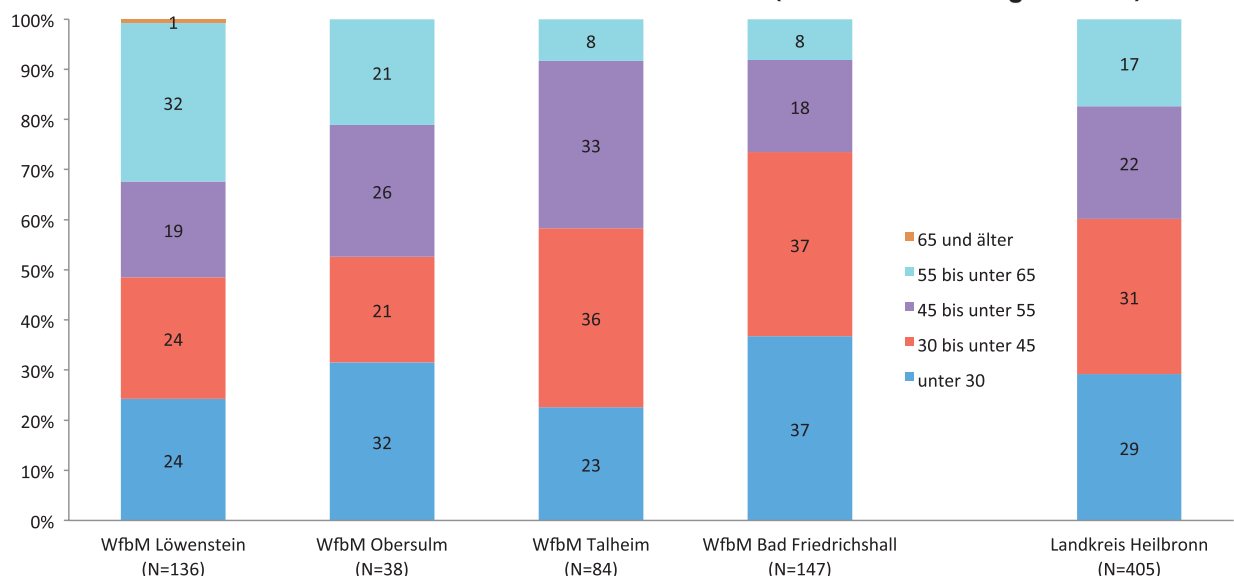


Karte: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013. N=405

Die Standorte der Werkstätten konzentrieren sich auf das östliche Kreisgebiet und verteilen sich auf vier Städte und Gemeinden. Den Werkstätten in Löwenstein und Bad Friedrichshall ist jeweils ein Berufsbildungsbereich angeschlossen.

## Alter und Geschlecht

**Schaubild: Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Werkstattangeboten am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Alter in Prozent (inkl. Berufsbildungsbereich)**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

Standort	Durchschnittsalter
Bad Friedrichshall	36,3
Talheim	39,5
Obersulm	41,6
Löwenstein	43,7
<b>Landkreis Heilbronn</b>	<b>39,9</b>

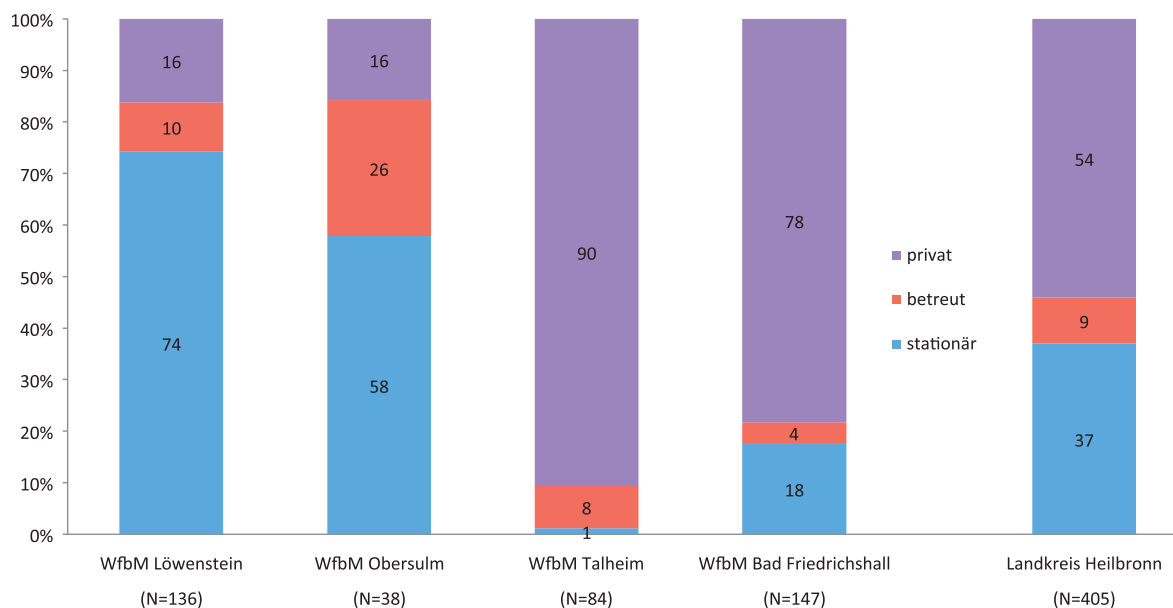
Tabelle: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

Die 405 Werkstatt-Beschäftigten im Landkreis Heilbronn waren zwischen 19 und 65 Jahre alt. Das Durchschnittsalter lag im Landkreis Heilbronn bei 39,9 Jahren und im Durchschnitt anderer Stadt- und Landkreise, für die dem KVJS Vergleichsdaten vorliegen. Die ältesten Werkstatt-Beschäftigten arbeiten in Löwenstein. Hier ist knapp ein Drittel der Belegschaft zwischen 55 und 65 Jahre alt. Die jüngsten Werkstattmitarbeiter arbeiten in Bad Friedrichshall. 74 Prozent sind dort jünger als 45 Jahre.

62 Prozent der Werkstatt-Beschäftigten waren Männer, 38 Prozent Frauen.

### Ergänzende Wohnform

**Schaubild: Werkstatt-Beschäftigte mit geistiger Behinderung am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Wohnform in Prozent (inkl. Berufsbildungsbereich)**

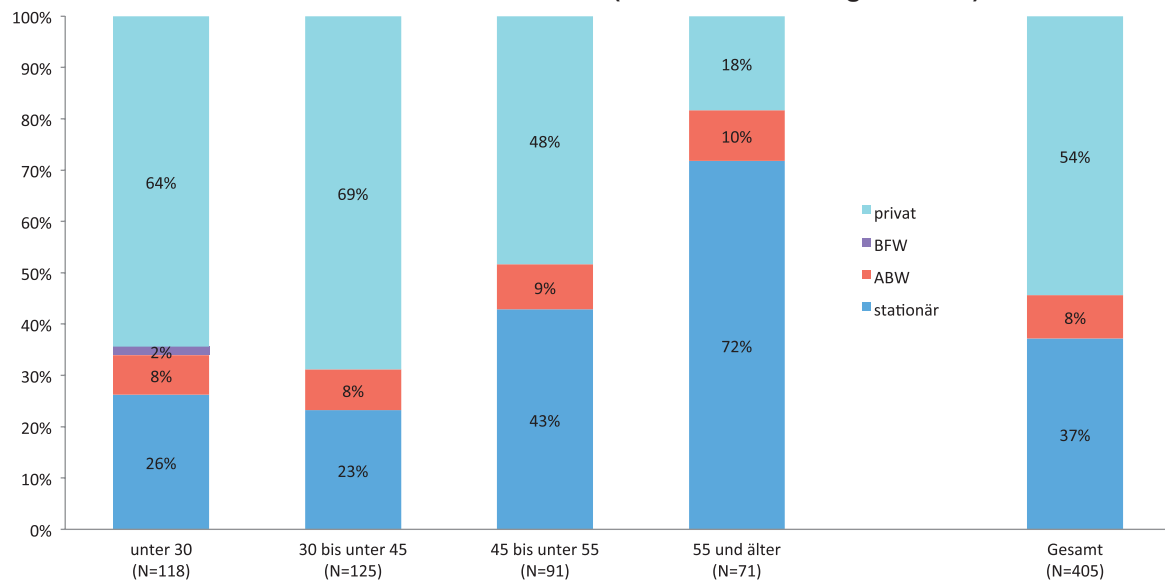


Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013 (N=405)

Von den 405 Werkstatt-Beschäftigten lebten

- 219 in einem Privathaushalt ohne eine Leistung der Eingliederungshilfe zum Wohnen (privat)
- 34 in einem Privathaushalt in Form des ambulant betreuten Wohnens (betreut)
- 2 in einem Privathaushalt in Form des begleiteten Wohnens in Gastfamilien (betreut) und
- 150 stationär.

**Schaubild: Werkstatt-Beschäftigte mit geistiger Behinderung am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Wohnform und Alter in Prozent (inkl. Berufsbildungsbereich)**



Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013 (N=405)

Je älter die Werkstatt-Beschäftigten werden, desto häufiger leben sie stationär. Manchmal benötigen sie mit zunehmendem Alter mehr Unterstützung beim Wohnen. Häufiger jedoch sind es deren Eltern, die alt und hilfebedürftig werden oder versterben. Wenn die Unterstützung der Eltern wegfällt, tritt in der Regel eine unterstützte Wohnform an diese Stelle.

**Schaubild: Privat wohnende Werkstatt-Beschäftigte mit geistiger und mehrfacher Behinderung am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Wohnort (inkl. Berufsbildungsbereich)**



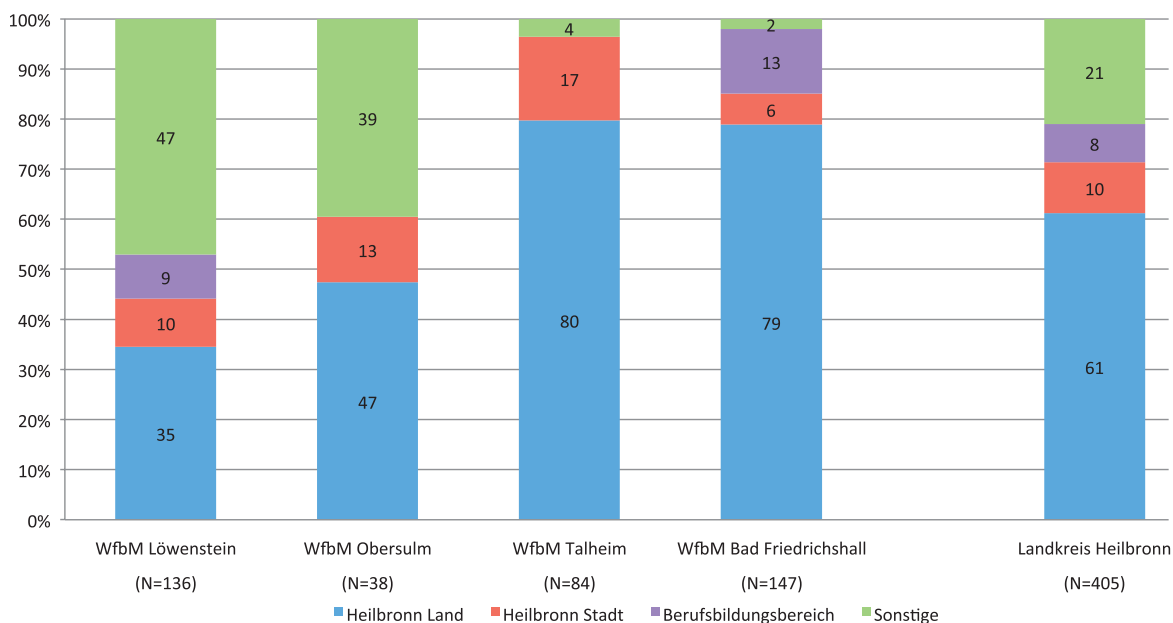
Karte: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013. N=219

Von den 219 Werkstatt-Beschäftigten, die in einer Werkstatt mit Standort Landkreis Heilbronn beschäftigt waren und ohne Unterstützung der Eingliederungshilfe wohnten, kamen 193 aus dem Landkreis Heilbronn. 22 Personen lebten in der Stadt Heilbronn, 3 Personen im Landkreis Ludwigsburg und eine Person pendelt aus dem Rhein-Neckar-Kreis ein. Für die Beschäftigten der Werkstatt in Talheim, die im westlichen Teil des Landkreises wohnten, fallen zum Teil lange Fahrtstrecken an.

### Leistungsträger

Der Landkreis Heilbronn war für 61 Prozent der 405 Werkstatt-Beschäftigten zuständiger Leistungsträger, das heißt, er bezahlte die Kosten der Eingliederungshilfe. Das ist im Vergleich zu anderen Stadt- und Landkreisen, für die dem KVJS Vergleichsdaten vorliegen, ein durchschnittlicher Wert. Für die 31 Beschäftigten im Berufsbildungsbereich (8 Prozent) waren die Agentur für Arbeit oder die Rentenversicherung Leistungsträger. Für 10 Prozent der Werkstatt-Beschäftigten war die Stadt Heilbronn Leistungsträger. Die Leistungen für 85 Beschäftigte (21 Prozent) wurden in Leistungsträgerschaft anderer Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs, anderer Bundesländer oder von sonstigen Leistungsträgern erbracht.

**Schaubild: Werkstatt-Beschäftigte mit geistiger und mehrfacher Behinderung am 31.12.2013  
Landkreis Heilbronn nach Leistungsträger in Prozent (inkl. Berufsbildungsbereich)**



Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013 (N=405)

Die vier Werkstätten unterscheiden sich voneinander. So standen die Werkstätten in Talheim und Bad Friedrichshall fast ausschließlich für den Bedarf aus dem Landkreis und der Stadt Heilbronn zur Verfügung. Rund 80 Prozent der Beschäftigten erhielten eine Leistung des Landkreises Heilbronn. Die Werkstätten in Löwenstein und Obersulm haben mit 47 Prozent und 39 Prozent einen höheren Anteil an Leistungsberechtigten aus anderen Stadt- und Landkreisen. Diese Verteilung ergibt sich aus der Belegung der stationären Wohnangebote, v.a. in Löwenstein.

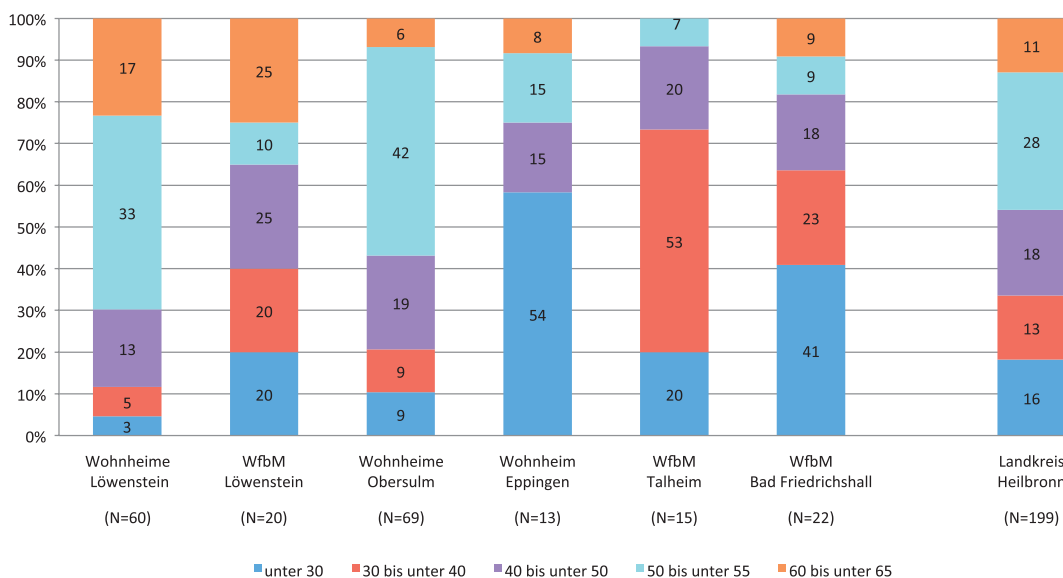


## Alter und Geschlecht

Standort	Durchschnittsalter
Bad Friedrichshall	35,5
Talheim	35,3
Eppingen	37,1
Obersulm	48,3
Löwenstein	50,3
<b>Landkreis Heilbronn</b>	<b>45,9</b>

Tabelle: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

Das Durchschnittsalter der 199 Besucher der Förder- und Betreuungsgruppen im Landkreis Heilbronn lag bei 46 Jahren und damit deutlich höher als in anderen Stadt- und Landkreisen, für die dem KVJS Vergleichsdaten vorliegen.

**Schaubild: Besucher von Förder- und Betreuungsgruppen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Alter in Prozent**


Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013 (N=199)

Die Besucher des Förder- und Betreuungsgebietes in Bad Friedrichshall und Talheim sind am jüngsten; 41 Prozent bzw. 54 Prozent sind unter 30 Jahren. Die ältesten Besucher sind auf dem Zentralgelände der Stiftung Lichtenstern. Hier sind die Hälfte der Besucher in den Förder- und Betreuungsgebieten, die an die Wohnbereiche angeschlossen sind, älter als 50 Jahre. Bei den an die Werkstatt angegliederten Angeboten sind, 35 Prozent älter als 50 Jahre. In diesen Angeboten werden in den nächsten Jahren verstärkt Leistungsempfänger das 65. Lebensjahr vollenden. Da diese zukünftigen Senioren andere Ressourcen, als die Rentner eines Werkstattbereiches aufweisen, muss hier eine Form der Betreuung gefunden werden, die sowohl dem Gesundheitszustand und dem Pflegebedarf als auch der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben Rechnung trägt.

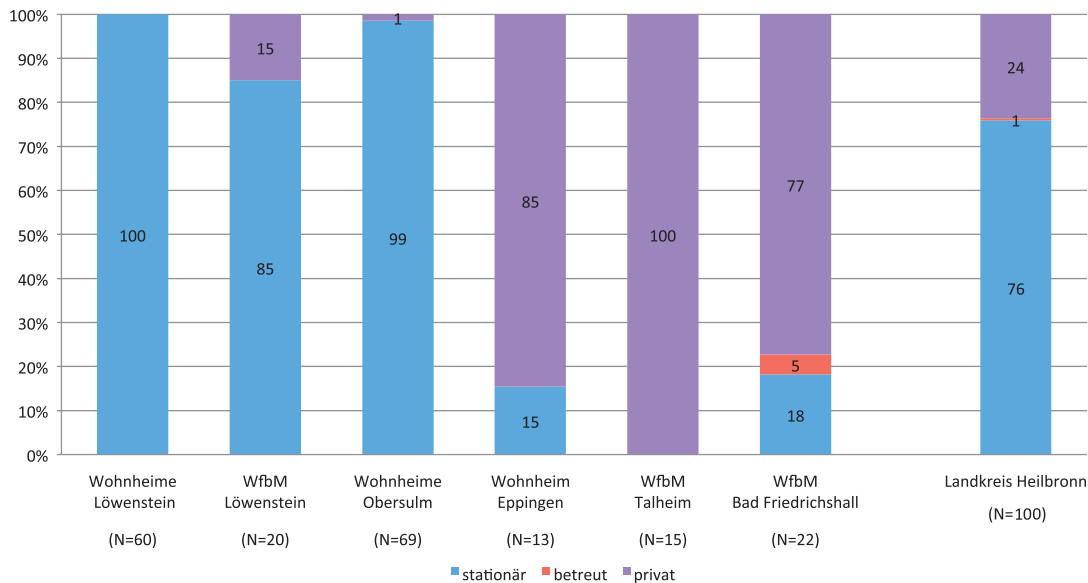
66 Prozent der Leistungen im Förder- und Betreuungsgebiet im Landkreis wurden für Männer, 33 Prozent für Frauen aufgewendet.



## Ergänzende Wohnform

Von den 199 Besuchern der Förder- und Betreuungsgruppen im Landkreis Heilbronn wohnten 75 Prozent in einem Wohnheim, ein Prozent in ambulant betreuten Wohnformen und 24 Prozent in einem Privathaushalt ohne eine Leistung der Eingliederungshilfe zum Wohnen. Der Anteil an stationären Wohnformen ist im Vergleich mit anderen Stadt- und Landkreisen hoch.

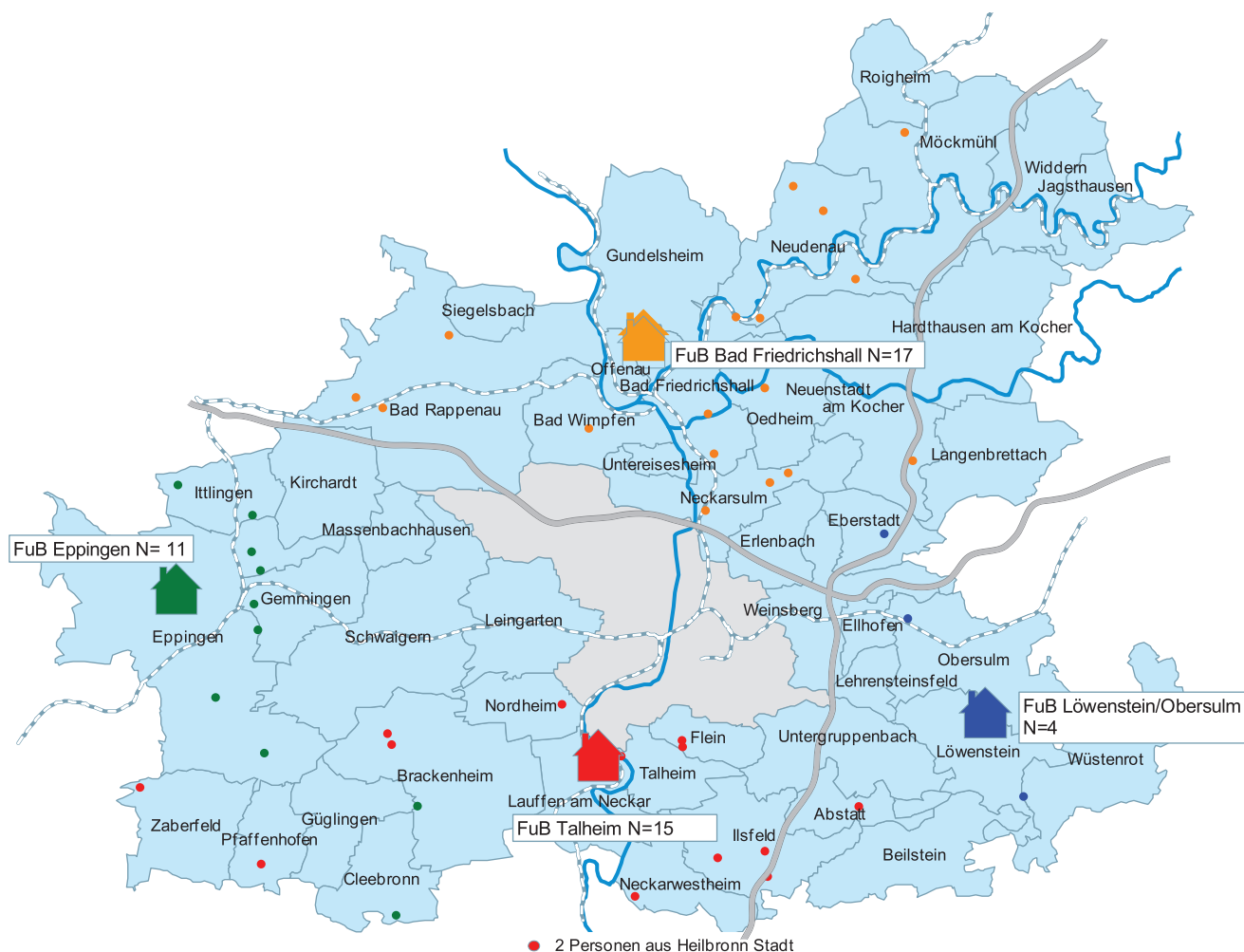
**Schaubild: Besucher von Förder- und Betreuungsgruppen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Wohnform in Prozent**



Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013 (N=199)

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Standorten und Trägern ist sehr deutlich: Bei der Stiftung Lichtenstern in Löwenstein wohnen nahezu alle Besucher des Förder- und Betreuungsbereiches in einem stationärem Wohnangebot. In Eppingen, Talheim und Bad Friedrichshall hingegen wohnen die Besucher des Förder- und Betreuungsbereiches in der Regel in der Herkunftsfamilie. Die letztgenannten Standorte sind die regionalen Unterstützungsangebote für den Landkreis Heilbronn. Sobald eine Unterstützung in der Familie nicht mehr möglich ist, wird ein unterstütztes Wohnangebot nötig. Dies ist meist eine stationäre Wohnform, eher seltener eine ambulante Wohnform oder begleitetes Wohnen in einer Gastfamilie.

**Schaubild: Privat wohnende Besucher von Förder- und Betreuungsgruppen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Wohnort**



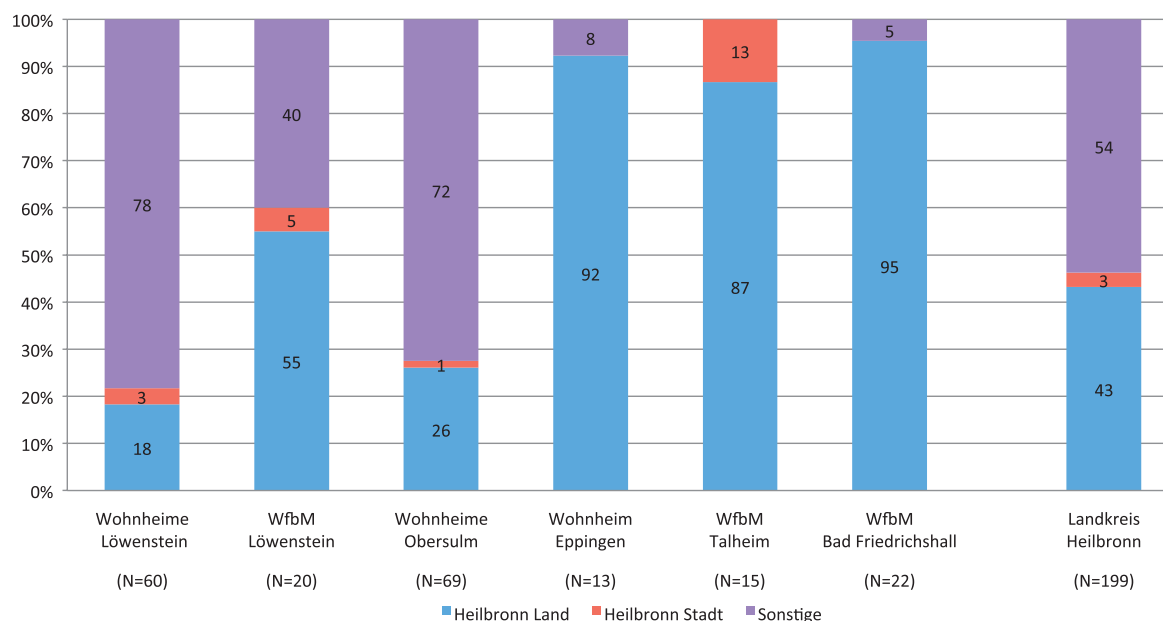
Karte: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013. N=47

Von den Menschen, die ein Angebot des Förder- und Betreuungsbereiches mit Standort im Landkreis Heilbronn besuchen und ohne Unterstützung der Eingliederungshilfe wohnen, kamen 45 aus dem Landkreis Heilbronn. 2 Personen lebten in der Stadt Heilbronn. Da die einzelnen Standorte gleichmäßig über das Kreisgebiet verteilt sind, sind die Fahrwege relativ kurz.

### Leistungsträger

Der Landkreis Heilbronn war für 43 Prozent der 199 FuB-Besucher zuständiger Leistungsträger, das heißt, er bezahlte die Kosten der Eingliederungshilfe. Das ist im Vergleich zu anderen Stadt- und Landkreisen, für die dem KVJS Vergleichsdaten vorliegen, ein leicht unterdurchschnittlicher Wert. Für 3 Prozent der Werkstatt-Beschäftigten war die Stadt Heilbronn Leistungsträger. 107 FuB-Besucher (54 Prozent) waren in Leistungsträgerschaft anderer Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs, anderer Bundesländer oder sonstigen Leistungsträgern.

**Schaubild: Besucher von Förder- und Betreuungsgruppen am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Leistungsträger in Prozent**



Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013 (N=199)

Die 6 Standorte unterscheiden sich voneinander. So standen die Angebote in Talheim, Eppingen und Bad Friedrichshall fast ausschließlich für den Bedarf aus dem Landkreis Heilbronn zur Verfügung. Hier bekamen zwischen 87 und 95 Prozent der Besucher eine Leistung des Landkreises Heilbronn. Die Standorte in Löwenstein und Obersulm haben einen deutlich höheren Anteil an Leistungsberechtigten aus anderen Stadt- und Landkreisen, zwischen 40 und 78 Prozent. Die Leistungsträgerschaft korrespondiert mit der Belegung der stationären Wohnangebote, v.a. in Löwenstein.

Die Träger wiesen im Rahmen des Workshops „Älter werden“ auf folgendes Spannungsfeld hin:

#### **Standpunkt der Trägergemeinschaft zum Spannungsfeld Förder- und Betreuungsbereich und Tagesstruktur für Senioren**

„Die Träger haben im Rahmen des Workshops „Älter werden“ deutlich darauf hingewiesen, dass es gemäß (§ 53 Abs. 3) SGB XII keinen „automatischen“ Übergang eines Klienten aus dem Förder- und Betreuungsbereich in die Tagesstruktur für Senioren gibt. Grund hierzu ist die unterschiedliche Personalausstattung zwischen Förder- und Betreuungsbereich und der Tagesstruktur für Senior/-innen. (Personalausstattung Förder- und Betreuungsbereich: 1:3/1:5, Personalausstattung Tagesstätte für Senioren: 1:12)

Der Hilfebedarf eines Menschen ändert sich nicht dadurch, dass er das 65. Lebensjahr erreicht. Erhält ein Klient schon vor dem Erreichen des 65. Lebensjahres Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft im Förder- und Betreuungsbereich, weil er eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung auf Grund der Art und Schwere seiner Behinderung nicht besuchen kann, so kann ihm diese Leistung nicht mit Erreichen des 65. Lebensjahres verwehrt werden. Er erhielt ja auf Grund der Art und Schwere seiner Behinderung schon vorher keine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben im Sinne des §54 Abs. 1 SGB XII.“

[Stellungnahme zum Entwurf des Abschlussberichtes Teilhabeplanung für Menschen mit wesentlich geistiger und körperlicher Behinderung vom Januar 2016 durch die Evangelische Stiftung Lichtenstern]

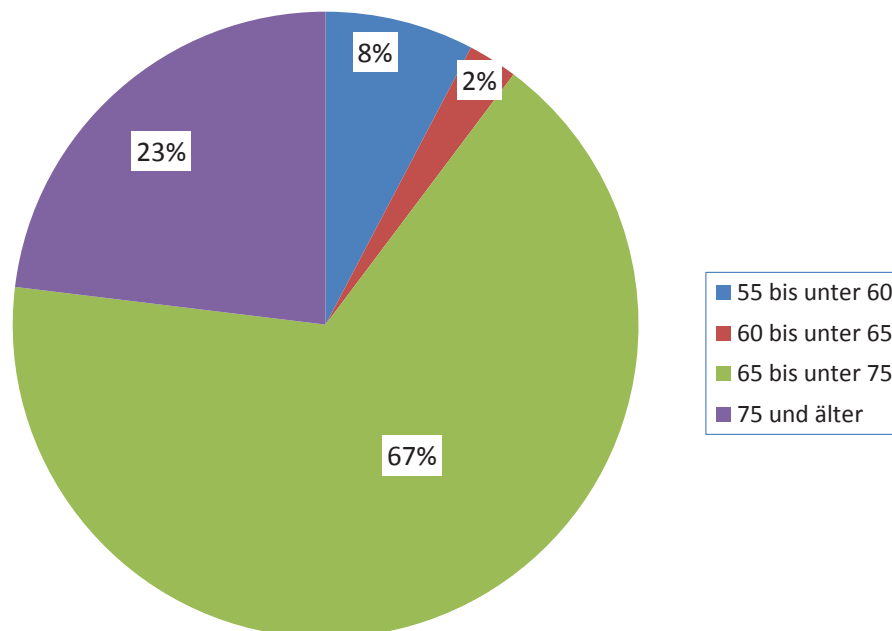
### 7.2.3 Tages- /Seniorenbetreuung

Im Folgenden werden die Ergebnisse aus der Leistungserhebung bei den Einrichtungen im Kreis zum Stichtag 31.12.2013 im Bereich der Seniorenbetreuung dargestellt. Im Landkreis Heilbronn bietet momentan nur die Stiftung Lichtenstern Tages-/Seniorenbetreuung an. Zum Stichtag waren insgesamt 39 Menschen mit geistiger Behinderung in einem solchen Angebot. 38 Personen besuchten dieses Angebot auf dem Zentralgelände in Lichtenstern, ein Senior hatte ein individuelles Arrangement in Eppingen. Dies entspricht einer Kennzahl von 1,2 Personen je 10.000 Einwohner. Im Vergleich mit anderen Stadt- und Landkreisen, für die dem KVJS Vergleichsdaten vorliegen, bewegt sich diese Kennziffer im oberen Mittelfeld.

#### Alter und Geschlecht

Die 39 Besucher der Tages- oder Seniorenbetreuung im Landkreis Heilbronn waren zwischen 55 und 89 Jahre alt. Das Durchschnittsalter lag bei 71 Jahren und damit deutlich höher als in anderen Stadt- und Landkreisen, für die dem KVJS Vergleichsdaten vorliegen.

**Schaubild: Besucher der Tages- /Seniorenbetreuung am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Alter in Prozent**



Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013 (N=39)

In der Tages- /Seniorenbetreuung im Landkreis Heilbronn waren 54 Prozent Männer und 46 Prozent Frauen.

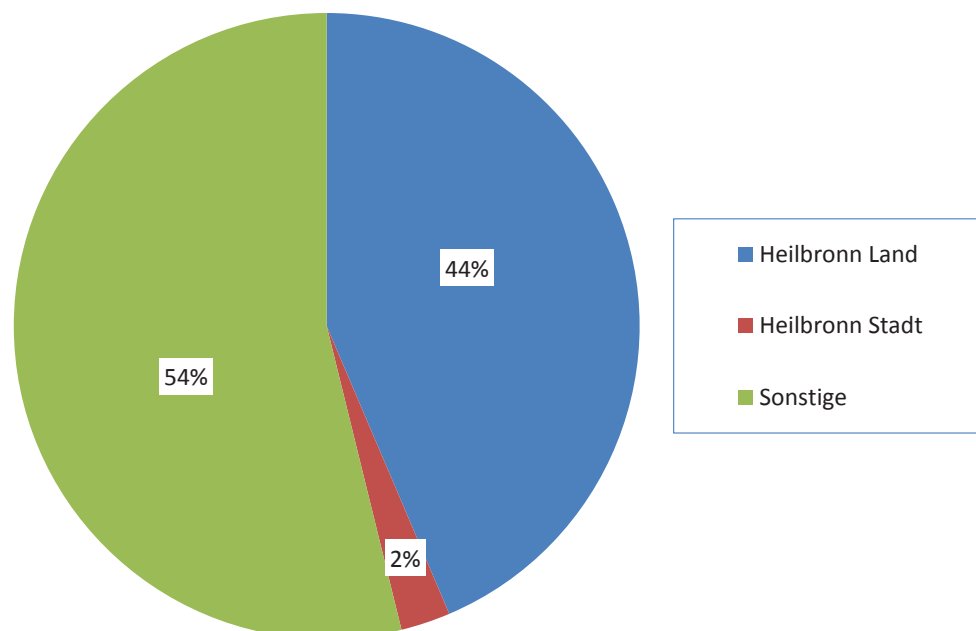
### Ergänzende Wohnform

Von den 39 Besuchern der Tages- oder Seniorenbetreuung im Landkreis Heilbronn lebte je 1 Person ambulant betreut oder im begleiteten Wohnen in Familien, 37 Personen lebten stationär. Im Landkreis Heilbronn lebte keine Person in einem Privathaushalt ohne eine Leistung der Eingliederungshilfe zum Wohnen. Die Quote der verschiedenen Wohnformen der Besucher einer Tages- oder Seniorenbetreuung im Landkreis Heilbronn entspricht in etwa einer typischen Verteilung im Vergleich zu den Kreisen, für die beim KVJS Vergleichsdaten vorliegen.

### Leistungsträger

Der Landkreis Heilbronn war für 44 Prozent der 39 Besucher einer Tages- oder Seniorenbetreuung zuständiger Leistungsträger. Das ist im Vergleich zu anderen Stadt- und Landkreisen, für die dem KVJS Vergleichsdaten vorliegen, ein leicht unterdurchschnittlicher Wert. Für 2 Prozent war die Stadt Heilbronn Leistungsträger. 21 Besucher der Tages- oder Seniorenbetreuung (54 Prozent) waren in Leistungsträgerschaft anderer Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs, anderer Bundesländer oder sonstigen Leistungsträgern.

**Schaubild: Besucher der Tages- oder Seniorenbetreuung am 31.12.2013 im Landkreis Heilbronn nach Leistungsträger in Prozent**



Grafik: KVJS. Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013 (N=39)

**Die Standorte der Werkstätten konzentrieren sich auf das östliche Kreisgebiet. Für die privat Wohnenden aus dem westlichen Teil des Landkreises, fallen zum Teil lange Fahrtstrecken an, auch in die Angebote in der Stadt Heilbronn.**

Das Durchschnittsalter der insgesamt 405 Werkstatt-Beschäftigten im Landkreis Heilbronn entsprach mit knapp 40 Jahren dem Durchschnitt anderer Stadt- und Landkreise. Fast ein Drittel der Löwensteiner Belegschaft war am Stichtag zwischen 55 und 65 Jahre alt und wird bis zum Ende des Prognosezeitraums in eine Tagesstruktur für Senioren wechseln. In der Werkstatt in Bad Friedrichshall waren 74 Prozent jünger als 40 Jahre.

Die Werkstatt-Beschäftigten im Landkreis Heilbronn kommen zum großen Teil aus dem Landkreis oder der Stadt. 21 Prozent der Leistungen wurden von anderen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs, von anderen Bundesländern oder sonstigen Leistungsträgern finanziert. Während die Werkstätten der Beschützenden Werkstätte in Talheim und Bad Friedrichshall fast ausschließlich den Bedarf aus dem Landkreis und der Stadt Heilbronn decken, lag der Anteil der Beschäftigten aus anderen Kreisen in den Lichtensterner Werkstätten mit 47 Prozent in Löwenstein und 39 Prozent in Obersulm wesentlich höher.

Die Standorte der Förder- und Betreuungsgruppen sind gleichmäßig verteilt. Anders als bei den Werkstattstandorten gibt es auch im westlichen Kreisgebiet in Eppingen ein Angebot und damit die Möglichkeit für kürzere Wege.

Das Durchschnittsalter der 199 Betreuten der Förder- und Betreuungsgruppen im Landkreis Heilbronn lag bei 46 Jahren und damit deutlich höher als in anderen Stadt- und Landkreisen. Dies liegt an der Altersstruktur auf dem Zentralgelände der Stiftung Lichtenstern. Hier sind die Hälfte der Betreuten in den Förder- und Betreuungsbereichen, die an die Wohnbereiche angeschlossen sind, älter als 50 Jahre. Bei den an die Werkstatt angegliederten Angeboten beträgt dieser Anteil 35 Prozent.

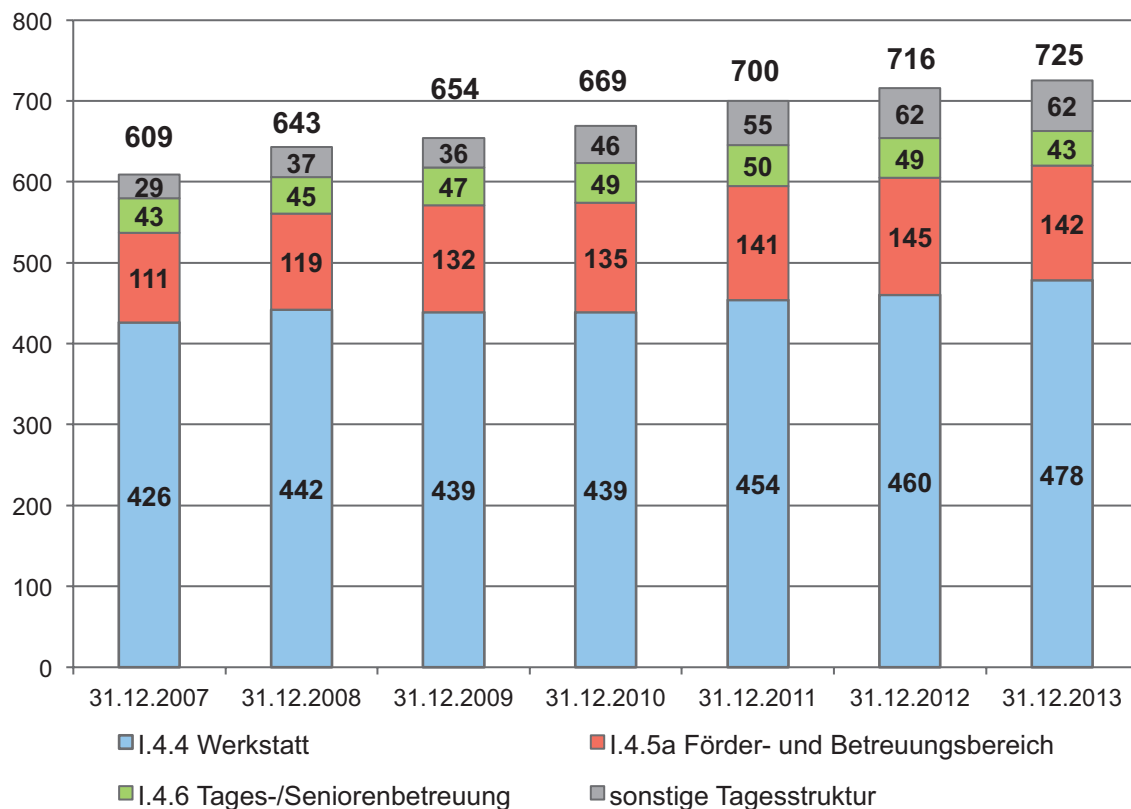
Tagesstrukturplätze für Senioren gibt es im Landkreis Heilbronn bisher nur bei der Stiftung Lichtenstern. Am Stichtag waren es 39 Personen. Die auf die Einwohner im Kreis bezogene Kennzahl war im Vergleich zu anderen Kreisen relativ hoch, das Durchschnittsalter lag ebenfalls deutlich höher. Über die Hälfte der Senioren kam aus anderen Kreisen.



### 7.3 Tagesstrukturleistungen des Landkreises Heilbronn

Am Stichtag 31.12.2013 haben 725 erwachsene Menschen mit einer wesentlichen geistigen Behinderung Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB XII vom Landkreis Heilbronn erhalten (vgl. Ausführungen im Kapitel 2.4 „Leistungsempfänger des Kreises“). Davon erhielten 663 Personen (91 %) eine Leistung der Tagesstruktur.

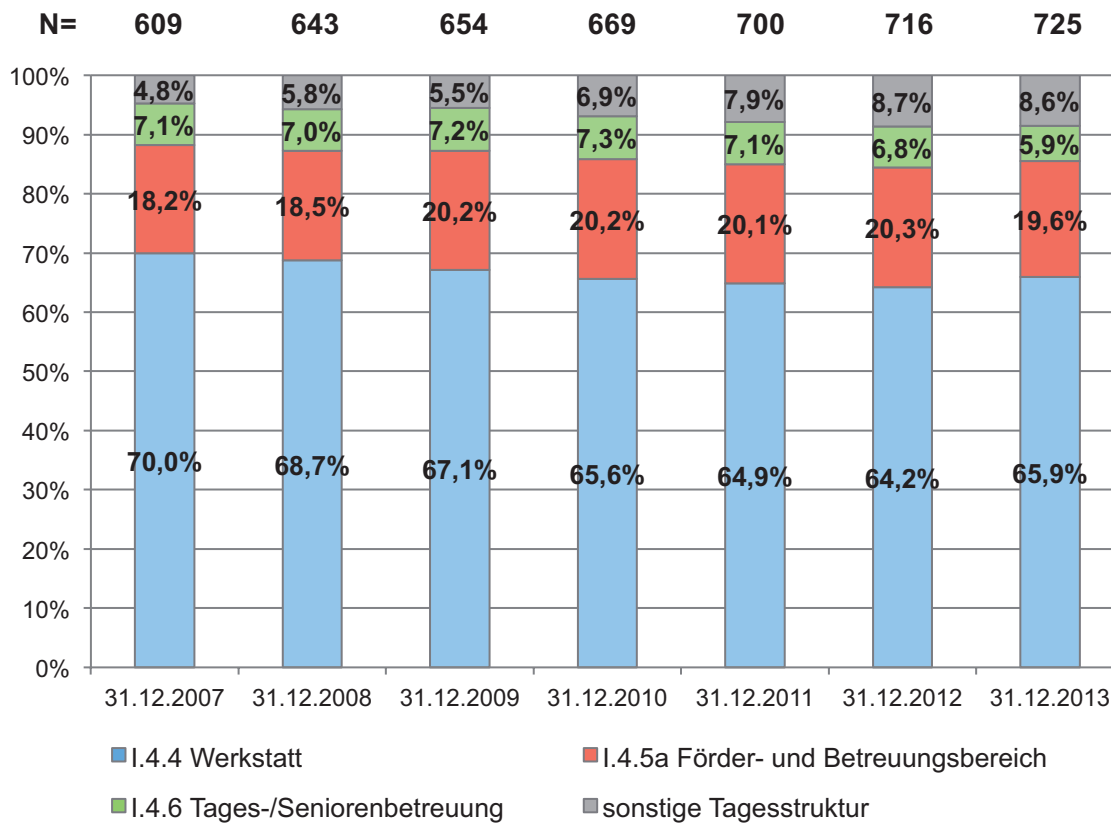
**Schaubild: Entwicklung der Zahl der erwachsenen Leistungsempfänger des Landkreises Heilbronn mit einer wesentlich geistigen Behinderung nach Tagesstruktur**



Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

Während die Zahl der Leistungen in der Tagesbetreuung für Erwachsene, i.d.R. Senioren (Leistungstyp I.4.6) noch relativ konstant ist, hat die Anzahl der Leistungen im Förder- und Betreuungsbereich (LT I.4.5a) um 31, die Zahl der Leistungen im Werkstattbereich um 52 zugenommen. Dies entspricht einer Zunahme um 28 Prozent (I.4.5a) bzw. um 12 Prozent (WfbM). Die Zahl der Personen, die eine Unterstützungsleistung im Wohnen erhalten, jedoch keine Leistung der Tagesstruktur in Anspruch nehmen, hat sich im gleichen Zeitraum von 29 auf 62 mehr als verdoppelt (+33). Es handelt sich dabei um Personen, die z.B. keine zusätzliche Tagesstrukturleistung benötigen, die den Berufsbildungsbereich einer Werkstatt besuchen, die außerhalb von Baden-Württemberg versorgt werden, oder die auf dem Allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt sind.

**Schaubild: Entwicklung der Anteile der Tagesstruktur bei erwachsenen Leistungsempfängern des Landkreises Heilbronn mit einer wesentlich geistigen Behinderung 2007 bis 2013 (jeweils zum Stichtag 31.12.)**

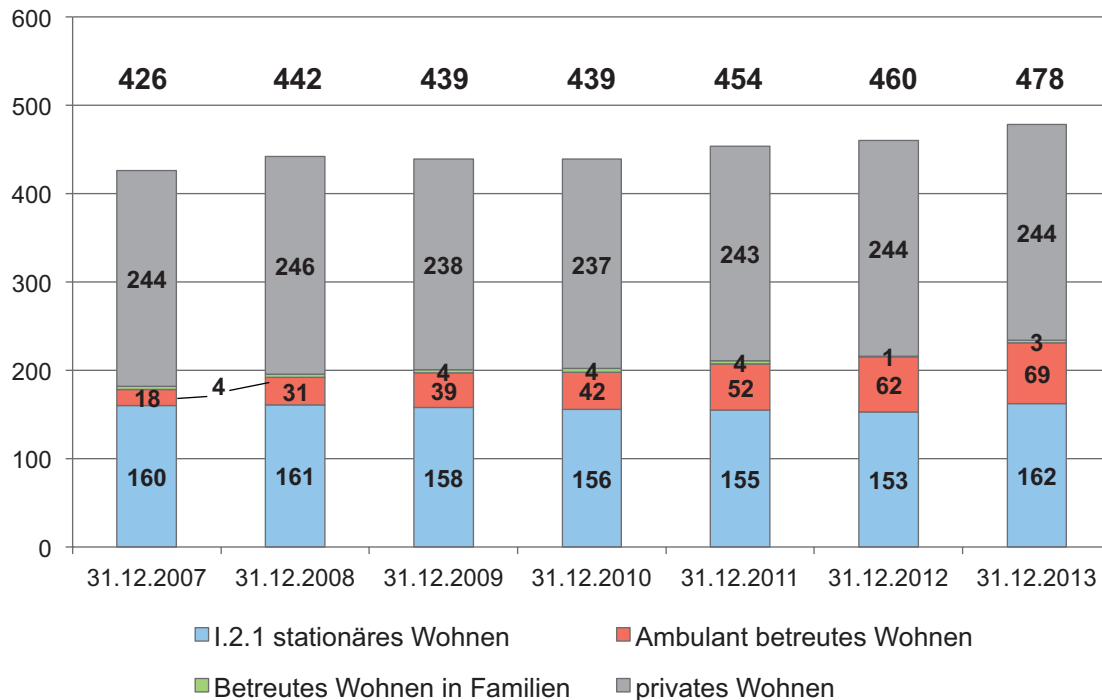


Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

Obwohl die Zahl der Leistungen für den Besuch einer Werkstatt im Vergleichszeitraum um 52 (ca. 12 Prozent) zugenommen hat, ist ihr Anteil bei der Tagesstruktur um ca. 4 Prozent deutlich zurückgegangen. Leicht zugenommen (+ 1,4 Prozent) hat der Anteil der Leistungen im Förder- und Betreuungsbereich. Bei relativ konstanter Fallzahl bei der Tagesbetreuung für Erwachsene (LT I.4.6) ist der Anteil dieser Leistung geringfügig um 1,2 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Personen, die keine zusätzliche Tagesstrukturleistung der Eingliederungshilfe erhalten, ist am stärksten gestiegen (+ 3,8 Prozent).

### 7.3.1 Werkstätten

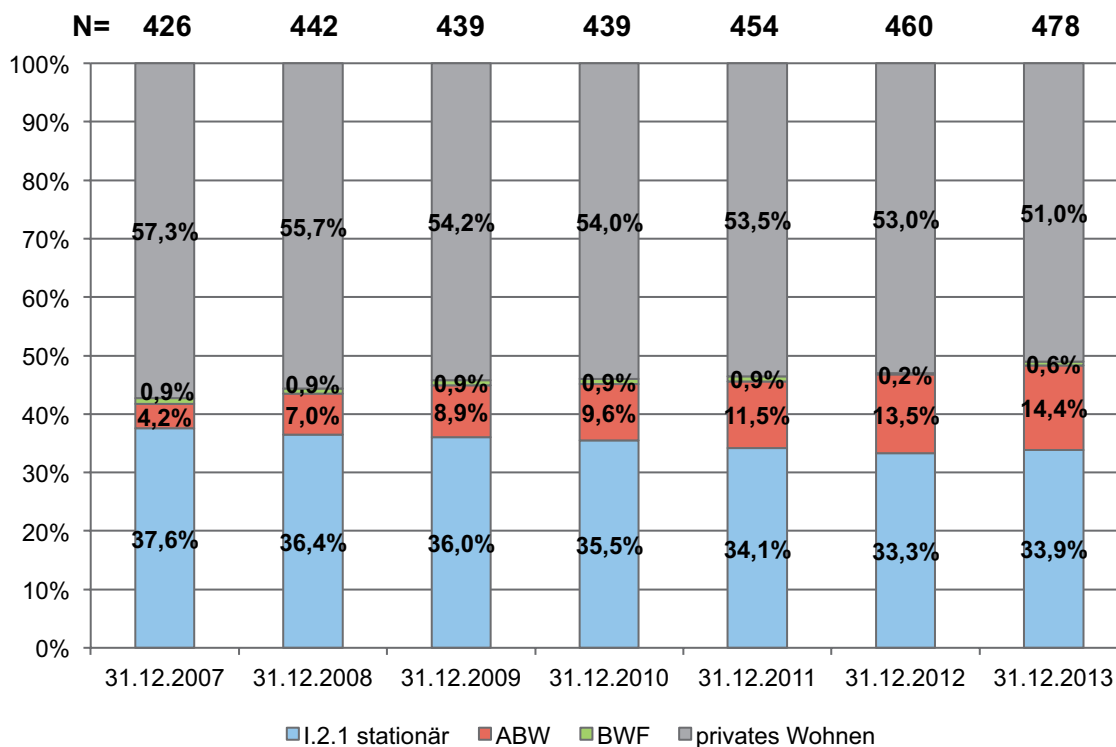
**Schaubild:** Entwicklung der Zahl der Leistungen in Werkstätten des Landkreises Heilbronn für Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung nach Wohnformen von 2007 bis 2013 (jeweils zum Stichtag 31.12.)



Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

Wie unter 7.3 beschrieben ist die Zahl der Leistungen für den Besuch einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) von 2007 bis 2013 (jeweils zum 31.12.) um 52 auf 478 gestiegen. Gleichzeitig ist der Anteil der Werkstattdienstleistungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Leistungsberechtigten um etwa 4 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Werkstattbesucher, die privat, betreut in einer Familie bzw. stationär wohnen, ist im Vergleichszeitraum relativ gleichgeblieben. Die Zahl der Menschen, die eine Tagesstrukturleistung in einer WfbM erhalten und ambulant betreut wohnen, hat um 51 Personen zugenommen. Der Anteil dieser Werkstatt-Beschäftigten hat sich von 4,2 Prozent (31.12.2007) auf 14,4 Prozent (31.12.2013) erhöht. Die Anteile der übrigen Wohnformen sind bei konstanter Fallzahl aufgrund der gestiegenen Zahl der Werkstattdienstleistungen deutlich zurückgegangen.

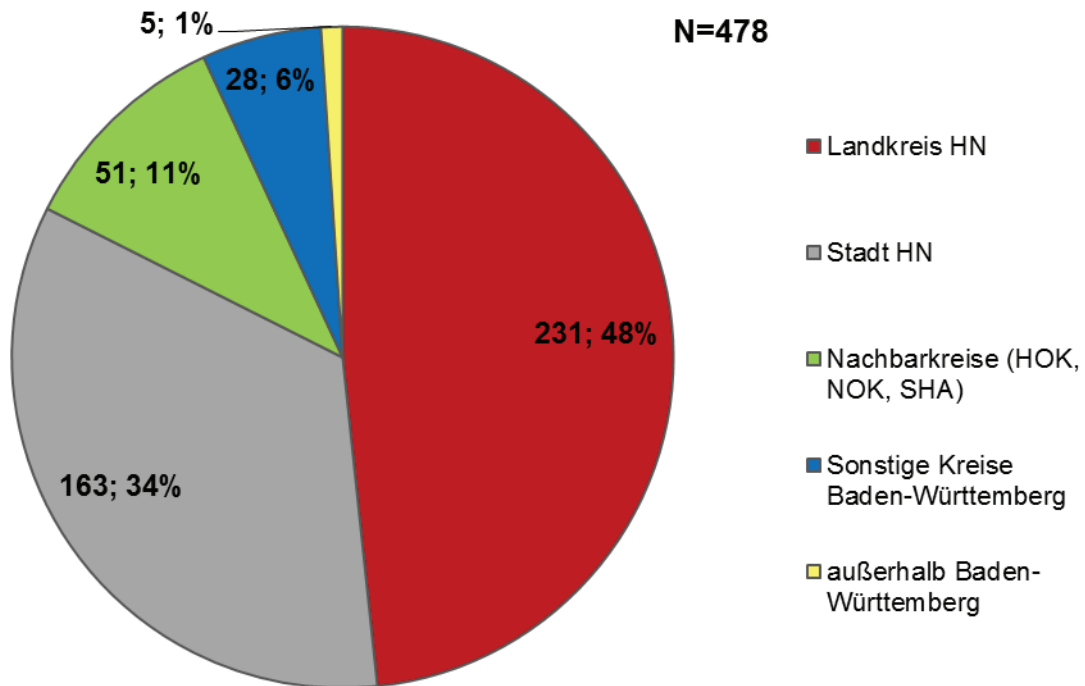
**Schaubild: Entwicklung der Anteile der Wohnformen bei Leistungen des Landkreises Heilbronn in einer Werkstatt von 2007 bis 2013 (jeweils zum Stichtag 31.12.)**



Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

## Leistungen in Werkstätten nach Einrichtungsorten

Schaubild: WfbM-Leistungen (LT I.4.4) des Landkreises Heilbronn für Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung am 31.12.2013 nach Werkstatt-Standorten



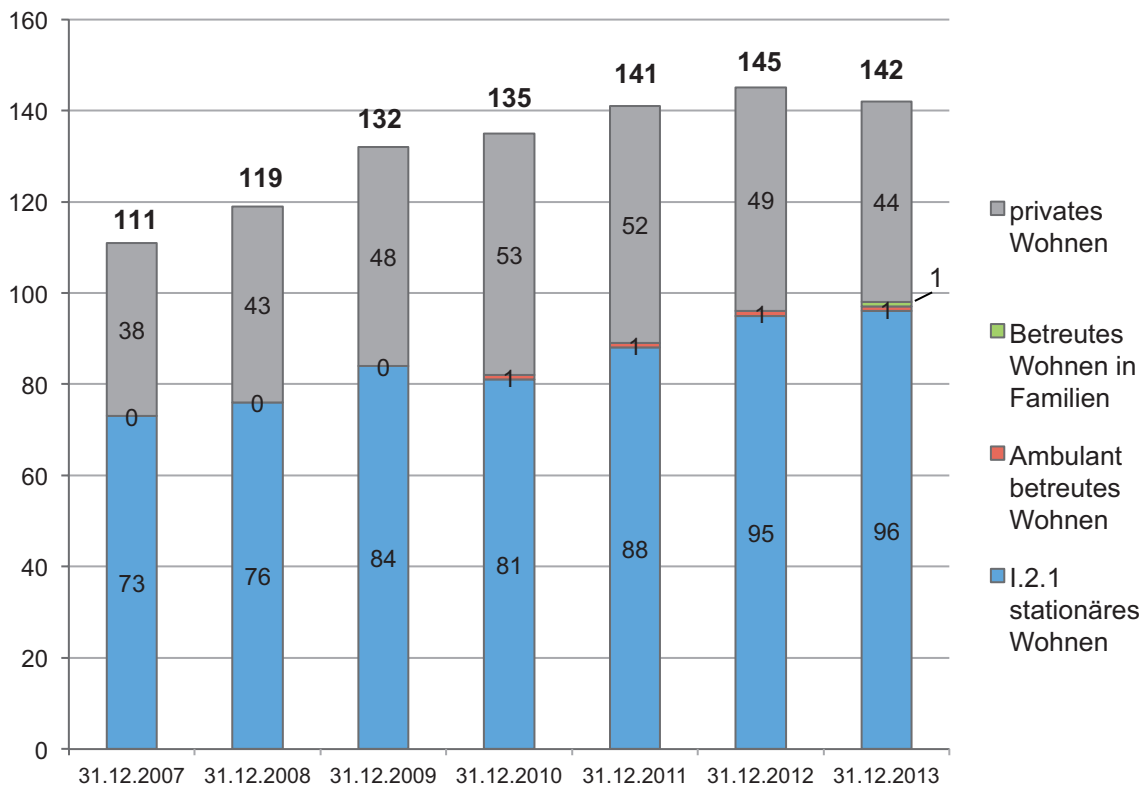
Datenbasis: Auswertung Fallzahlen PROSOZ, Landratsamt Heilbronn, Sozialplanung – Stand 16.12.2013

Nahezu die Hälfte der 478 Menschen, die am Stichtag eine Werkstatteleistung vom Landkreis Heilbronn erhalten haben, war in einer WfbM im Landkreis Heilbronn beschäftigt (231 Personen; 48 Prozent). Standorte im Landkreis sind zu diesem Zeitpunkt die Werkstätten der Ev. Stiftung Lichtenstern in Löwenstein (Stammeinrichtung) und Obersulm-Weiler sowie der Beschützenden Werkstätte in Bad Friedrichshall und Talheim. Die WfbM in Obersulm-Willsbach wurde von der Ev. Stiftung Lichtenstern im April 2014, d.h. nach dem Stichtag 31.12.2013, in Betrieb genommen. Weitere 163 Leistungsempfänger des Landkreises (34 Prozent) haben in einem der beiden WfbM-Standorte der Beschützenden Werkstätte im Bereich der Stadt Heilbronn gearbeitet. Die Werkstätten befinden sich in Heilbronn-Böckingen (Längelterstraße) und in Heilbronn-Kirchhausen. 82 Prozent der WfbM-Beschäftigten werden somit in einer Werkstatt in Stadt oder Landkreis Heilbronn wohnortnah versorgt. Berücksichtigt man, dass weitere 51 Personen (11 Prozent) in einem der umliegenden Landkreise Hohenlohekreis, Neckar-Odenwald-Kreis und Schwäbisch Hall arbeiten, liegt diese Quote bei 93 Prozent.

### 7.3.2 Förder- und Betreuungsbereich

Wie unter 7.2 beschrieben ist die Zahl der Leistungen für den Besuch eines Förder- und Betreuungsbereichs (FuB) von 2007 bis 2013 (jeweils zum 31.12.) um 31 auf 142 gestiegen. Der Anteil der FuB-Leistungen ist im Verhältnis zur Gesamtzahl der Tagesstrukturleistungen um 1,4 Prozent leicht gestiegen.

**Schaubild: Entwicklung der Zahl der Leistungen des Landkreises Heilbronn im Förder- und Betreuungsbereich (LT I.4.5a) für Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung nach Wohnformen von 2007 bis 2013 (jeweils zum Stichtag 31.12.)**



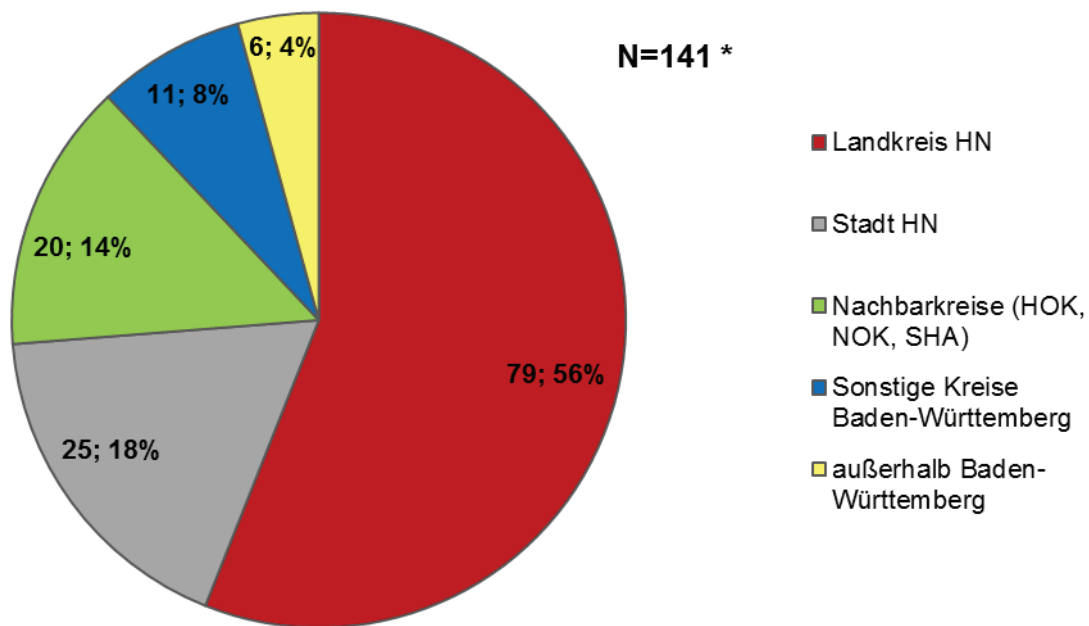
Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

Das Schaubild zeigt, dass die Leistungsberechtigten, die einen Förder- und Betreuungsbereich besuchen, zu etwa einem Drittel privat und zu zwei Dritteln stationär wohnen. Die Verteilung hat sich mit der Erhöhung der Fallzahlen kaum verändert. Die ambulanten Wohnformen (BWF und ABW) spielen in diesem Zusammenhang eine untergeordnete Rolle.



## Förder- und Betreuungsbereich nach Einrichtungsorten

**Schaubild: Leistungen im Förder- und Betreuungsbereich (LT I.4.5a) des Landkreises Heilbronn für Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung am 31.12.2013 nach Einrichtungsorten**



Datenbasis: Auswertung Fallzahlen PROSOZ, Landratsamt Heilbronn, Sozialplanung – Stand 16.12.2013.

\* aufgrund unterschiedlicher Stichtage Abweichung um 1

Mehr als die Hälfte der 141 Leistungsberechtigten, die tagsüber einen Förder- und Betreuungsbereich (FuB) besuchen, werden im Landkreis Heilbronn versorgt (56 Prozent). Weitere 25 Menschen (18 Prozent) besuchen einen FuB im Bereich der Stadt Heilbronn. Somit werden nahezu drei Viertel der Menschen mit geistiger Behinderung, die eine Leistung im FuB vom Landkreis Heilbronn erhalten, wohnortnah versorgt. Da weitere 20 Personen in einem der umliegenden Landkreise Hohenlohekreis, Neckar-Odenwald-Kreis und Schwäbisch Hall im FuB betreut werden, liegt der Grad der regionalen Versorgung bei fast 90 Prozent.

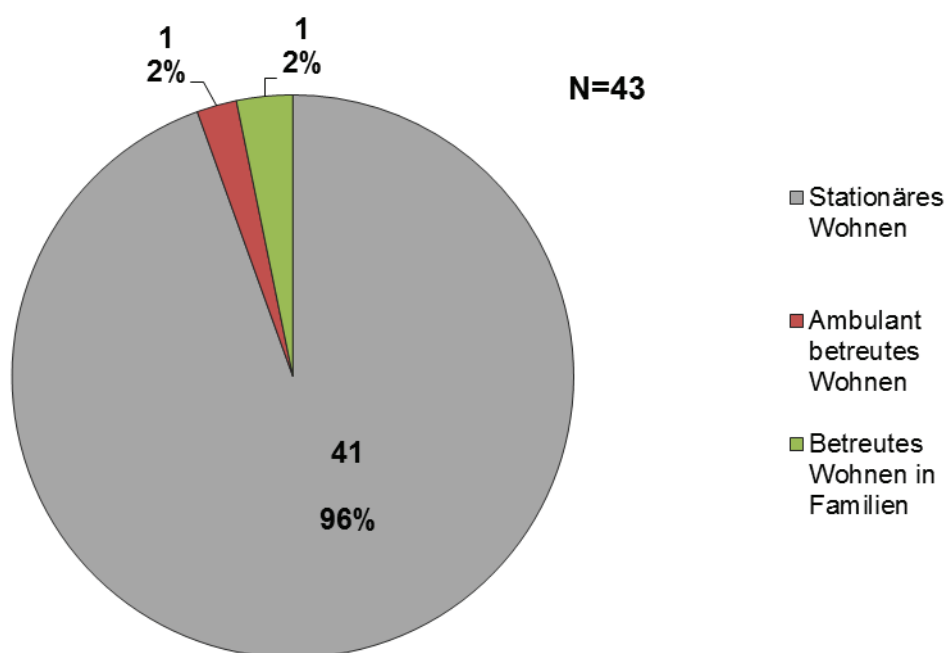
### 7.2.3 Tages- /Seniorenbetreuung

Der Rahmenvertrag nach § 79 Abs. 1 SGB XII beschreibt den Leistungstyp I.4.6 als ein „Tagesstrukturierendes Angebot für erwachsene Menschen mit Behinderungen, in der Regel Senioren“. Das Angebot richtet sich an erwachsene Menschen, in der Regel Senioren, die aus Alters- und/oder gesundheitlichen Gründen das Regelangebot der WfbM oder einer FuB-Gruppe nicht bzw. nicht mehr in Anspruch nehmen können.

Am 31.12.2013 haben 43 Menschen vom Landkreis Heilbronn eine Leistung nach dem Leistungstyp I.4.6 erhalten. Die Zahl der Leistungsberechtigten hat sich in den vergangenen Jahren nicht wesentlich verändert:

31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013
43	45	47	49	50	49	43

**Schaubild: Zahl der Leistungen in der Tages-/Seniorenbetreuung (LT I.4.6) des Landkreises Heilbronn für Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung nach Wohnformen am 31.12.2013**



Datenbasis: Erhebung der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (KVJS-Statistik)

Am 31.12.2013 haben nahezu alle Besucher der Tages-/Seniorenbetreuung nach dem LT I.4.6 eine stationäre Wohnversorgung. Zwei Personen erhalten vom Landkreis Heilbronn eine Unterstützungsleistung im Betreuten Wohnen. Es gibt keine privat wohnenden Besucher. In den vergangenen Jahren war die Verteilung nahezu identisch.

## 8 Themen und Impulse aus Gesprächen

Im Folgenden werden Eindrücke und Diskussionen aus den Einrichtungsbesuchen, Workshops und Fachgesprächen zusammengefasst. Sie ergänzen die quantitative Bestandsaufnahme und runden das Bild durch die Sicht der Akteure, ihre praktischen Erfahrungen und fachlichen Überlegungen ab. Die Zusammenfassung ergibt einen bunten Strauß quer durch alle Themenschwerpunkte und spiegelt die Lebendigkeit und Vielfalt des Teilhabeprozesses im Landkreis Heilbronn wieder.

### 8.1 Einrichtungen. Vor-Ort-Gespräche

#### Offene Hilfen Heilbronn

Beim Einrichtungsgespräch in der Anlaufstelle der **Offenen Hilfen** in Heilbronn am 18. Februar 2014 wurde über die gesamte Angebotspalette des Trägers gesprochen. Im Folgenden steht die Assistenz beim Wohnen (ABW) im Fokus. Die Bereiche Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote sowie familienunterstützender Dienst (FUD) wurden bereits im Kapitel „Ambulante, offene Hilfen und familienentlastenden Dienste“ berücksichtigt.

#### Offene Hilfen Heilbronn gGmbH

*Seit dem Jahr 1992 gibt es die Offenen Hilfen in Heilbronn. Von 1992 bis 1998 war es eine bunte Landschaft aus verschiedenen Angeboten, bis man sich 1998 entschloss, alle offenen, ambulanten Angebote zusammenzufassen. Dies war die Geburtsstunde der als gemeinnütziger GmbH organisierten Offenen Hilfen wie wir sie heute haben.*

**Gleichberechtigte Gesellschafter** waren von Beginn an:

- Beschützende Werkstätte Heilbronn
- Evangelische Stiftung Lichtenstern
- Lebenshilfe Heilbronn-Franken

*Im Jahr 2004 kam dann die Lebenshilfe Eppingen als vierte Gesellschafterin dazu.*

*Unser **Einzugsbereich** ist die Stadt Heilbronn sowie der gesamte Landkreis.*

*Um den nördlichen Teil des Landkreises besser mit Angeboten zu erreichen gründeten wir im Jahr 2009 unsere Außenstelle in Möckmühl. ... Um im flächenmäßig großen Landkreis möglichst nahe bei den Menschen zu sein, haben wir darüber hinaus in Eppingen, Brackenheim und Löwenstein so genannte „Satelliten“.*

*Wir sind Mitglied im Diakonischen Werk der Ev. Kirche in Württemberg e.V..*

Aus [www.oh-heilbronn.de](http://www.oh-heilbronn.de) im Oktober 2015

Die Offenen Hilfen haben Ende 2013 insgesamt rund 100 Personen in der Stadt und im Landkreis Heilbronn beim Wohnen in den eigenen „4 Wänden“ in Form von Einzelwohnen, Paarwohnen und in Wohngemeinschaften unterstützt. Der überwiegende Anteil wohnte im Stadtgebiet.<sup>99</sup> Die Fachkräfte des Trägers im ambulant betreuten Wohnen sind überwiegend in Teilzeit tätig, da sich der Assistenzbedarf auf die Zeit nach der Tages-

<sup>99</sup> Am Stichtag 31.12.2013 wohnten 11 Personen im Landkreis Heilbronn.

struktur konzentriert. Sie werden von geringfügig Beschäftigten und Ehrenamtlichen unterstützt. Der Zugang der Menschen ins ambulant betreute Wohnen erfolgt häufig über Kontakte aus den Freizeitangeboten des Trägers. Die betreut Wohnenden kennen sich aufgrund der räumlichen Entfernungen untereinander nicht oder haben nur wenige Berührungspunkte. Es gibt daher trotz mehrfacher Ansätze in der Vergangenheit keine gemeinsame Interessensvertretung. Im Beirat und Begleitkreis des Inklusionsprojekts „Achtsam im Heilbronner Land“ sind Betroffene vertreten. Angehörige sind seit 15 Jahren über einen Mütter-Gesprächskreis vernetzt.

Ein Prinzip der Offenen Hilfen besteht seit ihrer Gründung darin, grundsätzlich keinen



Mitten drin – und von außen kaum als Einrichtung der Behindertenhilfe zu erkennen: Die Anlaufstelle der Offenen Hilfen in der Stadt Heilbronn.

trägereigenen Wohnraumbestand zu bilden. Dieser frühe inklusive Ansatz hat sich aus Sicht des Trägers konzeptionell bewährt. Die Suche nach geeignetem und bezahlbarem Mietwohnraum für ambulante Betreuung sei aber traditionell eine große Herausforderung und mit den Jahren nicht einfacher geworden. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum betreffe mittlerweile auch viele Einzugsgebiete im Landkreis, zum Beispiel in Autobahnnähe. Bei 90 Prozent aller Wohnungsvermittlungen müsse ein Makler in Anspruch genommen werden, ohne dass die Kosten für die Provision übernommen würden. Die aktuelle Mietpreisentwicklung überschreite die Mietober-

grenze (MOG) erheblich. Es müsse zunehmend auf niedrigpreisigen Wohnraum in sozial belasteten Stadtteilen und Randgebieten zurückgegriffen werden. Oft handle es sich um ältere Gebäudesubstanzen mit hohem Energieverbrauch und entsprechenden Folgekosten. Die Zunahme von betreuten Wohnungen in Brennpunkten sei vor allem unter sozialen Gesichtspunkten fragwürdig und sicher nicht inklusiv.

Herausforderungen sieht der Träger auch aufgrund von Veränderungen des zu betreuenden Personenkreises. Diese seien zum einen auf den Alterungsprozess der bisherigen Klientel, zum anderen auf einen erhöhten Assistenzbedarf von neuen Zielgruppen zurückzuführen. Älter werdende Menschen sollen nach dem Konzept der Offenen Hilfen so lange wie möglich in ambulant betreuten Wohnangeboten verbleiben und nicht allein aufgrund ihres Alters und einem damit einhergehenden gestiegenen Unterstützungsbedarf in stationäres Wohnen wechseln. Gegebenenfalls müsse ein Pflegesetting aufgebaut werden, das den Umzug in eine barrierefreie Wohnung und die Inanspruchnahme häuslicher Pflege umfasse. Eine weitere altersbedingte „Baustelle“ erwartet der Träger, weil in den nächsten Jahren 10 bis 15 Menschen in Rente gehen und ein entsprechendes Tagesstrukturangebot benötigen werden. Man müsse erproben, was Senioren am Übergang und im Ruhestand brauchen.<sup>100</sup> Bei neu Aufzunehmenden zeichne sich ein veränderter Assistenzbedarf zum Beispiel durch die Gruppe der so genannten „Jungen Wilden“ ab. Gemeint sind vorwiegend männliche junge Menschen mit leichter geistiger Behinderung und herausforderndem Verhalten. Sie seien häufig Klientel der Jugendhilfe gewesen, manche seien alkohol- bzw. drogengefährdet und bereits straffällig geworden. Diese jungen Menschen würden ihren Assistenzbedarf entweder nicht akzeptieren oder fühlten sich

<sup>100</sup> Das Projekt „Hand in Hand zum UnRuhestand“ der Offenen Hilfen wurde im Workshop „Behinderung und Alter / Behinderung und Pflege“ am 08.07.2014 präsentiert.

in den bestehenden Angeboten der Eingliederungshilfe aufgrund ihrer kognitiven Fähigkeiten unterfordert.

Themenschwerpunkte und zentrale Anliegen aus dem Gespräch:

- Wohn- und Tagesstrukturangebote für Senioren
- Wohnraumgewinnung (Mietobergrenze als Hindernis)
- Investive Förderung für ABW-Infrastruktur (Anlaufstellen, Freizeittreffs)

Die Vereinbarungen über eine Vergütung nach Leistungspauschalen in vier Stufen („Flexi-ABW“) stellen aus Sicht des Trägers eine verlässliche Finanzierungsgrundlage für diesen Aufgabenbereich dar und werden als positive Unterstützung durch den Landkreis Heilbronn wahrgenommen. In Anbetracht der professionell aufgestellten Angebots- und Arbeitsstruktur bei den offenen und familienunterstützenden Hilfen sei es dringend erforderlich, auch diese verbindlich abzusichern.<sup>101</sup>

### Beschützende Werkstätte Heilbronn

Das Einrichtungsgespräch mit der **Beschützenden Werkstätte** fand am 25. Februar 2014 in Bad Friedrichshall statt. Hier wurden exemplarisch für die anderen Angebote des Trägers im Landkreis der Förder- und Betreuungsbereich (FUB) und die Werkstatt (WfbM) besucht und aktuelle Themen und Überlegungen des Trägers besprochen.

#### Beschützende Werkstätte für geistig und körperlich Behinderte Heilbronn e.V.

##### *Unser Auftrag*

*Die Beschützende Werkstätte Heilbronn e.V. wurde 1967 aus der Bürgerschaft heraus gegründet und ist Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg. Sie ist ein sozialwirtschaftliches Unternehmen, von dem Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung die notwendige Unterstützung erhalten, um ihren Platz in Arbeitsleben und Gesellschaft beanspruchen zu können. Dazugehören vielfältige Arbeits-, Bildungs- und Wohnangebote, die auf den Einzelnen ausgerichtet sind.*

##### *Unser regionaler Bezug*

*Wir sind ortsnah in der Region Heilbronn-Franken tätig.*

Aus [www.bw-heilbronn.de](http://www.bw-heilbronn.de) im Oktober 2015

Die Vertreter der Einrichtung haben berichtet, dass ihrer Wahrnehmung nach im FuB-Bereich zunehmend Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen und Pflegebedarf betreut werden. Insbesondere bei den neu Aufgenommenen sei die Körperaktivität erheblich eingeschränkt, zum Beispiel bei der Nahrungsaufnahme. Dies erfordere eine intensive aktivierende Pflege. Aufgrund der veränderten Anforderungen setze sich das FuB-Personal inzwischen je zur Hälfte aus Heilerziehungspflegern und Pflegekräften zusammen. Der Platzbedarf für Therapieräume sowie die Lagerung von Hilfsmitteln (Rollstuhl, Keilbett, Lifter) habe zugenommen.

<sup>101</sup> vgl. Kapitel Offene Hilfen



Neben den Einschränkungen bei der Mobilität seien viele FuB-Personen erheblich in ihrer Sprachkompetenz eingeschränkt, so dass es anderer Verständigungsformen bedürfe. Die Astrid-Lindgren-Schule hat eine eigene Zeichen- und Bildersprache entwickelt, mit der sich Lehrer und Schüler verständigen können. Auch die Angehörigen sind einbezogen. Bei der Vorbereitung des Übergangs zwischen Schule und Beschützender Werkstätte wird dem Thema Kommunikation eine große Bedeutung eingeräumt. Um an die in der Schulzeit erworbene Kommunikationskompetenz ansetzen und sich auch mit sprachlich stark eingeschränkten Menschen verständigen zu können, erlernen FuB-Mitarbeiter die gemeinsame Sprache. Wie wichtig Absprache und Sprache im Alltagsablauf sind, wurde beim Besuch der Einrichtung von der Mutter eines mehrfachbehinderten Klienten und seinem Betreuer eindrucksvoll beschrieben. Wenn der junge Mann abgeholt wird, trägt sein Betreuer einen Sprach-Button und wendet sich in seinem Auftrag an die Mutter: „Ich habe gut geschlafen, ich brauche Windeln.“ Teilhabe soll sich im täglichen Dreiecksverhältnis und ganz konkret verwirklichen können.

Bei der anschließenden Werkstattbesichtigung wurde das Bemühen deutlich, die Arbeitsplätze differenziert auf die individuellen Fähigkeiten und Kenntnisse der Beschäftigten abzustimmen. Das Spektrum reicht von einfachen Tätigkeiten mit entsprechenden Hilfsmitteln (z.B. selbst gefertigten Schablonen) bis hin zur Tätigkeit an einer CNC-Fräsmaschine. Beim Einsatz an einem der anspruchsvolleren Arbeitsplätze kann erprobt werden, ob ein Übergang auf einen Außenarbeitsplatz in Frage kommt.

An allen sieben WfbM-Standorten der Beschützenden Werkstätte gibt es Werkstattträte als gemeinsame Vertretung für Beschäftigte mit geistiger und mit seelischer Behinderung sowie einen Gesamt-Werkstatttrat. Die Arbeit wird von einer Mitarbeiterin mit halber Stelle unterstützt, zum Beispiel bei der Qualifizierung der Werkstattträte und bei der Organisation des Fahrdienstes. Im Interview einer Mitarbeiterin mit der Vorsitzenden des Friedrichshal-



Werkstattträte als T-Shirt-Models. Wenn ein Werkstatttrat damit durch die Werkstatt geht, weiß jeder: Heute ist Sprechstunde.

ler Werkstatttrates wurde das große Engagement und die Kreativität des fünfköpfigen Gremiums deutlich, das im Monat einmal mit und einmal ohne Assistenz tagt. Seit der Einführung eines Ideen- und Beschwerdemanagements findet regelmäßig am gleichen Wochentag eine Sprechstunde statt, bei der im Wechsel in der einen Woche Beschwerden und in der anderen Woche Ideen eingebracht werden können. Die Werkstattträte tragen an diesem Tag ein T-Shirt

mit der Beschriftung „Beschwerden“ oder „Ideen“, um ihre Kollegen zu erinnern und zur Beteiligung zu ermuntern.

Mehrere Ideen wurden bereits umgesetzt. So gibt es jetzt zum Beispiel zwei Menüs auf dem Speiseplan. Die rührige Werkstattträtin nutzte aber auch die Gelegenheit, um eine eigene Beschwerde vorzubringen. Sie bemängelte die häufigen Umstellungen beim Fahrdienst mit Änderungen der Fahrtrouten und Fahrerwechsel und wünschte sich möglichst viel Kontinuität in allen Lebensbereichen.



Auch im Werkstattbereich sehen sich die Mitarbeiter neuen Anforderungen gegenüber. Die Zahl der Werkstattbeschäftigten mit einer Doppeldiagnose (psychische Erkrankung mit Facharztbedarf) nehme deutlich zu, ebenso Autismus-Spektrum-Störungen und herausforderndes Verhalten. Beim Übergang aus der Schule, aber auch im weiteren Verlauf gebe es einen hohen diagnostischen Bedarf, der eine entsprechende Qualifikation erfordere. Die Beschützende Werkstätte sei offen gegenüber konzeptionellen Ansätzen für mehr Durchlässigkeit zwischen FuB und WfbM bei der Versorgung von Menschen mit hohem Hilfebedarf und für die Überlegung, dass diese Personengruppe nach Verlassen der Schule zunächst in den Eingangsbereich einer WfbM wechselt. Durchlässigkeit erfordere aber eine entsprechende räumliche Ausstattung und mehr Flexibilität als dies bisher im engen Rahmen der Leistungstypen I.4.4 und I.4.5 möglich sei. Am Standort Talheim wird das Projekt Arbeitsfördergruppe durchgeführt. Leistungsmäßige „Grenzgänger“ aus der WfbM und dem Förder- und Betreuungsbereich können hier in einer eigenen Gruppe ihre individuelle Leistungsfähigkeit unter werkstattnahen Arbeitsbedingungen erproben. Es geht um Training und Clearing auf Zeit.

Im Bereich Wohnen sieht der Träger einen hohen Bedarf an zusätzlichen ABW-Plätzen. Die Nachfrage aus dem Landkreis und der Stadt Heilbronn könne derzeit und in absehbarer Zukunft nicht durch die Aquse von Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt gedeckt werden. Die Beschützende Werkstätte plane deshalb die Schaffung von 21 Plätzen in Lauffen<sup>102</sup> und 20 Plätzen in Bad Friedrichshall. Mit der Stiftung LebensWerkstatt bzw. einem Investor sollen geeignete Gebäude gebaut und vom Träger für die Betreuung von Paaren, Zweier-Wohngemeinschaften und Einzelpersonen genutzt werden. Neben neuen Räumen für ambulant betreutes Wohnen, soll es Beratungsangebote und Begegnungsmöglichkeiten geben.

Themenschwerpunkte und zentrale Anliegen aus dem Gespräch:

- Appartement-Wohnen im Service-Zentrum an zwei Standorten
- Durchlässigkeit zwischen Werkstatt und Förder- und Betreuungsbereich (gestalteter Übergang)

### Evangelische Stiftung Lichtenstern

Beim Einrichtungsgespräch mit der **Evangelischen Stiftung Lichtenstern** am 9. April 2014 fand ein Rundgang auf dem Heimgelände in Löwenstein statt. Im Anschluss wurde nach einer kurzen Besichtigung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingeweihten Werkstatt in Obersulm-Willsbach eine Außenwohngruppe in Weinsberg besucht.

Berichtet wurde von zunehmenden Anfragen für Menschen mit geistiger Behinderung und psychischer Erkrankung (Doppeldiagnose) bzw. massiven Verhaltensauffälligkeiten („Systemsprenger“). Anfragen für das LIBW gebe es aus ganz Baden-Württemberg. Auch die Kurzzeitpflegeplätze seien sehr gefragt. Die verbale Kommunikation sei bei vielen Bewohnern beeinträchtigt. Im binnendifferenzierten Luitgardhaus zum Beispiel seien von rund 20 pflegebedürftigen Bewohnern nur zwei in der Lage, sich zu artikulieren. Insbesondere beim Wechsel von langjährigen Mitarbeitern bestehe die Gefahr, dass die Verständigung der Menschen mit ihrer Außenwelt abbreche.

<sup>102</sup> Baubeginn war im Juni 2015. Die Fertigstellung ist für Sommer 2016 vorgesehen.

### Evangelische Stiftung Lichtenstern

*Als Partner für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung und deren Angehörige sind wir seit 1963 in der Region Heilbronn, Franken und Hohenlohe tätig.*

*Das umfasst stationäre Wohnangebote und ambulant betreutes Wohnen, eine Schule mit Schulkindergarten und Außenklassen für Kinder und Jugendliche mit einer geistigen und/oder körperlichen Behinderung, eine inklusive Ganztagesgrundschule, die Lichtensterner Werkstätten mit mehreren Standorten, Tagesförderstätten, therapeutische Angebote, Freizeitangebote und Beratung. Ergänzend dazu ist unsere Stiftung im Bereich Altenhilfe mit einem Senioren- und Pflegeheim tätig. Hauptsitz unserer Stiftung ist das ehemalige Zisterzienserinnenkloster Lichtenstern bei Löwenstein.*

*Die Evangelische Stiftung Lichtenstern ist eine kirchliche Stiftung bürgerlichen Rechts und Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg.*

Aus [www.lichtenstern.de](http://www.lichtenstern.de) im Oktober 2015

Mitglieder des Bewohnerbeirats haben ihre Wünsche für ein möglichst selbstbestimmtes Leben zusammengestellt<sup>103</sup> und unter anderem die schlechte Anbindung von und nach Löwenstein (Stammgelände und Friedrichshof) bemängelt. Auch die Vertreter der Einrichtung wiesen beim Vor-Ort-Gespräch darauf hin, dass die Taktzeiten der Buslinie beim letzten Fahrplanwechsel vor allem abends und am Wochenende ausgedünnt worden seien. Die näher gelegene Haltestelle werde nicht mehr angefahren, da nach Auskunft des Landratsamtes ein Weg von zwei Kilometern zumutbar sei. Der Weg dorthin sei aber nicht barrierefrei und im Winter nicht geräumt. Betroffen seien verschiedene Personengruppen. Da die Wahl des Arbeitsortes zu einem selbstbestimmten Leben dazu gehöre, gebe es sowohl Löwensteinbewohner, die in anderen Werkstätten arbeiten als auch Bewohner aus anderen Wohnangeboten, die in den Löwensteiner Werkstätten beschäftigt sind. Die Verschlechterung erschwere die Bewältigung von Arbeitswegen und die selbständige Freizeitgestaltung der Bewohner und wirke sich auch für Mitarbeiter und Angehörige negativ aus.



Herr W. ist stolz auf sein Gewächshaus, das extra für ihn in der Nähe seiner Wohngruppe auf dem Heimgelände errichtet wurde. Hier kann er seine eigenen Erdbeeren pflanzen und ernten. Früher hat er bei seinem Bruder in der Gärtnerei gearbeitet.

<sup>103</sup> Siehe auch die Ausführungen in diesem Kapitel zum Workshop Inklusion

Andererseits biete das Stammgelände den Raum für die Gestaltung einer auch auf Schwächere angepassten Lebenswelt. Es gebe das ständige Bemühen, den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen mit individuellen kreativen Lösungen gerecht zu werden.

Die in Weinsberg besuchte Außenwohngruppe ist in einem ehemals privaten und von der Stiftung erworbenen Gebäude untergebracht. Das Haus verfügt – anders als bei Einrichtungsneubauten – über Balkone an einzelnen Bewohnerzimmern und ist von außen nicht als stationäre Einrichtung zu erkennen. Es ist nicht durchgängig barrierefrei. Das pädagogische Konzept des Hauses versuche das erforderliche Maß an Assistenz mit möglichst viel Normalität bei Verrichtungen im Haushalt und bei der Freizeitgestaltung zu verbinden. In einem Anbau befindet sich eine Wohnung mit zwei ABW-Plätzen. Die räumliche Nähe zum stationären Angebot der Außenwohngruppe ermögliche eine schrittweise Selbstständigkeit.



Frau S. freut sich über ihren eigenen kleinen Staubsauger, weil sie ihn jederzeit benutzen kann: „Der Gruppenstaubsauger im Keller ist zu schwer für mich.“

Neben Wohn- und Tagesstrukturangeboten, ist die Evangelische Stiftung Lichtenstern Träger verschiedener schulischer Einrichtungen im Landkreis Heilbronn. Dazu gehören eine Sonderschule, ein Sonderschulkindergarten und eine Sonderpädagogische Beratungsstelle. In Weinsberg-Gellmersbach gibt es außerdem die Grundschule des Trägers als inklusive Ganztagschule. Von den rund 60 Sonderschülern besuchten 50 Prozent die Sonderschule am Zentralstandort in Löwenstein, die anderen gingen in Außenklassen in Obersulm-Affaltrach, Wüstenrot und Weinsberg. Die Vertreter der Einrichtung berichteten, dass die Zahl der Anfragen für eine Unterbringung von Schülern steige, weil die Familie überfordert sei. Über nicht-stationäre Betreuungsmöglichkeiten (Familienpflege), wie sie die Evangelische Stiftung Lichtenstern in einem Nachbarkreis organisiert, werde für den Landkreis Heilbronn nachgedacht.

Ein großes aktuelles Thema der Komplexeinrichtungen in Baden-Württemberg betrifft auch die Evangelische Stiftung Lichtenstern mit ihrem Stammgelände in Löwenstein. Wesentliche Herausforderungen bestünden bei der Umsetzung der Landesheimbauverordnung sowie bei den Aufgaben zur Sicherung der Infrastruktur (Wasserleitungen, freiwillige Feuerwehr, Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr). Den Erhalt der Infrastruktur - aus Sicht des Trägers eine kommunale Aufgabe - müsse Lichtenstern selber finanzieren. Trotz der sich abzeichnenden enormen finanziellen Belastung werde der Zentralstandort auch in Zukunft weiter als wichtiger Angebotsbaustein im Bereich Wohnen und Tagesstruktur benötigt. Man sehe sich in der Verantwortung für diejenigen Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung auch in Zukunft einen besonders geschützten Rahmen brauchen. Die Evangelische Stiftung Lichtenstern habe sich mit ihren gemeindeorientierten Wohnprojekten früh in die Mitte der Gesellschaft bewegt. Dieser Weg sei aber nicht für alle Menschen mit Behinderung geeignet. Der Inklusionsprozess müsse sich behutsam entwickeln, Vielfalt lasse sich nicht verordnen, so das Credo der Evangelischen Stiftung Lichtenstern.

Themenschwerpunkte und zentrale Anliegen aus dem Gespräch:

- Kostenaufwendige Modernisierung im Sinne der Landesheimbauverordnung und Instandhaltung der Infrastruktur am Zentralstandort, der als Schutzraum für Schwächere weiterhin als nötig angesehen wird
- bei gleichzeitiger Dezentralisierung von Wohn- und Tagesstrukturangeboten

**Alle drei im Landkreis tätigen Einrichtungsträger sehen sich vor großen konzeptionellen und strukturellen Herausforderungen. Es gebe einen zunehmenden Bedarf für Menschen mit Behinderung und zusätzlicher psychischer Erkrankung sowie herausforderndem Verhalten. Mit dem Älterwerden der bisherigen Klientel erhöhe sich der Assistenzbedarf. Wichtig sei die Entwicklung einer gemeinsamen Grundlage zur Kommunikation zwischen Menschen mit sprachlichen Beeinträchtigungen, ihren Angehörigen und Mitarbeitern.**

**Der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum für ambulant betreutes Wohnen wird durchgängig als Problem benannt. Während die Evangelische Stiftung Lichtenstern und die Beschützende Werkstätte Heilbronn vor allem trügereigenen Wohnraum zur Verfügung stellen, sind die Offenen Hilfen Heilbronn ausschließlich auf die Gewinnung von Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt angewiesen. Für die Evangelische Stiftung Lichtenstern geht es um den Spagat zwischen der Aufrechterhaltung der Infrastruktur auf dem Zentralgelände und einer weiteren Dezentralisierung.**

**Bei der Gestaltung von Tagesstruktur steht aus Sicht der Anbieter vor allem die Versorgungssituation von Menschen mit hohem Assistenzbedarf im Fokus. Durchlässige, individuelle Lösungen zwischen FuB und WfbM seien gefragt. Die Tagesbetreuung für Senioren müsse den unterschiedlichen Bedürfnissen und Erfordernissen der Betroffenen gerecht werden können.**

## 8. 2 Älter werden. Workshop „Behinderung und Alter / Behinderung und Pflege“

Die Frage nach der Situation von Menschen mit Behinderung im Alter und ihrem Unterstützungsbedarf ist ein Querschnittsthema, mit dem sich die Teilhabeplanung in vielerlei Zusammenhängen befasst hat. Ausführungen dazu finden sich daher in verschiedenen Kapiteln dieses Berichts<sup>104</sup>. In der Diskussion geht es um geeignete Wohnangebote für Menschen mit altersbedingtem, erhöhtem Unterstützungsbedarf, um differenzierte, bedarfsorientierte Tagesstrukturangebote für Senioren, um die Gestaltung des Übergangs von Arbeit in den Ruhestand sowie um den Übergang in Pflege. Im Folgenden werden die Inhalte des Workshops vom 8. Juli 2014 zusammengefasst, soweit sie nicht an anderen Stellen berücksichtigt wurden.

### Zur Ausgangssituation in Baden-Württemberg

Eine 2008 durchgeführte Blitzumfrage des KVJS bei den 44 Stadt- und Landkreisen zusammen mit der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Landesamtes einen Überblick über die demografische Entwicklung bei pflegebedürftigen Menschen mit Behinde-

<sup>104</sup> Vgl. Abschnitt „Lebenserwartung und Überlebenswahrscheinlichkeiten“, Kapitel 1; Altersstruktur in den Wohn- und Tagesstrukturangeboten, Kapitel 6 und 7.



rungen im Seniorenalter ermöglicht<sup>105</sup>. Am Stichtag 31.12.2007 war der Anteil der unter 55 jährigen Empfänger von Eingliederungshilfe mit 86,7 Prozent deutlich höher als der Anteil dieser Altersgruppe bei der Gesamtbevölkerung mit 70 Prozent. Bei den über 70-Jährigen war es mit 1,7 zu 12,9 Prozent umgekehrt. Mit zunehmendem Alter stieg der Anteil stationär Wohnender, während der Anteil im privaten Wohnen sowie im ambulant betreuten Wohnen erheblich zurückging<sup>106</sup>. Während die Verschiebungen der Altersstruktur bei den verschiedenen Wohnformen in etwa erwartet werden konnten, fielen die Ergebnisse zum Thema Pflegebedürftigkeit eher überraschend aus. Der Anteil pflegebedürftiger Leistungsempfänger von Eingliederungshilfe erhöhte sich zwar mit zunehmendem Alter, lag jedoch auch bei den 70 Jahre alten und älteren Menschen nur bei rund einem Drittel. Ältere Menschen mit Behinderung sind nicht per se pflegebedürftig – so lautete die zentrale Erkenntnis der landesweiten Blitzumfrage von 2008.

Das KVJS-Forschungsprojekt „Alter erleben“<sup>107</sup> hat die Lebensqualität und die Lebenserwartung von Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung untersucht und wissenschaftlich analysiert. Gefragt wurde unter anderem nach der gesundheitlichen Situation sowie den altersspezifischen Befindlichkeiten und Bedürfnissen. Das 2013 veröffentlichte Fazit: Menschen mit Behinderung haben – auch im Alter – eine vergleichsweise positive Einstellung zum Leben. Fast 70 Prozent der Befragten ab 65 Jahren meinten, „das Leben ist schön“ oder „ich bin zufrieden“. Auch die eigene Gesundheit wurde subjektiv überwiegend als gut oder sehr gut eingeschätzt. Festgestellt haben die Forscher andererseits gesundheitliche Probleme bei den Befragten, die über eine altersbedingte Zunahme hinaus im Zusammenhang mit der Behinderung standen. Besonders auffallend war der überdurchschnittlich hohe Anteil an übergewichtigen bzw. adipösen Menschen. Der Tabak- und Alkoholkonsum war gegenüber der Gesamtbevölkerung zwar noch geringer ausgeprägt, dies könnte sich als eine Begleiterscheinung beim ambulant betreuten Wohnen ändern. Die befragten Menschen mit Behinderung besuchten seltener Haus- und Fachärzte, die Zahl der Krankenhausaufenthalte war jedoch deutlich höher als bei der Gesamtbevölkerung. Konzepte für ein Wohnen mittendrin in der Gemeinde müssen gesundheitliche Risiken zum Beispiel durch Substanzmittelkonsum berücksichtigen und eine ausreichende ambulante und stationäre medizinische Versorgung gewährleisten.

## Angebote im Landkreis Heilbronn

Im Landkreis Heilbronn gab es zu Beginn der Teilhabeplanung 22 so definierte „binnendifferenzierte“ Plätze<sup>108</sup>. Dabei handelt es sich um stationäre Plätze in einer Eingliederungshilfeeinrichtung nach SGB XII mit Versorgungsvertrag und Pflegesatzvereinbarung nach SGB XI. Die Pflege muss im Vordergrund stehen. Träger ist die **Stiftung Lichtenstern**, die Plätze befinden sich in einem Haus auf dem Zentralgelände. Durch die Sanierung eines weiteren Gebäudes wird sich die Zahl auf 44 verdoppeln. Ebenfalls auf dem Zentralgelände gibt es seit 2000 eine Tagesbetreuung für Senioren (Leistungstyp I.4.6), ein weiterer Platz ist für die Tagesförderstätte in Eppingen vereinbart. Im Workshop haben eine Mitarbeiterin und zwei Nutzerinnen von ihrer Arbeit bzw. ihren Erfahrungen in der Gruppe für Senioren auf dem Zentralgelände berichtet. Dort werden etwa 20 ehemalige

<sup>105</sup> Stellungnahme des KVJS zum Antrag der CDU-Fraktion „Demografische Entwicklung im Blick auf pflegebedürftige Menschen mit Behinderung im Seniorenalter - Herausforderung für die Pflegeversicherung“

<sup>106</sup> Betrachtet man jeweils die 55 bis unter 60-Jährigen und die Altersgruppe derjenigen, die 70 Jahre und älter waren, so ergab sich am 31.12.2007 ein Anstieg im stationären Wohnen von 54,1 auf 69,5 Prozent und ein Rückgang beim ambulanten Wohnen von 14,9 auf 5,3 Prozent, beim privaten Wohnen von 24,5 auf 9,2 Prozent.

<sup>107</sup> KVJS. Alter erleben. Lebensqualität und Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung im Alter. Juni 2013

<sup>108</sup> Definition von Binnendifferenzierung: Eingliederungshilfeeinrichtung SGB XII mit Versorgungsvertrag und Pflegesatzvereinbarung nach SGB XI – die Pflege muss dabei im Vordergrund stehen.

WfbM-Beschäftigte ganz- oder halbtags betreut. Ziel sei es, die individuellen Fähigkeiten sowie die geistige und körperliche Gesundheit der Rentner zu erhalten. Der Alltag werde lebensnah, z.B. durch gemeinsames Kochen mit vorheriger Einkaufsplanung gestaltet. Beliebt sei der Postdienst innerhalb der Stammeinrichtung, der den Kontakt zu ehemaligen Kollegen und anderen Bewohnern ermögliche. Um den Erhalt sozialer Beziehungen oder die Erinnerung daran und um die Verarbeitung von Verlust, gehe es bei Krankenbesuchen und Trauerarbeit und bei der Biografiearbeit. Mit alten Fotos, Archivbildern oder Gegenständen werde versucht, frühe und längst vergessene Erinnerungen zu wecken und zur Gestaltung der Gegenwart und Zukunft zu nutzen. Damit der Übergang in das Rentenleben möglichst reibungslos gelingt, seien vorab Probebesuche in der Seniorenbetreuung möglich.

Die **Beschützende Werkstätte** hält Angebote für Senioren in anderen Kreisen vor (Stadt Heilbronn, Landkreis Schwäbisch Hall). Auch in stationären Wohnheimen des Trägers nach Leistungstyp I.2.1, die nicht ausdrücklich für den Personenkreis konzipiert sind, werden Senioren bzw. (jüngere) Menschen mit Pflegebedarf versorgt.

„Hand in Hand zum Unruhestand“ heißt ein Projekt der **Offenen Hilfen**, das mit einer Laufzeit von 3 Jahren im Rahmen des Programms „Förderung der Selbständigkeit älterer Menschen mit Behinderung“ von der Baden-Württemberg Stiftung gefördert wurde<sup>109</sup>. Der Projektverantwortliche stellte im Workshop die Ziele vor, zwei Teilnehmer berichteten von ihren persönlichen Erfolgen. Projektziel sei die Gestaltung eines allmählichen Übergangs aus der Erwerbsarbeit in den Ruhestand und eine Verankerung im Gemeinwesen durch die Teilnahme an sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten gleichaltriger Menschen im Umfeld. Damit das gelingen könne, müssten die Betroffenen in ihrer Selbständigkeit gestärkt und ein soziales Netzwerk aus Menschen mit und ohne Behinderung aufgebaut werden. In der Projekt-

zeit seien Kompetenzen zur Nutzung von Freizeitangeboten trainiert worden. Dabei habe sich bei Aktiv- und Bildungsreisen ein besonderes Potential gezeigt, Selbstständigkeit zu fördern. Die Annäherung von Menschen mit und ohne Behinderung sei aber kein Selbstläufer und müsse, so eine Erfahrung aus dem Projekt, moderiert und begleitet werden. Eine große Sorge der Projektverantwortlichen sei, ob und in welcher Form die begonnenen Maßnahmen nach Beendigung des Projekts fortgesetzt werden können. Diese Frage stelle sich bei allen Projekten, die am Programm der Landesstiftung teilgenommen haben.

### Hand in Hand zum Unruhestand

#### **Aufbau und Betreuung eines Netzwerkes von Menschen mit und ohne Behinderung**

*„Eine Sicht auf die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderung fällt vielen Menschen im direkten Umgang schwer. Die Defizite geraten immer wieder ins Bild. Ein Netzwerk, das von Menschen mit Behinderung betrieben wird, ist damit einfach nicht attraktiv für alle. Jetzt, am Ende unserer Projektlaufzeit zeichnet sich in Heilbronn mit dem Netzwerk Nordstadt ein möglicher Partner ab, der den Themen Lebensgestaltung und Nachbarschaftshilfe aus Sicht der Regelgesellschaft Raum gibt. Ein Gremium, in dem wir auf institutioneller Ebene vernetzt sind, ist der **Kreisseniorenrat**. Dort, vor allem im Diskurs über Lebensstrukturen im Alter, lässt sich immer wieder erkennen, dass im Altern bezüglich der Selbständigkeit einige Probleme unabhängig von Behinderung bestehen. Allerdings stehen Menschen mit Behinderung immer noch deutlich weniger Lösungswege zur Verfügung.“*

Aus dem Projektbericht, Offene Hilfen Heilbronn

<sup>109</sup> www.bwstiftung.de

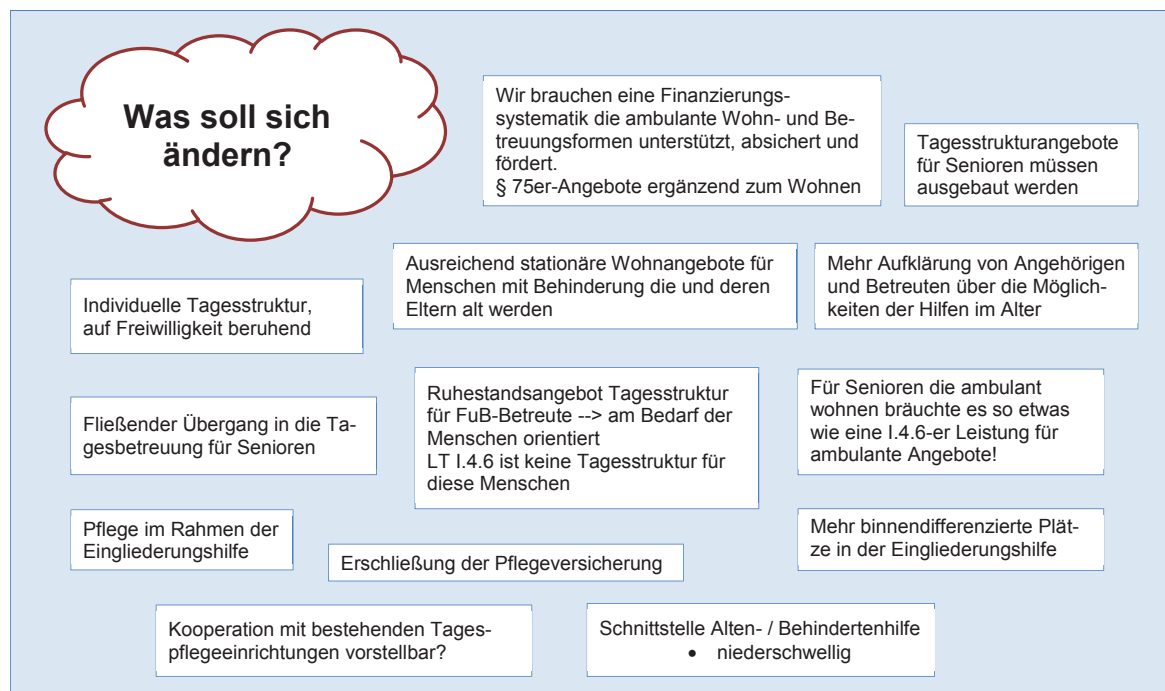


Die beiden im Workshop anwesenden **Projektteilnehmer** ergänzten aus eigenem Erleben, was sich für sie verändert hat. Seinen lang gehegten Wunsch, Fahrrad zu fahren, konnte sich einer von ihnen durch die Beschaffung eines Liege-Fahrrads erfüllen. Nachdem er über einen langen Zeitraum trainiert und Verkehrsregeln gelernt hat, kann er nun mit Ende 50 selbständig in die WfbM fahren oder seine Familie besuchen. Sein Aktionsradius hat sich erheblich vergrößert, eine gute Ausgangssituation für den Ruhestand.

Zum Auftakt der Diskussion konnten sich die Teilnehmenden im Rahmen einer Kartenabfrage zu den Fragen „Was ist gut?“, „Was ist nicht so gut?“ und „Was soll sich ändern?“ einbringen.

Aus Sicht der Workshop-Teilnehmenden muss sich die Eingliederungshilfe an verschiedenen Stellen auf den Bedarf älter werdender Menschen mit Behinderung einstellen.

Man werde ausreichende altersgerechte stationäre Plätze benötigen, müsse aber unter inklusiven Gesichtspunkten auch die ambulanten Angebote so weiterentwickeln, dass Menschen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden leben können. Alten- und Behindertenhilfe sollten sich annähern und ihre jeweiligen Ressourcen einbringen. Bisher gebe es zum Beispiel wenig Kontakte von Angehörigen zum Pflegestützpunkt. Eine qualifizierte Beratung erfordere allerdings gute Kenntnisse über die besondere Situation und die Bedürfnisse von Menschen mit einer wesentlichen Behinderung. Auch die Kooperation mit Tagespflegeeinrichtungen sei vorstellbar.



Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, dass mit der Zahl der Senioren auch der Bedarf an Tagesstruktur für älter werdende Menschen mit Behinderung steige und der derzeit für alle Senioren einheitlich zugrunde gelegte Leistungstyp LT I.4.6 den unterschiedlichen Bedarfen nicht gerecht werde. Es gehe um Angebote, die dem Wunsch von Menschen im Ruhestand nach freiwilliger Inanspruchnahme und individueller Gestaltung (z.B. Ausschlafen) entgegen kommen. Es gehe um strukturelle Anforderungen für Menschen, die ambulant und insofern dezentral wohnen. Es gehe insbesondere um geeignete und auskömm-

lich ausgestattete Angebote für Menschen, die aus dem Förder- und Betreuungsbereich kommen.<sup>110</sup>

**Ältere Menschen mit Behinderung sind nicht per se pflegebedürftig, haben aber einen altersbedingt spezifischen Unterstützungsbedarf. Auch im Landkreis Heilbronn wird es in Zukunft verstärkt um die Entwicklung geeigneter Wohnkonzepte insbesondere für ambulant betreute ältere Menschen gehen, um differenzierte Tagesstrukturangebote für Senioren mit unterschiedlich hohem Hilfebedarf, um die Gestaltung des Übergangs von Arbeit in den Ruhestand und um das Thema Pflege. Damit Teilhabe auch im Alter möglich ist, müssen Kommunikationskompetenzen erhalten und andere Fähigkeiten für eine möglichst selbständige Wahrnehmung von Angeboten aus dem Umfeld frühzeitig trainiert werden – so die Erfahrungen aus der Praxis.**

### 8.3 Selbsthilfe. Fachgespräch „Selbsthilfe-orientierte Gruppen / engagierte Betroffene und Angehörige“

Die Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung sowie von Eltern, anderen Angehörigen und sozial Engagierten ist in Ergänzung zu professioneller Fremdhilfe von großer Bedeutung. Es geht um Teilhabe und Inklusion der Betroffenen, es geht aber auch um die Stärkung von Familien, um die Unterstützung von sorgenden, betreuenden und pflegenden Angehörigen. Vertreter von Selbsthilfegruppen und engagierte Einzelpersonen sind der Einladung zu einem Fachgespräch gefolgt und haben am 10. Dezember 2013 anschaulich über die Gründe und Ziele ihres Engagements, ihre Erfahrungen und ihre Wünsche gesprochen. Ergeben hat sich ein guter Einblick in die vielfältigen Angebote und Aktivitäten.

Die Vorsitzende der **T21 Familiengruppe** stellte die Aktivitäten ihrer Initiative vor. Die Elternstammtische und andere regelmäßige Treffen gebe es seit über 15 Jahren. Aktueller Schwerpunkt sei das Thema „Inklusion in der Schule“.

#### **T21 Familiengruppe Heilbronn**

##### ***Selbsthilfegruppe für Kinder mit Down-Syndrom und ihre Familien aus dem Großraum Heilbronn und Ludwigsburg***

##### *Unsere Aktivitäten:*

- *Regelmäßige Treffen für die ganze Familie (Café und Kinderspiel, Ausflüge, Grillen)*
- *Elternstammtisch*
- *Informations- und Erfahrungsaustausch*
- *Themenabende*
- *Vermittlung von Kontakten*
- *Einstehen für ein gemeinsames Leben von Menschen mit und ohne Behinderung*

Aus [www.t21-heilbronn.de](http://www.t21-heilbronn.de) im November 2015

<sup>110</sup> Auf diese auch landesweit diskutierte Thematik wurde im Verlauf des Teilhabeprozesses immer wieder hingewiesen. (vgl. Kapitel Tagesstruktur).

Der stellvertretende Vorsitzende des Vereins **Lolo's friends – Hilfe für besondere Kinder** berichtete, dass es 2011 zunächst um Spenden für eine Delphintherapie für ein Mädchen mit mehrfacher Behinderung gegangen sei. Die überwältigende Resonanz habe zur Gründung eines Vereins geführt, der Betroffenen auch Zuschüsse für Therapien und Hilfsmittel wie spezielle Fahrräder oder Therapieschaukeln zur Verfügung stelle. Ein Teil werde durch Wohltätigkeitsveranstaltungen erwirtschaftet. Es falle Eltern nicht leicht, finanzielle Unterstützung zu beantragen.

#### **Lolo's friends**

***Ein gemeinnütziger Verein,  
der „besonderen“ und kranken Kindern in der Region Heilbronn hilft.***

*Was wir bieten können:*

- *Behördenhilfe*
- *Hilfe beim Pflegetagebuch führen*
- *Kinderwünsche erfüllen*
- *Therapien ermöglichen, die von den Krankenkassen nicht übernommen werden*
- *Therapiemittel und Hilfsmittel*

Aus [www.lolosfriends.de](http://www.lolosfriends.de) im November 2015

Die Geschäftsführerin der **Lebenshilfe Heilbronn** erläuterte, dass der Verein 1960 aus dem Selbsthilfegedanken heraus (zwei Jahre nach Gründung der Lebenshilfe in Marburg) entstanden sei. Der Austausch von Erfahrungen und Informationen stehe immer noch im Mittelpunkt. Seit 2007 gebe es eine niederschwellige Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung in Heilbronn. Die Lebenshilfe Heilbronn-Franken e.V. ist wie auch die Lebenshilfe Eppingen Gesellschafter der Offenen Hilfen und der Frühen Hilfen Heilbronn. Die beiden Lebenshilfen unterstützen außerdem das Kurzzeitwohnen der Stiftung Lichtenstern.

#### **Lebenshilfe Heilbronn- Franken e.V. für Menschen mit Behinderung**

***Selbsthilfevereinigung  
von Eltern, Angehörigen, Fachleuten und engagierten Bürgern***

*Unser Angebot für Sie:*

- *Beratung und Hilfestellung*
- *Arbeits- und Gesprächskreise*
- *Juristische Beratung*
- *Vorträge*
- *Workshops*

aus [www.lebenshilfe-heilbronn.de](http://www.lebenshilfe-heilbronn.de) im November 2015

Der stellvertretende Vorsitzende der **Lebenshilfe Eppingen** berichtete aus der Arbeit des Vereins und von der ideellen und finanziellen Unterstützung des gemeindeorientierten Wohnangebots der Stiftung Lichtenstern in Eppingen. Kleinere dezentrale Angebote vor Ort seien eine Stärkung des Wunsch- und Wahlrechts. Enge Kontakte gebe es auch zwischen der Lebenshilfe und dem Eppinger Verein „**Un-Behindert miteinander leben e.V.**“.<sup>111</sup>

Vertreter einer Interessensgemeinschaft, die aus zahlreichen **Eltern der Kaywaldschule Lauffen** besteht, stellten sich mit ihrem Anliegen und Engagement für eine gute Wohnversorgung vor. Sie sehen einen dringenden Bedarf für stationäre Wohnplätze im südwestlichen Teil des Landkreises (Zabergäu).

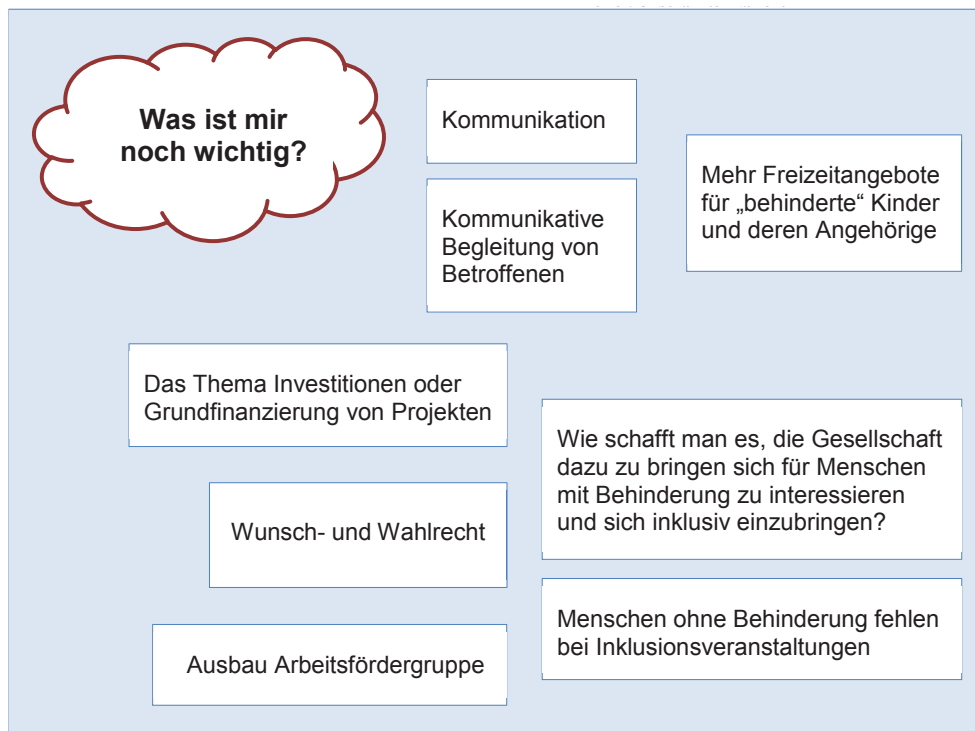
Die Angehörigenvertreter der Stiftung Lichtenstern und der Beschützenden Werkstätte sowie ein weiterer Angehöriger schilderten ihre persönlichen Erfahrungen insbesondere an biografischen Übergängen. Für Familien, deren behindertes Kind zu Hause lebe, gebe es einen hohen Bedarf an Tagesbetreuungsmaßnahmen in Ferienzeiten. Das vorhandene Angebot decke diesen Bedarf nicht vollständig. Wichtig sei auch die Möglichkeit zur Beschäftigung außerhalb von Werkstätten. Die in der Schule entwickelten und eingesetzten Methoden und Hilfsmittel zur Unterstützung von Menschen mit Sprachstörungen sollten in den Einrichtungen fortgesetzt werden.

Aus den Rückmeldungen im Rahmen einer Kartenabfrage „Was läuft gut?“ „Wo werden Bedarfe gesehen?“ „Was ist mir noch wichtig?“ verdichteten sich verschiedene Schwerpunktthemen. Als grundsätzlich positiv empfunden wurden ambulant betreute Wohnangebote, Familienunterstützende Dienste und Freizeitangebote, integrative Betreuung im Regelkindergarten und die Möglichkeit zum Austausch mit anderen betroffenen Eltern. Dennoch gebe es auch in diesen Bereichen zusätzlichen Bedarf. Ambulant betreute Wohnformen seien so zu gestalten, dass auch Menschen mit höherem Hilfebedarf versorgt werden können. Beispielhaft wurde das Modell „Servicehaus“ der Lebenshilfe genannt, in dem alle Leistungen modular und frei wählbar angeboten werden und häusliche Pflege in Anspruch genommen werden kann. Im Sinne des Wunsch- und Wahlrechts müsse aber auch die stationäre Wohnversorgung wohnortnah ausgebaut werden. Tagesstruktur müsse noch flexibler individuelle Bedürfnisse berücksichtigen, sei es innerhalb der Werkstatt, als Arbeitsplätze außerhalb oder im Seniorenbereich. Angebote zur Unterstützung und Entlastung von Familien seien insbesondere in Bezug auf Ferienzeiten, an Wochenenden, in Krisensituationen, als Kurzzeitpflege aber auch als regelmäßige Freizeitaktivitäten auszubauen. Die relativ gute integrative Begleitung im Regelkindergarten sei in der Grundschule noch keine Selbstverständlichkeit. Als großes Anliegen insbesondere von neu Betroffenen wurde die Verfügbarkeit von Information und Beratung genannt. Hebammen und Kinderärzte, Frühförderung und Fallmanagement seien wichtige Knotenpunkte eines möglichst niederschweligen Beratungsnetzwerkes, das durch Selbsthilfegruppen ergänzt werden könne.

Einig waren sich die Teilnehmer des Fachgespräches darin, dass sich das Thema Inklusion fest im gesellschaftlichen Bewusstsein verankern müsse. Die Presse könne eine wichtige Rolle spielen. Aktivitäten wie die Theaterstücke des Kinder- und Jugendtheaters Radelrutsch seien ein wertvoller Beitrag.<sup>112</sup>

<sup>111</sup> „Un-Behindert miteinander leben e.V.“ wurde vor rund 20 Jahren als regionale Selbsthilfegruppe für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern gegründet. Homepage: [www.un-behindertleben.de](http://www.un-behindertleben.de)

<sup>112</sup> „Flieg, Töpel, flieg“, ein Theaterstück zum Thema Anderssein und Toleranz. Premiere am 10.06.2012.



Um die Kontaktaufnahme untereinander zu erleichtern, wurde der E-Mail-Verteiler auf Wunsch und mit Einverständnis allen Teilnehmern zur Verfügung gestellt. Das Fachgespräch konnte somit ganz praktisch zur Vernetzung beitragen.

**Im Landkreis Heilbronn gibt es eine beeindruckende Vielfalt kreativer Selbsthilfformen und Aktivitäten. Manche Initiativen waren bereits untereinander vernetzt, andere konnten das Fachgespräch als Anstoß zur Kontaktaufnahme nutzen. Die Teilnehmer haben den Vorschlag des Sozialdezernats begrüßt, bei einem weiteren Treffen über die Ergebnisse der Teilhabeplanung informiert zu werden. Weitere Initiativen sollen einbezogen werden.<sup>113</sup> Turnusmäßige Treffen mit Selbsthilfe orientierten Akteuren könnten den gegenseitigen Austausch auf Landkreisebene fördern.**

#### 8. 4 Inklusion. Workshop „Inklusion – Ankommen in der Gemeinde“

Inklusion drückt sich im konkreten Alltagshandeln aus, Ort ist die Gemeinde. Im Teilhabeprozess des Landkreises Heilbronn waren Kommunalpolitiker und Bürgermeister durchgängig einbezogen, haben an Workshops und Begleitkreisen teilgenommen und die Diskussion mit ihrer Sicht der Dinge belebt. Es spiegelt die zentrale Bedeutung des Themas wieder, dass am 07.05.2015 außerdem ein eigener Workshop „Inklusion – Ankommen in der Gemeinde“ durchgeführt wurde. Die Inhalte und Diskussionsergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst.

<sup>113</sup> Neben dem bereits genannten Eppinger Verein „Unbehindert miteinander leben“ hat die „Elterninitiative für Inklusion in Heilbronn“ Kontakt zum Landratsamt aufgenommen und Interesse an einer kreisweiten Plattform zur Vernetzung der Selbsthilfe gezeigt. Die Initiative ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg Gemeinsam leben – gemeinsam lernen e.V..

### Landesweite Impulse

Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg fördert das Sozialministerium

- **Kommunale Beratungsstellen** beim Gemeinde- und beim Städtetag, die Kommunen begleiten und unterstützen,
- **„Inklusionskonferenzen“** zur Unterstützung von Landkreisen,
- die **„Impulse Inklusion“**, ein Programm zur Förderung von Projekten mit dem Förderschwerpunkt „Selbstbestimmtes Wohnen und Nachbarschaft“ (2015).

#### Impulse Inklusion 2015

##### *Selbst-bestimmtes Wohnen und Nachbarschaft*

*Darauf muss geachtet werden:*

- *Menschen mit und ohne Behinderung sollen sich das Projekt gemeinsam ausdenken. Sie sollen es gemeinsam durchführen.*
- *Sie sollen am Ende gemeinsam berichten, wie das Projekt geklappt hat.*
- *Andere sollen das Projekt nachmachen können.*
- *Das Projekt soll auch ohne das Geld des Landes weitergehen.*
- *Das Projekt muss nicht alles neu erfinden. Es können zum Beispiel **Vereine** mitmachen, die es schon gibt.*
- *Eine wichtige Person muss das Projekt gut finden. Zum Beispiel der **Bürgermeister** oder der **Pfarrer**.*

Aus dem Förderaufruf 2015 in Leichter Sprache

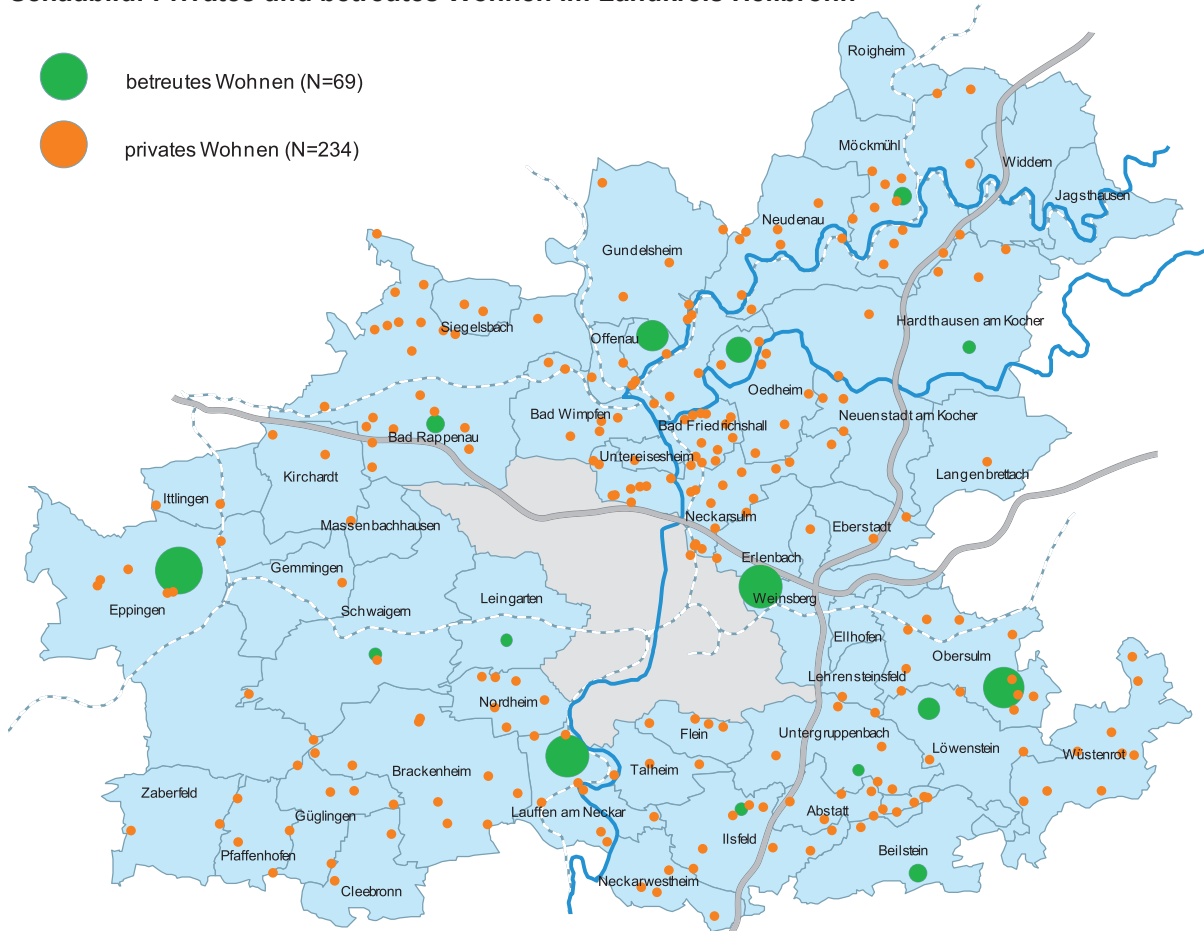
Mit der Öffentlichkeitskampagne **„DulchWir. Alle inklusive.“** will das Sozialministerium die positiven Werte des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Behinderung hervorheben und Barrieren in den Köpfen der Menschen beseitigen.

### Ausgangssituation im Landkreis

Nahezu in jeder Stadt bzw. Gemeinde im Landkreis Heilbronn wohnten am 31.12.2013 Menschen mit Behinderung entweder privat ohne Wohnleistung (mit Unterstützung bei der Tagesstruktur) oder mit ambulanter Betreuung.



### Schaubild: Privates und betreutes Wohnen im Landkreis Heilbronn



Karte: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

Die Offenen Hilfen waren zum Zeitpunkt des Workshops Träger von drei Inklusions-Projekten in der Stadt und im Landkreis Heilbronn. Alle Projekte wurden bzw. werden von Menschen mit Handicap und deren Angehörigen als Experten in eigener Sache beraten und begleitet.

#### Achtsam im Heilbronner Land

Schwerpunkt: Inklusion, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit.

Inhalt: Aufbau eines Netzwerks von Menschen und Organisationen, die sich für Inklusion einsetzen. Kooperationspartner: Stadt und Landkreis Heilbronn und der Stadt- und Kreisjugendring Heilbronn.

Laufzeit: Anfang 2013 – Ende 2015

Förderung: Aktion Mensch

#### Inklusions-Begleiter

Schwerpunkt: Inklusion, Lernen, Begegnung.

Inhalt: Schulung und Begleitung von Vereinen, Jugendhäusern und anderen Institutionen bei der Entwicklung einer Inklusionskultur durch Berater (Inklusionsbegleiter) unter durchgängiger Beteiligung von Menschen mit Handicap und ihren Angehörigen.

Laufzeit: Anfang 2014 – Ende 2016

Förderung: Baden-Württemberg Stiftung und Lechler Stiftung



Ausschnitt aus einem Plakat der Offenen Hilfen, das die Projekte gestalterisch zusammenfasst

**Match-Box**

Schwerpunkt: Inklusion, Sozial-Raum, Empowerment.

Inhalt: Stärkung von Menschen mit Handicap zur Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Interessen im Sozialraum. Einbeziehung von Schlüsselpersonen im Sozialraum durch Interviews.

Laufzeit: Anfang 2015 – Ende 2015

Förderung: Ministerium für Arbeit und Sozial-Ordnung, Familie, Frauen und Senioren von Baden-Württemberg

Das Projekt **O!Mega – Treff im Kinder-Jugend-Kultur Zentrum Gleis 3 in Neckarsulm** steht für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen dem Regelangebot eines kommunalen Trägers, der Stadt Neckarsulm, und einem Träger der Behindertenhilfe, den Offenen Hilfen. Im Workshop berichteten die beiden jeweils Verantwortlichen im Tandem davon, wie aus einem Angebot für Menschen mit Behinderung unter dem Dach einer Jugendhilfeeinrichtung eine gelebte Öffnung, ein Jugendhaus für alle, werden konnte. Am Anfang sei es lediglich um Räume für einen zweistündigen Treff der Offenen Hilfen gegangen. Mittlerweile habe sich das Angebot zeitlich erweitert, sei ein fester Bestandteil des Veranstaltungsprogramms und werde auch von Jugendlichen ohne Handicap genutzt. Umgekehrt sei zu beobachten, dass junge Menschen mit Behinderung auch Angebote an anderen Tagen außerhalb des O!Mega wahrnehmen. Ein Jugendhausbesucher mit Migrationshintergrund habe sich durch das selbstverständlich gewordene Miteinander im Haus dazu ermuntert gefühlt, seine kleine Schwester mit Behinderung mitzubringen. Neben der räumlichen Barrierefreiheit seien andere Zugänge verbessert worden. Die neu gestaltete Liste für Getränke und Essen mit visualisierten Preisen (Münzen) biete auch anderen Personengruppen, z.B. jungen Flüchtlingen eine gut verständliche Orientierung. Die Entwicklung von der Rolle der Behindertenhilfe als Untermieter zum inklusiven Gesamtkonzept der Einrichtung sei möglich geworden, weil anfänglich vorhandene Überforderungsängste bei den Mitarbeitern durch Inklusionsbegleitung und Fortbildung abgebaut werden konnten. Da dem Jugendhaus kein entsprechendes Budget zur Verfügung stehe, sei die Möglichkeit zur kostenfreien Inanspruchnahme der Ressourcen eine nicht zu unterschätzende fördernde Bedingung gewesen. Die Erfahrungen und Erkenntnisse seien an Jugendhäuser in Neckarsulm weitergegeben worden. Das Thema „Inklusion“ habe auch in anderen Jugendhäusern im Landkreis Heilbronn Einzug gehalten und werde im Arbeitskreis kommunale Jugendarbeit im Landkreis Heilbronn diskutiert.

*„Ich war Jugendhausbesucherin und habe das selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Handicap erlebt. Das hat mich in meiner Berufswahl zur Heilerziehungspflegerin bestärkt.“*

Aussage  
einer Workshop-Teilnehmerin

„Das Zusammenwachsen braucht Zeit“, so die Erfahrung der **Stiftung Lichtenstern** seit Einrichtung der ersten gemeindeintegrierten Außenwohngruppe 1989/1990 in Obersulm. Nach anfänglichen Vorbehalten aus der Nachbarschaft („Was machen wir, wenn die uns einladen?“) sei auch das jüngste Angebot, das ambulante Wohnprojekt in der Orchideenstraße in Eppingen sowie die dortige Tagesförderstätte, gut angekommen. Es gebe mittlerweile gemeinsame Aktionen mit der Kindertagesstätte, außerdem finde einmal pro Monat ein Frauenfrühstück statt. Die Bewohner nehmen an Veranstaltungen der Stadt Eppingen (z.B. Seniorennachmittage und Sport im Park) teil und seien inzwischen Bürger der Stadt Eppingen geworden. Wichtig sei die unterstützende Haltung des Oberbürgermeisters, der an Aktionen und Festen teilnehme.

Die **Beschützende Werkstätte** plädierte im Zusammenhang mit dem Thema Inklusion dafür, verstärkt auch dem Personenkreis stationär Wohnender Zugang zu Regelangebo-

ten außerhalb der Behindertenhilfe zu eröffnen. Es sei Aufgabe der Einrichtungen, Kompetenzen zur individuellen Freizeitgestaltung zu stärken und Menschen mit Behinderung bei der Inanspruchnahme zu assistieren. Die Beschützende Werkstatt habe als Konsequenz aus diesem konzeptionellen Anspruch die Zahl eigener Freizeitangebote in den letzten Jahren reduziert. Auch werde kein Trainingswohnen in eigens dafür vorgesehen Settings mehr durchgeführt sondern Wohntraining in Echtsituationen.

Der **Bewohnerbeirat der Stiftung Lichtenstern** hat über Fragen zur Lebensplanung



diskutiert: was wünsche ich mir in den Bereichen Wohnen und Freizeit und was brauche ich dazu? Ein Mitglied des Bewohnerbeirats und eine Mitarbeiterin stellten die Ergebnisse im Workshop vor. Ein wesentlicher Wunsch sei, selbst entscheiden zu können, wo, wie und mit wem man zusammen wohne. Auch das Wohnumfeld sei wichtig. Dazu gehörten Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe, barrierefreie Zugänge, eine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel und die Möglichkeit, aktiv in Vereinen mitzuwirken. (Herr H. ist zum Beispiel seit vielen Jahren begeistertes Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr in Weinsberg.) Der Bewohnerbeirat könne sich vorstellen, eine Urkunde im Sinne einer „Note für die Gemeinde“ zu entwickeln, mit der bewertet werden könnte, wie barrierefrei die jeweilige Gemeinde gestaltet ist und in welchen Bereichen noch Handlungsbedarf besteht. Eine weitere Idee seien Vorurteilsbeauftragte, die Wünsche und Forderungen der Menschen mit Behinderung in Gremien weitergeben könnten. Von grundlegender Bedeutung sei der einfache Zugang zu Informationen („Leichte Sprache“, „Leichte Technik“ und „Leichte Information“).

Die **Angehörigen** erwarten, dass beim Thema Inklusion auch die weitergehenden Bedürfnisse von Menschen mit schweren Beeinträchtigungen berücksichtigt werden.

Die am Workshop teilnehmenden **Vertreter der Kommunen** waren sich einig, dass das Thema „Inklusion“ in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen, bis zur Umsetzung aber noch ein weiter Weg sei. Da es vor Ort meist nur wenige oder gar keine Menschen mit Behinderung gebe, habe das Thema im Gemeinderat meist keine selbstverständliche Priorität. Die ideelle Unterstützung und grundlegende Haltung von Kommunalpolitikern sei daher ein wichtiger Beitrag zur Bewusstseinsbildung und trage zum Abbau von Unsicherheiten und Berührungsängsten bei. Eine „Note für die Gemeinde“ wie vom Bewohnerbeirat vorgeschlagen, könne man sich durchaus vorstellen. Das Thema Barrierefreiheit sei im kommunalen Denken und Handeln fest verankert. Die Kommune habe allerdings oft nur begrenzte Einflussmöglichkeiten, wenn zum Beispiel eine Arztpraxis nicht barrierefrei sei. Eine zentrale Herausforderung sei auch die Schaffung barrierefreier Zugänge zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Ein Beispiel nicht nur ideeller Unterstützung wurde aus Leingarten eingebracht. Die Gemeinde hat eine zunächst auf ein Jahr befristete 50%-Stelle für Senioren und Inklusion geschaffen. Es ist geplant, eine Umfrage durchzuführen, bei der Betroffene ihre Wünsche an die Gemeinde richten können.

Freizeit-Unterstützung	
Alltags-Unterstützung	
Wahl der Unterstützung	
Note für die Gemeinde	
Vorurteils-beauftragte	

Die im Verlauf des Planungsprozesses vorgestellten inklusiven Praxisbeispiele und Projekte haben eine Vorstellung von der bereits vorhandenen Vielfalt und Kreativität vermittelt. Die große Herausforderung bestehe darin, die Arbeit nach dem Auslaufen der Projektförderung zu verstetigen.

Das Thema Inklusion ist in der Gemeinde angekommen, muss aber noch zur selbstverständlichen Routine werden. Sinnvoll könne sein, wenn Menschen mit Behinderung ihrer Gemeinde sagen, wo sie auf Barrieren stoßen (Noten für Gemeinde). Auch die Bedarfe von Menschen mit schweren Handicaps sind in den Blick zu nehmen.

Zum Ankommen in der Gemeinde gehört, dass sich Regelangebote für Menschen mit Behinderung öffnen. Schulung und Beratung der Mitarbeiter können dabei helfen, Unsicherheiten abzubauen. Träger der Behindertenhilfe können den Prozess durch Inklusionsbegleitung unterstützen. Menschen mit Behinderung brauchen Training und Assistenz bei der selbständigen Inanspruchnahme von Regelangeboten.

## 9 Bedarfvorausschätzung

### 9.1 Annahmen und methodische Schritte

Grundlage der Bedarfvorausschätzung waren die Ergebnisse der Leistungserhebung bei den Einrichtungsträgern im Landkreis und die Einschätzung der Anzahl von Schülern, die als neue Leistungsempfänger hinzukommen. Methodik und allgemeine Grundannahmen wurden im Kapitel 3 (Planungsprozess) dargestellt und werden an dieser Stelle kurz zusammengefasst:

- Die Vorausschätzung bezieht sich auf Umfang und Art der in 10 Jahren im Landkreis Heilbronn benötigten Leistungen für erwachsene Menschen mit wesentlich geistiger und mehrfacher Behinderung.
- Der Landkreis Heilbronn plant keine Rückholaktionen von erwachsenen Kreisbürgern, die bisher außerhalb des Landkreises Leistungen erhalten. Für Leistungsempfänger aus anderen Kreisen besteht ein Bleiberecht, mit Rückholaktionen anderer Belegkreise ist nicht zu rechnen.
- Die Umsetzung des Beheimatungsprinzips hat für die Bedarfvorausschätzung zwei zentrale methodische Konsequenzen. Erstens: Solange Leistungsempfänger aus anderen Herkunftskreisen bleiben und Eingliederungshilfeleistungen in Anspruch nehmen, stehen ihre Plätze nicht zur Deckung des landkreiseigenen Bedarfs zur Verfügung. Zweitens: Bisher in anderen Landkreisen betreute erwachsene Leistungsempfänger des Landkreises werden weiterhin außerhalb versorgt, so dass sich für sie kein zusätzlicher Platzbedarf in Einrichtungen im Landkreis ergibt.
- Zuzüge von einzelnen Erwachsenen, die am Stichtag in einem anderen Kreis lebten sowie Umzüge von Einzelpersonen weg aus dem Landkreis werden rechnerisch nicht berücksichtigt (Ausgleichsannahme).
- Verlagert ein Träger nach dem Stichtag der Leistungserhebung (stationäre) Plätze, die mit Leistungsempfängern des Kreises belegt sind, von einem Standort außerhalb des Kreises in den Landkreis Heilbronn, erhöht sich zwar die Zahl der vorhandenen Plätze, die Bedarfsberechnung bleibt davon aber unberührt. Eine nachträgliche Anpassung wäre zum einen nicht leistbar. Zum anderen sind die zu erwartenden Auswirkungen auf den Bedarf des Kreises durch frei werdende Plätze innerhalb des 10-jährigen Prognosezeitraums eher gering. Auf längere Sicht können sich zusätzliche Kapazitäten für den kreiseigenen Bedarf entwickeln, die zu gegebener Zeit zu berücksichtigen wären.
- Leistungsempfänger aus der KVJS-Leistungserhebung am Stichtag 31.12.2013 werden rechnerisch einem Alterungsprozess unterzogen (Fortschreibung der Bestandsaufnahme). Abgänge beim Wohnen ergeben sich ausschließlich durch Sterbefälle.
- Zugänge ergeben sich durch erwachsene Personen, die bisher eine Tagesstrukturleistung im Landkreis, aber noch keine Wohnleistung erhielten (neuer Bedarf aus privatem Wohnen).
- Zugänge ergeben sich außerdem durch erwachsen werdende Schüler aus dem Landkreis Heilbronn, die voraussichtlich eine Wohn- oder Tagesstrukturleistung benötigen (neuer Bedarf aus Sonderschulen).

#### Zugänge aus Sonderschulen

Bei der Einschätzung von Neuzugängen aus Schulen werden Schulabgänger aus den Sonderschulen für geistig Behinderte und den Bildungsgängen für geistig Behinderte an Sonderschulen für körperlich und sinnesbehinderte Kinder berücksichtigt. Dies können öffentliche oder private Sonderschulen sein. Einbezogen werden auch Schulen außerhalb



des Kreises, wenn dort in größerer Zahl Schüler mit wesentlicher Behinderung aus dem Standortkreis unterrichtet werden. Der KVJS hat zu diesem Zweck einen Fragebogen entwickelt, der die Zahl der Schulabgänger in den nächsten 10 Jahren erhebt. Neben der Zahl der Schulabgänger insgesamt werden auch Erfahrungen und Einschätzungen der Schulen zum voraussichtlichen Tagesstruktur- und Wohnleistungsbedarf abgefragt.

Nach Abstimmung mit den in Frage kommenden Schulleitungen aus der Region haben sechs Schulen<sup>113</sup> an der Befragung teilgenommen. Die Zahl der Schüler aus anderen Kreisen wurde bei der Bedarfvorausschätzung nicht berücksichtigt. Diese Schüler werden nach ihrem Schulbesuch als Erwachsene voraussichtlich im Herkunftskreis leben. Inklusiv in allgemeinen Schulen beschulte Kinder und Jugendliche wurden aufgrund ihrer bisher noch geringen Anzahl ebenfalls rechnerisch nicht berücksichtigt. Nicht eingerechnet wurden außerdem Schüler mit geistiger Behinderung, die in einem Internat oder Heim außerhalb des Landkreises leben. Sollten diese nach Schulabschluss in ihren Herkunftskreis zurückkehren, wären sie dem Bedarf hinzuzurechnen. Erfahrungsgemäß ist dies jedoch nicht oder nur selten der Fall.

Nach Einschätzung der befragten Schulen werden in den Jahren 2014 bis 2023 284 Landkreisschüler die Schule verlassen. Davon werden voraussichtlich 68 Personen keine Tagesstrukturleitung in einer Werkstatt oder Förder- und Betreuungsgruppe benötigen, sondern zum Beispiel auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, in einem Integrationsprojekt oder auf einer Stelle mit ergänzendem Lohnkostenzuschuss arbeiten. Diese Personen brauchen auch keine Wohnleistung. Von den 216 Schulentlassenen mit Tagesstrukturbedarf werden 34 direkt im Anschluss eine Wohnleistung benötigen. Die anderen werden nach der Schulentlassung privat wohnen.

**Zahl der Schulabgänger der Schulen mit Schultyp geistige Behinderung, die aus dem Landkreis Heilbronn kommen – Annahmen zu Leistungen nach Schulabschluss im Rahmen der Bedarfvorausschätzung 2014 bis 2023**

Schulabgänger insgesamt	davon mit Tagesstrukturbedarf	davon mit Wohnleistung
<b>284</b>	<b>216</b>	<b>34</b>

Datenbasis: Befragung der Schulleitungen 2013

Die Einschätzungen wurden auf dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen und aktuellen Rahmenbedingungen getroffen. Gesellschaftliche und demografische Faktoren könnten sich hemmend auf die Zahl der Privathaushalte auswirken, inklusive Beschulung wiederum könnte eine Erweiterung selbständiger Teilhabe und Ausweitung privaten Wohnens mit sich bringen. Wenn in den nächsten Jahren drastische Veränderungen erkennbar würden, müsste die Bedarfvorausschätzung angepasst werden.

<sup>113</sup> Astrid Lindgren Schule, Neckarsulm; Kaywaldschule, Lauffen; Johannesschule, Flein; Lichtenstern-Schule, Löwenstein; Paul Meyle Schule, Heilbronn; Jakob-Widmann-Schule, Heilbronn



### Zugänge aus privatem Wohnen

Mit fortschreitendem Alter von privat wohnenden Leistungsberechtigten – und damit auch ihrer im Haushalt lebenden betreuenden Bezugspersonen – nimmt die Wahrscheinlichkeit für eine Hilfe im unterstützten Wohnen zu. Zahl und Alter der privat Wohnenden wurden mit dem Leistungsbogen zur Tagesstruktur über das Merkmal „ergänzende Wohnform“ erfasst. Bei der Bedarfvorausschätzung wurden altersspezifische Quoten für den Wechsel zugrunde gelegt, die auf den Erfahrungswerten des KVJS aus anderen Teilhabeplänen beruhen. So wurde zum Beispiel davon ausgegangen, dass bei den jüngeren Altersgruppen nur ein bzw. zwei Prozent wechseln, dass es bei den 30 bis unter 40 Jährigen bereits 5 Prozent sind und Menschen ab 70 Jahren zu 90 Prozent in eine unterstützte Wohnform wechseln. Die Berechnungen ergaben im Landkreis Heilbronn eine Gesamtzahl von 91 Zugängen aus der Gruppe der privat wohnenden Erwachsenen, was einem guten Drittel entsprach.

<b>Zugänge aus privat im Landkreis Heilbronn wohnenden Erwachsenen im Rahmen der Bedarfvorausschätzung 2014 bis 2023</b>	
Privat wohnende Erwachsene am Stichtag 31.12.2013 <sup>114</sup>	davon bis 31.12.2023 in einer unterstützten Wohnform
<b>266</b>	<b>91</b>

Die Zugänge ergeben sich zu knapp drei Vierteln aus dem privaten Wohnen, gut ein Viertel entsteht durch den Bedarf von Schulabgängern (34).

### Planungsräume

Die für 2023 zu erwartenden Bedarfe wurden nicht nur in Summen für den Landkreis insgesamt sondern auch – entsprechend des Prinzips einer wohnortnahen Versorgung – kleinräumig für vier Planungsräume berechnet. Bei den Neuzugängen aus privatem Wohnen wurde davon ausgegangen, dass der Bedarf in der Gemeinde entsteht, in der die betreffenden privat wohnenden Erwachsenen am Stichtag lebten. Die Zuordnung beim Wechsel aus einer WfbM oder FuB in eine Tagesbetreuung für Menschen mit Behinderung ab 65 Jahren erfolgte nach Standort der bisherigen Tagesstruktur. Die Neuzugänge aus zukünftigen Schulabgängern wurden proportional zum Bevölkerungsanteil der jeweiligen Planungsräume zugeordnet.

<sup>114</sup> Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013

Schaubild: Planungsräume im Landkreis Heilbronn nach Einwohnerzahl



Karte: KVJS. Datenbasis: Statistisches Landesamt, Bevölkerung am 31.12.2013

## Stadt Heilbronn

Die besondere geografische Situation des Landkreises Heilbronn als Kragenkreis, zeigt sich an einem hohen Anteil von Leistungsempfängern aus dem Landkreis Heilbronn, die im Stadtgebiet versorgt werden und umgekehrt. Bei einem Abstimmungsgespräch im Rahmen des Teilhabeprozesses am 9. Juli 2015 haben beide Kreise bekräftigt, dass sie eine Versorgung im jeweils anderen Kreisgebiet als wohnortnah betrachten. Die bisherige Praxis, den Bedarf bei der Um- und Neuplanung von Angeboten gemeinsam abzustimmen, soll beibehalten werden.

In der Stadt Heilbronn gab es 2015 folgende Wohnangebote, die auch von Menschen mit geistigen Behinderungen aus dem Landkreis genutzt werden können:

- die Beschützende Werkstätte in Heilbronn-Böckingen mit stationären Plätzen
- das Haus am Ziegeleipark der Stiftung Lichtenstern in Heilbronn-Böckingen mit stationären Plätzen
- die Offenen Hilfen mit Betreuungsverhältnissen im ambulant betreuten Wohnen, die sich in angemieteten Wohnungen über das Stadtgebiet verteilen.

Die Stadt Heilbronn strebt – wie auch der Landkreis – einen weiteren Ausbau der ambulanten Angebote und eine Erhöhung der Ambulantisierungsrate an. Eine Einschätzung der zu realisierenden Größenordnung wird als schwierig angesehen, da der Anteil von Leistungsempfängern aus anderen Kreisen (außerhalb des Landkreises Heilbronn) nicht bekannt ist und die Möglichkeiten zur Steuerung begrenzt sind. Frei werdender Wohnraum sollte aus Sicht der Stadt vorrangig den eigenen Bürgern mit Behinderung zur Verfügung

stehen. Ein Beitrag in diese Richtung könne darin bestehen, dass die Stadtsiedlung frei werdende Wohnungen künftig direkt an die Stadt meldet.

Privat wohnende Leistungsempfänger aus der Stadt, die ein Tagesstrukturangebot im Landkreis Heilbronn nutzen, sollen möglichst in der Stadt versorgt werden, wenn sie Wohnunterstützung brauchen.<sup>115</sup> Mit dem inklusiven Wohn- und Betreuungsprojekt „Neckarbogen“ der Ev. Stiftung Lichtenstern (15 stationäre Plätze und Tagesförderstätte, davon Verlagerung von 8 – 10 Plätzen vom Zentralstandort in die Stadt) sowie einem Dezentralisierungskonzept der Beschützenden Werkstätte zur Entwicklung stationärer Wohnversorgung sowohl in der Stadt als auch im Landkreis sollen bereits bestehende Angebote verlagert bzw. weitere Angebote geschaffen werden.

In der Bedarfvorausschätzung wurden die stark verknüpften Versorgungsstrukturen eines Kragenkreises berücksichtigt und nicht nur Personen einbezogen, die am Stichtag eine Leistung im Landkreis erhielten (Standortperspektive). Darüber hinaus wurden auch privat wohnende Landkreiskbürger mit ihrem zukünftigen Bedarf berücksichtigt, die eine Tagesstrukturleistung in der Stadt Heilbronn erhielten (101 Leistungen) sowie Personen aus dem Landkreis, mit einer Wohnleistung in der Stadt (38 Leistungen im betreuten, 51 Leistungen im stationären Wohnen). Datenbasis für die im Stadtgebiet versorgten Personen war die Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Die Bestands- und Bedarfszahlen für diese Gruppe wurden ohne Zuordnung zu einem Planungsraum zusammengefasst und in einer eigenen Tabelle dargestellt.

## 9.2 Wohnen

Die genannten Annahmen und rechnerischen Schritte ergaben Zugänge ins unterstützte Wohnen aus Sonderschulen in Höhe von 34 und aus privatem Wohnen in Höhe von 91 Leistungen. Ein weiterer methodischer Schritt im Rahmen der Bedarfvorausschätzung war die Differenzierung dieses Unterstützungsbedarfs. Das zu erwartende Verhältnis von betreutem (ambulantem) zu stationärem Wohnen bei den neu ins Leistungssystem kommenden Personen hängt von kreisspezifischen Ausgangsbedingungen und Zielvorstellungen ab. In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil ambulant betreuter Leistungsempfänger des Landkreises Heilbronn im Verhältnis zum stationären Anteil kontinuierlich erhöht. Nach den Erfahrungen des Fallmanagements entfallen mittlerweile etwa ein Drittel der neuen Wohnleistungen auf ambulante Wohnformen. Im Workshop Wohnen wurde eine mögliche Steigerung des Anteils betreuter Wohnformen in den kommenden Jahren diskutiert und als Ziel formuliert. Für die Bedarfvorausschätzung wurde vereinbart, mit den beiden Varianten 30:70 und 50:50 zu rechnen. Anders ausgedrückt: von 10 Erwachsenen, die am Stichtag 31.12.2013 privat wohnten und bei denen im Planungszeitraum ein Unterstützungsbedarf im Wohnen zu erwarten ist, werden bei der einen Variante sieben eine stationäres und drei ein betreutes Wohnangebot benötigen. Bei der zweiten Variante sind es jeweils fünf Personen.

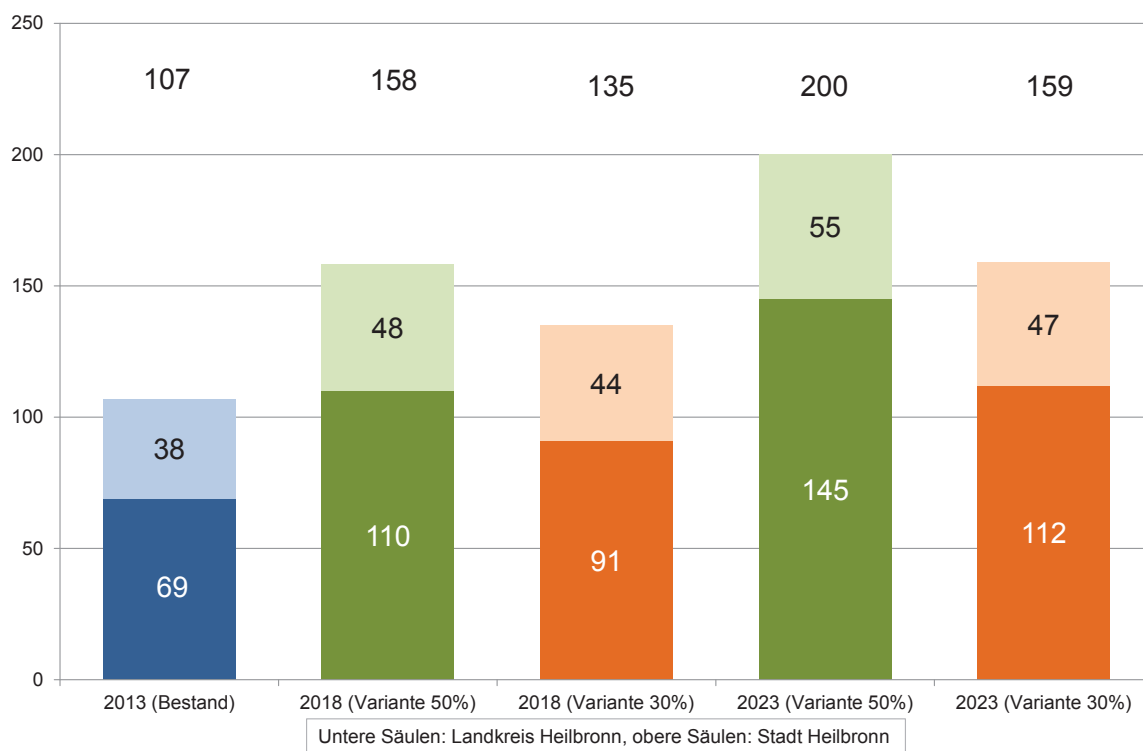
**Die Bedarfvorausschätzung für Wohnleistungen im Landkreis Heilbronn wurde in zwei Varianten gerechnet. Eine Variante geht davon aus, dass Zugänge aus privatem Wohnen im Verhältnis 70 zu 30 (stationär / betreut) erfolgen werden. Dies entspricht den aktuellen Erfahrungen im Fallmanagement. Im Hinblick auf eine inklusive Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe wird eine Steigerung des betreuten Anteils bei neuen Wohnleistungen angestrebt. Die zweite Variante geht von einem Verhältnis 50:50 aus. Die Ergebnisse der beiden Varianten bilden einen Korridor aus derzeitiger Praxis und ambitionierter Zielgröße.**

<sup>115</sup> Sie fließen daher nicht in die Einschätzung des zukünftigen Wohnleistungsbedarfes für den Landkreis ein.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Berechnungen für bis Ende 2023 zu erwartende Wohnleistungen dargestellt. Die Auswertung differenziert zunächst nach Wohnleistungen im betreuten und im stationären im Wohnen. Anschließend erfolgt ein Überblick, der die Bedarfszahlen für Wohnleistungen zusammenfasst und die Entwicklung im privaten Wohnen abbildet.

### Betreutes Wohnen

**Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen im betreuten Wohnen am 31.12. 2018 und 2023 im Landkreis Heilbronn**

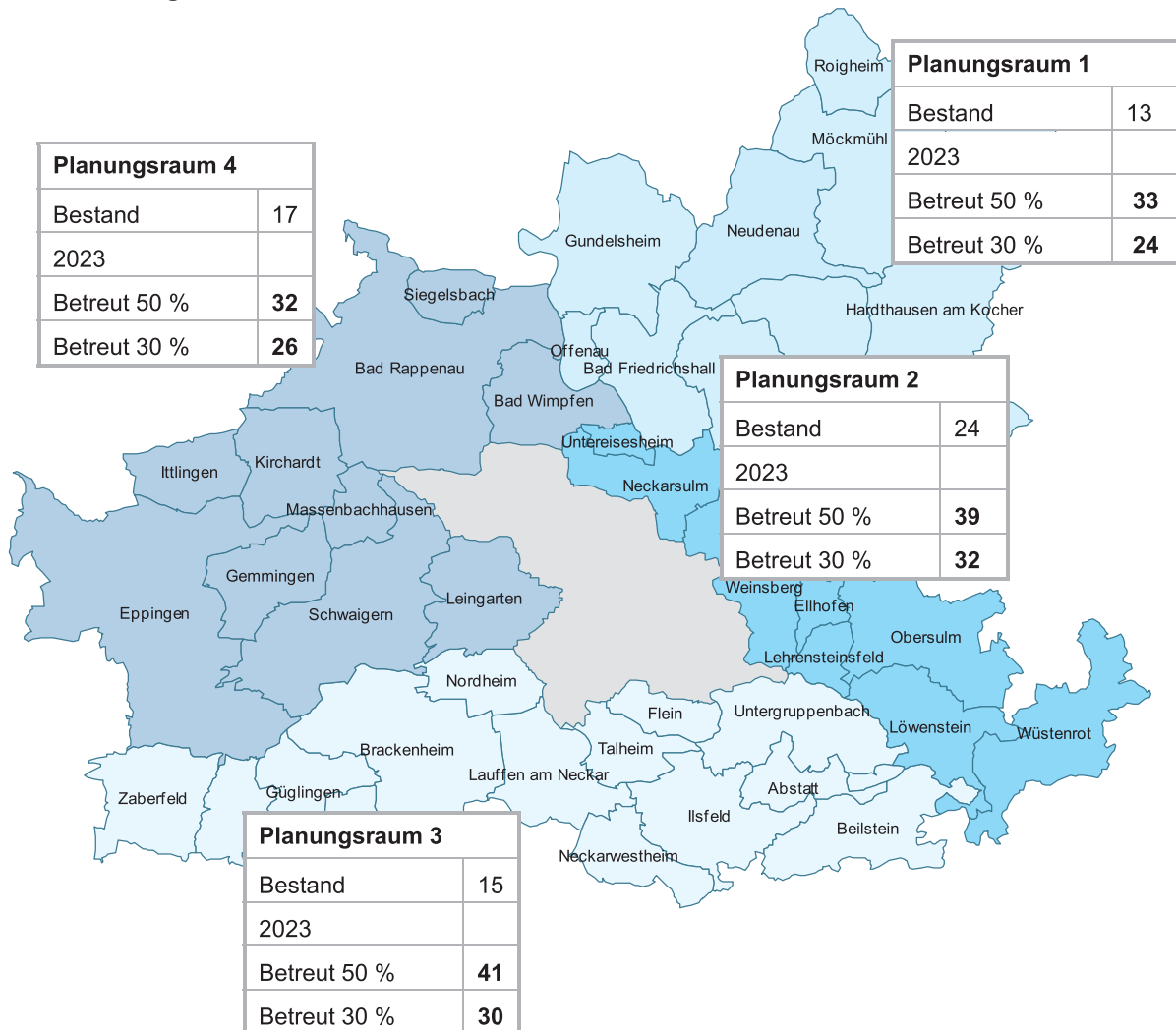


Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

Im Landkreis Heilbronn wurden am Stichtag 31.12.2013 insgesamt 69 Leistungen im Betreuten Wohnen erbracht, in der Stadt Heilbronn waren es 38 Leistungsempfänger (aus dem Landkreis). Unter der Annahme, dass 50 Prozent der neu zu erwartenden Wohnleistungen betreut<sup>116</sup> benötigt werden, ergibt die Vorausschätzung einen zusätzlichen Bedarf an 76 Plätzen am 31.12.2023 (Gesamtbedarf: 145). Für Leistungsempfänger im Stadtgebiet, kommen 17 Plätze hinzu. Insgesamt ist ein zusätzlicher Bedarf von 93 Plätzen zu erwarten und damit eine Steigerung der Platzzahl im betreuten Wohnen auf 200. Unter der Annahme einer Verteilung von 30 zu 70 Prozent (betreut/stationär) ergibt die Vorausschätzung einen zusätzlichen Bedarf in Höhe von 43 Plätzen (Gesamtbedarf: 112). Für Leistungsempfänger im Stadtgebiet kommen 9 Plätze hinzu. Insgesamt ist bei der Variante 30:70 eine Steigerung der Platzzahl im betreuten Wohnen auf 159 zu erwarten.

<sup>116</sup> einschließlich Betreutes Wohnen in Familien

**Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen im betreuten Wohnen am 31.12.2023 nach Planungsräumen**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

Die Zuordnung der Bestandszahlen nach Planungsräumen ergibt im betreuten Wohnen mit einer Spanne von 15 bis 24 Leistungen ein relativ ausgeglichenes Bild. Im Planungsraum 2 gab es am Stichtag 31.12.2013 die meisten Leistungen, aber keinen derart ausgeprägten Überhang wie im stationären Wohnen (von dem noch die Rede sein wird). In allen vier Planungsräumen wird für 2023 ein Zusatzbedarf benötigt, der je nach Variante unterschiedlich ausfällt. In den beiden Planungsräumen 1 und 3 liegen die Steigerungen bei der Variante 50 jeweils über 150 Prozent, hier wäre der Nachholbedarf relativ groß. In den Planungsräumen 2 und 4 ist die Steigerungsintensität niedriger.

Die für Landkreisbürger mit Leistungen in der Stadt Heilbronn berechneten Bedarfszahlen lassen sich nicht regional zuordnen. Sie wurden in einer eigenen Tabelle zusammengefasst. Es handelt sich nicht um einen Planungsraum. Am Stichtag 31.12.2013 erhielten 38 Landkreisbürger eine Leistung im betreuten Wohnen in der Stadt Heilbronn. Dies waren mehr Leistungsempfänger als in den einzelnen Planungsräumen des Landkreises. Die Steigerungsraten liegen unter dem Planungsraum 2, der die geringste Steigerung zu verzeichnen hat.

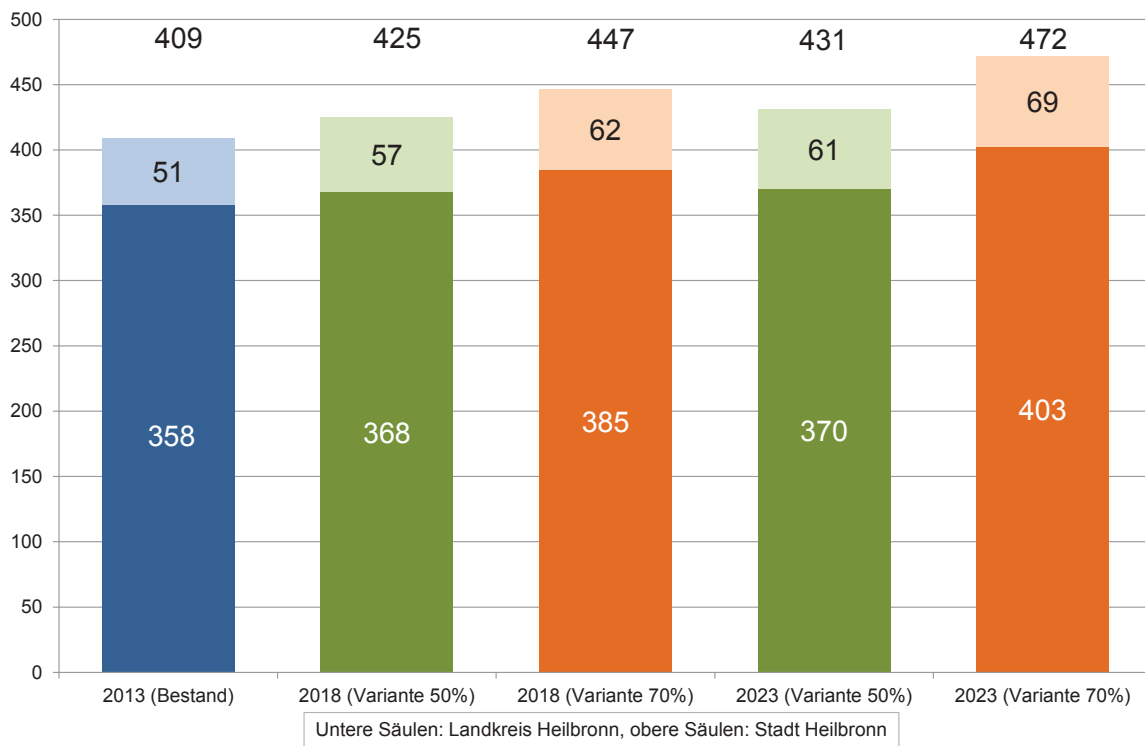
Stadt Heilbronn	
Bestand	38
2023	
Betreut 50 %	<b>55</b>
Betreut 30 %	<b>47</b>

**Der Korridor des Bedarfs an betreuten Wohnplätzen im Landkreis Heilbronn am 31.12.2023 liegt je nach Variante 50 bzw. 30 zwischen 145 und 112 Plätzen. Für Landkreisbürger mit Leistung in der Stadt Heilbronn besteht ein weiterer Bedarf, der zwischen 55 und 47 stationären Plätzen liegt.**

**Die Verteilung der Leistungen nach Planungsräumen im betreuten Wohnen war am Stichtag 31.12.2013 relativ ausgeglichen. Für alle Planungsräume besteht Zusatzbedarf, der in den Planungsräumen 1 und 3 insbesondere bei der ambitionierten Variante 50 relativ hoch ist.**

### Stationäres Wohnen

**Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen im stationären Wohnen am 31.12. 2018 und 2023 im Landkreis Heilbronn**

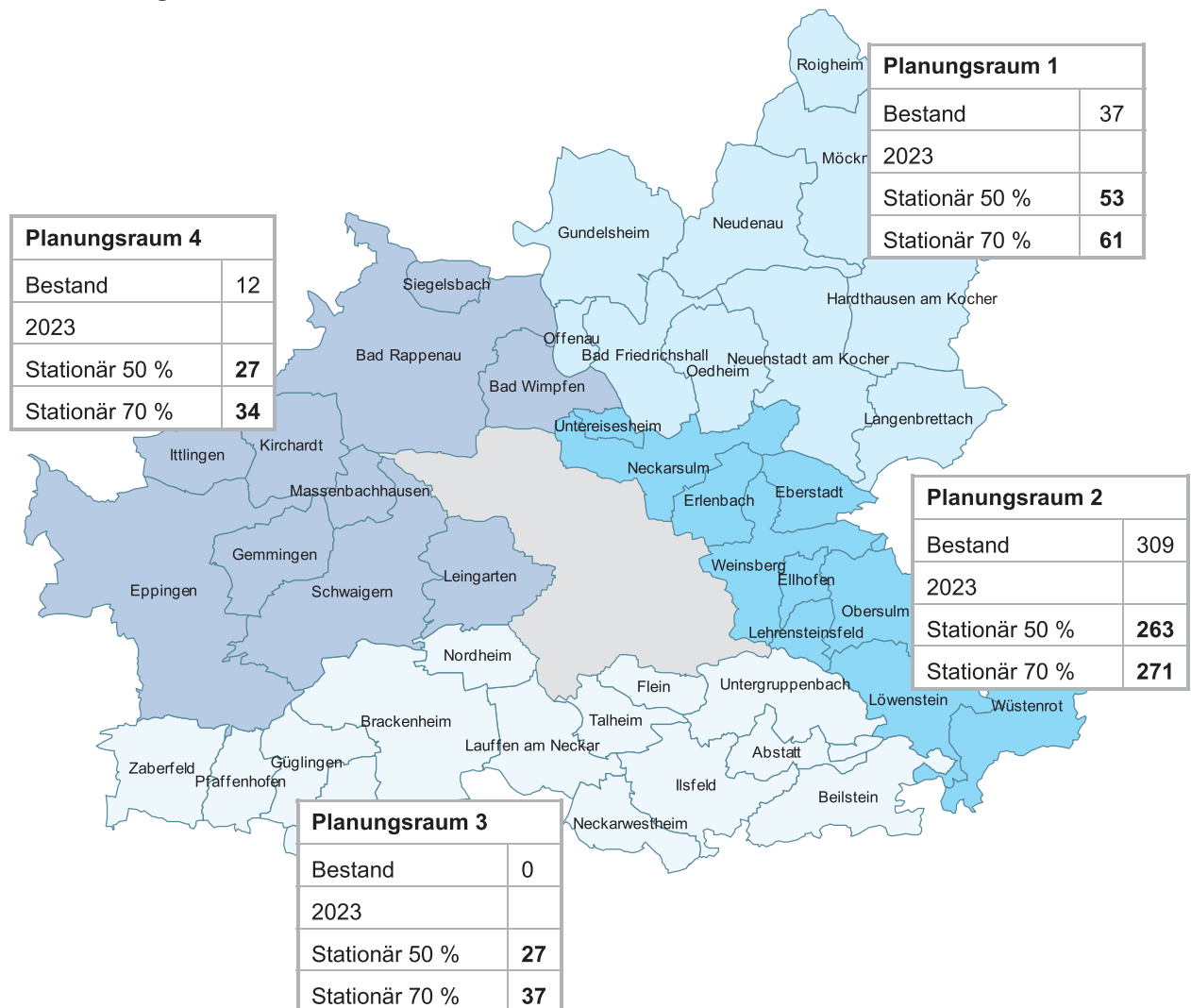


Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.



Die Grafik bildet zukünftige Bedarfe im stationären Wohnen in 5-Jahresschritten für beide Varianten und das gesamte Landkreisgebiet ab. Im Landkreis Heilbronn wurden am Stichtag 31.12.2013 insgesamt 358 stationäre Wohnleistungen erbracht, in der Stadt Heilbronn waren es 51 Leistungsempfänger (aus dem Landkreis). Unter der Annahme, dass 50 Prozent der neu zu erwartenden Wohnleistungen stationär benötigt werden, ergibt die Vorausschätzung einen zusätzlichen Bedarf von 12 stationären Plätzen am 31.12.2023 (Gesamtbedarf: 370). Für Leistungsempfänger aus dem Landkreis im Stadtgebiet, kommen 10 stationäre Plätze hinzu. Insgesamt ist ein zusätzlicher Bedarf von 22 Plätzen zu erwarten und damit eine Steigerung der Platzzahl im stationären Wohnen auf 431. Unter der Annahme einer Verteilung von 70 zu 30 Prozent (stationär/betreut) ergibt die Vorausschätzung einen zusätzlichen Bedarf von 45 stationären Plätzen (Gesamtbedarf: 403). Für Leistungsempfänger im Stadtgebiet, kommen 18 stationäre Plätze hinzu. Insgesamt ist bei dieser Variante eine Steigerung der Platzzahl im stationären Wohnen auf 472 zu erwarten.

**Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen im stationären Wohnen am 31.12.2023 nach Planungsräumen**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

Die Grafik zeigt, wie sich die Bestandszahlen im stationären Wohnen auf die vier Planungsräume im Landkreis Heilbronn verteilt haben und wie sich der Bedarf bei den Neuzugängen je nach Variante bei der Aufteilung stationär zu betreut voraussichtlich entwickeln wird. Die Zuordnung der Bestandszahlen macht die ungleiche Verteilung stationärer Plätze deutlich mit einer erheblichen Konzentration im Planungsraum 2. Dort wurden am Stichtag 31.12.2013 309 der insgesamt 358 stationären Wohnleistungen durchgeführt. Im Planungsraum 3 gab es gar keine stationären Plätze. Die zu erwartenden Zugänge entsprechend der Wohnorte beim privaten Wohnen bzw. der Bevölkerungsdichte bei den Schulabgängern berechnet gleichen die Unterschiede zwischen den Planungsräumen in den nächsten 10 Jahren etwas aus. Im Planungsraum 2 bedeutet dies einen Minderbedarf, der ein Minus in Höhe von 46 Plätzen (Variante 50) oder 38 Plätzen (Variante 70) beträgt. Im

Planungsraum 3 wird auf der Grundlage eines Null-Bestands ein Plus von 27 bzw. 37 stationären Plätzen benötigt. Die Zuwächse in den beiden anderen Planungsräumen fallen geringer aus.

Stadt Heilbronn	
Bestand	51
2023	
Stationär 50 %	61
Stationär 70 %	69

Wie beim betreuten Wohnen wurden die für Landkreisbürger mit Leistungen in der Stadt Heilbronn berechneten Bedarfszahlen für stationäres Wohnen in einer eigenen Tabelle ohne regionale Zuordnung zusammengefasst. Am Stichtag 31.12.2013 erhielten 51 Landkreisbürger eine Leistung im stationären Wohnen in der Stadt Heilbronn. Der Bedarf wird je nach Variante um 10 oder 18 Plätze wachsen.

**Der Korridor des Bedarfs an stationären Wohnplätzen im Landkreis Heilbronn am 31.12.2023 liegt je nach Variante 50 bzw. 70 zwischen 370 und 403 Plätzen. Für Landkreisbürger mit Leistung in der Stadt Heilbronn besteht ein weiterer Bedarf, der zwischen 61 und 69 stationären Plätzen liegt.**

**Unter der Prämisse, dass zukünftige Bedarfe im stationären Wohnen wohnortnah im jeweiligen Planungsraum zur Verfügung gestellt werden, ergibt sich für 2023 ein Minderbedarf im Planungsraum 2 und ein Mehrbedarf in den anderen Planungsräumen. Den größten Nachholbedarf hat der Planungsraum 3, in dem es bisher kein stationäres Angebot gab. Die errechneten Bedarfszahlen sind Orientierungswerte für den zu erwartenden Bedarf des Landkreises in Einrichtungen im Landkreis.**

### Unterstütztes und privates Wohnen

Die Tabelle bildet die Bestandszahlen und die errechneten Bedarfe im Bereich Wohnen ab, differenziert nach Wohnleistungen insgesamt (Unterstütztes Wohnen) und privatem Wohnen und gibt die Entwicklung am Ende des Planungszeitraums gegenüber dem Bestand als Saldo wieder. Enthalten sind im Gegensatz zu den Ergebnissen der KVJS-Leistungserhebung im Landkreis auch die Bedarfe der Leistungsempfänger aus dem Landkreis mit Leistungen in der Stadt Heilbronn.

**Tabelle: Vorausschätzung im Bereich Wohnen für Erwachsene mit geistiger und mehrfacher Behinderung im Landkreis Heilbronn am Stichtag 31.12. einschließlich Landkreisbürger in der Stadt Heilbronn**

	Bestand	Bedarf		Saldo 2013/2023	
	2013	2018	2023	absolut	Prozent
Unterstütztes Wohnen	516	583	631	115	22%
Privates Wohnen	367	361	340	- 27	- 7%
Wohnen gesamt	883	944	971	88	10%

Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

Bis 2018 liegt der rechnerische Bedarf an Leistungen im unterstützten Wohnen insgesamt bei 583, was einem Plus in Höhe von 67 entspricht. Der Bedarf steigt relativ kontinuierlich weiter. Bis Ende des Planungszeitraums ist eine Zunahme in Höhe von 115 und damit eine Steigerung um 22 Prozent zu erwarten. Die Zahl der Erwachsenen im privaten Wohnen wird als rechnerische Bilanz der Abgänge von Erwachsenen aus privatem Wohnen (Übergang in eine unterstützte Wohnform bzw. Tod) und der Zugänge durch Schulabgänger um 7 Prozent zurückgehen.

**Die auf dem Hintergrund der getroffenen Annahmen berechnete Bedarfvorausschätzung ergibt für den Planungszeitraum bis 2023 eine Zunahme an Leistungen im unterstützten Wohnen um 22 Prozent. Die Zahl der privat wohnenden Erwachsenen wird sich verringern. Der errechnete Rückgang fällt vergleichsweise moderat aus und dürfte in der Realität nicht ohne zusätzliche Unterstützung durch offene und familienentlastende Maßnahmen bzw. eine Verbesserung der inklusiven Lebensbedingungen insgesamt zu erreichen sein.**

### 9.3 Tagesstruktur

Die Vorausschätzung wurde für Erwachsene mit geistiger Behinderung berechnet, die voraussichtlich eine Leistung der Eingliederungshilfe für ein Angebot der Tagesstruktur im Landkreis Heilbronn benötigen. Die Vorausschätzung wurde für den Bereich Arbeit und Beschäftigung anhand der derzeit gültigen Leistungstypen der Eingliederungshilfe vorgenommen. Sie ist die Basis für eine rechnerische Annäherung an die Bedarfe für einen Zeitraum von zehn Jahren vom Jahresende 2013 bis zum Jahresende 2023.

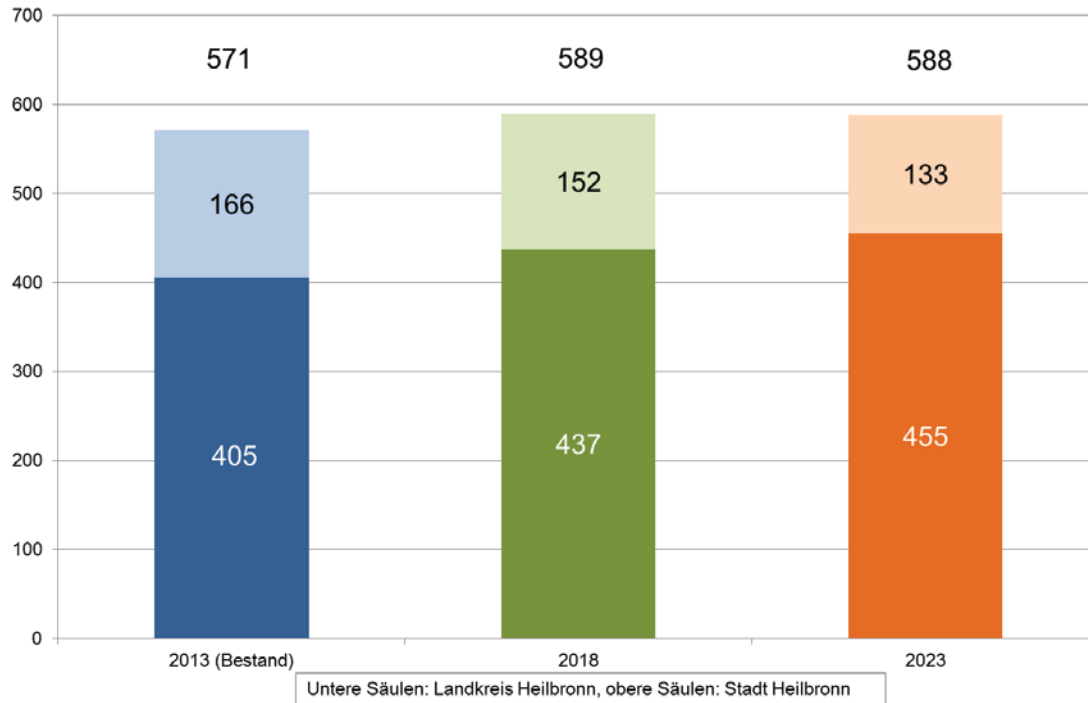
Für die Vorausschätzung im Bereich Arbeit und Beschäftigung wurden folgende Annahmen getroffen:

- Die Menschen, die am Ende des Jahres 2013 eine Leistung der Eingliederungshilfe für eine Tagesstruktur in Anspruch nahmen, altern. Ein Teil der Nutzer verstirbt.
- Die Werkstatt-Beschäftigten gehen durchschnittlich mit 65 Jahren in den Ruhestand und wechseln in die Kategorie „Senioren“, die Besucher der Förder- und Betreuungsgruppen ebenso in die lebensweltliche Kategorie eines Seniors (65 Jahre und älter).
- Eine weitere Annahme ist, dass sich Wechsel zwischen Werkstatt und Förder- und Betreuungsgruppe gegenseitig ausgleichen. Dies wäre gegebenenfalls zukünftig zu prüfen. An der Summe der Bedarfe im Bereich Tagesstruktur ändert die Verschiebung zwischen diesen einzelnen Leistungstypen jedoch nichts.
- Es gibt Menschen, die eine Werkstatt vor Erreichen des gesetzten Rentenalters verlassen – vor allem aus gesundheitlichen Gründen. Gleichzeitig gibt es sogenannte „Quereinsteiger“: Dazu gehören zum Beispiel Schulabgänger aus dem Förderschwerpunkt Lernen im Grenzbereich zur geistigen Behinderung, die erst einmal andere Qualifizierungsangebote nutzen und später dann doch in eine Werkstatt wechseln. Ebenso gehören Menschen dazu, die in höherem Alter erstmals Leistungen der Eingliederungshilfe in Anspruch nehmen, weil sie zuvor zum Beispiel in der Familie versorgt wurden. Für die Vorausschätzung wird angenommen, dass die Zahl der vorzeitigen Austritte etwa gleich groß ist wie die Zahl der Eintritte durch „Quereinsteiger“<sup>117</sup>.

<sup>117</sup> Diese Einschätzung wird nicht von allen geteilt. Ein Einrichtungsträger wies darauf hin, dass seiner Erfahrung nach mehr Personen aus der Werkstatt in den Förder- und Betreuungsbereich wechseln als umgekehrt.

## Werkstatt

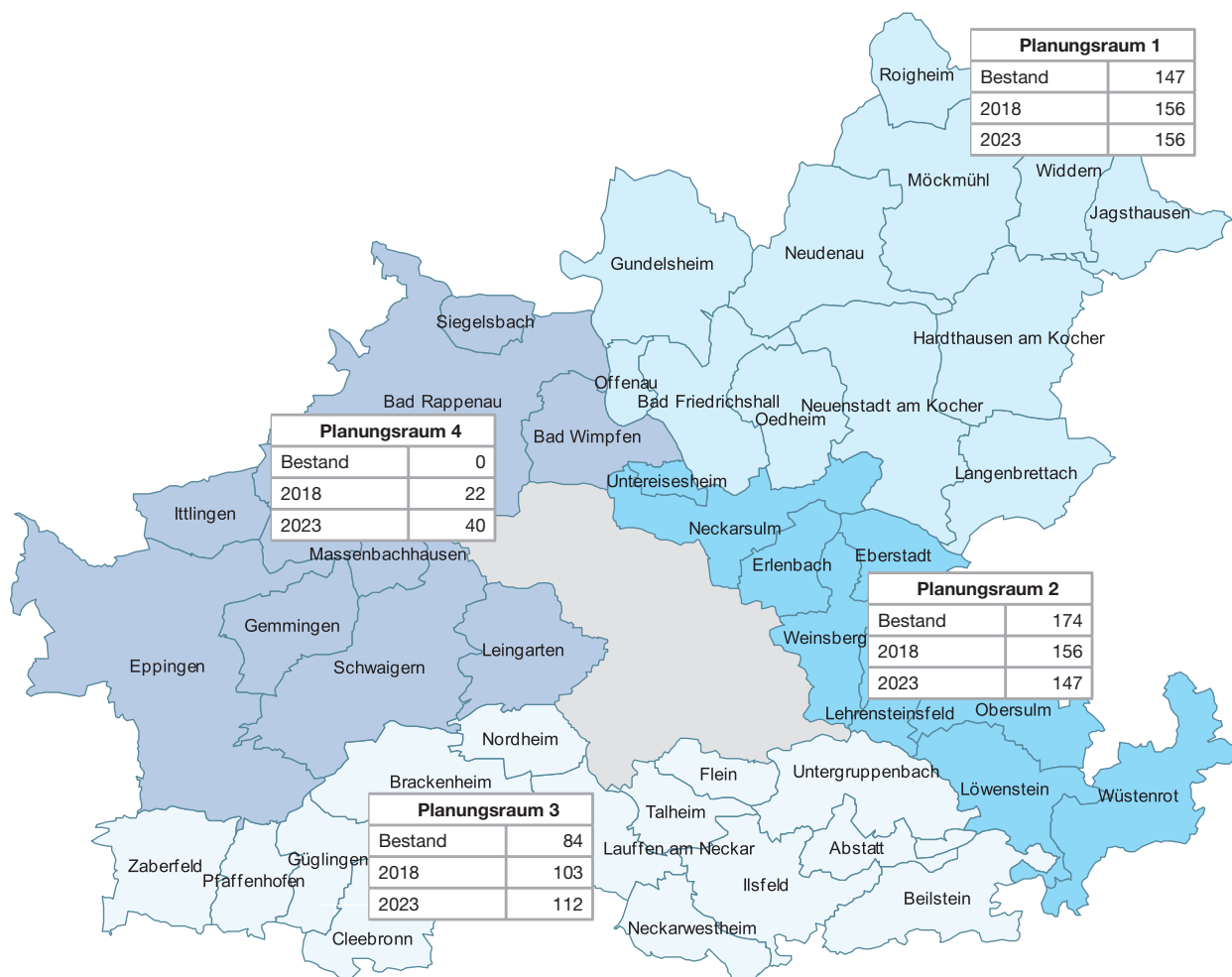
**Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen in Werkstätten am 31.12. 2018 und 2023 im Landkreis Heilbronn**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

Im Landkreis Heilbronn arbeiteten zum Stichtag 405 Personen in einer Werkstatt und in der Stadt Heilbronn 166 Personen aus dem Landkreis. Unter den oben genannten Annahmen erhöht sich die Zahl an Werkstattleistungen auf 588; eine Zunahme von insgesamt 17 Leistungen. Da die Zugänge aus den Schulen planerisch auf die Planungsräume im Landkreis Heilbronn entfallen erhöht sich der Bedarf um 50 Werkstattleistungen bis zum Jahr 2023. Ohne Zugänge aus dem Landkreis in die Angebote der Stadt Heilbronn verringert sich die Zahl von 166 auf 133 Werkstattleistungen.

Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen in Werkstätten nach Planungsräumen



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

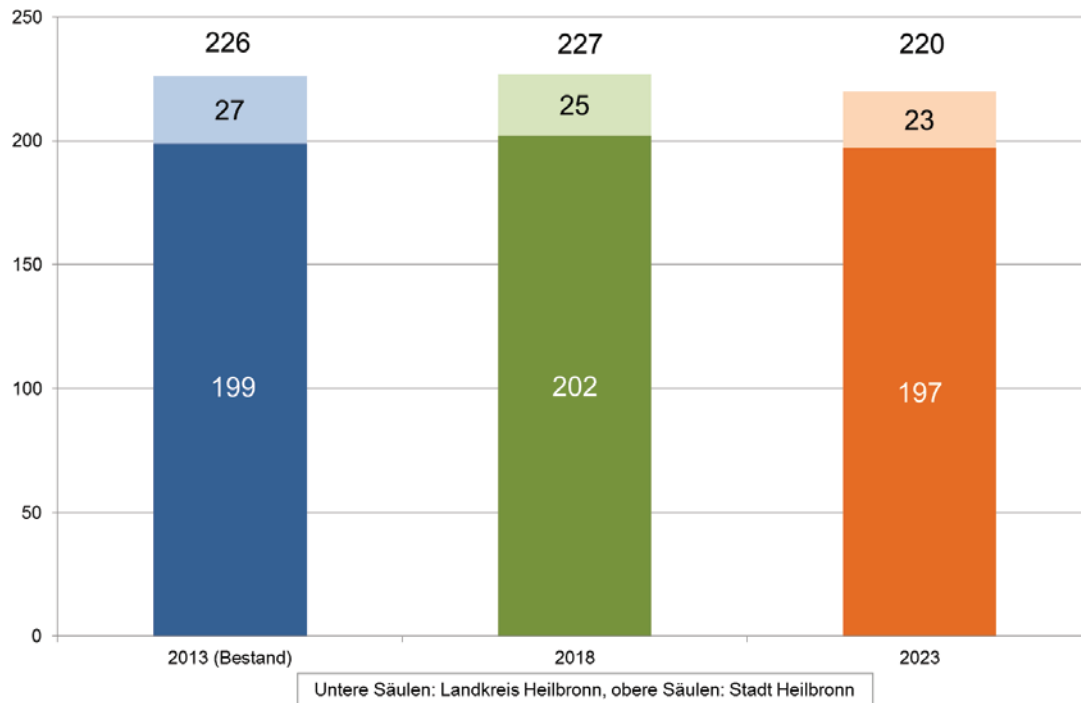
Die Ergebnisse der Bedarfsvorausschätzung für die einzelnen Planungsräume ergeben ein heterogenes Bild. Im Planungsraum 1 entsteht ein geringer Zusatzbedarf von 9 Leistungen. Im Planungsraum 3 errechnet sich ein Bedarf an weiteren 28 Leistungen. Im Planungsraum 2 hingegen reduziert sich der Bedarf – trotz Zugängen aus den Schulen – um 27 Leistungen. Der Grund dafür liegt in der starken Besetzung der höheren Altersgruppen. Diese Personen wechseln nach und nach in den Seniorenstatus.

**Die vorausgeschätzte Gesamtzahl an Leistungen in den Werkstätten bis 2023 weist einen geringen Mehrbedarf von 17 Leistungen auf. Man kann davon ausgehen, dass sich mit dem rechnerischen Bedarf aus dem Landkreis Heilbronn langfristig die Zu- und Abgänge aus dem Werkstattbereich ausgleichen. Bei der Betrachtung nach Planungsräumen ergeben sich Bedarfsverschiebungen. Im Planungsraum 4 wird ein Aufbau des Werkstattangebots erforderlich, in 1 und 3 ein geringer Ausbau, während im Planungsraum 2 ein Minderbedarf zu erwarten ist.**



## Förder- und Betreuungsbereich

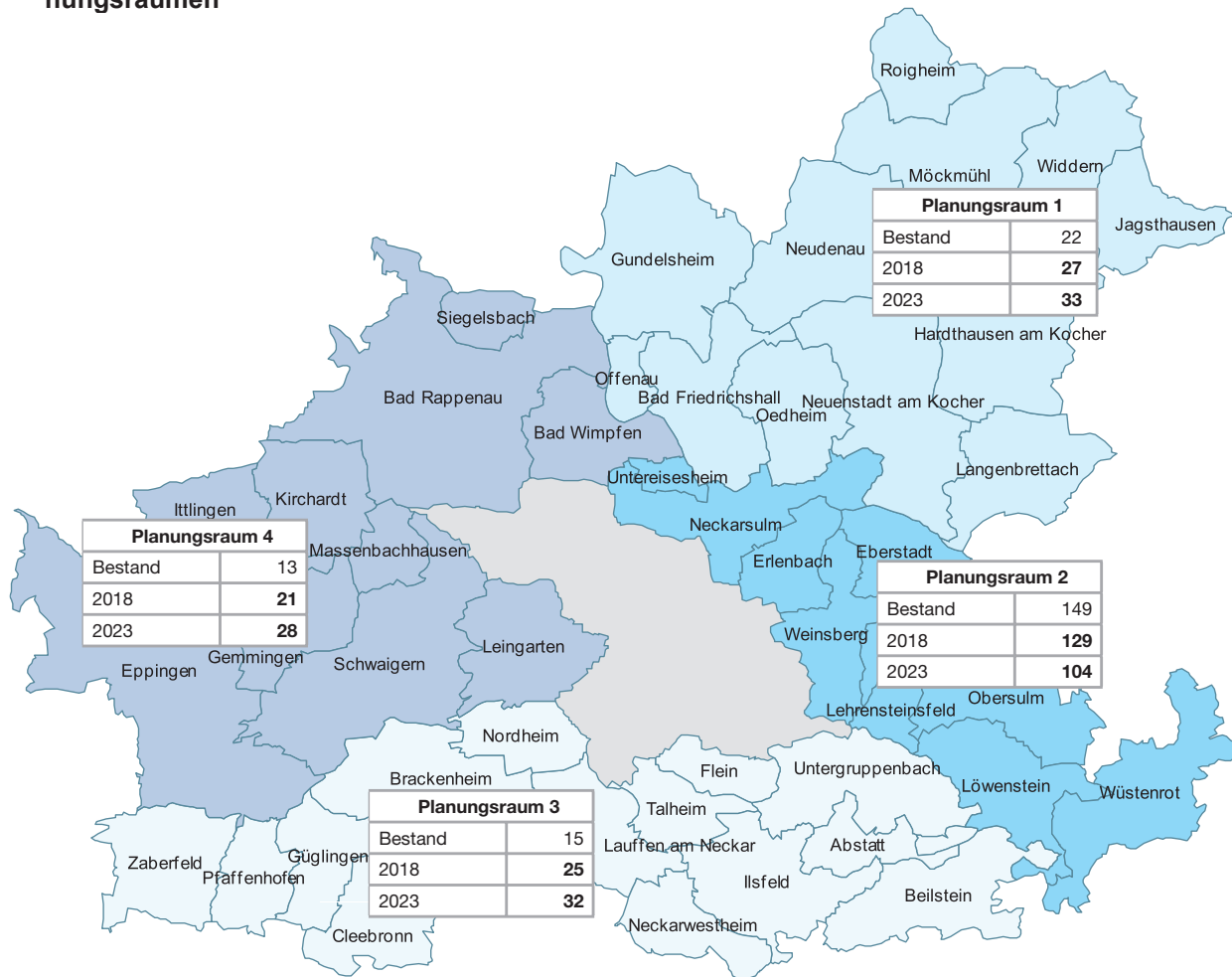
**Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen in Förder- und Betreuungsbereich am 31.12. 2018 und 2023 im Landkreis Heilbronn**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

Im Landkreis Heilbronn besuchten zum Stichtag 199 Personen Angebote des Förder- und Betreuungsbereiche. In der Stadt Heilbronn waren dies 27 Personen aus dem Landkreis. Die Zahl an Leistungen im Förder- und Betreuungsbereich verringert sich bis zum Jahr 2023 rechnerisch von 229 Leistungen auf 220 Leistungen. Trotz Zugängen aus den Schulen im Landkreis bleibt die Zahl der Leistungen auf dem Landkreisgebiet stabil (-2 Leistungen). In der Stadt Heilbronn erfolgen keine Zugänge. Die Menschen werden älter und wechseln rechnerisch in eine Leistung der Tagesstruktur für Menschen mit Behinderung ab 65 Jahren im Stadtgebiet.

**Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen im Förder- und Betreuungsbereich nach Planungsräumen**



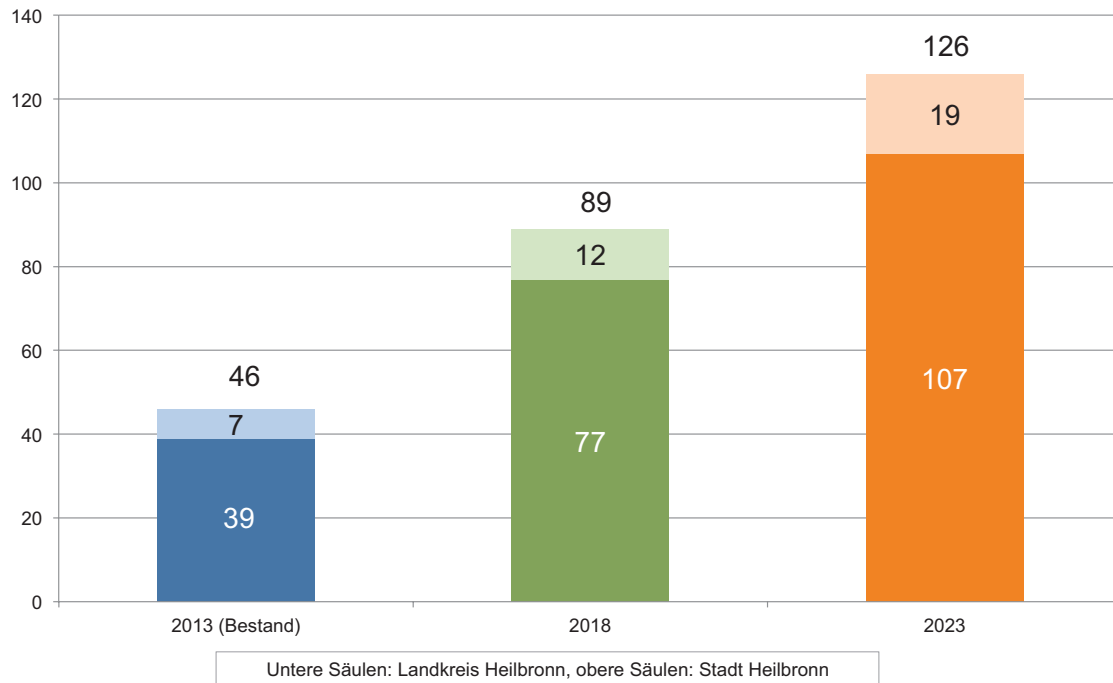
Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

Die Grafik zeigt, wie sich die Bestandszahlen im Förder- und Betreuungsbereich auf die vier Planungsräume im Landkreis Heilbronn verteilt haben und wie sich die Bedarfe durch die Neuzugänge aus den Schulen bis 2023 verändern werden. In jedem Planungsraum gibt es Angebote im Förder- und Betreuungsbereich. Die Dynamik unterscheidet sich aber deutlich. Während im Planungsraum 1 ein Bedarf an 9 weiteren Leistungen besteht, verdoppeln sich in den Planungsräumen 3 und 4 die Bedarfe. Im Planungsraum 2 hingegen nehmen aufgrund der Altersstruktur in den Angeboten und den berücksichtigten Zugängen aus den Schulen die Bedarfe deutlich ab. Im Jahr 2023 werden voraussichtlich 45 Leistungen im Förder- und Betreuungsbereich weniger benötigt. Die Zahl reduziert sich von 149 auf 104 Leistungen im Planungsraum 3.

**Die Gesamtzahl an Leistungen im Förder- und Betreuungsbereich bleibt auf Landkreisebene nahezu konstant (Abnahme von 6 Leistungen). Auf Ebene der Planungsräume hingegen ist eine Verschiebung der Unterstützungsstrukturen zu erwarten.**

## Tages-/ Seniorenbetreuung

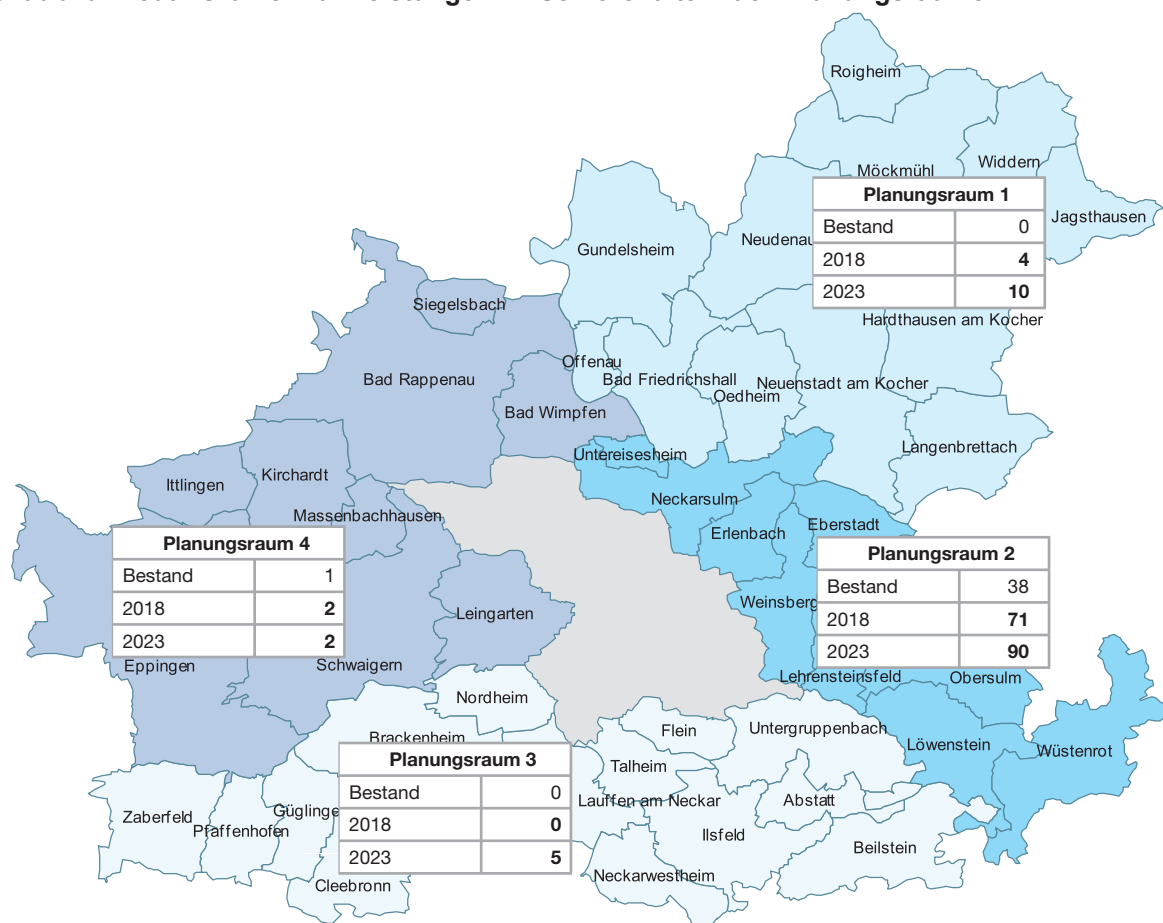
**Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen der Tages-/Seniorenbetreuung am 31.12. 2018 und 2023 im Landkreis Heilbronn**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

Basis der Vorausschätzung für die Zahl der Senioren sind 46 Personen in der Seniorenbetreuung am Jahresende 2013. Bis 2023 wird die Zahl der Menschen mit geistiger Behinderung, die die Werkstatt verlassen, oder die den Förder- und Betreuungsbereich besuchen und bis dahin das 65. Lebensjahr vollenden, voraussichtlich um 80 auf 126 zu nehmen. In den Planungsräumen im Landkreis Heilbronn erhöht sich die Zahl von 39 Leistungen im Seniorenbereich auf 107. In der Stadt Heilbronn erhöht sich die Zahl im Schätzzeitraum bis 2023 um 12 auf 19 Leistungen. Grundlage für diesen Zuwachs ist die Annahme, dass Menschen mit Behinderung in den Tagesstrukturangeboten der Werkstätten und Förder- und Betreuungsbereichen in der Stadt Heilbronn verbleiben, und mit Erreichen des Rentenalters einen ihrem Unterstützungsbedarf entsprechende Tagesbetreuung für Senioren in der Stadt Heilbronn in Anspruch nehmen werden.

Schaubild: Bedarfszahlen für Leistungen im Seniorenalter nach Planungsräumen



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

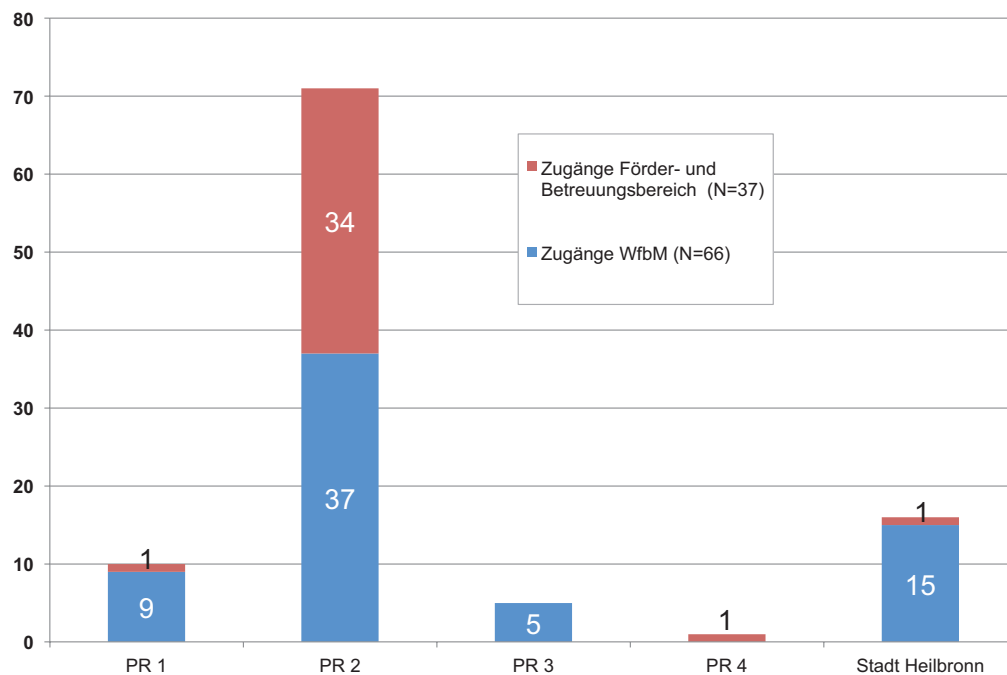
Die Darstellung der Leistungen im Seniorenbereich zum Stichtag zeigt ein sehr ungleiches Bild. In den Planungsräumen 1 und 3 gibt es noch keine Menschen mit Behinderung im Seniorenalter. Im Planungsraum 4 wurde zum Stichtag ein Senior gezählt. Im Planungsraum 2 hingegen besuchten zum Stichtag 38 Personen eine Seniorenbetreuung. Der Grund dafür liegt in der Altersstruktur der Stiftung Lichtenstern in Löwenstein. Auf dem Zentralgelände haben Menschen mit Behinderung zum Teil jahrzehntelang ein Zuhause und sind in das Seniorenalter hineingewachsen. Da das Durchschnittsalter in den Werkstätten und in den Förder- und Betreuungsbereichen hier ebenfalls am höchsten ist, gibt es relativ viele Personen, die ins Seniorenalter wechseln und eine entsprechende Tagesstruktur benötigen werden. Der Bedarf steigt hier bis zum Jahr 2023 um 52 auf 90 Leistungen an. In den anderen Planungsräumen fällt der Bedarf für 2023 entsprechend der niedrigen Zahlen am Stichtag relativ gering aus.

### Zugänge ins Seniorenalter

Senioren mit geistiger Behinderung bringen individuell unterschiedliche Voraussetzungen für ein gelingendes Altern mit. Wie auch Senioren ohne Behinderung unterscheiden sie sich nach Lebenslagen und Gesundheitszustand. So gibt es rüstige Menschen, die sehr aktiv sind und gesund in den Ruhestand gehen. Es gibt aber auch Menschen mit sehr schweren Behinderungen, die einen hohen Unterstützungs- und Pflegebedarf haben. Andere sind am Anfang noch rüstig, entwickeln aber im Laufe der Jahre einen höheren Be-

darf. Wiederum andere bleiben bis ins hohe Alter fit.<sup>118</sup> Zur Quantifizierung des Personenkreises der zukünftigen Senioren kann das Unterscheidungsmerkmal der zuvor besuchten Tagesstruktur heran gezogen werden. Es wird unterstellt, dass Rentner aus dem Arbeitsbereich einer Werkstatt mehr Ressourcen haben, als Menschen mit Behinderung aus den Förder- und Betreuungsgruppen. Bei letzteren ist ein Pflege- und höherer Unterstützungsbedarf vorhanden. Danach muss sich die Unterstützung im Seniorenalter ausrichten.

### Zugänge ins Seniorenalter aus Förder- und Betreuungsbereich und Werkstatt bis 2023



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

Im Planungsraum 2 wechseln 37 Personen aus der Werkstatt ins Seniorenalter und nahezu die gleiche Anzahl (34 Personen) aus dem Förder- und Betreuungsbereich. 70 Prozent aller Leistungen für die Unterstützung im Seniorenalter im Jahr 2023 werden bei der Stiftung Lichtenstern zu finden und zu organisieren sein. Diese Menschen leben meist schon auf dem Zentralgelände. Dort gibt es Wohnformen, die dem spezifischem Bedarf gerecht werden können. In den anderen Planungsräumen wechseln nur vereinzelt FuB-Besucher in den nächsten 10 Jahren in die Altersgruppe der „Ab-65-Jährigen“. Der Schwerpunkt liegt in diesen Planungsräumen auf einem gelingenden Ruhestand nach der Werkstatttätigkeit. Hier wäre nach neuen Wegen einer personenzentrierten Gestaltung der Wohnformen und der Tagesgestaltung zu suchen.

Die vorausgeschätzte Zahl der Zugänge ins Seniorenalter kann den Umfang des Bedarfes beziffern. Die Ausgestaltung der Leistungen hängt von konzeptionellen Überlegungen ab.<sup>119</sup>

<sup>118</sup> Frieder Dieckmann, Heidrun Metzler: Alter erleben. Lebensqualität und Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung im Alter. KVJS-Forschung. Stuttgart Juni 2013.

<sup>119</sup> Siehe 7.2.2 Stellungnahme der Trägergemeinschaft

### Gesamtentwicklung Tagesstruktur im Landkreis Heilbronn und der Leistungen in der Stadt Heilbronn

Die Tabelle vergleicht die Bestandszahlen und die errechneten Bedarfe bis 2023 und differenziert nach den einzelnen Angebotsformen und Altersgruppen.

**Tabelle: Vorausschätzung im Bereich Tagesstruktur für Erwachsene mit geistiger und mehrfacher Behinderung im Landkreis Heilbronn am Stichtag 31.12. einschließlich Landkreisbürger in der Stadt Heilbronn**

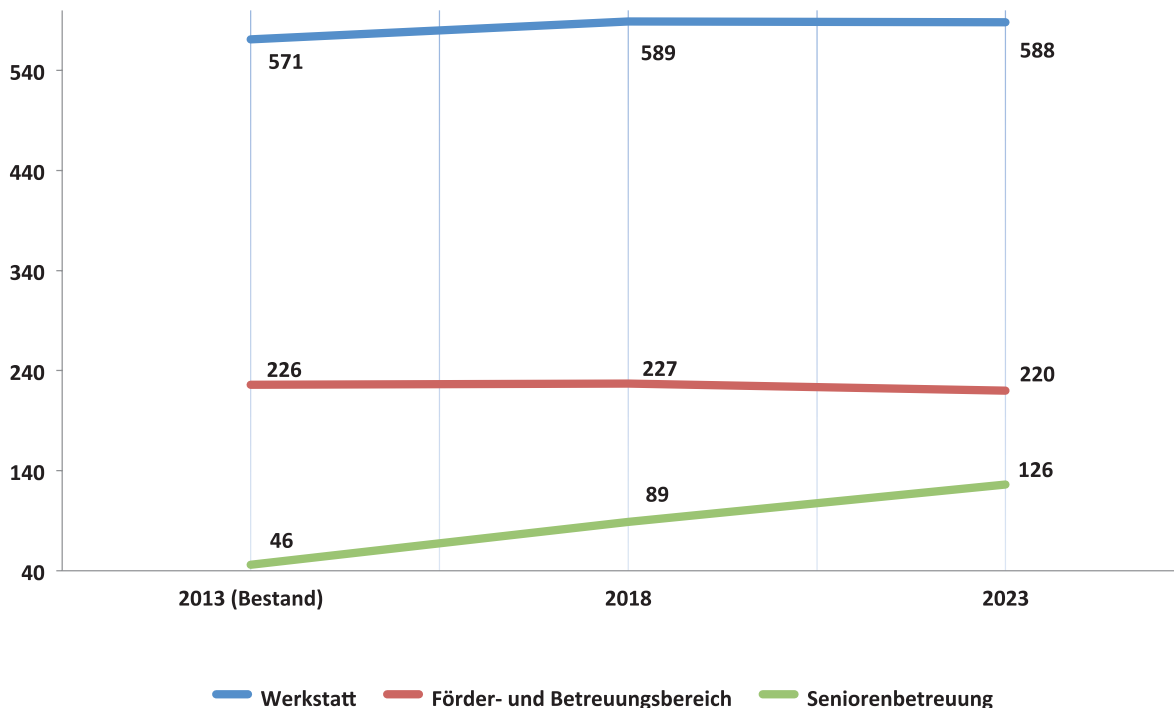
	Bestand	Bedarf		Saldo 2013/2023	
	2013	2018	2023	absolut	Prozent
Werkstatt	571	589	588	17	3%
Förder- und Betreuungsbereich	226	227	220	-6	-3%
<b>Tagesstruktur unter 65 Jahren gesamt</b>	<b>797</b>	<b>816</b>	<b>808</b>	<b>11</b>	<b>1%</b>
Tagesstruktur ab 65 Jahren (Senioren)	46	89	126	80	174%
<b>Tagesstruktur gesamt</b>	<b>843</b>	<b>905</b>	<b>934</b>	<b>91</b>	<b>11%</b>

Bis 2018 liegt der Bedarf an Leistungen der Tagesstruktur insgesamt bei 905 Leistungen, was einem Plus in Höhe von 62 Leistungen entspricht. Der Bedarf von 2018 bis 2023 steigt in einem geringeren Maße (+29 Leistungen). Insgesamt ist eine Steigerung von 11 Prozent (+91 Leistungen) zu erwarten.

Bei den Werkstatteleistungen und den Leistungen für Menschen unter 65 Jahren im Förder- und Betreuungsbereich bleibt der Bedarf relativ konstant. Der Bedarf für Menschen im Seniorenalter verdreifacht sich hingegen, unabhängig davon, in welcher Form die Leistungen zukünftig erbracht werden.



**Schaubild : Vorausschätzung im Bereich Tagesstruktur für Erwachsene mit geistiger und mehrfacher Behinderung im Landkreis Heilbronn am Stichtag 31.12. einschließlich Landkreisbürger in der Stadt Heilbronn**



Grafik: KVJS, Datenbasis: Leistungserhebung im Landkreis Heilbronn zum Stichtag 31.12.2013, Ergebnisse der Schulerhebung und Daten aus der Leistungsempfängerstatistik des Landkreises Heilbronn. Eigene Berechnungen KVJS.

**Der für den Planungszeitraum 2023 errechnete Gesamtbedarf an Tagesstrukturleistungen steigt um 11 Prozent.**

Betrachtet man den Bedarf an Werkstatteleistungen und Förder- und Betreuungsleistungen unter 65 Jahren in der Summe, so ergibt sich ein minimaler Zuwachs von einem Prozent. Dies entspricht einem Mehrbedarf von 11 Tagesstrukturplätzen für erwachsene Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2023. Die rechnerisch zugrunde gelegte Ausgleichsannahme zwischen Werkstatt und Förder- und Betreuungsgruppen wirkt sich lediglich auf die Verteilung innerhalb dieser Platzzahl aus und nicht auf den Gesamtbedarf für Personen unter 65 Jahren.

Der Bedarf an tagesstrukturierenden Leistungen für Senioren im Landkreis Heilbronn verdreifacht sich bis 2023. Darin sind rechnerische Zugänge von 66 Leistungen aus einer Werkstatt und 37 aus einem Förder- und Betreuungsbereich enthalten. Bei der Gestaltung zeitgemäßer Hilfestrukturen sollten die unterschiedlichen Bedarfslagen von Senioren mit Behinderung berücksichtigt werden.

## 10 Handlungsempfehlungen

Ziel und Interesse des Landkreises Heilbronn ist es, die Verantwortung für seine Bürger mit Behinderung wahrzunehmen. Darüber hinaus geht es um die Gestaltung der im Landkreis vorhandenen Angebotsstruktur. Menschen, die im Kreis versorgt werden und weiterhin dort leben möchten, sind willkommen.

Der Planungsprozess hat sich mit der bestehenden Situation von Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung befasst, um daraus Schlussfolgerungen für die Angebotslandschaft von morgen zu ziehen. Was sollte und kann sich bis Ende 2023 für diejenigen ändern, die bisher schon Unterstützung im Landkreis erhalten? Was brauchen Kreisbürger, die seit Ende 2013 neu hinzukommen?

Die quantitative Bestandsaufnahme hat Daten über die im Landkreis erbrachten Leistungen für Kreisbürger und für Bürger aus anderen Kreisen erhoben. Die Bedarfsvoraussetzung hat diese Daten fortgeschrieben und um den zu erwartenden kreiseigenen Bedarf ergänzt. Das Ergebnis für 2023 stellt einen Orientierungsrahmen dar. Auch in Zukunft sollen sich Einrichtungen nicht abschotten. Über den Kreisbedarf hinausgehende Platzkapazitäten sollten allerdings im Rahmen einer kreisübergreifenden Sozialplanung abgestimmt werden. Angesichts der Situation des Landkreises als Kragenkreis ist es fachlich sinnvoll, die enge Abstimmung mit der Stadt Heilbronn auch zukünftig beizubehalten. Die nach Planungsräumen differenzierten Orientierungswerte bilden den wohnraumnahen Bedarf ab, sind aber keine Platzzahlbestätigungen für konkrete Vorhaben. In einem Planungsraum mit Minderbedarf geht es nicht zwingend um einen zahlenmäßig identischen Abbau von Plätzen. In einem Planungsraum mit Mehrbedarf gibt es keinen Anspruch für bestimmte Träger. Da die Orientierungswerte unter bestimmten Voraussetzungen und Annahmen berechnet wurden, können insbesondere sozialgesetzliche Änderungen die Entwicklung entscheidend beeinflussen und müssen gegebenenfalls berücksichtigt werden.<sup>120</sup>

Im Planungsprozess wurde das gesamte Spektrum präventiver, niederschwelliger, und begleitender Angebote aus dem Vor- und Umfeld von Menschen mit wesentlich geistiger Behinderung in den Blick genommen. Dabei konnten nicht alle Bereiche in gleicher Intensität bearbeitet werden. Ein komplexes System wie die offenen und familienunterstützenden Hilfen zum Beispiel könnte bei künftigen Planungen erneut aufgegriffen und vertiefend bearbeitet werden.

Im Folgenden werden die wesentlichen Impulse aus dem Teilhabeprozess (und den bisherigen Kapiteln des Berichts) zusammengefasst und Handlungsempfehlungen formuliert. Nicht alle wahrgenommenen „Baustellen“ und die daraus resultierenden Anregungen sind durch die Eingliederungshilfe beeinflussbar. Dies gilt insbesondere für die Erwartungen an eine inklusive Gemeinde. Die Anregungen beziehen sich zum Teil auf kurzfristig nicht veränderbare rechtliche Grundlagen, auf politische Vorgaben oder richten sich an die Gesellschaft schlechthin. Als Impulse, die bei einer inklusiven Sozialplanung mit gedacht werden sollten, gehören sie dennoch in den Katalog der Empfehlungen.

### FRÜHFÖRDERUNG, KITA UND SCHULE

**Frühzeitige Diagnose, Beratung der Eltern und Förderung ihrer Kinder können Weichen stellen für einen gelingenden Start ins Leben und erheblich zu einem selbst-**

<sup>120</sup> Im Verlauf der Teilhabepanung ist zum Beispiel das Schulgesetz verändert worden, die Planungen zum Bundesteilhabegesetz wurden mehrfach verändert, die Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche im SGB VIII („große Lösung“) wird erneut diskutiert. (Stand: Januar 2016)

ständigen und teilhabeorientierten Leben im Erwachsenenalter beitragen. Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, ihre Qualität und Quantität, wirken sich nicht nur auf die Entwicklung jedes einzelnen sondern auch auf die zukünftigen Bedarfszahlen für erwachsene Bürger des Landkreises aus. Das gemeinsame Aufwachsen mit Kindern ohne Behinderung als inklusive Kindertagesbetreuung und Beschulung ist eine Zukunftsaufgabe, die ein enges Zusammenwirken von Regleinrichtungen, sonderpädagogischen Angeboten, Eingliederungshilfe und anderen Unterstützungssystemen erfordert. Im Landkreis Heilbronn steht ein differenziertes Frühförderangebot ebenso zur Verfügung wie eine sonderpädagogische Schullandschaft mit engagierten Konzepten. Die Zahl der Integrationshilfen in Regel-Kitas ist im Landesvergleich gering ausgeprägt, dies gilt für die Zahl der Schulbegleitungen in besonderem Maße.

- Die Frühförderangebote für Familien aus dem Landkreis Heilbronn sind mit der Interdisziplinären Frühberatungs- und Frühförderstelle (IFF) und dem Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) zwar gut aufgestellt, die Zunahme komplexer Beeinträchtigungen und eine Steigerung der Fallzahlen bringen dennoch Herausforderungen mit sich. Eine Verkürzung der Wartezeit, die beim SPZ bis zu acht Monaten beträgt, ist wünschenswert.
- Der Aufbau dezentraler Vor-Ort-Angebote der interdisziplinären Frühförderung in den von der Stadt Heilbronn entfernten Kreisgebieten wäre zu prüfen.
- Regelmäßig stattfindende Kontakte wie zwischen dem Landkreis und der Stadt Heilbronn mit dem SPZ sollten auch zwischen den Kreisen und der IFF vereinbart werden. Eine institutionalisierte und verstetigte Form der Zusammenarbeit mit anderen in Frage kommenden Hilfesystemen (zum Beispiel Gesundheitsamt, Kita-Fachberatung, Schulen) wäre sinnvoll. Interdisziplinärer Austausch und gemeinsame Fortbildungen können die Schnittstellenkompetenz erhöhen und die Kommunikation auf Augenhöhe verbessern.
- Die unter dem Landesdurchschnitt liegende Kennzahl bei den Integrationshilfen in Kindertagesstätten könnte sich erhöhen, wenn die inklusive Entwicklung auch im Vorschulbereich voranschreitet. Der weitere Verlauf sollte aufmerksam beobachtet werden.
- Die auffallend niedrige Kennzahl bei den vom Landkreis gewährten Schulbegleitungen an allgemeinen Schulen könnte sich angesichts des bei der Wahl der Schule gestärkten Elternrechts zukünftig verändern. Die Entwicklung am Übergang von der Kita in die Schule sollte ebenso in den Blick genommen werden wie der Verlauf im weiteren Schulbesuch von Kindern mit Behinderung an allgemeinen Schulen.

## AMBULANTE, OFFENE UND FAMILIENENTLASTENDE HILFEN

Offene Hilfen sind ein wichtiger, unverzichtbarer Baustein in der Behindertenhilfe. Sie stellen ein Unterstützungsnetz für Angehörige dar, die einen Menschen mit Behinderung im Privathaushalt betreuen oder pflegen. Sie bieten mit ihren stunden- und tageweisen Freizeitangeboten, mit ihren ein- und mehrtägigen Ferienfreizeiten aber auch die Möglichkeit zu vielfältigen Aktivitäten für Menschen, die nicht im stationären Setting versorgt werden. Die Erschließung des Zugangs zu Regelangeboten und die Begleitung bei der inklusiven Teilnahme werden eine zunehmende Bedeutung bekommen. Die ambulanten, offenen und familienentlastenden Hilfen sind

**im Landkreis Heilbronn früh entwickelt worden und stehen breit gefächert zur Verfügung. Der Landkreis fördert das Angebot durch seine freiwilligen Leistungen. Die Träger erwarten ein verbindlicheres Finanzierungssystem.**

- Ein Bedarf an Angeboten zur Unterstützung und Entlastung von Familien wird von den Angehörigen insbesondere an Wochenenden und in den Ferien, in Krisensituationen, als Kurzzeitpflege aber auch als regelmäßige Freizeitaktivität signalisiert. Die hohe Nachfrage nach betreuten Ferienaktivitäten könne durch die bestehenden Angebote der Offenen Hilfen nicht immer ausreichend befriedigt werden.
- Die Angebote für den Landkreis wurden bisher weitgehend vom zentralen Standort der Offenen Hilfen in der Stadt Heilbronn koordiniert. Mit dem Ausbau der Außenstelle Möckmühl konnten im nördlichen Teil des Landkreises Zugänge zu Angeboten verbessert, ein Netz von ehrenamtlichen Helfern geknüpft und die Zusammenarbeit mit den Diakoniestationen einzelner Gemeinden intensiviert werden. Ein weiterer, flächendeckender Ausbau an Außenstellen ist sinnvoll.

## ÜBERGÄNGE/SCHNITTSTELLEN/KOOPERATION

**Die Diagnose geistige Behinderung hat enorme Auswirkungen auf die Lebenssituation und -planung der betreffenden Familie. Es gilt, im Kindes- und Jugendalter geeignete medizinische, therapeutische, heil- und sonderpädagogischen Angebote zu finden, die Betroffenen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen im Erwachsenenalter zu unterstützen und ihnen ein würdevolles Leben als Senioren zu ermöglichen. Betroffene und ihre Angehörigen brauchen verlässliche Wegbegleiter, die ihnen insbesondere an biografischen Übergängen zur Seite stehen. Damit die Unterstützungs- und Förderangebote verschiedener sozialer Bereiche ineinander greifen können, ist eine enge Kooperation der Hilfesysteme erforderlich. Eine entscheidende Bedeutung kommt der Unterstützung beim Aufbau sozialräumlicher Netzwerke zu, die je nach Lebenssituation neu definiert und gestaltet werden müssen.**

- Die in den Schulen angewandte unterstützende Kommunikation sollte in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe weitergeführt werden, z. B. durch die Fortbildung von Mitarbeitern. Angehörige sind ein wichtiges Bindeglied. Das Fallmanagement des Kreises wäre ebenfalls einzubeziehen. In den Netzwerkkonferenzen wird die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache in Schule und Werkstatt bereits thematisiert.
- Die Öffnung von Angeboten für Menschen mit Behinderung, insbesondere unter dem Dach einer Einrichtung für alle, kann ein guter Weg zum selbstverständlichen Miteinander sein. Gelungene Praxisbeispiele wie O!Mega im Jugendhaus in Neckarsulm sollten bekannt gemacht werden. Die Beratung und Qualifizierung von Mitarbeitern in Regeleinrichtungen durch „Inklusionsbegleitung“ könnte zum Abbau von Unsicherheit beitragen und Türen öffnen.
- Der zunehmende Bedarf an Angeboten für Schüler mit besonderem Bedarf (Herausforderndes Verhalten, Autismus-Spektrum-Störung) erfordert eine enge und frühzeitige Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe, insbesondere am Übergang ins Erwachsenenalter.
- Die Zusammenarbeit zwischen Altenhilfe und Eingliederungshilfe sollte genutzt werden, um mit den jeweiligen Kompetenzen und Ressourcen gemeinsame Lösungen für Menschen mit Behinderung und ihren spezifischen Ressourcen im Alter zu entwickeln.

Benötigt wird ein Übergangsmanagement, das Regelangebote im Sozialraum erschließt und älter werdende Menschen mit Behinderung zur Inanspruchnahme zum Beispiel medizinischer Versorgung befähigt. Erfahrungen aus Projekten wie "Hand in Hand zum Unruhestand" sollten weitergetragen werden.

- Gelungene Erprobungs- und Modellprojekte sollten nach Beendigung des Förderzeitraums eine Anschlussfinanzierung erhalten können. Alle in Frage kommenden Leistungen sollten ausgeschöpft werden.
- Für Betroffene ist der Zugang zu Information und Beratung insbesondere an Übergängen von entscheidender Bedeutung. Ein Wegweiser als Übersicht über zuständige Stellen und Ansprechpersonen kann eine erste Orientierung bieten. Neben den Stellen für die frühe Diagnose und Förderung sowie den vor- und schulischen Beratungsdiensten kommt dem Fallmanagement der Eingliederungshilfe eine Schlüsselrolle zu.

## SELBSTHILFE

**Die Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung sowie von Eltern, anderen Angehörigen und sozial Engagierten ist in Ergänzung zu professioneller Fremdhilfe von großer Bedeutung. Es geht um Teilhabe und Inklusion der Betroffenen, es geht aber auch um die Stärkung von Familien, um die Unterstützung von sorgenden, betreuenden und pflegenden Angehörigen. Der Landkreis Heilbronn verfügt über ein beeindruckendes Engagement mit vielfältigen, kreativen Initiativen und Aktivitäten.**

- Als großes Anliegen insbesondere von neu Betroffenen wird die Verfügbarkeit von Information und Beratung genannt. Hebammen und Kinderärzte, Frühförderung und Fallmanagement sind wichtige Knotenpunkte eines möglichst niederschweligen Beratungsnetzwerkes, das durch Selbsthilfegruppen ergänzt werden kann.
- Eltern wünschen sich die bestmögliche Versorgung und Sicherheit für ihre Kinder und brauchen Information, Ermutigung und Vorbilder. Ein trägerübergreifendes Elternforum könnte den gegenseitigen Austausch fördern. Geprüft werden sollte, ob und welche Unterstützung dabei durch Fallmanagement, Sozialplanung oder Behindertenbeauftragte benötigt wird.
- Nicht alle im Landkreis tätigen Initiativen kennen sich bisher untereinander. Turnusmäßige Treffen der sich engagierenden Gruppen und Einzelpersonen könnten den Austausch untereinander und den Aufbau eines Selbsthilfenetzwerkes im Landkreis fördern. Ein nächster Schritt ist die Durchführung eines weiteren Treffens, bei dem der Landkreis über die Ergebnisse und Konsequenzen aus der Teilhabeplanung informiert.

## WOHNEN

**„Möglichst selbständig leben“, mit diesem Wunsch unterscheiden sich Menschen mit geistiger Behinderung nicht von anderen. Dies hat auch eine Abfrage bei Schülern der Kaywald-Schule im Landkreis Heilbronn bestätigt. Die Wohn- und Betreuungsform bestimmt in erheblichem Ausmaß, welcher Grad an Selbständigkeit und Selbstbestimmung für Menschen mit geistiger Behinderung möglich ist. Für diejenigen, die nicht in einem Privathaushalt leben können, sollte ein breit gefächertes**

**wohnnahes Wohnangebot der Eingliederungshilfe von ambulant bis stationär zur Verfügung stehen, ein Angebot, in dem perspektivisch auch älter werdende Menschen mit erhöhtem pflegerischem Bedarf leben können. Flexible Übergänge zwischen den verschiedenen Wohnformen sollten möglich sein. Ziel ist letztlich der Aufbau einer Angebotsstruktur, die es Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention ermöglicht, ihren Aufenthaltsort frei wählen und entscheiden zu können, mit wem sie leben. In den vier Planungsräumen des Landkreises wurde für 2023 ein Minderbedarf an stationären Plätzen in einem und ein Mehrbedarf in den anderen drei Planungsräumen berechnet. In allen Planungsräumen besteht ein Zusatzbedarf an betreuten Wohnplätzen.**

- Die weitergehende der beiden Berechnungsvarianten für die Bedarfsvorausschätzung basiert auf einer angenommenen Verteilung von jeweils 50 Prozent beim stationären und beim ambulant betreuten Wohnen. Eine Annäherung an dieses ambitionierte Ziel erfordert eine Stärkung sozialer Unterstützungssysteme, hängt aber auch ganz wesentlich von geeignetem und bezahlbarem Wohnraum ab. Wenn die Anmietung im Sinne des Normalitätsprinzips Vorrang haben soll, müssen alle Möglichkeiten zur Akquise von Wohnungen ausgeschöpft werden.
- Wenn der Bedarf nicht auf dem freien Markt gedeckt werden kann, sollte trägereigener Wohnraum möglichst flexible Lebenskonzepte ermöglichen und Wohnen mit Begegnungs- und Beratungsangeboten mischen.
- Die bereits praktizierte Flexibilisierung beim ambulant betreuten Wohnen sollte so ausgestaltet werden, dass auch Menschen mit höherem Hilfebedarf ambulant versorgt werden können.
- Auch stationäres Wohnen sollte sich teilhabeorientiert weiterentwickeln. Möglichkeiten zur individuellen Nutzung von Freizeitangeboten sollten gefördert, Gruppenangebote eher reduziert werden.
- Wohnkonzepte für ältere Menschen mit Behinderung und erhöhtem Unterstützungsbedarf im Alltag sollten entwickelt und erprobt werden, um auf einen wachsenden Bedarf vorbereitet zu sein. Älter werdende Menschen sollten möglichst lange im ambulanten Setting verbleiben können.
- Kurzzeitunterbringung sollte bedarfsgerecht vorhanden und gut erreichbar sein.
- Es sollten Wohnangebote für Menschen mit wesentlich körperlicher Behinderung, die der Heterogenität des Personenkreises gerecht werden, im Landkreis geschaffen werden.

## ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

**Arbeit und Beschäftigung sind der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und geben dem Alltag eine Struktur. Sie sind insbesondere für Menschen mit geistiger Behinderung aufgrund der damit verbundenen Wertschätzung der eigenen Person und in der Wahrnehmung durch andere von großer Bedeutung. Das Bildungs- und Berufsausbildungsspektrum von Menschen mit geistiger Behinderung ist ebenso breit gestreut wie ihre Kompetenzen und Erwartungen. Entsprechend vielfältig und mit der Möglichkeit zu flexiblen Übergängen sollten die Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten gestaltet werden. Während der errechnete Mehrbe-**



darf an Leistungen in Werkstätten oder Förder- und Betreuungsgruppen im einstelligen Bereich liegt und damit sehr gering ausfällt, wird sich der für 2023 errechnete Bedarf für Senioren verdreifachen. Es werden differenzierte tagesstrukturierende Konzepte für Senioren benötigt.

- Das Spektrum an Beschäftigungsmöglichkeiten sollte sich von der Werkstatt, über Außenarbeitsgruppen, Außenarbeitsplätze und Regelarbeitsplätze mit ergänzendem Lohnkostenzuschuss in Richtung Regelarbeitsmarkt weiterdifferenzieren. Die Gewinnung von Arbeitgebern für die Beschäftigung von Menschen auch mit wesentlich geistiger Behinderung ist eine zentrale Herausforderung und erfordert ein Zusammenwirken von Eingliederungshilfe, anderen Unterstützungssystemen, Politik und weiteren gesellschaftlichen Kräften.
- Da die Berufswünsche von Schülern maßgeblich von dem geprägt sind, was sie kennen, könnten junge Erwachsene mit Behinderung aus unterschiedlichen Beschäftigungsbereichen als „Botschafter“ in Schulen auftreten.
- Die gut eingeführten Berufswege- und Netzwerkkonferenzen sollten fortgesetzt werden.
- Das vielfältige und weitverzweigte System zur Unterstützung der Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung sollte auch zukünftig in enger Verbindung mit der Eingliederungshilfe stehen; eine kreisbezogene Auswertung der Daten bei IFD und Job-Center wäre hilfreich.
- Ein Schwerpunkt in der weiteren Diskussion wird im Landkreis wie auch auf Landesebene das Thema Teilzeitbeschäftigung und Durchlässigkeit zwischen Werkstatt und Förder- und Betreuungsbereich sein. Entsprechende Konzepte sollten erprobt und ggf. verstetigt werden. Bei einer Teilzeitbeschäftigung kann gegebenenfalls eine ergänzende Tagesstruktur in Form einer Freizeitgestaltung erforderlich werden.
- Die Weiterentwicklung qualifizierter, personenorientierter Tagesstrukturformen für Senioren mit Behinderung, insbesondere für Menschen mit einem höheren Unterstützungsbedarf, wird landesweit als Herausforderung wahrgenommen und diskutiert. Die Diskussion wird auch im Landkreis Heilbronn fortzusetzen sein. **Im Verlauf des Teilhabeprozesses ist deutlich geworden, dass hier ein großer Gesprächs- und Klärungsbedarf zwischen dem Landkreis als Leistungsträger und den Angebotserbringern besteht.**

## INKLUSION VOR ORT

**Inklusion bedeutet Dazugehören. Ob jemand dazu gehört, entscheidet sich in der Gemeinde. Die Voraussetzungen für das Gelingen von Inklusion und Vielfalt sind sowohl ideeller als auch materieller Art. Es geht um innere Haltungen, um Offenheit und den Abbau von Unsicherheit und es geht um die Gestaltung eines barrierefreien bzw. -armen Sozialraums. In fast jeder Gemeinde im Landkreis Heilbronn leben Menschen mit Behinderung in privaten und ambulant betreuten Haushalten. Da es jeweils nur wenige Menschen sind, braucht der Prozess der Sensibilisierung für die Belange von Menschen mit Behinderung viele Fürsprecher und viel Geduld.**

- Gesellschaftliche Sensibilität und Wahrnehmung für die Belange von Menschen mit Behinderung sind aus Sicht der kommunalen Vertreter gewachsen. Inklusion muss

aber noch wie das Thema Barrierefreiheit als Querschnittsthema in allen politischen Entscheidungen verankert werden.

- Politische Gemeindevertreter und andere Multiplikatoren können und sollten eine wichtige Rolle als Inklusions-Botschafter einnehmen.
- Die Anregung „Noten für die Gemeinde“ zu vergeben, im Sinne einer Rückmeldung von Menschen mit Behinderung an ihre Gemeinde, könnte beispielhaft erprobt und ggf. auf andere übertragen werden.
- Inklusives Leben hängt wesentlich von der Möglichkeit ab, selbständig mobil zu sein. Benötigt wird ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr ebenso wie der barrierefreie Zugang zu öffentlicher und privater Infrastruktur. Die Umsetzung wäre – auch wenn sie sich direkter kommunaler Steuerung entziehen mag, - im Interesse aller Bürger im Gemeinwesen.

## Verwendete Abkürzungen und Begriffe

a.a.O.	am angegebenen Ort
ABW	Ambulant betreutes Wohnen
ASB	Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Heilbronn-Franken
ASKO	Arbeitsstelle Kooperation beim Staatl. Schulamt
AWO	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Heilbronn e.V.
BBB	Berufsbildungsbereich
BVE	Berufsvorbereitende Einrichtung
BW	Beschützende Werkstätte Heilbronn e.V.
BWF	Betreutes Wohnen in Familien
BWK	Berufswegekonferenz
FED	Familienentlastende Dienste
FrühV	Frühförderungsverordnung
FuB	Förder- und Betreuungsbereich
HBG	Hilfebedarfsgruppe
HOK	Hohenlohekreis
IFD	Integrationsfachdienst
IFF	Interdisziplinäre Frühförderstelle
KoBV	Kooperative Berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales
LIBW	Längerfristig intensiv betreute Wohngruppe
MOG	Mietobergrenze
NOK	Neckar-Odenwald-Kreis
NWK	Netzwerkkonferenz
OH	Offene Hilfen Heilbronn gGmbH
SGB	Sozialgesetzbuch
SHA	Landkreis Schwäbisch Hall
SL	Stiftung Lichtenstern
SPZ	Sozialpädiatrisches Zentrum
TWG	Therapeutische Wohngruppe
UB	Unterstützte Beschäftigung
UN-BRK	UN-Behindertenrechtskonvention
VwV	Verwaltungsvorschrift
WfbM	Werkstatt für Menschen mit Behinderung
WTPG	Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz

## Mitglieder des Begleitkreises Teilhabeplanung

Ev. Stiftung Lichtenstern	Sybille Leiß
Beschützende Werkstätte Heilbronn	Hans-Christoph Ketelhut
Offene Hilfen gGmbH	Hartmut Seitz-Bay
Vertreter/innen der Fraktionen des Kreistages	Brigitte Wolf, Grüne Walter Keppler, CDU Bürgermeister Volker Schiek, FWV/FDP Bürgermeister Timo Natter, SPD
Vertreterin der Schulen für Geistigbehinderte	Barbara Wittmann, Rektorin Kaywaldschule Lauffen
Betroffenenvertretung	Rainer Lamprecht, Werkstattrat Beschützende Werkstätte  Richard Heindel, Bewohnerbeirat Ev. Stiftung Lichtenstern
Angehörigenvertretung	Brigitte Kasiske Gerda Dian
Vertreter des Gemeindetags	Bürgermeister Claus Brechter Bürgermeister Manfred Hebeiß Bürgermeister Klaus Schifferer Bürgermeister Klaus Zenth
Kommunalverband für Jugend und Soziales	Barbara Milsch Christian Gerle
Landratsamt Heilbronn	Susanne Hennig, Sozialdezernentin Oswin Fuhr, Leiter Sozial- und Versorgungsamt Susanne Theves, Leiterin Sachgebiet Eingliederungshilfe Heike Wenninger, Sozialplanerin



**Wir danken allen, die sich im Begleitkreis Teilhabeplanung,  
in Fachgesprächen, in Workshops oder in anderer Weise am  
Planungsprozess beteiligt und mit ihren Anregungen und  
Beiträgen an diesem Teilhabeplan mitgewirkt haben!**







